Stadtarchiv Mainz

Bestand : Nachlass Oppenheim

Akte-N° : 00008-2

NL_Oppenheim_00008-2

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - AD

Aktz.:

STADT MAINZ

NL Opp. 18,2

19

A. 17. 1. 46. 10000.

Stadtarchiv Mainz

Bestand : Nachlass Oppenheim

Akte-N° : 00008-2

NL_Oppenheim_00008-2

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - AD

Aktz.:

STADT MAINZ

AKTEN

betreffend:

V. K.

Kriminalpolizei

über

die Verwaltungsstrafverfügungen

vom 30. Sept. 1946 — 5. März 1949.

NL Opp. / 8,2

19

A. 17. I. 46. 10000.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 1

Herrn Reg. Rat a.D. Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz am 9. März 1949.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Rufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Röth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Baudirektor Dr. Dansen
Dr. Pieper.

---

1. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt der Verwaltungskonferenz davon Kenntnis, daß die Übergabe der Verwaltungsgeschäfte an Herrn Oberbürgermeister Stein am kommenden Samstag, den 12. März 1949, vormittags 10,30 Uhr erfolgen soll. Anschließend um 11 Uhr wird sich Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus in einer Dienststellenleiterkonferenz verabschieden.

2. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus macht darauf aufmerksam, daß im Falle der Vermietung der in Betracht kommenden Räume des städt. Theaters an interessierte Mainzer Geschäftsleute darauf Bedacht genommen werden muß, daß im Falle des Bezuges der Landesregierung und der französischen Koblenzer Militärregierung nach hier der Wiederaufbau des städt. Theaters als solches in Angriff genommen werden könnte.

3. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt davon Kenntnis, daß er hinsichtlich der durch den Herrn Gouverneur angeordneten Kontrolle der Sitzungen der städtischen Körperschaften (Stadtratsausschüsse usw.), wonach jeweils spätestens 48 Stunden vorher die betr. Tagesordnung der Militärregierung vorzulegen sei, den Städteverband Rheinland-Pfalz mit dieser Angelegenheit zu befassen beabsichtige. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus steht auf dem Standpunkt, daß eine solche Kontrolle einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden bedeute, die zum mindesten zu erheblichen Bedenken Anlaß geben müsse, ganz abgesehen davon, daß sich die angesetzten Tagesordnungen dann nicht durchführen lassen, falls diese evtl. im letzten Moment nach Eingang eines entsprechenden Antrags noch der Militärregierung mitgeteilt werden müßten.

4. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt davon Kenntnis, daß der Verwaltungssitz der französischen Militärregierung voraussichtlich Baden Baden bleiben solle, während die Landesregierung und die Französische Zivilverwaltung voraussichtlich nach Mainz verlegt werde. General Koenig werde als oberster Zonenbefehlshaber sehr wahrscheinlich nach den bis jetzt vorliegenden Informationen seinen Sitz in Mainz-Gonsenheim nehmen.

5. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus bringt in der Verwaltungskonferenz zum Ausdruck, daß das Weisenauer Wohnungsbauprogramm, nach dessen Finanzierung gesichert sei, sofort in Angriff genommen, der Baubeginn also unbedingt in die Wege geleitet werden müsse. Die hierdurch bedingten Bauarbeiten sind ausgeschrieben.

//

6. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt Kenntnis von einem Schreiben des Herrn Ministers des Innern an den Herrn Minister der Finanzen hinsichtlich der Bedarfszuweisung an die Stadt Mainz.

7. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn teilt der Verwaltungskonferenz mit, daß die Bezahlung der Ärzte im Städt. Krankenhaus bis zur Währungsreform durch die Stadt erfolgt sei. Für die Zeit vom 21.6. bis 31.12.1948 sei nunmehr insgesamt für die Vorgenannten ein Betrag von 105 000 DM fällig geworden. Es müsse unbedingt Wert darauf gelegt werden, daß sich der Staat an diesen Kosten beteilige, zumal die Stadt Mainz zur Tragung dieser Kosten nicht in der Lage sei, bevor nicht Klarheit über den Vertrag Krankenhaus zwischen Stadt und Landesregierung herrsche. Die Verwaltungskonferenz ist der Meinung, daß mit Rücksicht auf die Änderung in der städtischen Verwaltung vorläufig eine abschließende Regelung nicht möglich ist. Die Angelegenheit soll im gegenseitigen Einvernehmen mit den beteiligten Stellen geregelt werden.

8. Herr Bürgermeister Hufschmidt teilt mit, daß Herr Oberbaurat Kipper von der städt. Straßenbahn bei der Firma Mercedes Benz einen Omnibus käuflich erwerben wolle. Die Verwaltungskonferenz lehnt diesen Kauf ab.

   Herr Bürgermeister Hufschmidt berichtet, daß die Stadtwerke einen Teil des alten Gaswerkes in Budenheim abstoßen wolle, da die Firma Berg in Budenheim an den Anlagen interessiert sei. Die Verwaltungskonferenz ist mit diesem Vorhaben grundsätzlich einverstanden, da die Anlagen des Gaswerkes in Budenheim für die Stadtwerke keine Bedeutung mehr haben. Für den Verkauf der Anlagen soll die Zustimmung der Aufsichtsbehörde eingeholt werden.

   Herr Bürgermeister Hufschmidt bringt einen Antrag der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrt-Gesellschaft zur Kenntnis, wonach ein Hydrantenanschluß am Rhein bei der Anlegestelle durch die Stadtwerke errichtet werden solle. Die hieraus entstehenden Kosten beliefen sich auf 700.-- DM. Die Stadtwerke seien in der Lage und bereit, diesen Anschluß zur Durchführung zu bringen. Die Verwaltungskonferenz ist nach anfänglichem Widerspruches Herrn Beigeordneten Küth der Meinung, daß dieser Anschluß erstellt werden müsse, damit die Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrt-Gesellschaft ihre Abfahrtsstelle nicht etwa nach Wiesbaden verlege. Herr Bürgermeister Hufschmidt soll mit der vorgenannten Gesellschaft sich noch einmal ins Benehmen setzen und versuchen, daß diese die Hälfte obiger Kosten selbst trage.

9. Herr Beigeordneter Bürgermeister a.D. Dr. Dassen berichtet hinsichtlich der Vermietung von Gelände an der Straßenbrücke für Brückenanlage an Firma E.A.M. Die Verwaltungskonferenz ist der Auffassung, daß kein Verzicht auf Überlassungsvergütung hinsichtlich des in Frage kommenden Geländes ausgesprochen werden soll.

   Herr Beigeordneter Bürgermeister a.D. Dr. Dassen berichtet über die derzeitigen Verhältnisse der Kosten für den Einreibtrupp. Die Verwaltungskonferenz ist der Meinung, daß es bei der seitherigen Regelung verbleiben soll.

10. Herr Regierungsrat a.D. Oppenheim legt eine Liste des Städt. Theaters hinsichtlich der zu vergebenden Freikarten für Erstaufführungen (Premieren) im Städt. Theater vor. Die vorgelegte Liste wird von der Verwaltungskonferenz genehmigt. Gleichzeitig

//

gibt Herr Regierungsrat a.D. Oppenheim der Verwaltungskonferenz davon Kenntnis, daß die Landesregierung weiterhin dem städt. Theater 10 000 DM zur Verfügung gestellt habe.

11. Herr Beigeordneter Röth gibt davon Kenntnis, daß kommenden Dienstag eine Besprechung der waldbesitzenden Gemeinden in Bingen stattfinde. Ferner gibt Herr Beigeordneter Röth davon Kenntnis, daß er die Behelfsheime am Müllerwäldchen in Sonsenheim besichtigt habe. Hinsichtlich der zu regelnden Eigentumsverhältnisse bezw. des Ausgleiches für die den derzeitigen Nutznießern überlassenen Rechte an Grund und Boden sollen die Betreffenden jeweils ein entsprechendes Gesuch in Vorlage bringen.

Z.B.:

gez.: Dr. Pieper.

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 4

Niederschrift

Über die Verwaltungskonferenz vom 17. Februar 1949.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Baudirektor Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

Der Herr Oberbürgermeister berichtet über das Ergebnis der gestrigen Verhandlung vor dem Landesarbeitsamt in Koblenz wegen der Kündigungen des Personals des Theaters und Orchesters. Danach ist lediglich die Genehmigung zur Kündigung des Dienstverhältnisses des Generalmusikdirektors erteilt und die Genehmigung zur Kündigung für das übrige Personal des Orchesters abgelehnt worden. Ministerialrat Dr. Walter, der vor kurzem eine Ermächtigung der Landesregierung zur Kündigung - auch bei Ablehnung durch das Landesarbeitsamt - zugesagt hatte, habe im Anschluß an die Verhandlung vor dem Landesarbeitsamt nunmehr mitgeteilt, seine Erklärung nicht aufrecht erhalten zu können, da mit der Zustimmung des Innenministers usw. nicht zu rechnen sei.

Bei der Sachlage soll nunmehr lediglich dem Herrn Generalmusikdirektor gekündigt werden. Dieser und Herr Dr. Dollinger sollen angewiesen werden, keine neuen Verträge ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Verwaltung abzuschließen.

2.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 5

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 15. Februar 1949.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Baudirektor Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Die nach Hinausschiebung des Liquidationstermins für den Zweckverband bis 31. Dezember 1949 geschaffene Lage wird besprochen. Die Regierung soll gebeten werden, die mündlich gegebenen Zusicherungen schriftlich zu bestätigen. Die Frage der Stellung eines Verbindungsmannes zwischen städtischer Bauverwaltung und Baudirektor wird mit Rücksicht auf die schwebende Neuorganisation der städtischen Bauverwaltung vorerst zurückgestellt. Inzwischen soll Herr Bürgermeister Maurer eine ständige Verbindung mit dem Generalbaudirektor aufnehmen.

2. In der Frage der Kündigung des Personals des Theaters und Orchesters ist die Konferenz der Meinung, daß alle Kündigungen ausgesprochen werden sollten, auch wenn das Landesarbeitsamt die Genehmigung hierfür nicht erteilt. Dabei wird allerdings vorausgesetzt, daß die Aufsichtsbehörde die Ermächtigung für die Kündigung erteilt. Evtl. soll die Angelegenheit nach der morgigen Verhandlung in Koblenz nochmals in einer Sonderkonferenz behandelt werden.

3. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von Verhandlungen, die die Stadtwerke mit dem Regierungspräsidium in Wiesbaden wegen der Konzessionserteilung für die Einrichtung einer Omnibuslinie nach Erbenheim geführt haben. Er beanstandet dabei die Aufnahme der Verhandlungen ohne vorherige Bekanntgabe an die städtische Verwaltung. Die Verhandlungen hätten über die Stadtverwaltung geführt werden müssen.

4. Der Antrag der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft auf Beitritt der Stadt Mainz soll aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt werden.

5. Nach einer Mitteilung der Evangelischen Kirchengemeinde ist die Erteilung der Baugenehmigung für die Kirche im Zitadellengebiet von der Übertragung des Geländes in das Eigentum der Kirche abhängig gemacht worden. Nach Besprechung der Angelegenheit wird beschlossen, die Verhandlungen wegen Überlassung des städtischen Geländes an die Kirche in Eigentum oder in Erbpacht weiterzuführen und unabhängig davon die Baugenehmigung sofort zu erteilen.

//

6. Oberfinanzrat Trablé trägt vor, daß die Freireligiöse Gemeinde die einzige Religionsgemeinschaft sei, der es noch nicht möglich gewesen wäre, ein neues Gotteshaus zu beschaffen. Schon mit Rücksicht auf das der Israelitischen Religionsgemeinde gezeigte Entgegenkommen sei es billig, der Freireligiösen Gemeinde die von ihr im Stadthaus für gottesdienstliche Zwecke benutzten Räume bis auf weiteres mietfrei zu überlassen. Die Verwaltungskonferenz beschließt demgemäß.

7. Herr Bürgermeister Kufschmidt schildert nochmals die Notlage des Schlacht- und Viehhofs in Bezug auf bauliche Herstellungen. Die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Bauausführungen wird an sich anerkannt, die Sache soll jedoch nicht für sich, sondern in Verbindung mit den anderen dringenden finanziellen Anforderungen behandelt werden. Herr Bürgermeister Maurer wird ersucht, eine Aufstellung über die dringendsten Arbeiten für das Rj. 1949 raschestens vorzulegen.

8. Die Verwaltungskonferenz ist damit einverstanden, daß die Bezugscheine für die unentgeltliche Abgabe von 2 Ztr. Brennholz von den Händlern bei der Brennstoffstelle eingereicht und von dieser vergütet werden. Die Brennholzstelle soll alsdann die Ausgabe mit dem Fürsorgeamt verrechnen.

9. Die Frage der Unterbringung des Jugendringes in dem Haus Am Dom wird eingehend besprochen. Von Oberfinanzrat Trablé wird dabei vorgeschlagen, auch zu prüfen, ob nicht die für die Betreuungsstelle vorgesehene Baracke dem Jugendring überlassen werden könnte. Die Angelegenheit soll zunächst von den Herren Dr. Schwahn und Oppenheim geprüft und dann nochmals in der Konferenz besprochen werden.

10. Herr Baudirektor Dr. Dassen gibt Kenntnis von feuerpolizeilichen Beanstandungen beim Stadttheater. Der Prüfungsbericht soll zunächst dem Theaterdezernenten zur Bearbeitung mit dem Hochbauamt zugehen.

11. Herr Baudirektor Dr. Dassen gibt Kenntnis von einer Personalanforderung des Gartenamts und von dem von der Finanzverwaltung hiergegen erhobenen Einspruch. Die Angelegenheit soll mit dem Haushaltsplan behandelt werden. Bis dahin soll die Neueinstellung von Personal unterbleiben.

12. Herr Bürgermeister Maurer berichtet über das Boardinghaus-Projekt. Demnach war zunächst Gelände an der Pariser Straße für den Bau vorgesehen. Von der Bauverwaltung wird jedoch die Errichtung des Gebäudes auf dem Freiherr vom Stein-Platz als zweckmäßiger bezeichnet. Die Unternehmer verlangen eine Geländefläche von etwa 2000 qm und wollen dafür nicht mehr als 30 000 DM ausgeben. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Bauverwaltung, bevor dem Antrag auf Überlassung von städtischem Gelände nähergetreten wird, Erhebungen über die an dem Unternehmen bezeichneten Persönlichkeiten anstellt.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 7

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 7

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 8. Februar 1949.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Röth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Baudirektor Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé.
Dr. Pieper.

1. Es wird beschlossen, auf den 14.2.1949 eine Stadtratssitzung einzuberufen, in der vor allem der Hebesatz für die Lohnsummensteuer beschlossen werden muß.

2. Enttrümmerung. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einem Schreiben des Generalbaudirektors, nach dem die Landesregierung die Mittel zur Finanzierung der teilweisen Demontage der Enttrümmerungsanlagen und der Fortsetzung von Enttrümmerungsarbeiten in einem größeren Umfange wie zurzeit zur Verfügung stellen will, wenn die Stadt Mainz einen Beitrag zu den Kosten der Enttrümmerung von monatlich 25 000 DM leistet. Die Angelegenheit soll den städtischen Körperschaften zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

3. Zweckverband. Der Herr Oberbürgermeister gibt ferner Kenntnis von einer Einladung zu einer Verbandsversammlung des Zweckverbandes am 9. Februar 1949 in Koblenz, in der beschlossen werden soll, den Termin für die Auflösung des Zweckverbands bis zum 30. Juni 1949 hinauszuschieben. An der Versammlung sollen neben dem Herrn Oberbürgermeister die Herren Maurer und Trablé teilnehmen. Vor der Beschlußfassung sollen die Vertreter der Landesregierung gebeten werden, näheren Aufschluß über den gegenwärtigen Stand der schwebenden Fragen und über die für die Zukunft in Aussicht genommenen Regelungen zu geben. Die evtl. Zustimmung zu der Verlängerung des Bestands des Zweckverbands soll nur vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrats gegeben werden.

4. Die Absicht der Vereinigung der 1888 Geborenen, des Fliegerangriffs am 27.2.1945 in einer besonderen Veranstaltung zu gedenken, wird besprochen. Dabei war man übereinstimmend der Meinung, daß als Träger einer solchen Veranstaltung neben kirchlichen Organisationen die Stadtverwaltung in Frage käme. Es besteht aber kein Anlaß, städtischerseits etwas zu unternehmen. Die von den 1888ern geplante Feier soll in keiner Weise unterstützt, es sollen auch keine städtischen Räume zur Verfügung gestellt werden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 8

Die Konferenz hält es für angebracht, die Polizei zu ersuchen, Vergnügungsveranstaltungen am 27.2.1949 nicht zu genehmigen und den Schluß der Veranstaltungen am Tage zuvor auf 3 Uhr nachts festzusetzen.

5. Abbaumaßnahmen beim Theater und Orchester. Die Konferenz nimmt Kenntnis von dem ablehnenden Beschluß des Arbeitsamts bezüglich der Genehmigung der geplanten Kündigungen. Der Herr Oberbürgermeister hat gegen den Beschluß sofort Beschwerde erhoben. Termin für die Behandlung der Beschwerde vor dem Landesarbeitsamt ist bereits auf den 10.2.1949 anberaumt worden. Die Angelegenheit soll gegebenenfalls auch in der Stadtratsitzung am 14.2.1949 nochmals besprochen werden.

6. Die Militärregierung verlangt neuerdings einen von dem Herrn Oberbürgermeister selbst zu erstattenden Monatsbericht über alle wichtigen Begebenheiten und Schwierigkeiten. Von dem Ansinnen soll der Landesregierung mit der Bitte Kenntnis gegeben werden, sich dafür zu verwenden, daß die Inanspruchnahme der städtischen Verwaltung mit weiteren unproduktiven Arbeiten unterbleibt. Solange der Verfügung der Militärregierung entsprochen werden muß, soll der Bericht allmonatlich auf Grund einer Besprechung der jeweiligen Lage in der Verwaltungskonferenz (zum 25. des Monats) erstattet werden.

7. Nach einer Mitteilung der Landesregierung soll die Betreuungsstelle für politisch und raesisch Verfolgte mit dem 31. März 1949 aufgelöst und dafür eine neue Betreuungsstelle beim Regierungspräsidium eingerichtet werden. Da das in Mainz freiwerdende Personal in der Verwaltung nicht untergebracht werden kann, soll zur Vermeidung von Kündigungen das Regierungspräsidium ersucht werden, das gesamte Personal der städt. Stelle zu übernehmen. Die Konferenz ist außerdem der Meinung, daß dem Regierungspräsidium Räume für seine Betreuungsstelle in städtischen Gebäuden nicht zur Verfügung gestellt werden können.

Mit Rücksicht auf die Schließung der städtischen Betreuungsstelle ist die Übersiedlung dieser Stelle in den Barackenneubau bis auf weiteres zurückzustellen.

8. Herr Bürgermeister Maurer regt an, Interessenten für die Erstellung von Behelfsbauten auf städtischem Gelände vor der Bearbeitung der Anträge durch die Liegenschaftsverwaltung an die Planungsstelle des Hochbauamts zu verweisen. Demgegenüber weist Herr Beigeordneter Dr. Schwalm darauf hin, daß zurzeit die Anträge bei der Liegenschaftsverwaltung entgegengenommen und daß diese in allen Fällen dem Hochbauamt zur Stellungnahme zugeleitet würden. Die Konferenz ist der Ansicht, daß zu einer Änderung dieses Verfahrens kein Anlaß besteht.

9. Herr Bürgermeister Maurer gibt Kenntnis von einem Vorschlag des Hochbauamts über die Bebauung des Baublocks zwischen Schöfferstraße und Theater mit provisorischen Gebäuden unter Hinzunahme von städt. Platzgelände. Bei der Besprechung der Angelegenheit werden von Herrn Dr. Dassen verschiedentlich Bedenken erhoben. Es wird beschlossen, die Herren Maurer und Dr. Dassen möchten ihre Ansichten schriftlich niederlegen. Alsdann soll erneut in der Konferenz Stellung genommen werden.

//

10. Von Oberfinanzrat Prablé wird angeregt, bei einer Erweiterung der Trümmerbeseitigungs-Aktion auch die Trümmer aus städtischen Gebäude-Ruinen (z.B. alte Universität, das Gebäude der Stadtwerke an der Kaiserstraße) zu entfernen, vorausgesetzt, daß dies in den einzelnen Fällen keine Nachteile zur Folge hat.

11. Gegen den Erlaß von Baupolizeigebühren in Höhe von 48 DM, die aus Anlaß der Erstellung der Baracken für die Arbeiterwohlfahrt angefordert worden sind, wird kein Einwand erhoben.

12. Nach einem Bericht des Herrn Dr. Dassen hat die Eisenbahn-Direktion die Errichtung einer Eisenbahn-Werkstätte in der Höhe von Mainz-Mombach vorgesehen. Herr Dr. Dassen wird gebeten, die vorgesehene Bebauung bezw. Gelände-Inanspruchnahme in einem städtischen Plan genau eintragen zu lassen und die Angelegenheit dann erneut vorzutragen.

13. Herr Dr. Dassen teilt mit, daß die Inangriffnahme der Kanalisationsarbeiten für die Suderstraße alsbald erfolgen müsse. Der Generalbaudirektor habe einen Kostenbeitrag von 132 000 DM fest zugesagt, die Stadt werde mit einem Anteil von etwa 70 000 DM belastet, der jedoch zum größeren Teil von Anliegern ersetzt worden müsse. Die Konferenz ist mit der Inangriffnahme der Arbeiten einverstanden, vorbehaltlich der ordnungsmäßigen Kreditanforderung beim Stadtrat.

14. Der Apotheker Keller will sein Gebäude an der Großen Bleiche wieder aufbauen. Ein Teil des Grundstücks fällt nach dem neuen Bebauungsplan in die Straße. Den verbleibenden Geländeteil will der Eigentümer dichter bebauen, als zulässig ist. Es soll versucht werden, den Vorteil, der durch eine dichte Bebauung gewährt wird, durch ein Entgegenkommen des Eigentümers bei der Entschädigung für das abzutretende Straßengelände auszugleichen.

15. Für das Büro des Hafenoffiziers werden von dem Hafenamt immer noch Kosten bezahlt, trotzdem das Büro offiziell nicht mehr besteht. Die Konferenz ist aber auch der Ansicht, daß eine rechtliche Verpflichtung zur Übernahme der Kosten durch die Stadt nicht anerkannt werden kann und daß deshalb die Zahlungen eingestellt werden müssen. Die Hafenverwaltung soll der zuständigen französischen Stelle mitteilen, daß der Hafen keine eigenen Einnahmen zur Übernahme der Kosten besitzt und daß die Finanzverwaltung der Stadt nicht mehr in der Lage ist, dem Hafen für den genannten Zweck Zuschüsse zur Verfügung zu stellen.

16. Die Verwaltung hat sich seinerzeit damit einverstanden erklärt, daß die Bau-Ruinen von Behelfshäusern den früheren Bewohnern käuflich überlassen werden. Bei den Verkäufen in der RMark-Zeit haben sich auch keine Schwierigkeiten ergeben. Ein Interessent, bei dem der Verkauf in der RMark-Zeit nicht abgewickelt werden konnte und der nunmehr den Kaufpreis in DMark bezahlen soll, ersucht nunmehr, ihm einen Nachlaß von den DMark-Preis zu gewähren. Die Konferenz ist der Ansicht, daß man nach Prüfung der einschlägigen Verhältnisse von Fall zu Fall durch Nachlaßgewährung entgegenkommen sollte.

11

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 10

17. Herr Dr. Schwann teilt mit, daß vor einigen Jahren eine Vereinbarung mit Kommerzienrat Dr. Jung getroffen worden sei, nach der die Stadt das Gelände zwischen der Bastei und dem Kupferberg-Gebiet zum Teil gärtnerisch anlegen und Dr. Jung dazu einen Beitrag von 12 000 RM zahlen soll. Der genaue Wortlaut des Vertrags ist nicht bekannt, da die Akten nicht mehr vorhanden sind. Die Konferenz ist der Meinung, daß die Angelegenheit zunächst auf sich beruhen kann, da die Durchführung einer Straße durch das Kupferberg-Gebiet und die Herstellung einer Anlage zurzeit noch nicht in Frage kommt.

18. Der in der letzten Sitzung des Stadtrats von der KP-Fraktion gestellte Antrag, den Fürsorge-Unterstützten usw. eine Brennholz-Beihilfe zu gewähren, ist dem Wohlfahrts- und Finanzausschuß zur Stellungnahme zugeleitet worden. Die Angelegenheit wird heute im einzelnen besprochen und es wird vorgeschlagen, den Unterstützungsempfängern und anderen Minderbemittelten Gutscheine über 2 Ctr. Holz zu übergeben. Auf Grund der Gutscheine soll das Holz vom Handel bezogen werden. Der den Händlern vom Fürsorgeamt zu vergütende Preis soll von Herrn Beigeordneten Röth alsbald vereinbart werden. Den evakuierten Unterstützungsempfängern soll über die Landräte eine Geldbeihilfe von 8 DM zur Beschaffung des Holzes gewährt werden.

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit wird von der Einberufung des Wohlfahrts-Ausschusses, dessen Zustimmung angenommen wird, abgesehen und die Angelegenheit lediglich dem Finanzausschuß in seiner Sitzung am 10.2.1949 unterbreitet.

19. Veranstaltung einer Wiederaufbau-Lotterie. Oberfinanzrat Trablé bringt den Antrag der Demokratischen Stadtratsfraktion auf Veranstaltung einer Wiederaufbau-Lotterie im Wert von 1 Million DM nochmals zur Sprache. Er teilt dabei mit, daß die Landesregierung die Genehmigung mündlich zugesagt habe und daß die Angelegenheit inzwischen auch mit dem Lotterie-Unternehmen Nausch in Worms und auch mit Herrn Stadtrat Christ besprochen worden sei. Von verschiedenen Seiten werde es als unmöglich bezeichnet, Lose im Gesamtwert von 1 Million DM unterzubringen. Nach der Ansicht des Herrn Nausch in Worms müsse eine Begrenzung der Losausgabe auf höchstens 300 000 erfolgen. Oberfinanzrat Trablé verwies auch auf den Mißerfolg der Stadt Wiesbaden bei einer von dieser im Jahre 1946/47 veranstalteten Lotterie und auf die Schwierigkeiten, die zurzeit bei dem Verkauf der Lose der Arbeiterwohlfahrt und des Roten Kreuzes bestehen. Bei der Sachlage sei das geplante Unternehmen mit dem Risiko verbunden, daß die Stadt beträchtliche Druck- und Reklamekosten ausgeben müsse, die in keinem Verhältnis zu dem Erlös der nur zu einem kleinen Teil unterzubringenden Lose stehen würde.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Angelegenheit in der Sitzung des Finanzausschusses am 10. Februar 1949 eingehend besprochen werden sollte. Dabei soll auch die Frage erörtert werden, ob man evtl. Geldpreise oder Haushaltsgegenstände usw., wie von Herrn Christ vorgeschlagen, als Gewinne aussetzen soll. Zu der Sitzung h ist Herr Stadtrat Christ einzuladen.

11

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 11

20. Gewährung von Dienst-und Schutzkleidern an die Mitglieder der Feuerwehr. Oberfinanzrat Trable berichtet, daß dem Personal der Feuerwehr vor 1933 und auch noch einige Jahre danach die notwendigsten Röcke, Hosen, Mützen, Mäntel und Stiefel auf Kosten der Stadt geliefert worden seien. Nach einem in den Akten liegenden Bericht des früheren Branddirektors Moehl vom 2. Juli 1935 seien die Tragzeiten wie folgt festgelegt gewesen: Tuchröcke 2 Jahre, Tuchhosen 1 Jahr, Mützen 2 Jahre, Mäntel 8 Jahre, Stiefel 2 Jahre. Auf Grund einer später getroffenen Regelung seien die Feuerwehrleute wie Heeresangehörige behandelt worden, es seien ihnen neben Arbeitsanzügen, Mänteln, Uniformröcken, Mützen und Stiefeln auch noch Hemden, Unterhosen, Socken, Schnürstiefel usw. geliefert worden, die Uniformstücke in 2 Garnituren. Bei der derzeitigen Finanzlage der Stadt sei eine derartig weitgehende Versorgung der Feuerwehrleute mit Kleidungsstücken untragbar, sie sei auch den anderen städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten gegenüber nicht vertretbar.

Von Herrn Dr. Dassen wird dem entgegengehalten, daß nach der von der vergangenen Reichsregierung getroffenen Regelung eine Verpflichtung der Stadt zur Lieferung der Ausstattung bestehe, ferner daß bei der Landesregierung ein neues Feuerschutzgesetz in Vorbereitung sei, das auch die Versorgung der Feuerwehrleute mit Schutzkleidern usw. regele. Die Konferenz ist der Ansicht, daß bis zur landesgesetzlichen Neuregelung der Angelegenheit die Beschaffung und Bereitstellung von Kleidungsstücken zurückzustellen ist.

Z.K.

gez.: T r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 12

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 1. Februar 1949.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Baudirektor Dr. Lassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Schulkinderspeisung. In die Aktion hat sich nunmehr auch das Ernährungsministerium eingeschaltet, das die Ernährungsämter zur Mitwirkung aufgefordert hat. Herr Regierungsrat Oppenheim wird ersucht, Herrn Diefenbach zu den Besprechungen und Beratungen zuzuziehen.

2. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von verschiedenen Besprechungen, die er in den letzten Tagen bei der Landesregierung in Koblenz gehabt hat. Danach hat er festgestellt, daß in der Frage des Wiederaufbauverbands noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen worden sind, daß zwar ein neues Statut ausgearbeitet worden sei, das einen Landesgeneralbaudirektor vorsehe, die vorgeschlagene Regelung sei aber vom Kabinett noch nicht gutgeheißen worden.

Bezüglich der Verlegung des Regierungssitzes von Koblenz nach Mainz sei mitgeteilt worden, die Haltung der Kabinettsmitglieder sei nicht einheitlich. Die Franzosen wünschten, daß die Vorarbeiten für die Übersiedlung in Angriff genommen werden und daß bis spätestens 1. Juni mit der Verlegung begonnen und daß diese im Laufe des Jahres 1949 durchgeführt wird.

3. Theater und Orchester. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von seinen neuerlichen Feststellungen über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben beim Orchester. Statt einer Verbesserung sei eine ständige Verschlechterung zu verzeichnen. Die Einnahmen nahmen nicht zu, die Ausgaben gingen in die Höhe. Bei der Sachlage sei an eine Aufrechterhaltung des Orchesters nicht zu denken.

4. Die Frage der Beschlagnahme von Kraftwagen durch die Kreisstraßenverkehrsstelle gab Anlaß zu einer längeren eingehenden Aussprache. Der Herr Oberbürgermeister gibt einen Bericht von Frl. Brahm bekannt, in dem u.a. bedauert wird, daß die städtische Feuerwehr einen Wagen ohne weiteres an den früheren Eigentümer zurückgegeben hat. Herr Dr. Schwahn weist demgegenüber darauf hin, daß der von der Feuerwehr zurückgegebene Wagen nicht von der Straßenverkehrsstelle beschlagnahmt worden war. Die Feuerwehr habe übrigens den

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 13

Wagen nie benutzt, weil er defekt gewesen sei. Die Konferenz ist der Ansicht, daß künftig jeder einzelne Rückforderungsantrag dem Rechtsdezernat zur Prüfung vorgelegt werden muß und daß bezüglich der im Besitz der Stadt befindlichen fremden Wagen die Einzelheiten klargelegt werden sollen.

Bei der Besprechung kam auch die Frage der Möbelbeschlagnahmungen zur Sprache. Herr Dr. Schwahn machte dabei Mitteilungen über Verhandlungen vor den Verwaltungsgerichten. Die Konferenz hält es bei der Sachlage für notwendig, sofort bei der Landesregierung, /die den Erlaß eines Gesetzes zu beantragen, in dem/Beschlagnahmeverfügungen legalisiert werden. Die Landesregierung soll ferner gebeten werden, für den Fall, daß aus Anlaß der Möbelbeschlagnahmungen Entschädigungen zu zahlen sind, der Stadt die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

5. Herr Bürgermeister Hufschmidt beanstandet die Mitwirkung des Steueramts bei der Einziehung von Urlaubergebühren durch die Stagma. Das Steueramt teile nicht nur der Stagma die vergnügungssteuerpflichtigen Veranstaltungen mit, sondern übergebe auch den Steuerpflichtigen die Aufforderungen zu den Zahlungen an die Stagma. Oberfinanzrat Trablé sagte Prüfung der Angelegenheit und entsprechenden Bericht zu.

6. Von Herrn Bürgermeister Hufschmidt wird ferner mitgeteilt, daß die Anlagen im Schlachthof in Bezug auf die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften usw. demnächst untersucht würden und daß dabei zweifellos die Durchführung vieler Herstellungen verlangt werde. Die Konferenz beschließt, die Beanstandungen abzuwarten, dann soll die Stadtverwaltung einen Bericht darüber und über die Höhe der aufzuwendenden Kosten vorlegen.

7. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn teilt mit, die Universitätsverwaltung trage Bedenken, den vorgelegten Vertragsentwurf über die Verpachtung des Städtischen Krankenhauses zu vervielfältigen und den Mitgliedern der städtischen Körperschaften mitzuteilen. Man ist der Meinung, daß die Universität einen Einwand wohl nicht erheben werde, wenn man ihr mitteile, daß der Vertrag zunächst nur in dem Krankenhaus-Ausschuß beraten werden soll. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn wird gebeten, in diesem Sinne an die Universität zu schreiben.

8. Oberfinanzrat Trablé bringt den Antrag der Demokratischen Stadtratsfraktion, beim Wiederaufbau zerstörter Häuser Grundsteuerfreiheit für 10 Jahre zu gewähren, zur Sprache und bemerkt dabei, daß nach eingeholten Auskünften bei zahlreichen Städten nirgends eine Grundsteuerfreiheit gewährt werde, nur Wiesbaden gewähre einen Nachlaß in beschränktem Ausmaße. Auf Vorschlag von Oberfinanzrat Trablé erklärt sich die Konferenz damit einverstanden, daß zunächst die Regierung in Koblenz befragt werden soll, ob das Land auch die durch die beantragte Steuerfreiheit entstehenden Ausfälle zu 80 oder 90% ersetzt.

9. Festsetzung der Hebesätze für die Gewerbesteuer. Mit der von Oberfinanzrat Trablé vorgeschlagenen Erhöhung des Hebesatzes von 290 auf 300% ab 1. April 1949 erklärt sich die Konferenz einverstanden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 14

10. Einführung einer Lohnsummensteuer. Nach einem Gesetz für Rheinland-Pfalz vom 30. Dezember 1948 müssen die Gemeinden mit sofortiger Wirkung eine Lohnsummensteuer erheben. Die Gemeinden haben lediglich die Höhe des Hebesatzes zu bestimmen. Der Hebesatz muß mindestens 500% und darf höchstens 2000% betragen. Entsprechend einer im Vorstand des Städteverbands getroffenen Vereinbarung soll vorgeschlagen werden, den Hebesatz auf 2000% festzusetzen. Die Verwaltungskonferenz ist damit einverstanden.

11. Dem Vorschlag einer Firma Zuschlag in Wiesbaden, sich durch den Vertrieb von Reklame-Zündhölzern Mittel zu Gunsten des Wiederaufbauen der Stadt zu verschaffen, soll nicht nähergetreten werden.

12. Von der Erhebung einer Vergnügungssteuer für Veranstaltungen der freiwilligen Feuerwehren soll allgemein kurzerhand abgesehen werden.

13. Herr Dr. Pieper gibt Kenntnis von einer Anordnung der Militärregierung, einen Teil der seinerzeit dem Rektor der Universität, Professor Schmitt, überwiesenen Räume in dem Hause Sieben an der Goldgrube für die jetzige Eigentümerin, die Tochter von Sieben, freizugeben. Herr Dr. Pieper wird gebeten, die Angelegenheit möglichst durch mündliches Benehmen mit Herrn Professor Schmitt in befriedigender Weise zu regeln.

14. Nach einer Mitteilung des Herrn Dr. Dassen will der Mainzer Automobil-Club auch in diesem Jahr wieder ein Rennen quer durch Mainz veranstalten und zwar im Monat Juli. Bei der Besprechung der Angelegenheit wurde darauf hingewiesen, daß das Rennen im vergangenen Jahr eine unliebsame Störung des Verkehrs gebracht habe. Die Konferenz ist deshalb der Meinung, daß man zwar gegen das Vorhaben keinen Einwand erheben, aber versuchen sollte, die Veranstaltung so zu organisieren, daß keine allzugroße Störung des Verkehrs eintritt. Im übrigen soll ausbedungen werden, daß der Stadt durch die Veranstaltung keinerlei Kosten entstehen dürfen, direkt oder indirekt.

15. Die Feuerwehr verlangt von den Stadtwerken eine Entschädigung für die von ihr unterhaltenen Feuerwehrlöschhydranten. Die Konferenz ist übereinstimmend der Meinung, daß es Sache der Feuerwehr ist, die Hydranten in einem jederzeit verwendungsfähigen Zustand zu halten und daß deshalb eine Zahlung durch die Stadtwerke nicht in Frage kommen kann.

16. Herr Dr. Dassen legt einen Plan vor, der den Austausch von Gelände der Gemarkung Hechtsheim gegen Gelände der Gemarkung Mainz-Bretzenheim vorsieht. Die Verwaltungskonferenz kann sich für den beabsichtigten Austausch nicht begeistern, sie hält es für empfehlenswert, der Frage der Eingemeindung von Hechtsheim wieder näherzutreten. Die Herren Bürgermeister Hufschmidt und Dr. Dassen sollen die nötigen Vorarbeiten hierüber übernehmen.

Im Anschluß daran wurde die Frage einer anderen Regelung der Verwaltung der eingemeindeten Stadtteile erörtert. Es wird beschlossen, bei anderen Städten anzufragen, wie die Verwaltung der eingemeindeten Stadtteile dort geregelt ist. Das eingehende Material soll von dem Eingemeindungsdezernenten, dem Rechtsdezernenten und der Finanzverwaltung geprüft und bearbeitet werden.

//

gibt

17. Herr Regierungsrat Oppenheim ~~xxxxxxx~~ Aufklärung über die beim Theater bisher ausgegebenen Freikarten. ~~xxxxxxx~~ Der Herr Oberbürgermeister bittet Herrn Oppenheim ~~nochmals~~, eine namentliche Liste der Freikartenbezieher vorzulegen und dabei Vorschläge zu machen, in welcher Weise die Freikartenausgabe künftig anders geregelt werden soll.

Z.B.

gez.: F r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 16

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 25. Januar 1949.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwann
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Baudirektor Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Die zur heutigen Stadtratsitzung vorliegenden Anträge werden besprochen. Die Besprechung gab keinen Anlaß zu besonderen Beschlüssen.

2. Schulkindersperrung. Nach einer neuerlichen Regelung der Landesregierung muß damit gerechnet werden, daß die Stadt mit einem Teil der Kosten belastet wird. Sobald hierüber etwas Näheres bekannt ist, insbesondere die Höhe der Ausgaben feststeht, soll der Schuldezernent als der Bearbeiter der Angelegenheit entsprechende Vorlage machen.

3. Die Konferenz ist damit einverstanden, daß die Arbeiten für die baulichen Ausführungen in der Gutenbergschule an die Mindestfordernden vergeben werden. Die Zustimmung des Bauausschusses soll nachträglich eingeholt werden.

4. Herr Bürgermeister Maurer weist darauf hin, daß die Konferenz-Niederschrift vom 4. Januar 1949 über die Ausführung von Bauarbeiten durch die Stadtwerke nicht in Ordnung gehe. Es wird festgestellt, daß die Stadtwerke nur den Bau von Transformatorenstationen im Einvernehmen mit dem Hochbauamt selbst ausführen sollen. Die Ausführung aller übrigen Bauten der Stadtwerke soll durch das Hochbauamt geschehen.

5. Die Verwaltungskonferenz nimmt Kenntnis von einer Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Maurer über die Entwicklung der Baupreise infolge einer strengeren Durchführung der Submissionsverfahren.

6. Von Herrn Bürgermeister Maurer wird wiederum darauf hingewiesen, daß eine Vermehrung des Personals der Preisstelle für Miet-und Lachtsachen notwendig sei, wenn die vorliegenden Anträge rechtzeitig erledigt werden sollen. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Angelegenheit zurückgestellt werden muß bis feststeht, welche Beamten aus dem Kreise der Entnazifizierten in den Dienst der Stadt zurückgenommen werden müssen. Der Bedarf der Preisstelle kann dann gegebenenfalls durch Versetzungen von anderen Dienststellen befriedigt werden.

11

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 17

7. Nach einer Mitteilung des Herrn Regierungsrats Oppenheim hat ein Professor Böckler in München das Ansuchen an die Stadt gestellt, Gegenstände des Altertumsmuseums für Ausstellungszwecke in der Schweiz zur Verfügung zu stellen. Die Sache soll so behandelt worden, wie dies seitens anderer Städte geschieht.

8. Der Evangelische Hilfsverein will die zerstörten Gebäude Leibnizstraße 27 und 29 wieder aufbauen und ersucht, die Trümmer auf Kosten der Stadt zu beseitigen. Vor einer endgültigen Stellungnahme soll geprüft werden, welche Kosten durch die Trümmerbeseitigung entstehen und welchen Zwecken die wiederaufzubauenden Gebäude dienen sollen.

9. Herr Dr. Dassen weist auf die Notwendigkeit der alsbaldigen Kanalisation der Turnerstraße in Mainz-Kostheim hin, die beträchtliche Kosten erfordert. Zurzeit ist die Finanzierung nicht möglich, der Geldbedarf soll für den Haushaltsplan vorgemerkt werden.

10. Die Frage der Ausgabe von Freikarten im Stadttheater wird von Oberfinanzrat Trablé zur Sprache gebracht. Dabei wird von dem Herrn Oberbürgermeister die Vorlage einer Liste der Freikartenbezieher von dem Herrn Kulturdezernenten gewünscht.

11. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn gibt Kenntnis von den Beschlüssen des Krankenhaus-Ausschusses über die Neufestsetzung der Krankenhaus-Pflegesätze. Ein Einwand gegen die Beschlüsse wird nicht erhoben.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 18

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 4. Januar 1949.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Baudirektor Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einem Antwortschreiben des Finanzministers vom 11. Dezember 1949 auf die Anträge der Stadtverwaltung auf Gewährung eines weiteren Darlehens für den LA-Wohnungsbau und einer Beihilfe zum Ausgleich des Haushaltsplans. Der Inhalt des Schreibens wird allgemein als unverständlich bezeichnet. Die Ausführungen sollen nicht unwidersprochen bleiben.

2. Der Herr Oberbürgermeister gibt ferner Kenntnis von dem Schriftwechsel zwischen ihm und Oberbaurat Joerg mit der französischen Baukommission in Baden-Baden.

3. Mit der Beteiligung der Stadt in einem Ausschuß zur Feier des ehemaligen französischen Präfekten Jean Bon St. André ist die Konferenz einverstanden.

4. Aus Anlaß einer erneuten Beschwerde über den unwohnlichen Zustand in den Holzmann-Häusern wird beschlossen, die Regierung um eine baldige Entscheidung auf den Antrag auf Übernahme der Gebäude in die Verwaltung des Landes zu ersuchen.

5. Herr Regierungsrat Oppenheim schlägt vor, wieder wie früher ein Auditorium für die Frauenarbeitsschule zu bilden. Die Konferenz ist damit einverstanden. Der Antrag soll dem Stadtrat vorgelegt werden.

6. Von Herrn Regierungsrat Oppenheim wird auf das wilde Bauen in dem Gelände zwischen dem Stiftswingert und der Ketteler-Siedlung hingewiesen. Es werde anscheinend nicht nur ohne Genehmigung gebaut, sondern auch so, daß dadurch die Durchführung notwendiger Straßen und Wege erschwert werde.

7. Herr Dr. Dassen teilt mit, daß wiederum ein Baugesuch für ein Grundstück eingereicht worden sei, das nach dem festgestellten Fluchtlinienplan zum größten Teil in die Straße falle. Er weist dabei darauf hin, daß bei der Verweigerung der Baugenehmigung von dem Grundstückseigentümer die Erwerbung des Grundstücks durch die Stadt gefordert werden könne. Die Konferenz ist der Meinung, daß

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 19

man das Baugesuch ablehnen solle. Ein Erwerb des Grundstücks durch die Stadt komme bei der derzeitigen Finanzlage nicht in Frage. Dem Grundstückseigentümer müsse gegebenenfalls überlassen werden, die Stadt deswegen zu verklagen.

8. Nach einer Mitteilung des Herrn Dr. Dassen ist ein dem ehemaligen Land Hessen gehörender Rheinufergeländestreifen oberhalb der Kaiserbrücke seinerzeit der Stadt gegen eine kleine Pacht überlassen worden. Das Gelände wird von der Stadt weiter vermietet. Die Wasserstraßenverwaltung in Bingerbrück verlangt nunmehr von der Stadt außer dem Pachtbetrag noch die Übernahme der Grundsteuer durch die Stadt. Das Ansinnen kann nach Ansicht der Verwaltungskonferenz nicht abgelehnt werden.

9. Herr Dr. Pieper hat wegen des bei Sportveranstaltungen zu erhebenden "Sportgroschens" mit den Sportvereinen verhandelt und deren Zustimmung gefunden. Die Sportvereine verlangen jedoch, daß über die Verwendung der eingehenden Geldbeträge ein alsbald zu bildender Sportausschuß entscheidet. Die Konferenz ist hiermit einverstanden. Dem Stadtrat soll die Bildung eines Ausschusses aus 7 Angehörigen der Sportvereine und 4 Stadtratsmitgliedern vorgeschlagen werden.

10. Oberfinanzrat Trablé berichtet über das am 29. Dezember 1948 im Bahnhofshotel eingerichtete Spielkasino, an dessen Erträgnissen die Stadt beteiligt ist. Nach dem Bericht betrugen die Bruttoeinnahmen bis einschl. 2. Januar 1949 = 2036 DM, von denen an die Stadt 814,40 DM abgeführt worden sind. Über die seitens der Stadt zu treffenden Kontrollmaßnahmen soll erst endgültig Stellung genommen werden, wenn die weitere Entwicklung des Kasinos feststeht.

11. Die Fraktion der Demokratischen Partei hat 3 Anträge eingereicht, die die Förderung des privaten Wohnungsbaues zum Ziele haben und die von Oberfinanzrat Trablé verlesen werden.

Der Antrag Nr. 1 wegen Gewährung von Grundsteuerfreiheit beim Wiederaufbau zerstörter Häuser soll zum Anlaß genommen werden, die Regierung auf die dringende Notwendigkeit einer alsbaldigen Schaffung eines Ausgleichs für die nach dem Wiederaufbau ungedeckt bleibenden Hauskosten hinzuweisen.

Der Antrag Nr. 2 soll der Liegenschaftsverwaltung mit dem Auftrag zugeleitet werden, umgehend festzustellen, wo und unter welchen Bedingungen geeigneten Gelände für den Bau von Wohnhaussiedlungen zur Verfügung gestellt werden könnte.

Der Antrag Nr. 3 ist der Finanzverwaltung zuzuleiten mit dem Auftrag, die Antragstellerin über den Stand der Darlehensgewährung aus dem Landesstock der Arbeitslosenversicherung zu informieren. Alsdann auch Bekanntgabe an den Stadtrat.

12. Auf Antrag des Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn soll dem Stadtrat vorgeschlagen werden, für den Hospizienfonds einen Verwaltungsrat, bestehend aus 4 Mitgliedern, zu bestellen.

13. Die Stadtwerke beantragen, mit der Ausführung von Bauarbeiten für die Stadtwerke nicht mehr das städt. Hochbauamt zu betrauen, die Ausführung vielmehr den Stadtwerken zu überlassen. Bedenken hiergegen werden nicht erhoben.

I.V.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 21. Dezember 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Röth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Baudirektor Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Direktor Dr. Ruppel hat gegen die Absicht, den Römischen Kaiser so wieder aufzubauen, daß er zum Teil für wirtschaftliche Zwecke Verwendung finden kann, Einspruch erhoben. Er will alle Räume des Gebäudes für Zwecke des Museums vorgesehen haben. Die Konferenz ist der Ansicht, daß der Wiederaufbau des Römischen Kaisers vorerst nicht in Frage kommt und daß eine endgültige Entscheidung über die spätere Verwendung des Gebäudes hinausgeschoben werden kann, bis die Möglichkeit für den Wiederaufbau gegeben ist.

2. Es wird festgestellt, daß zurzeit etwa 230 Baugesuche unerledigt bei der Militärregierung liegen. Über die Gründe hierfür und über die verschiedentlich erhobenen Beschwerden wird erneut eingehend gesprochen. Die Angelegenheit soll auf Grund der von der Bauverwaltung vorzulegenden Unterlagen erneut der Regierung in Koblenz zur Abstellung des Mißstandes unterbreitet werden.

3. Ein in der "Allgemeinen Zeitung" veröffentlichter Artikel des Herrn Bernier gab Anlaß zu einer eingehenden Aussprache. Der Artikel soll nicht unerwidert bleiben. Zu diesem Zweck soll die Bauverwaltung die notwendigen Unterlagen beschaffen, aus denen insbesondere hervorgeht, warum das Tausendwohnungs-Programm nicht restlos durchgeführt werden konnte, welche Schwierigkeiten bei der Durchführung des Programms entstanden und welche Mittel aufgewendet worden sind. Ferner soll festgestellt werden:
   1. um wieviel Wohnungen es sich bei dem städtischen 1.-Wohnungsprogramm handelte, wieviel Wohnungen endgültig fertiggestellt und übergeben worden sind und welche Kosten bis jetzt aufgewendet werden mußten,
   2. wieviel Wohnungen das städtische Wohnungsamt seit Beginn der Bautätigkeit in Mainz an Wohnungssuchende vergeben hat,
   3. welche Schritte die Stadtverwaltung für die Herstellung von Wohnungen in der DMark-Zeit unternommen hat.

Unabhängig davon soll die Landesregierung in Koblenz gefragt werden, bis wann mit der Verlegung der Regierung nach Mainz zu rechnen ist, wie groß der Büroraumbedarf und der Bedarf

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 20

an Wohnungen bei einer Verlegung der Regierung ungefähr sein wird und welche Mittel das Land für den privaten Wohnungsbau der Stadt zur Verfügung stellen wird. Herr Bürgermeister Maurer wird ersucht, sich mit den staatlichen Baubehörden in Mainz in Verbindung zu setzen, um festzustellen, ob diese bereits Aufträge für die Unterbringung der Regierungs-Behörden und Beamten in Mainz erhalten haben.

4. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Militärregierung, die GFK-Kaserne zur Unterbringung von etwa 100 Mann Besatzung von der Luftbrücke in Anspruch zu nehmen. Gegebenenfalls müßten in der Kaserne wohnende Familien ihre Wohnungen aufgeben. Es wird für notwendig erachtet, daß sich die Bauverwaltung alsbald über diese Frage bei der Militärbauverwaltung informiert.

5. Schulspeisung. Nach einem Vortrag des Herrn Regierungsrats Oppenheim soll durch die demnächst auch in Mainz einzuführende Schulspeisung die Stadt nicht mit Kosten belastet werden. Die Stadt wird jedoch für Kosten der Beschaffung von Geräten usw. in Vorlage treten müssen. Voraussichtlich wird zunächst ein Betrag von 5240 DM benötigt. Dieser Betrag soll zur Verfügung gestellt und als "Schwebender Posten" verausgabt werden.

6. Herr Bürgermeister Hufschmidt teilt mit, daß es nicht möglich sei, bei dem Wiederaufbau des Gebäudes der Stadtwerke Ecke Rheinallee und Frauenlobstraße in diesem Gebäude eine Stadtapotheke unterzubringen. Die Bauverwaltung wird beauftragt, im Benehmen mit der Liegenschaftsverwaltung ein anderes geeignetes Gebäude für die Einrichtung der Apotheke zu suchen. Oberfinanzrat Trablé weist darauf hin, daß vielleicht das Haus in der Frauenlobstraße, in dem früher ein Polizeibezirk untergebracht war, für den genannten Zweck in Frage kommen könne.

7. Der Witwe Schumann war nach 1945 bis zur Währungsreform ein Unterhaltszuschuß aus den Stiftungs-Werten bezw. Einnahmen von monatlich 400 RM gewährt worden, der ab 1. Juli 1948 auf 300 DM herabgesetzt worden ist. Auf Ansuchen der Frau Schumann soll ab 1.Januar wieder ein Zuschuß von 400 DM gezahlt werden.

8. Trümmerbeseitigung. Die Angelegenheit ist erneut eingehend besprochen worden. Man war sich dabei darüber einig, daß die Arbeiten nicht ganz eingestellt, vielmehr unter Verwendung eines Baggers fortgesetzt werden sollen. Es soll jedoch versucht werden, die Beteiligung des Landes an den Kosten von etwa 20 000 DM mit 50% zu erreichen.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

- 1 -

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 15. Dezember 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwalm
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Baudirektor Dr. Dasser
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von seinen Verhandlungen im Vorstand der Hessischen Girozentrale wegen der Gewährung eines Darlehens an die Stadt Mainz und macht im Anschluß daran allgemeine Ausführungen über die derzeitige, außerordentlich ungünstige Lage auf dem Kapitalmarkt.

2. Der Herr Oberbürgermeister teilt ferner mit, daß von dem Betriebsrat der Straßenbahn der Antrag gestellt worden sei, allen Bediensteten der Stadt eine Weihnachtsgratifikation von 50 DM zu gewähren. Die Konferenz ist mit dem Herrn Oberbürgermeister der Meinung, daß zunächst ein entsprechender Antrag des gesamten Betriebsrats abgewartet werden müsse und daß die endgültige Stellungnahme der Verwaltung von der Regelung der Frage durch die Landesregierung abhänge.

3. Von Oberfinanzrat Trablé wird gefragt, ob die Trümmerbeseitigung auch über den Dezember hinaus fortgesetzt werden soll. Die Konferenz beschließt, die Angelegenheit dem Finanzausschuß zur Entscheidung vorzutragen.

4. Der Herr Oberbürgermeister gibt ein Schreiben des Generalgouverneurs in Koblenz bekannt, in dem das Wiederaufbaugesetz behandelt und die in dem Gesetz vorgesehene Übertragung der Baugenehmigungen an die deutschen Stellen für die Stadt Mainz abgelehnt wird.

Die Verwaltungskonferenz ist einmütig der Meinung, daß alle gegen die Stadtverwaltung in dem genannten Schreiben erhobenen Vorwürfe unberechtigt sind und zurückgewiesen werden müssen. Der Herr Oberbürgermeister wird gebeten, in einem Antwortschreiben an den Herrn Generalgouverneur die einschlägigen Verhältnisse darzulegen und um eine mündliche Besprechung zu bitten. Dabei soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Stadt Mainz das größte Interesse daran habe, bei der Behandlung der Bauvorhaben der Militärregierung mit ein gutes Verhältnis herbeizuführen.

5. Einem Antrag, den kriegsbeschädigten Blinden eine Weihnachtszuwendung zukommen zu lassen, soll nicht stattgegeben werden, da Mittel hierfür nicht zur Verfügung stehen. Es wird außerdem beschlossen, in den Fürsorge-Etat für 1949 einen Betrag als Dispositionsfonds des Fürsorge-Dezernenten vorzusehen.

6. Herr Bürgermeister Maurer weist darauf hin, daß es dringend notwendig sei, dem Hochbauamt alsbald einen tüchtigen Verwaltungsbeamten zuzuweisen. Unter den entnazifizierten Beamten sei zweifellos eine geeignete Persönlichkeit zu finden. Der Herr Oberbürgermeister gibt bei dieser Gelegenheit von dem Stand der Verhältnisse bezüglich der Wiedereinstellung der entlassenen Beamten Kenntnis.

7. Herr Bürgermeister Maurer regt an, der Bauverwaltung außer der "Allgemeinen Zeitung" auch die anderen Mainzer Zeitungen zukommen zu lassen. Die Konferenz ist der Meinung, daß bei der derzeitigen Finanzlage weitere Zeitungen für die einzelnen Dezernenten auf Kosten der Stadt nicht bezogen werden können. Um die einzelnen Dezernenten und Dienststellen über die sie interessierenden Zeitungsnachrichten zu informieren, sollen jedoch diesen Zeitungsausschnitte von der Pressestelle zugestellt werden. Oberfinanzrat Trable wird beauftragt, die Angelegenheit mit der Presse zu regeln.

8. Herr Bürgermeister Maurer teilt mit, daß die Herren Hansen und Lehl von der Planungsstelle des Hochbauamts ohne Wohnung seien und er deshalb bitte, zuzustimmen, daß den genannten Herren je eine Dachgeschoßwohnung in den städtischen Häusern am Freiherrn vom Stein-Platz zugewiesen wird. Die Kosten der Herrichtung der Wohnungen könnten voraussichtlich aus dem Kredit für den Wiederaufbau der Wohnungen bestritten werden. Die Konferenz ist einverstanden, das Wohnungsamt soll jedoch bei der Zuweisung der Wohnungen mit eingeschaltet werden. Im Interesse der Ersparnis von Trennungsentschädigungen soll versucht werden, auch anderen städtischen Beamten sobald als möglich Wohnungen zuzuweisen.

9. Herr Dr. Dassen bittet um Zustimmung für den Verkauf von alten Maschinenteilen usw. im Hafen als Schrott. Die Konferenz ist grundsätzlich einverstanden, empfiehlt jedoch eine entsprechende Vorlage an den Hafenausschuß und die Herbeiführung der Zustimmung des Stadtrats.

10. Der Generalbaudirektor hat das Hochbauamt und das Tiefbauamt ersucht ihm Aufstellungen über die zurzeit in Ausführung begriffenen und über die für 1949 zur Ausführung vorgesehenen [illegible] Bauten zu übersenden. Die Herren Dr. Dassen und Maurer werden gebeten, die gewünschten Aufstellungen zu fertigen, sie aber vor Weitergabe der Verwaltungskonferenz vorzulegen.

11. Herr Dr. Dassen teilt mit, daß die Kosten für die Aufstellung einer Baracke für die Betreuungsstelle sich nach dem Voranschlag des Hochbauamts auf insgesamt 33 500 DM stellen. Die Kosten für die Herstellung der 2. Baracke für das Altersheim ständen noch nicht genau fest sie würden wahrscheinlich etwas niedriger liegen. Die Konferenz beschließt, die Kredite zu Lasten des Hospizienfonds alsbald beim Stadtrat anzufordern.

//

12. In der Frage der Weiterbehandlung des Bebauungsplans der Stadt beschließt die Konferenz, daß alle noch unerledigten Fluchtlinienprobleme zu Anfang des nächsten Jahres dem Wiederaufbau-Ausschuß zur Besprechung vorgetragen werden.

13. Herr Dr. Dassen weist darauf hin, daß in der Annabergstraße und der Oderstraße noch keine Kanäle ausgebaut seien. Der Ausbau der Kanäle könne nicht noch länger hinausgeschoben werden. Die Kosten beliefen sich auf rund 150 000 DM. Herr Dr. Dassen wird ersucht, die Kosten in die Kreditanforderung für den außerordentlichen Haushaltsplan 1949 aufzunehmen.

14. Die Konferenz erklärt sich damit einverstanden, daß die den Monika-Schwestern angeforderten Grabkosten erlassen werden.

15. Herr Beigeordneter Dr. Schwann gibt von dem Stand der Angelegenheit Schiff Pollar Kenntnis. Die Stellungnahme der Verwaltung bleibt unverändert.

16. Wegen der Zuweisung von Wohnungen an Ärzte des städt. Krankenhauses soll sich Herr Dr. Pieper bemühen und entsprechende Vorschläge machen.

17. In der Geländeangelegenheit "Rhenania" empfiehlt die Konferenz, nunmehr Räumungsklage einzuleiten, zuvor aber den Rechtsausschuß zu hören.

18. Herr Oberbaurat a.D. Petzold hat von der Stadt ein Grundstück neben seinem Wohngrundstück gepachtet. Dabei ist ihm das Vorkaufsrecht zugestanden worden. Die Stadt hat ein Interesse daran, freie Hand über das Grundstück zu bekommen, Herr Petzold ist aber nicht geneigt, von seinem Vorkaufsrecht zurückzutreten. Es wird nunmehr empfohlen, Kaufverhandlungen mit anderen Interessenten einzuleiten und dann das Grundstück Herrn Petzold zum höchsten Angebotspreis anzubieten.

19. Die Verhältnisse bezüglich der ehemaligen Luftwaffenhäuser sind ungeklärt. Die Stadt ist Eigentümerin des Grund und Bodens, die Bauten wurden vom Reich errichtet, es sind größere Wiederherstellungsarbeiten erforderlich. Die Verwaltungskonferenz beschließt, mit dem Sonderbauamt eine Klärung der verschiedenen Fragen, insbesondere bezüglich der Unterhaltung der Gebäude, Überlassung der Bauten an die Stadt usw. herbeizuführen.

20. Von Herrn Bürgermeister Hufschmidt wird von einem Bericht des Schlacht- und Viehhofs Kenntnis gegeben, in dem beantragt wird, dem Schlachthof eine Preisermäßigung für das aus der städtischen Leitung gelieferte Wasser zuzugestehen. Die Konferenz ist grundsätzlich für eine Verbilligung des Wasserpreises, der Stadtwerke-Ausschuß soll evtl. mit der Angelegenheit befaßt werden.

Z.d.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 22

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 7. Dezember 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Baudirektor Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trabié.

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von den Verhandlungen im Vorstand des Zweckverbands am 6. Dezember 1948. Nach Eingang der von dem Herrn Oberbürgermeister gewünschten Abschrift einer Verfügung des Herrn Generalgouverneurs in Koblenz über die Behandlung der Stadt Mainz in dem Aufbaugesetz und der Abschrift der von dem Generalbaudirektor in der Vorstandssitzung gemachten mündlichen Ausführungen soll die Angelegenheit weiter behandelt werden.

2. Der Herr Oberbürgermeister gibt ferner Kenntnis von einer Beschwerde gegen die Zurückstellung der Sicherungsarbeiten an der Kaimauer im Hafen. Herr Dr. Dassen wird ersucht, den Beschwerdeführer über die Sachlage zu unterrichten.

3. Nach einer Mitteilung des Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn hat die Stadt im Jahre 1940 zwei Grundstücke am Oberen Laubenheimer Weg vom Deutschen Reich (Finanzamt) erworben, die zuvor jüdisches Eigentum (Eheleute Hahn) waren. Die Eheleute Hahn verlangen nunmehr die kostenlose Zurückgabe der Grundstücke. Herr Dr. Schwahn ist der Ansicht, daß gegen die Zurückgabeforderung kein berechtigter Einwand erhoben werden könne, die Stadt müsse jedoch vom Reich den Ersatz des seinerzeit bezahlten Kaufpreises verlangen. Die Konferenz ist mit der Behandlung der Angelegenheit nach dem Vorschlag des Herrn Dr. Schwahn einverstanden.

4. Herr Dr. Dassen teilt mit, daß ein älterer Mann sein durch Kriegshandlungen zerstörtes Familiengrab auf seine Kosten wieder hergestellt habe und nunmehr Ersatz dieser Kosten von der Stadt verlange, nachdem das Kriegsschädenamt eine Erstattung abgelehnt habe. Die Konferenz ist der Ansicht, daß ein Ersatz der Kosten durch die Stadt nicht in Frage kommen kann.

5. Herr Dr. Dassen hält es für zweckmäßig, neben dem Herrn Maniel noch den Buchhalter im Hafen, Herrn Berghäuser, als seinen, des Werkleiters Stellvertreter, zu bestellen. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Bestellung des Buchhalters als stellvertretender Werkleiter nicht angängig ist, daß auch ein Stellvertreter des Werkleiters genügt.

11

6. Der Leiter des Arbeitsamts hat nach einer Mitteilung der G.m.b.H. in dem städtischen Gebäude des Arbeitsamts Instandsetzungen ohne Befragen der städtischen Verwaltung durchführen lassen, wodurch 642,27 DM Kosten entstanden sind. Die G.m.b.H. beantragt nunmehr Bereitstellung des erforderlichen Kredits. Die Angelegenheit soll zunächst von der Finanzverwaltung geprüft werden.

7. Die Bebauungsplan-Ausstellung in den Sitzungssaal soll am 18. Dezember 1948 geschlossen werden.

8. Die Militärregierung verlangt von der Stadt Abdrücke des Bebauungsplans in verschiedenen Größen und Ausführungen. Nach der Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Maurer würden sich die Sonderausgaben der Stadt für die Herstellung der angeforderten Pläne usw. auf rund 14 000 DM stellen. Die Konferenz ist der Ansicht, daß diese Mittel bei der Finanzlage der Stadt nicht zur Verfügung gestellt werden können und daß deshalb der Forderung der Militärregierung nur entsprochen werden soll, wenn ein Requisitionsbefehl, der die Verrechnung der Kosten als Besatzungsausgaben ermöglicht, ausgestellt wird.

9. Herr Bürgermeister Maurer bringt einen Antrag der Industrie- und Handelskammer auf eine über die Schätzung der Preisbehörde für Miet- und Pachtsachen hinausgehende Bewertung der von der Besatzung in Anspruch genommenen Handelskammerräume zur Sprache. Die Konferenz ist übereinstimmend der Meinung, daß der Industrie- und Handelskammer, wie allen Personen, die zu den überhöhten Baukosten Wiederaufbauarbeiten durchgeführt haben, an sich nicht zugemutet werden kann, die aus den laufenden, normalen Mieteinnahmen nicht deckungsfähigen laufenden Hauskosten zu tragen. Die Stadt kann aber einer Erhöhung der Mieten nicht zustimmen, die Konferenz ist vielmehr der Ansicht, daß bei der Landesregierung immer wieder beantragt werden muß, daß umgehend eine Regelung über den Ausgleich der ungedeckten Hauskosten durch die Landesgesetzgebung getroffen werden muß.

B.B.

gez.: T r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 23

Zentrum Papiermühle Oppenheim

Niederschrift

Über die Verwaltungskonferenz vom 25. November 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr.Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr.Schwalm
Beigeordneter Roth
Bürgermeister a.D.Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr.Dasson
Oberfinanzrat Trablé
Dr.Pieper.

1. Oberfinanzrat Trablé berichtet über die Finanzlage und über seine Verhandlungen, die er mit der Regierung wegen Überweisung von Mitteln für die Durchführung der LA-Bauten und der Zuweisung für Grundsteuerausfälle und Bürgersteuerausgleichsbeträge sowie mit dem Landesarbeitsamt wegen Gewährung eines Darlehens für die Schaffung von Wohnungen in Keller-einbauten geführt hat.

2. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von den Verhandlungen im Vorstand des Deutschen Städtetags über den Lastenausgleich. Danach steht fest, daß die Gemeinden die Aufgaben für die vorgesehene Soforthilfe zu erledigen haben werden. Dafür kommen die Finanzämter in Frage, die jedoch die speziellen Aufgaben unter dem Namen " Ausgleichsstelle " erledigen sollen.

Bei der Besprechung der Angelegenheit wurde festgestellt, daß dem Hainzer Finanzamt die erforderlichen Räume für die vermehrten Aufgaben nicht zur Verfügung stehen. Die Räume für die Ausgabe der Räume, die zurzeit die Betreuungsstelle inne hat, bereitgestellt werden. Da in anderen städtischen Gebäuden Ersatzräume für die Betreuungsstelle nicht vorhanden sind, soll sofort versucht werden, entsprechende Räume in dem Arbeiterlager des Zweckverbandes zur Verfügung gestellt zu bekommen. Herr Bürgermeister Dr.Dasson wird mit Herrn Baumann von der Betreuungsstelle die Verhandlungen mit dem Generalbaudirektor hierwegen aufnehmen. Sollte es nicht möglich sein, die Betreuungsstelle in dem Arbeiterlager unterzubringen, dann soll versucht werden, eine unfertige Baracke von Arbeiterlager irgendwo auf Resten des Landes aufzustellen.

In Verbindung damit wurde auch der Erwerb von unfertigen Baracken von Zweckverband durch die Stadt besprochen und beschlossen, zwei Baracken für die Stadt reservieren zu lassen. Die eine Baracke soll zur Erweiterung des städtischen Altersheims verwendet werden. Nach der Mitteilung des Herrn Dr.Dasson kostet eine Baracke fertig aufgestellt durch den Generalbaudirektor 22 000 DM. Dieser Betrag kann gegebenfalls aus den Mitteln entnommen werden, die die Stadt dem Hospitalfonds kurz vor der Währungsreform überwiesen hat.

Über den Verwendungszweck der zweiten Baracke soll später Beschluss gefasst werden.

3. Herr Bürgermeister Maurer teilt mit, dass die Baracke im Schlachthof zu drei Wohnungen ausgebaut werden kann. Herr Bürgermeister Maurer soll die vorgelegten Pläne Herrn Dr.Pieper übergeben. Dieser soll dann entsprechende Finanzierungsvorschläge machen.

./.

4. Nach einer Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters ist die Beschlagnahme von Möbeln nach dem Einzug der Besatzung von dem Verwaltungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden.

5. Der Herr Oberbürgermeister gibt auch Kenntnis von der in der Presse verbreiteten Mitteilung über die alsbaldige Verlegung der Landesregierung nach Mainz. Von dieser Absicht soll jedoch der Landesregierung selbst nichts bekannt sein.

6. Herr Bürgermeister Hufschmidt weist darauf hin, dass verschiedentlich Angehörige von in Kriegsgefangenschaft befindlichen Personen Familienunterstützung bezögen, trotzdem sie in Arbeit ständen. Herr Beigeordneter Dr.Schuhan soll die Angelegenheit nachprüfen.

7. Herr Bürgermeister Hufschmidt teilt mit, dass die Besatzung die Überlassung eines Raumes im Schlachthof für die Einrichtung einer ständigen Wache fordert. Die Konferenz ist der Ansicht, dass die Erfüllung der Forderung von der Vorlegung eines ordnungsmässigen Requisitionsscheines abhängig gemacht werden muss.

8. Nach dem Vortrag des Herrn Beigeordneten Dr.Schuhan wollen die Eigentümer des Anwesens Mittlere Bleiche 8 dieses Anwesen der Stadt Mainz verkaufen, da ein Verkauf für den Wiederaufbau des zerstörten Gebäudes mit Rücksicht auf die beabsichtigte Fluchtlinienänderung nicht möglich ist. Den Ankauf des Hauses soll vorerst nicht näher getreten werden.

Bei dieser Gelegenheit wird auch über die Behandlung von Baugesuchen gesprochen, die nicht erledigt werden können, weil eine Änderung der Baufluchtlinie zwar beabsichtigt, aber noch nicht beschlossen ist. Es wird dabei darauf hingewiesen, dass eine Baugenehmigung nicht verweigert werden kann, wenn die genehmigte Baufluchtlinie eingehalten wird. Soll die Genehmigung mit Rücksicht auf eine beabsichtigte Änderung der Baufluchtlinie verweigert werden, dann muss die neue Baufluchtlinie alsbald festgestellt werden. Man hielt bei der Besprechung der Angelegenheit auch den Ausspruch von Bausperren für einzelne Strassenteile für notwendig. Diese Frage soll alsbald mit der Landesregierung behandelt werden.

9. Oberfinanzrat Trahlé weist im Anschluss an Punkt 8 darauf hin, daß das Baupolizeiamt und das Hochbauamt bei Beseitigung von gesetzwidrigen oder gefahrdrohenden Zuständen das vorgeschriebene Verfahren bisher nicht eingehalten haben. Bei der Notwendigkeit, Arbeiten durch die Stadt ausführen zu lassen, müsste ein förmlicher Polizeibefehl erlassen werden. Die Konferenz nimmt hiervon Kenntnis und es wird festgelegt, dass das juristische Dezernat für den Erlaß von Polizeibefehlen zuständig ist.

10. Die Leichtsteinwerke wollen für gepachtetes Strassengelände keine Miete zahlen. Die Konferenz beschließt, gegebenenfalls Klage auf Zahlung der Miete und evtl.auch auf Räumung des Geländes zu erheben.

11. Die Pächter des städtischen Geländes auf der Peters Aue zahlen zurzeit eine Pacht von 1550 DM. Die Liegenschaftsverwaltung schlägt vor, diesen Betrag nach Errichtung einer Schranke um 600 und nach der Erstellung weiterer Gebäude um weitere 800 DM zu erhöhen. Die Konferenz ist damit einverstanden.

12. Der Regierungspräsident schlägt vor, das Gebäude der Abdeckerei Pretzenheim unter finanzieller Beteiligung der Stadt für soziale Zwecke auszubauen. Dem Herrn Regierungspräsidenten soll geantwortet werden, dass die Ausführung von Ausbauarbeiten auf Kosten der Stadt nicht in Frage kommt.

13. Von Herrn Dr.Pieper wird die Frage der Instandsetzung der Schleusen in Marienborn erneut zur Sprache gebracht. Die Kosten für die dringendsten Arbeiten sollen 2500 DM betragen. Die Konferenz ist der Ansicht, dass die Stadt keine baulichen Herstellungen vornehmen soll, da das Gebäude nicht Eigentum der Stadt und auch nicht von ihr gepachtet ist. Gegebenenfalls könnte die Gewährung eines festen einmaligen Beitrags zu den Instandsetzungskosten von 2500 DM an den, der die Arbeiten ausführt, befürwortet werden.

14. Von Herrn Dr.Hansen wird die Frage der Neufestsetzung der Mieten für die Bolongaro-Häuser zur Sprache gebracht. Die Konferenz ist damit einverstanden, dass die Preisstelle die Mieten für jeden einzelnen Fall festlegt.

15. Der Rheindienst will eine Halle am Rheinufer wieder aufbauen. Herr Regierungsrat Oppenheim stimmt gegen die Erteilung der Genehmigung, er möchte das Rheinufer möglichst frei von Bauten gehalten haben. Die Konferenz ist jedoch der Meinung, dass, wenn die Errichtung der Halle auch wenig erwünscht sei, gegen das Projekt dennoch ein Einwand nicht erhoben werden sollte. Die Genehmigung soll jedoch nur auf 10 Jahre erteilt werden.

16. Bei der Besprechung über die Verwendung der bereitgestellten Kredite für Instandsetzungsarbeiten in der Greiffenklau- und der Gutenbergschule wurde von Herrn Bürgermeister Maurer darauf hingewiesen, dass ein Kredit von 60 000 DM erforderlich sei, wenn die Gutenberg-Schule benutzungsfähig gemacht werden soll. Bei der Besprechung der Angelegenheit war man sich darüber klar, dass Geldmittel in dieser Höhe nicht bereitgestellt werden können, es sei denn, dass genehmigte Projekte nicht zur Ausführung kämen. In Frage käme die Zurückstellung der Wiederherstellung der Dächer in Nafon und die Einstellung der Kanalisierungsarbeiten. Die Angelegenheit soll dem Unterausschuss des Finanzausschusses zur Entscheidung vorgetragen werden.

17. Es wird bekanntgegeben, dass der Generaldirektor neuerdings auf Baufreigabescheinen vermerkt, dass Materialzuweisungen nach dem Beschluß über die Aufhebung des Bezugverbandes nur noch für die vorhandenen Bestände erfolgen könnten. Die Frage der Baumaterialzuweisung soll von den Herrn Bauberatern umgehend geprüft und es soll eine Regelung herbeigeführt werden, wie sie auch in den anderen Städten des Landes besteht.

18. Herr Beigeordneter Roth berichtet über den Stand der Brennstoffversorgung. Demnach sind der Stadt bis jetzt nur 11 000 Rm Brennholz zugelassen worden. Verfügbar sind für den kommenden Winter etwa 3 bis 4 Ztr.für jede Familie. Die Aussichten für die Zuteilung von Kohlen sind nach dem Bericht des Herrn Roth wenig erfreulich, er nimmt an, dass einer Familie vielleicht noch 5 Ztr.zugewiesen werden können.

Zur Beglaubigung:

Soz. Trahlé.

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 25

Niederschrift
über die Verwaltungskonferenz vom 30.11.1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Krane
Bürgermeister Hafkemeyer
Beigeordneter Dr. Schumann
Beigeordneter Röth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Baudirektor Dr. Deegen
Oberfinanzrat Trabis
Dr. Pieper.

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt seine Vorschläge über die Neuorganisation der Verwaltung, die Bildung der Ausschüsse usw. bekannt.

2. Er teilt ferner mit, daß die für den 29. November 1948 vorgesehene Vorstandssitzung des Zweckverbands nicht habe stattfinden können, da der Ministerpräsident und Staatssekretär Schmidt am Erscheinen verhindert gewesen seien. Als Termin für eine neue Sitzung sei nunmehr der 6. Dezember 1948 vorgesehen.

3. Der Herr Oberbürgermeister teilt ferner mit, daß der Landtag in den letzten Tagen das Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich für 1948 verabschiedet habe. Der genaue Wortlaut sei noch nicht bekannt. Der Landtag habe den Vernehmen nach auch beschlossen, die Gemeinden zu ermächtigen, eine Lohnsummensteuer einzuführen.

4. Der Erwerb von Baracken für die Betreuungsstelle und das Altersheim bereitet neuerdings Schwierigkeiten. Der Generalbausektor hat erklärt, daß die Baracken inzwischen an das Rote Kreuz verkauft worden seien. Es soll nochmals versucht werden, die Baracken zu bekommen. Gegebenenfalls sollen die notwendigen Räume unter Verwendung von Behelfsheimen erstellt werden.

5. Herr Regierungsrat Oppenheim gibt bekannt, daß ab 1. Januar 1949 eine größere Schulspeisung in Mainz eingeführt werden soll. Die Küche der Universität soll das Essen zubereiten und an die einzelnen Schulen liefern. Inwieweit die Stadt sich finanziell an der Aktienbeteiligen muß, steht noch nicht fest.

6. Die Frage der Einstellung der Trümmerbeseitigung wird nochmals besprochen und dabei erwähnt, daß der Unterausschuß des Finanzausschusses sich damit einverstanden erklärt habe, daß die Arbeiten für den Monat November noch fortgeführt werden sollen. Eine endgültige Entscheidung in der Frage der Einstellung soll erst nach dem Ergebnis der Vorstandssitzung des Zweckverbandes getroffen werden.

11

7. Herr Dr. Dassen gibt bekannt, daß die Unterspannung des im Hafen zurzeit aufzustellenden Krans den statischen Anforderungen nicht voll entspreche. Die Frage der Verstärkung der Unterspannung soll dem Bauausschuß zur Beurteilung vorgetragen werden und von dessen Beschluß dem Stadtrat Kenntnis gegeben werden.

8. Von Herrn Dr. Dassen wird vorgeschlagen, die Behelfshäuser zu verkaufen, um dadurch die hohen laufenden Unterhaltungskosten zu ersparen. Als Kaufpreis sollen die von der Stadt aufgewendeten Kosten gefordert werden. Die Verwaltungskonferenz ist mit dem Verkauf grundsätzlich einverstanden. Zunächst soll jedoch noch festgestellt werden, welche Kaufbeträge im einzelnen in Frage kommen.

9. Der Unterausschuß des Finanzausschusses hat beschlossen, die Arbeiten an der Kaimauer im Hafen noch zurückzustellen, um die dafür vorgesehenen Mittel für dringendste andere Aufgaben freizubekommen.

Oberfinanzrat Trabié vertritt die Ansicht, daß nach dem Beschluß des Unterausschusses die Vergebung von Arbeiten, die vor der Kreditbereitstellung Kosten verursachen, nicht erfolgen darf. Der Herr Oberbürgermeister ist aber der Meinung, daß die notwendigen Arbeiten bereits jetzt vergeben und die Mittel im Haushaltsplan für 1949 vorgesehen werden sollen.

10. Es liegt ein Antrag auf Genehmigung zur Einführung eines Geschicklichkeitsspiels in den Räumen des Restaurateurs Kleo vor. Die Stadt ist an den Veranstaltungen insofern interessiert, als sie die Vergnügungssteuer bekäme und außerdem noch einen Teil des Reingewinns, wie das in Wiesbaden bereits schon geschieht. Die Verwaltungskonferenz hat gegen eine vorläufige Genehmigung nichts einzuwenden und empfiehlt, wegen der Höhe des Anteils der Stadt an den Einnahmen mit dem Unternehmer zu verhandeln.

11. Über den Antrag, zuzulassen, daß Schülerwochenkarten auch noch über die Gültigkeitsdauer hinaus benutzt werden dürfen, wurde nochmals gesprochen. Die Konferenz ist nach wie vor für Ablehnung.

12. Herr Bürgermeister Hufschmidt teilt mit, daß bei der Errichtung der neuen Straßenbrücke Vorkehrungen für die Einrichtung einer Beleuchtung vorgesehen werden müßten. Die Kosten der Herstellung der Einrichtungen würden sich auf etwa 12 000 DM belaufen, die laufenden Kosten auf etwa 6000 DM. Die Verwaltungskonferenz ist der Ansicht, daß die Beleuchtung durchgeführt und daß die dafür jetzt schon notwendigen Arbeiten ausgeführt werden sollen. Gegebenenfalls soll später Ersatz der Kosten von dem endgültig Zahlungspflichtigen (Land?) gefordert werden.

13. Die Vertretung der Lastwagenfuhrunternehmer hat beantragt, die Zulassung von Transportunternehmen von einer Genehmigung abhängig zu machen. Die Konferenz ist grundsätzlich gegen die Forderung, die Zulassung von dem Nachweis eines Bedürfnisses abhängig zu machen, hat aber keine Bedenken, wenn die Genehmigung von einem Befähigungsnachweis und der Zuverlässigkeit des Unternehmers abhängig gemacht wird.

Z.B.

ges.: T r a b l é .

Beim Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 26

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 9. November 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trabié
Dr. Pieper.

1. Auf Vortrag des Herrn Bürgermeisters Hufschmidt wird beschlossen, die Luftkühlanlage im Schlachthof als vordringlich zu behandeln. Der erforderliche Kredit soll für 1949 bereitgestellt werden. Die Konferenz ist damit einverstanden, dass jetzt schon Angebote eingeholt werden.

2. Dem Antrag auf Verabfolgung der Omnibusfahrten nach Stadecken soll nicht stattgegeben werden.

3. Es ist beantragt worden, eine Änderung der Gültigkeitsdauer der Wochenkarten für Schüler insofern herbeizuführen, als die Karten für in einer Woche ausgefallene Tage auch noch an Tagen der folgenden Woche benutzt werden können. Die Stadtwerke sollen darüber gehört werden.

4. Die Firma Noah und Tief hat städtisches Gelände gemietet. Sie will nunmehr einen Teil des Geländes zurückgeben, und beantragt einen entsprechenden Pachtnachlass. Dem Antrag soll nicht stattgegeben werden.

5. In der Angelegenheit Entschädigungsforderung für Kahn Kolgr soll der frühere Standpunkt aufrecht erhalten und ein Vergleich abgelehnt werden.

6. Die Verwaltungskonferenz ist nach nochmaliger Beratung entgegen dem Beschluss vom 2. November nunmehr der Meinung, dass die Baracke im Schlachthof nicht verkauft werden sollte. Für die Erstellung von Baracken zur Unterbringung asozialer Personen soll ein Kostenanschlag aufgestellt und das Geld evtl. vom Land angefordert werden.

7. Die Angelegenheit Adolf-Hitler-Heim in Mainz-Kostheim soll alsbald mit dem Magistrat in Wiesbaden besprochen werden. Alsdann nötigenfalls Behandlung der Angelegenheit in dem Beirat von Mainz-Kostheim.

8. Dipl.Ing.Mellor will sein Grundstück Neubrunnenstr.4 wieder bebauen. Ein Teil des Geländes fällt in die Strasse. Mellor verlangt dafür von der Stadt eine Entschädigung. Die Angelegenheit soll der Regierung vorgetragen werden. Evtl.soll Mellor mitgeteilt werden, dass die Stadt nicht in der Lage wäre, eine Entschädigung auszuzahlen.

9. Die Firma Reits beabsichtigt, einen Schiffsmaschinenkessel früheren Entlademaße aufzustellen und ersucht um die Genehmigung. Herr Regierungsrat Oppenheim spricht sich gegen die Erteilung der Genehmigung aus. Die übrigen Herren sind der Meinung, dass man die Genehmigung zunächst auf ein Jahr erteilen sollte. Eine Vertragsverlängerung soll nur auf Grund einer neuen Vereinbarung erfolgen.

10. Der Reingewinn aus den Theatervorstellungen Schau'n soll auf einem besonderen Konto bei der Stadtsparkasse angelegt werden. Oberfinanzrat Trablé war anderer Meinung.

11. Herr Beigeordneter Röth bringt nochmals die alsbaldige Herstellung der Bäder der Holzhäuser an der Peterschallee zur Sprache. Es wird festgestellt, dass ein Kreditantrag bereits verliegt.

Zur Beglaubigung:

gez. T r a b l e .

Oberer Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 16.November 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr.Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr.Schwahn
Beigeordneter K ö t h
Bürgermeister a.D.Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr.Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr.Pieper.

1. Der Herr Oberbürgermeister macht Mitteilung über den von ihm beabsichtigten Neuaufbau der städtischen Verwaltung. Er gibt ferner Kenntnis von einer Besprechung mit dem Herrn Gouverneur über die rechtsrheinischen Stadtteile und über die Verlegung der Landesregierung nach Mainz.

2. Die Siemens-Schuckert-Werke drängen auf alsbaldige Freigabe ihrer Räume am Ringer Schlag, die zurzeit der Organisation " Jung - Mainz " überlassen sind. Die Frage der Bereitstellung von Ersatzräumen für "Jung-Mainz " wird besprochen. Das Haus " Am Rom ", das dafür beansprucht wird, kann nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Konferenz ist der Ansicht, dass die Bestrebungen von " Jung Mainz " unter allen Umständen unterstützt werden sollen, dass aber zunächst keine Möglichkeit besteht, dieser Organisation entsprechende städtische Räume zu überlassen.

3. Über den Wohnungsbau in Kr.-Weisenau wird nochmals gesprochen und es wird wiederum zum Ausdruck gebracht, dass das Projekt mit allen Mitteln betrieben werden soll.

4. Für die Errichtung eines Brausebades im Stadthaus soll ein Betrag von 850 DM bereitgestellt werden. Die Arbeiten sollen unter der Leitung des Hochbauamtes ausgeführt werden.

5. Herr Dr.Dassen bringt drei Beschwerden gegen das Hochbauamt vor, die die Nichteinhaltung von Baufluchtlinien betreffen. Herr Dr.Dassen wird gebeten, seine Beschwerde niederzuschreiben und Herrn Bürgermeister Maurer zu übergeben.

6. Herr Regierungsrat Oppenheim hält den Kassenraum der Stadtkasse für sehr geeignet für Ausstellungszwecke und er beantragt, den Raum als ständigen Ausstellungsraum zu bestimmen. Oberfinanzrat Trablé spricht sich entschieden gegen diesen Plan aus, da der Raum für Zwecke der Stadtkasse dringend benötigt wird. Die Frage soll näher geprüft werden, es wird auch beschlossen, an die Handelskammer wegen Freigabe der dieser überlassenen Räume in dem Stadtkassengebäude heranzutreten.

Lwerkes

7. Das Fürsorgeamt wird voraussichtlich die Arbeiten aus Anlass der Soforthilfe aus dem Lastenausgleich durchzuführen haben. Es benötigt dafür weitere Räume. Es soll alles geschehen, um entsprechende Räume umgehend bereitzustellen.

./.

8. Herr Dr.Dassen fragt, ob auch in diesem Jahre wieder Weihnachtsbäume aufgestellt werden sollen. Die Frage wird bejaht unter der Voraussetzung, dass eine Beleuchtung oder eine Bestrahlung der Bäume möglich ist. Die Zahl der Bäume soll jedoch möglichst nieder gehalten werden.

9. Herr Dr.Pieper teilt mit, dass sich die Sportvereine bereit erklärt hätten, von allen Besuchern ihrer Veranstaltungen einen sog.Sportgroschen zu erheben. Die Einnahmen sollen an die Stadt abgeführt und zur Verwendung für den Ausbau der Sportanlagen benutzt werden.

10. Herr Beigeordneter Dr.Schwahn gibt Kenntnis von der Beurteilung der Apothekenfragen durch die Landesregierung. Die Konferenz erklärt sich einverstanden mit der Übertragung der Apotheken-Konzession vom Frauenlobplatz auf eine neu zu errichtende Apotheke in dem Gebäude der Stadtwerke Ecke Frauenlobstraße und Rheinallee.

Zur Beglaubigung:

ges. T r a b l e .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 28

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 2.November 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr.Kraus
Bürgermeister Matschmidt
Beigeordneter Dr.Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D.Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr.Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr.Pieper.

1. Die von der Stadt Koblenz geplante Bebauungsplan-Ausstellung soll von Herrn Bürgermeister Maurer besucht werden.

2. Nachdem das Gesetz über die Gewährung von Darlehen aus dem Landesstock und der Arbeitslosenversicherung in Kraft getreten ist und nunmehr auch mit der Darlehensgewährung an die Stadt gerechnet werden kann, soll das Weisenauer Projekt sofort baureif gemacht werden.

3. Für eine Tuchmeyer-Veranstaltung in Mainz mit einer entsprechenden Ehrung Tuchmeyer's wird der 4., 5. oder 6.Dezember 1948 vorgesehen.

4. Die Überlassung von Baracken des Zweckverbandes an die Stadt wird nochmals besprochen. Der Bedarf soll umgehend festgestellt werden.Ins Auge gefasst werden Räume für das Wohnungsamt, Schulen, Fürsorgeamt usw.

5. Der Oberbürgermeister teilt mit, dass ein Architekt von der Gestapo 3 Tage lang in Haft genommen worden sei, weil er ohne vorherige Baufreigabe mit der Ausführung von Bauarbeiten begonnen habe. Es wird angeregt, die Erhöhung der Baukostensumme von 10 000 DM, bis zu der die städtische Bauverwaltung Bauvorhaben freigeben darf, zu beantragen.

6. Das Projekt, an der Oberen Zahlbacher Strasse ein Kindertagesheim zu errichten, ist aufgegeben worden, es ist nunmehr die Errichtung der Räume im Fort Johannes vorgesehen, für das jedoch der bewilligte Kredit nicht ausreicht. Das Projekt soll zunächst noch eingehend geprüft werden.

In Verbindung damit wird die Verwendung der im Schlacht- und Viehhof freien Barracke besprochen. Die Konferenz ist für den Verkauf der Halle. Der Erlös soll zugunsten der Erstellung des Kindertagesheims verwendet werden.

7. Die Volkshochschule ist wegen Gewährung eines Zuschusses von mindestens 5 000 DM an die Stadt herangetreten. Der Antrag soll nunmehr geprüft werden.

8. Einem Antrag, Mittel bereitzustellen für die Indeckung von Schulgebäuden mit Ziegeln,kann bei der derzeitigen Finanzlage nicht entsprochen werden. Ebenso muß die vorgesehene Einziehung von Fenstern im Stadthaus zurückgestellt werden.

9. Die Frage der Unterbringung der Juden aus Theresienstadt wird wiederum besprochen. Herr Dr. Schwahn wird gebeten, mit dem Land zu verhandeln, ob es nicht möglich ist, die Angelegenheit durch das Land in Verbindung mit der Schaffung von Räumen für die Hebammenlehranstalt zu erledigen.

10. Die Konferenz beschließt, beim Stadtrat zu beantragen, wieder einmalige Beschaffungsbeihilfen an Fürsorgeunterstützte, zahlbar in 2 Raten -November und Dezember- zu genehmigen.

11. Die Konferenz beschließt ferner wiederholt, die freie Benutzung der Straßenbahn durch Hilfsbedürftige zu Lasten der Stadtwerke abzulehnen.

z.d.

gez.: Trablé

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 29

24.11.48

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 26.Oktober 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr.Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr.Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D.Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr.Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr.Pieper.

1. Der Herr Oberbürgermeister teilt mit, dass bezüglich der Liquidation des Zweckverbandes bis jetzt noch nichts geschehen ist. Es wird nicht für notwendig erachtet, sofort festzustellen, was für Bauten vorhanden sind und welche Bauten zurzeit nicht benutzt werden. Herr Dr.Dassen wird gebeten, das Nötige zu veranlassen.

2. Die Verwaltungskonferenz nimmt Kenntnis von der notwendig gewordenen Hinausschiebung der Eröffnung der Ausstellung der neuen Stadtbaupläne.

3. Bezüglich der Gehaltszahlungen soll es bei der bisherigen Regelung verbleiben, also für den Monat November die vollen Bezüge ausgezahlt werden.

4. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von den Verhandlungen im Deutschen Städtetag über den künftigen Lastenausgleich.

5. Die Verwaltungskonferenz nimmt Kenntnis von einem Schreiben des Arbeitsamtes wegen der Aufrechterhaltung des Barackenlagers. Die Konferenz ist sich darüber einig, dass städtischerseits ein Interesse an der Möglichkeit der Unterbringung von auswärtigen Arbeitern besteht.

6. Der Herr Oberbürgermeister berichtet eingehend über die finanziellen Ergebnisse der Theater-und Orchesterveranstaltungen und der Veranstaltungen der Operettenbühne.

7. Herr Beigeordneter Dr.Schwahn schlägt vor, die sog.Holzmann-Häuser in Mainz-Kostheim, die zurzeit die Stadt verwaltet, dem Lande zur Verwaltung anzubieten. Die Konferenz ist damit einverstanden.

8. Die Cellulose in Mainz-Kostheim will zerstörte und noch nicht fertiggestellte Häuser der GmbH.für Kleinwohnungsbau auf ihre Kosten aufbauen. Sie hat der GmbH. den Entwurf eines Pachtvertrages vorgelegt. Die Verwaltungskonferenz ist grundsätzlich der Ansicht, dass das Vorhaben der Cellulose gefördert werden soll und vor endgültiger Zustimmung sollen jedoch die Vertragsbedingungen eingehend geprüft werden.

9. Die Verwaltungskonferenz ist mit der Überweisung von 19 x 250 DM für Stipendien an die Universität einverstanden.

./.

10. Herr Böwetter will eine Entschädigung haben für ein ihm im Jahre 1938 enteignetes Gartengrundstück, weil die Enteignung angeblich aus politischen Gründen erfolgt ist. Der Antrag soll aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt werden.

11. Herr Beigeordneter Köth weist darauf hin, dass an dem Hause Hallstrasse 47 6/10 dringend Dachreparaturarbeiten ausgeführt und auch die Lichtleitungen in Ordnung gebracht werden müssen. Der Herr Baudezernent nimmt hiervon Vormerkung.

12. Die Konferenz ist damit einverstanden, dass städtischerseits auf den Anteil an der Miete verzichtet wird, die der Zirkus Belli für Wahlveranstaltungen einnimmt.

Zur Beglaubigung:

gez.: T r a b l e

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 30

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 5.Oktober 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr.Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr.Schwahn
Beigeordneter K ö t h
Bürgermeister a.D.Maurer
Oberbaurat Dr.Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr.Pieper.

1. Bei der Veranstaltung der Naturfreundejugend am 9.Oktober 1948 soll Herr Beigeordneter Dr.Schwahn die Stadt vertreten.

2. In der Frage des Verhältnisses der Stadt zur " Mainzer Operettenbühne " ist die Konferenz der Meinung, dass man die Operettenbühne steuerlich und auch in Bezug auf die Versicherungen so behandeln soll wie das Stadttheater. Die Bühne soll als ein Teil des Theaters betrachtet und zur Vergnügungssteuer nicht herangezogen werden. Die notwendigen Versicherungen sollen von der Stadt zu Lasten der Operettenbühne abgeschlossen werden.

3. Der Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einem Schreiben der Evangelischen Gesamtgemeinde Mainz vom 1.10.1948, in dem diese sich darüber beklagt, dass die Ausführung der Notkirche im Stadtpark durch die städtische Bauverwaltung verzögert worden sei. Die Konferenz beschließt, die Bauverwaltung zu beauftragen, alles zu tun, damit der sofortige Beginn der Bauarbeiten erfolgen kann, und zwar nach den Plänen von Prof.Bartning.

4. Über die vorgesenene Ausstellung der Stadtbaupläne wird eingehend gesprochen und dabei festgelegt, dass, wenn die Ausstellung nicht sofort in dem Stadtkassenraum durchgeführt werden kann, diese in der Kunsthalle erfolgen soll.

5. Die Bereitstellung von Räumen für die Bau-und Kunstschule gab Anlaß zu einer eingehenden Aussprache. Es soll geprüft werden, ob der Schule die erforderlichen Räume nicht in dem Lager Jmm zur Verfügung gestellt werden können. Unabhängig davon soll sofort ein Raum im Stadthaus für die Meisterklasse bereitgestellt werden.

6. Herr Beigeordneter Dr.Schwahn teilt mit, dass Rechtsanwalt Dr.Winter den städtischen Vorschlag wegen der Rückgabe der Elsaßbank abgelehnt und gerichtl.Klage eingereicht habe.

7. Von Herrn Dr.Pieper wird darauf hingewiesen, dass im Sportplatz am Bruchweg verschiedene bauliche Herstellungen, insbesondere an der Tribüne, alsbald durchgeführt werden müßten. Es soll versucht werden, die Arbeiten durch das Gartenamt unter Inanspruchnahme der Handwerker der Feuerwehr ohne größeren Kostenaufwand auszuführen. Herr Dr.Dassen wird gebeten, das Erforderliche anzuordnen.

8. Von Herrn Dr.Dassen wird mitgeteilt, dass der Turnverein von 1817 erneut Schadensforderungen aus Anlaß der Enttrümmerung stellt. Die Konferenz beschließt, dem Verein einen Entschädigungsbetrag von 1370 DM zu zahlen und die weitergehende Forderung abzulehnen.

./.

9. Nach einem Bericht des Herrn Dr.Dassen erfordert die Herstellung der Einfriedigungen der verschiedenen israelitischen Friedhöfe einen Kostenbetrag von insgesamt 12 500 DM.Bei der derzeitigen Finanz-und Kassenlage der Stadt kann ein Kredit in dieser Höhe vorerst nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeiten müssen deshalb zurückgestellt werden.

10. Herr Beigeordneter Köth weist darauf hin, dass mit einem Mangel an Kartoffeln im nächsten Frühjahr gerechnet werden müsse,und dass es deshalb angebracht sei, grössere Kartoffelmengen zur Ausgabe im Frühjahr über Winter zu lagern. Er schlägt vor, verschiedene Erzeuger zu verpflichten, grössere Mengen Kartoffeln zu lagern auf Lager zu nehmen, diesen Erzeugern einen Betrag von je 2 DM pro Zentner zu zahlen, der dann auf den üblichen Kartoffelpreis im Frühjahr aufgerechnet werden soll. Gegebenenfalls müsste die Stadt hier mit einem Betrag von etwa 40 000 DM in Vorlage treten.

Die Angelegenheit wird eingehend besprochen und als deren Ergebnis Herr Beigeordneter Köth ersucht, mit Herrn Strutz wegen der Lagerhaltung auf Rechnung von Strutz zu verhandeln. Gegebenenfalls könne die Stadt für einen von Herrn Strutz aufzunehmenden Kredit als Bürge eingeschoben werden.

Z. B.

gez.: T r a b l e

Gemeinschaftsarchiv Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 31

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 28.September 1949.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr.Kraus.
Bürgermeister Hufschmidt.
Beigeordneter Dr.Schwahn.
Beigeordneter Köth.
Oberbaurat Dr.Dassen.
Oberfinanzrat Trablé.
Dr. Pieper.

1. Der Herr Oberbürgermeister teilt zunächst mit, dass er auf Grund einer Besprechung mit Herrn Oberbaurat Fritzen und im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Finanzausschusses - Herrn Eickwolff - die Zusage gegeben habe, einen Betrag von monatlich 25 000 DM ab 1.Oktober 1949 für die Fortführung der Entrümmerungsarbeiten unter Benutzung eines Baggers aus städtischen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Er habe dies dem Zweckverband mitgeteilt und dabei die Erwartung ausgesprochen, dass das Land sich mit einem gleichen Betrag an den Kosten beteiligt, damit mit einem weiteren Bagger weitergearbeitet werden könne.

Sodann wurde nochmals über die Weiterbehandlung der Zweckverbandsangelegenheiten gesprochen. Herr Oberbürgermeister erklärte dabei, dass er über die Angelegenheit in den nächsten Tagen mit dem Herrn Finanzminister verhandeln werde. Dann sei eine nochmalige Beratung mit dem Ältestenrat unter Zuziehung der Vorsitzenden der drei Ausschüsse vorgesehen. Im Anschluss daran soll dann dem Stadtrat eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden.

2. Herr Bürgermeister Dr.Dassen gibt Kenntnis von den Verhandlungen über den Wiederaufbau der Halle 4 im Hafen. Danach ist die Firma Hillebrandt als Interessent ausgeschieden. Die Rheinunion werde nunmehr die Halle wieder aufbauen und die Kosten in Höhe von 100 000 DM, gegebenenfalls 110 000 DM vorlegen. Der Ersatz der Baukosten soll durch Aufrechnung der von der Firma alljährlich zu zahlenden Miete von 10 000 DM erfolgen.

Die Verwaltungskonferenz ist mit der getroffenen Regelung grundsätzlich einverstanden.

3. Herr Bürgermeister Dr.Dassen gibt ferner Kenntnis von einem Schreiben des Generalbaudirektors, in dem dieser den Preis für das Strassengelände, das anlässlich der Errichtung der Holzhäuser in Mainz-Gonsenheim zu bezahlen ist, beanstandet. Statt 6.--DM/qm will der Generalbaudirektor nur 3.--DM bezahlen. Der Generalbaudirektor hat dabei angeboten, zunächst eine Anzahlung für die Geländekosten in Höhe von 45 000 DM zu leisten.

Die Konferenz ist der Ansicht, dass das Liegenschafts-Dezernat die Angemessenheit des Kaufpreises nochmals nachprüfen und dass auf Zahlung des sich dabei als angemessen ergebenden Preises bestanden werden soll. Unabhängig von der endgültigen Festlegung des Kaufpreises soll die angebotene Anzahlung von 45 000 DM einstweilen angenommen werden.

./.

4. Die Verwaltungskonferenz ist mit der Bereitstellung eines Kredits von 1500 DM für die Fertigstellung der Fuhrwerkswaage im Güterbahnhof in Mainz einverstanden.

5. Die Firma Cardel will Räume, die sie im Schlachthof gemietet hat, selbst wieder herstellen lassen. Die Hälfte der Kosten von insgesamt 2600 DM will sie endgültig übernehmen, die andere Hälfte (1300 DM) soll nach und nach durch Aufrechnung auf die Miete der Firma Cardel zurückgezahlt werden.

Die Konferenz ist damit einverstanden.

6. Mit der Bereitstellung eines Kredits von 780 DM für die Durchführung von Herstellungsarbeiten im Kühlkeller des Schlachthofs ist die Konferenz einverstanden.

7. Die Eheleute Paffen ersuchen um Überlassung von städtischem Gelände zur Errichtung eines Wohnhauses auf Lebenszeit. Nach dem Tode der Eheleute Paffen soll das Gelände mit dem Gebäude kostenlos an die Stadt übergehen. Als Gegenleistung wollen die Eheleute Paffen alljährlich 640 DM, ferner die Straßen- und Kanalbaukosten und die Grundsteuerbeträge bezahlen.

Die Konferenz erklärt sich mit dieser Regelung einverstanden.

8. Professor H o l z in Mainz-Kastel hat gebeten, mit einer städtischen Hypothek von zurzeit noch 624.71 DM hinter ein neu aufzunehmendes Hypothekendarlehen zurücktreten.
Dem Ersuchen soll entsprochen werden.

Z. B.

ges.: T r a b l é

Herrn Reg. Rat a.D. Oppenheim
StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 32

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 21. September 1948

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Oberbaurat Dr. Dassen
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Roth
Regierungsrat a.D. Oppenheim
Dr. Pieper.

1. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt Kenntnis von einem Schreiben des Herrn Gouverneurs vom 10. September 1948, wonach alle im Augenblick fertiggestellten Wohnungen des L.A.-Programms ab 1. Juli 1948 beschlagnahmt sind mit der Maßgabe, daß für diese Wohnungen durch Ausstellung eines Requisitionsscheines Mieten bezahlt werden. Mit dieser durch die Militärregierung veranlaßten Verfügung ist insoweit Klarheit geschaffen, als die fraglichen Mietausfälle ab vorgenanntem Zeitpunkt nunmehr geklärt sind. Insoweit es sich um die Rückstände vor dem 1. Juli 1948 handelt, soll ein diesbezüglicher Antrag durch das Requisitionsamt an die Landesregierung gestellt werden mit dem Ersuchen, diese Ausfälle nunmehr als indirekte Besatzungsleistungen zu Kosten des Landes zu nehmen, nachdem der Einwand der Landesregierung über den Weg der Ausstellung eines Requisitionsscheins zu einem Ausgleich zu kommen gegenstandslos geworden ist.

2. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt Kenntnis von der unter dem Vorsitz des Herrn Innenministers Steffan über die Auflösung des Zweckverbandes durchgeführten Sitzung. Danach soll der Zweckverband mit Wirkung vom 31. März 1949 aufgelöst werden mit der Maßgabe, daß zu dieser Frage die städtischen Körperschaften gehört werden in der Weise, daß der Stadtrat in einer seiner nächsten Sitzungen zu dieser Entschließung Stellung nimmt. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus beabsichtigt, den Fraktionen Abschrift des Beschlusses in Vorlage zu bringen, sobald das Sitzungsprotokoll vorliegt. Man wird sich im weiteren noch darüber schlüssig zu machen haben, in welcher Weise und in welcher Form eine Zusammenarbeit zwischen den städtischen diesbezüglichen Dienststellen und der Generalbaudirektion in Zukunft in Aussicht genommen werden soll. Zu dieser Frage werden die Fraktionen, Ausschüsse und Stadtrat zu gegebener Zeit noch eingehend Stellung zu nehmen haben. Es ist beabsichtigt, um die Grundlage für eine evtl. weitere Zusammenarbeit zu schaffen, an die städtischen Baudienststellen heranzutreten, daß in organisatorischer Hinsicht sowohl personell und sachlich alle Voraussetzungen geschaffen und verbereitet werden, die die städtische Verwaltung in die Lage versetzt, den zu stellenden Anforderungen in straffer Führung und Zusammenfassung der städtischen Belange gegenüber der Generalbaudirektion in künftiger Zusammenarbeit mit dieser gewachsen zu sein.

3. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus teilt mit, daß die Schweizer Spende beabsichtigt, etwa 1000 Kinder von Mainz unentgeltlich zu speisen. Voraussetzung hierfür sei, daß nur tatsächlich unterernährte Kinder, deren Gesundheitszustand zufolge Ernährungsschwierigkeiten gefährdet sei, in Betracht kommen. Demzufolge soll eine entsprechende Auslese stattfinden, da sich in letzter Zeit gezeigt hat, daß die Schweizer Hilfe insoweit bereits nicht mehr in einem Ausmaß in Anspruch genommen wird, wie dies s.Zt. der höchsten Ernährungsnot im Stadtgebiet der Fall war. Die Verwaltungskonferenz ist einstimmig der Meinung, daß alle Voraussetzungen dafür geschaffen werden

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 33

müssen, wenngch wirklich hilfsbedürftigen Kindern die in so hochherziger Weise dargebotene Hilfe vermittelt werden kann. Im weiteren soll veranlaßt werden, daß die Strickstube der Schweizer Hilfe durch die Schulkinder mehr besucht wird wie bisher.

4. Herr Regierungsrat a.D. Oppenheim berichtet über die Benutzungsgebühren bei der Stadtbibliothek. Dieselbe beläuft sich halbjährlich z.Zt. auf 5 DM. Von seiten der Studentenschaft ist angeregt worden, die Benutzungsgebühr auf 3 DM herabzusetzen. Die Verwaltungskonferenz ist einstimmig der Auffassung, daß diesem Ansuchen nicht stattgegeben werden kann, da der Studentenschaft gerade durch die Stadtbibliothek alle Möglichkeiten einer Versorgung mit fachwissenschaftlicher Literatur und Lesestoff in einer Weise vermittelt wird, die es gerechtfertigt erscheinen läßt, es bei den bisherigen Sätzen für die Benutzungsgebühr zu belassen. Dagegen soll die Verzugsgebühr auf 40 Pf festgesetzt werden.

5. Herr Regierungsrat a.D. Oppenheim berichtet über die am 14.Juni ds. Js. durchgeführte Sitzung des Kulturausschusses über die Umbenennung von Straßen innerhalb der Stadt Mainz. Herr Beigeordneter Dr.Schwenn wird ersucht, die Angelegenheit weiter in Bearbeitung zu nehmen.

6. Herr Regierungsrat Oppenheim trägt vor, daß das Gutenberg-Museum früher mehrere Aufseher gehabt habe, daß es heute wieder notwendig werde, 1 bis 2 Aufseher einzustellen. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus will evtl. entlassene Angestellte der Stadt für diese Tätigkeit in Aussicht nehmen.

7. Herr Bürgermeister a.D. Dr. Dassen berichtet, daß die Generalbaudirektion um Abschriften der Festsetzung der Baufluchtlinien im Einzelfall nachgesucht habe. Eine Abgabe dieser Abschriften wird nicht für erforderlich gehalten, da die Festsetzung der Baufluchtlinien den Interessenten offenliegen. In diesem Sinne ist die Generalbaudirektion zu benachrichtigen.

8. Herr Bürgermeister a.D. Dr. Dassen weist darauf hin, daß der Kartograph Döß für die Erstellung von Meßtischblättern noch einen Ausgleich gefunden habe. (Rechnung vom 20. Juli 1948.) Da diese Meßtischblätter benötigt werden, sollen Döß DM 50.— als Ausgleich gezahlt werden.

9. Bürgermeister a.D. Dr. Dassen berichtet über Straßen- und Kanalbaukosten für die neu zu erstellenden Häuser in der Genisiusstraße in Mainz-Gonsenheim. Diese Häuser werden vom Land gebaut. Wegen Klärung dieser Kosten soll mit der Generalbaudirektion und der Landesregierung verhandelt werden.

10. Herr Bürgermeister a.D. Dr. Dassen berichtet über die Holzhausbauten an der Turnstraße in Mainz-Mombach. Wegen der anfallenden Kosten für Kanalbauten und Anliegerbeiträge ist Herr Dr. Dassen an die Waggonfabrik vorsorglich herangetreten mit der Maßgabe, ob diese sich an den Anliegerbeiträgen zu beteiligen bereit erklärt. Da die Waggonfabrik abgelehnt hat und Vorschüsse hinsichtlich der vorerwähnten Kosten nicht zahlen will, soll die diesbezügliche Frage mit dem Generalbaudirektor einer Klärung zugeführt werden.

11. Bürgermeister Dr. Dassen berichtet, daß eine Privatfirma, deren Zentrale sich in Hof in Bayern befindet, Antrag auf Überlassung von Räumlichkeiten im Verwaltungsgebäude des Hafens gestellt hat. Diese Firma beabsichtigt, Büro- und Lagerräume für die Unterbringung von Lebensmitteln (Versorgungsbetriebe des Generalbaudirektors) auf eigene Kosten auszubauen. Es soll versucht werden, mit dieser

//

Firma eine diesbezügliche vertragliche Festlegung zu erreichen.

12. Bürgermeister a.D. Dr. Dassen berichtet über Instandsetzung der Ufermauer oberhalb des Geländes der Transport-Gesellschaft - Firma Kenna (Sitzung des Finanzausschusses vom 14.9.1948) Dringlichkeitsantrag soll in Vorlage gebracht werden.

13. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn berichtet über die Angelegenheit der Elsässischen Bank. Die Verwaltungskonferenz ist der Auffassung, daß auf jeden Fall nach der gesamten Sach- und Rechtslage eine gütliche Einigung versucht werden soll, da im Falle eines Rechtsstreites mit nicht unerheblichen Kosten zu rechnen ist.

14. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn berichtet über die Angelegenheit Pfleiderer. Die Pfleiderer-Werke besitzen auf dem von ihnen benutzten Gelände Aufbauten, deren neue Schätzung sich auf ungefähr 90000 DM belaufen. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn schlägt vor, erneut mit den Pfleiderer-Werken eine Vereinbarung zu treffen, um die nicht unerheblichen Mietrückstände der vorgenannten Firma abschließend zu regeln. Die Verwaltungskonferenz ist der Meinung, daß der Firma Pfleiderer kürzeste Frist zur Annahme eines durch Herrn Dr. Schwahn anzubietenden Vergleichsvorschlags gesetzt werden soll. Falls keine Annahme erfolgt, soll unverzüglich auf Räumung geklagt werden.

15. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn berichtet über die Angelegenheit Falkhof/Regner. Die diesbezüglichen Verhandlungen sollen nach Ansicht der Verwaltungskonferenz in vorstehender Angelegenheit gleichfalls weitergeführt werden.

Z. B.

gez.: Dr. P i e p e r.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 35

Durchschlag
Herrn Reg.-Rat Oppenheim.

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 14. September 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter KPD
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Bassen
Dr. Pieper.

1. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt Kenntnis von einem Dankschreiben des Lokalkomitees des 72. deutschen Katholikentages, in welchem dieses den besonderen Dank gegenüber der Stadtverwaltung zum Ausdruck bringt für die Mithilfe bei der Durchführung der Organisation, nachdem die diesbezüglichen Vorbereitungen mit zu einem Gelingen des Katholikentages in einer Weise beigetragen haben, die über alle Erwartungen weit hinaus gingen.

2. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt von einem Artikel in der "Freiheit" vom 10.9. d.J. Kenntnis, in welchem hinsichtlich der von der Arbeiterwohlfahrt durchgeführten Sammlung die Rede ist. Er teilt mit, dass er in einem entsprechenden Schreiben zu der Angelegenheit Stellung nehmen will.

3. Hinsichtlich des am 18.9.48 verabschiedenden Baulenkungsgesetzes (Berichterstatter Herr Bürgermeister Dr. Bassen) beabsichtigt Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus in einer besonderen an die Landesregierung zu richtenden Eingabe die Stellungnahme der Stadtverwaltung über dieses Gesetz zum Ausdruck zu bringen.

4. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus teilt den derzeitigen Stand hinsichtlich der Frage der Auflösung des Zweckverbandes mit. Die Verwaltungskonferenz ist sich grundsätzlich darüber im Klaren, dass die Gründe, die für den Beitritt zu dem Zweckverband damals massgeblich waren, heute nunmehr weggefallen sind, sodass für die Stadt keine Veranlassung mehr besteht, dem Zweckverband weiterhin anzugehören. Für den Fall einer weiteren Zusammenarbeit sollen gewisse Grundforderungen festgelegt und formuliert werden, mit der Massgabe, dass Ältestenrat, Fraktionen usw. darüber gehört werden sollen, in welcher Form und unter welchen Voraussetzungen eine weitere Zusammenarbeit nach Austritt aus dem Zweckverband in Aussicht genommen werden soll.

5. Herr Bürgermeister Hufschmidt berichtet, dass die Stadtwerke einen Anschaffungskredit in Höhe von 198 500.--DM beantragt haben. Die Angelegenheit soll zur Beschlussfassung dem Finanzausschuss bzw. dem Stadtrat in Vorlage gebracht werden.

6. Herr Bürgermeister Hufschmidt teilt mit, dass er auf ein an den Herrn Regierungspräsidenten gerichtetes Schreiben, wegen der Anstellung eines Veterinärs im Städt. Schlacht- und Viehhof, noch keine Antwort erhalten habe. Herr Bürgermeister Hufschmidt soll dieserhalb beim Regierungspräsidium noch einmal vorstellig werden.

7. Des weiteren wird von Herrn Bürgermeister Hufschmidt mitgeteilt, dass die Strassenbahn beabsichtigt, einen neuen Omnibus käuflich zu erwerben. Dieser ist bereits vor der Währungsreform in Auftrag gegeben worden. Mit Rücktritt vom Vertrag nach der inzwischen eingetretenen Währungsreform, wäre erneut zu der Frage der Anschaffung Stellung zu nehmen. Die Angelegenheit soll dem Finanzausschuss überwiesen werden.

8. Herr Bürgermeister Hufschmidt berichtet von einem Schreiben der Landesbank (Giro-Zentrale Darmstadt), welche über verschiedene im Ortsteil Weisenau gelegene Häuser Auskunft haben will, welchen Zerstörungsgrad die fraglichen Anwesen durch Kriegseinwirkung aufweisen. Herr Bürgermeister Hufschmidt wird gebeten, die Sache dem Kriegsschädenamt (Feststellungsbehörde) zur Erledigung zu überweisen.

9. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn berichtet über den derzeitigen Stand in der Unfallsache des Dr. med. Bierhaus und teilt mit, dass dessen Witwe nunmehr mit Schadenersatzansprüchen an die Stadt herangetreten ist. Diesbezüglicher Antrag liegt bereits bei dem Amtsgericht Mainz vor. Die Verwaltungskonferenz ist der Auffassung, dass nach der gesamten Sach- und Rechtslage, die erhobenen Ansprüche unbegründet sind und dass die Angelegenheit auf dem Rechtswege ausgetragen werden soll.
Ebenso berichtet Herr Dr. Schwahn über die Rentenangelegenheit Friedel Reichert, Mainz-Weisenau. Die Verwaltungskonferenz ist der Meinung, dass der Vorgenannten eine Monatsrente von 75.-- DM gezahlt werden soll.

10. Herr Dr. Pieper berichtet über den Zustand des Sportplatzes am Bruchweg und bringt zum Ausdruck, dass in irgendeiner Form ein Fonds geschaffen werden müsste, der es ermöglicht, im Interesse der Sportvereine die dringendsten Arbeiten an dem Sportplatz am Bruchweg zur Durchführung zu bringen. Diesbezüglicher Vorschlag soll Herrn Oberbürgermeister in Vorlage gebracht werden.

11. Herr Dr. Dassen berichtet über den derzeitigen Stand der Einstellung eines Statikers beim Hauptbauamt. Die Verwaltungskonferenz bringt zum Ausdruck, dass fragliche Stelle ausgeschrieben werden soll.

12. Desgleichen berichtet Herr Dr. Dassen über den Antrag der Firma Schliessmann, Mainz-Kastel, wegen Errichtung einer Maschinenfabrik. Die Angelegenheit soll an den Ortsvorsteher von Kastel zur gutachtlichen Stellungnahme des Beirates in Vorlage gebracht werden.

13. Herr Regierungsrat Oppenheim berichtet, dass die Durchführung von Kammermusikkonzerten nicht mehr beabsichtigt sei. Auswärtige Vereine hätten die Absicht, solche Konzerte hier in Mainz durchzuführen, falls für diese Zwecke der Sitzungssaal im Stadthaus unentgeltlich zur Verfügung gestellt werde. Die Verwaltungskonferenz ist der Meinung, dass einem solchen Ansinnen nicht stattgegeben werden kann.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 37

14. Herr Beigeordneter Köth will die Miete für den Lagerplatz am Hafen, der für die Lagerung des Holzes der Brennholzstelle beansprucht ist, neu festgelegt haben. Herr Dr. Dassen als Hafendezernent stellt eine diesbezügliche Überprüfung und Neuregelung in Aussicht.

15. Im Weiteren berichtet Herr Beigeordneter Köth über einen Antrag der Pommer'schen Saatzucht (Strutz) auf Ausgleich für die Versorgung der Stadtbevölkerung mit Kartoffeln. In diesem Antrag kommt zum Ausdruck, dass Herr Strutz keine Mühe gescheut hat, die Stadtbevölkerung hinreichend zu versorgen und die Versorgung mit Kartoffeln auf jeden Fall sicherzustellen. Die Verwaltungskonferenz ist der Meinung, dass ein diesbezüglicher Ausgleich am Platze ist. Zu diesem Zwecke soll die Angelegenheit im Benehmen mit dem Leiter des Ernährungsamtes geregelt und die Sache dem Finanzausschuss in Vorlage gebracht werden.

z. B.

gez.: Dr. Pieper.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 38

Herrn Regierungsrat Oppenh

Niederschrift

Über die Verwaltungskonferenz vom 7. September 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Röth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trabld
Dr. Pieper.

1. Krankenhausvertrag. Der Herr Oberbürgermeister gibt ein Schreiben der Universitätsverwaltung bekannt, in dem im Anschluß an die letzte Stadtratssitzung über die Weiterbehandlung der Angelegenheit gefragt wird. Er verliest ferner einen Bericht an die Landesregierung in Koblenz, in dem dieser von dem Beschluß des Stadtrats Mitteilung gemacht wird. Es soll nunmehr der Universitätsverwaltung eine Abschrift dieses Berichtes übersandt und im Übrigen abgewartet werden, welche Antwort die Regierung in Koblenz gibt.

2. Inanspruchnahme von Hotelräumen durch die Besatzung. Nach einer dem Herrn Oberbürgermeister von einem französischen Offizier gemachten Mitteilung sollen künftig nicht ganze Hotels von der Besatzung in Anspruch genommen werden, sondern von allen Hotels eine bestimmte Anzahl von Betten. Die Konferenz ist der Meinung, daß von Seiten der Stadt ein Einwand dagegen nicht erhoben werden soll.

3. Der Herr Oberbürgermeister teilt ferner mit, daß ihm von einer Besatzungsstelle mündlich erklärt worden sei, es sei nunmehr entschieden worden, daß für die von der Besatzung beschlagnahmten, aber nicht in Anspruch genommenen Wohnungen ab 1. Juli 1948 die übliche Mietentschädigung gezahlt werden soll.

4. Wiederaufbauverband. Zu der Frage der Neuorganisation des Wiederaufbaues von Mainz haben die Herren Dr. Dassen, Maurer, Dr. Schwahn und Trabld schriftlich Stellung genommen. Die 4 Herren legten in der heutigen Konferenz ihre Ansicht auch mündlich dar, die übereinstimmend dahin geht, daß für die Aufrechterhaltung des Zweckverbandes keine Notwendigkeit mehr besteht und daß das Bestreben der Stadtverwaltung dahin gehen müsse, daß die Stadt und die anderen Körperschaften sowie Private die sie angehenden Bauvorhaben selbständig, lediglich unter Beachtung der baugesetzlichen und baupolizeilichen Bestimmungen planen und durchführen können. Man war ferner der Meinung, daß nach den veränderten Verhältnissen auch die Voraussetzungen für das vom Land beschlossene Baulenkungsgesetz nicht mehr bestehen und daß deshalb Bestimmungen über die Freigabe des Baubeginns nicht mehr notwendig sind.

//

Der Herr Oberbürgermeister will nunmehr auf Grund der schriftlichen Äußerungen der genannten Herren ein kurzes Exposé fertigen, das, bevor der Landesregierung entsprechende Vorschläge unterbreitet werden, mit den Fraktionen des Stadtrates besprochen werden soll.

5. Herr Beigeordneter Röth teilt mit, daß die Kutzholz-Anlieferung an die Firma Gerster begonnen habe und daß es nunmehr erforderlich sei, daß das Hochbauamt seinen Bedarf angebe. Die Konferenz beschließt, nur die Holzmengen für die Stadt in Anspruch zu nehmen, die im Rahmen der genehmigten Kredite und für das Wohnungsbauvorhaben in Mainz-Weisenau nötig sind. Die Zuteilung von Holz an private Abnehmer soll im Einvernehmen mit dem städtischen Hochbauamt geschehen.

6. Das Projekt, den Römischen Kaiser als Hotel auszubauen, wird näher besprochen. Dabei wurde auch die Frage aufgeworfen, ob es sich empfiehlt, das Grundstück an einen Interessenten für den Ausbau als Hotel zu verkaufen. Man war schließlich der Meinung, ein entsprechendes festes Angebot abzuwarten und im Übrigen die Angelegenheit zunächst hinhaltend zu behandeln.

7. Herr Regierungsrat Oppenheim teilt mit, daß die Wiedereinstellung einer Lehrerin Meinergers, der wegen seiner politischen Betätigung entlassen worden war, aber inzwischen entnazifiziert wurde, in Mainz-Weisenau von der Bevölkerung beanstandet werde. Herr Bürgermeister Hufschmidt wird gebeten, zu der Angelegenheit schriftlich Stellung zu nehmen.

8. Es besteht die Absicht, eine Wasserstraßendirektion in Mainz unterzubringen. Vorgeschlagen wird von dem Regierungspräsidenten das Gelände der ehemaligen Feuerwehrschule in Mainz-Kastel. Bevor in dieser Frage eine Entscheidung getroffen wird, soll festgestellt werden, ob das Gelände in Mainz-Kastel für den genannten Zweck überhaupt freigemacht werden kann.

9. Herr Dr. Dassen weist darauf hin, daß die Feuerwehr einen Kredit von 650 DM für die Beschaffung von Stiefeln für die Feuerwehrleute beantragt habe. Die Finanzverwaltung habe aber dem Antrag bis jetzt noch nicht stattgegeben. Die Verwaltungskonferenz beschließt die Bewilligung des Kredits.

10. Von Herrn Dr. Dassen wird ferner mitgeteilt, die Instandsetzungsarbeiten an den israelitischen Friedhöfen seien nach der Währungsreform eingestellt worden. Er hält die Fortsetzung der Arbeiten jedoch für notwendig. Vor einer Beschlußfassung in dieser Angelegenheit sollen alle durch die Fertigstellung der Arbeiten entstandenen Kosten ermittelt und es soll gegebenenfalls versucht werden, vom Land einen Kostenersatz zu bekommen.

11. Herr Dr. Pieper weist darauf hin, daß die für Streitigkeiten in Wohnungssachen beschlossene Schiedsstelle an sich notwendig sei, aber eine praktische Arbeit nicht leisten könne. Zahlreiche Streitfälle gehörten auch vor den ordentlichen Richter. Er empfiehlt, zur Vermeidung einer unfruchtbaren Arbeitsüberlastung die Bildung der Schiedsstelle zunächst zurückzustellen. Die Konferenz ist damit einverstanden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 39

12. In der Sache Dr. Pfleiderer soll in den nächsten Tagen eine Besprechung beim Amt für kontrollierte Vermögen in Anwesenheit von Dr. Pfleiderer stattfinden. An dieser Besprechung soll auch ein Vertreter der Finanzverwaltung - Herr L. Schmitt - teilnehmen.

13. Die Landesregierung hat in einem Rundschreiben die Erfassung der Chor-Vereinigungen mit allen möglichen Angaben über Mitgliederzahl, Programme usw. gefordert. Die Konferenz ist der Ansicht, daß dem Ersuchen nicht ohne weiteres entsprochen, daß die Angelegenheit vielmehr zunächst dem Städteverband mit dem Antrag vorgelegt werden soll, die Forderung allgemein abzulehnen.

14. Bei der Abtrennung der rechtsrheinischen Stadtteile von der Mainzer Verwaltung sind Vereinbarungen über die Ruhestandszahlungen an die aus dem Dienst der Stadt ausgeschiedenen Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht getroffen worden. Aus Anlaß der Dienstunfähigkeit des Schulhausmeisters Müller in Mainz-Kastel ersucht nunmehr die Stadtverwaltung Wiesbaden, nachträglich eine Regelung zu treffen, in der die Stadtverwaltung Mainz mindestens einen Teil der Pensionsausgaben übernimmt. Die Verwaltungskonferenz beschließt, in der Angelegenheit zunächst nichts zu unternehmen, da wohl in absehbarer Zeit über das Schicksal der rechtsrheinischen Stadtteile eine endgültige Entscheidung getroffen wird.

15. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn gibt von einem Bericht der Liegenschaftsverwaltung Kenntnis, nach dem bei dem geplanten Wiederaufbau des städtischen Hauses am Höfchen eine Geländefläche von 25 qm erworben werden muß, wodurch voraussichtlich etwa 5000 DM Kosten aufzuwenden sein werden. Es wird festgestellt, daß bisher auf diesen Geländeerwerb nicht hingewiesen wurde und auch kein Kredit angefordert worden ist. Da der Stadt Geldmittel für den Erwerb nicht mehr zur Verfügung stehen, soll Herr Bürgermeister Maurer Vorschläge für die Finanzierung machen.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 40

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 31. August 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Roth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Anläßlich des Katholikentages sollen verschiedene Schulsäle zur Unterbringung von Jugendlichen usw. zur Verfügung gestellt werden. Die Frage der Erhebung einer Gebühr hierfür wird besprochen. Man ist mit der Erhebung einer Gebühr einverstanden. Sie soll so bemessen werden, daß alle Unkosten gedeckt werden. Ein Geschäft soll die Stadt dabei nicht machen.

2. Die Frage des Zweckverbandes wird bei Erörterung der Ausführungen in der Sitzung vom 26. August 1948 wiederum besprochen. Die Verwaltung ist nach wie vor der Meinung, daß kein zwingender Grund besteht, den Zweckverband weiter bestehen zu lassen. Der Verbund soll aufgelöst werden, bezw. er soll sich langsam auslaufen. Die Herren Maurer, Dr. Dassen, Dr. Schwahn und Trablé werden gebeten, ihre Ansichten über die künftige Organisation des Wiederaufbaues innerhalb 8 Tagen schriftlich niederzulegen, damit die Angelegenheit in der nächsten Verwaltungskonferenz erneut behandelt werden kann.

3. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einer Verhandlung über die Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter. Er teilt dabei mit, daß der Finanzminister erklärt habe, das Land sei zurzeit nicht in der Lage, die Lohnmehrkosten zu übernehmen. Vielleicht sei das bei einer mäßigen Erhöhung der Löhne zum November der Fall. Eine feste Zusage habe er aber auch hier nicht geben können.

4. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn schlägt vor, die vom Stadtrat seinerzeit beschlossene Erhöhung der Fürsorgeunterstützung vom 1.September 1948 ab auszuzahlen. Die Konferenz ist damit einverstanden.

5. Von dem Herrn Oberbürgermeister wird mitgeteilt, daß die freien Wohlfahrtsverbände einmütig der Meinung seien, eine besondere Haussammlung für Ludwigshafen in Mainz nicht durchzuführen. Die Konferenz ist der gleichen Ansicht.

6. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge hat gebeten, ihm einen Beitrag für das Jahr 1948 zu überweisen. Die Stadt ist zwar noch nicht Mitglied des Vereins, die Konferenz ist jedoch der Meinung, daß man für das Jahr 1948 einen Beitrag von 250 DM zu Lasten des Fürsorgeetats leisten soll.

//

7. Rechtsanwalt Dr. Sieglitz hat namens eines Herrn Viermissel gebeten, mit einer städtischen Hypothek auf ein Anwesen in der Stallgasse an die 2. Stelle zu treten. Bei der Besprechung dieses Antrages wurde von Herrn Dr. Schwahn darauf hingewiesen, daß die hypothekarisch gesicherte Forderung der Stadt jetzt noch etwas über 4000 DM betrage, daß aber der abgewertete Betrag vom Land für den Lastenausgleich beansprucht werde. Die Stadt sei also zurzeit nur mit 1/10 an der Hypothek interessiert und das Land mit 9/10. Ein Zurücktreten könne nur in Frage kommen, wenn das Finanzamt als Vertreterin des Landes damit einverstanden sei. In diesem Sinne soll dem Antragsteller geantwortet werden.

8. Von Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn wird ferner vorgetragen, daß verschiedene Grundstückseigentümer in Mainz-Kostheim Gelände, das sie an der Gonsenheimer Straße besitzen, gegen städtisches Gelände in Mainz-Kostheim austauschen wollen. Die Konferenz ist der Meinung, daß man nur in ganz besonderen Fällen auf derartige Anträge eingehen soll. Mit Rücksicht darauf, daß das städtische Gelände in Mainz-Kostheim möglicherweise für industrielle Zwecke benötigt wird, soll dieses nur nach eingehender Prüfung der Sachlage im Einzelfall in Eigentum abgegeben werden.

9. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn weist darauf hin, daß die von der Stadt verwalteten sogenannten Holzmann-Häuser an der Saarstraße in Mainz-Kostheim der Stadt nur Kosten und Arbeit bereiten. Er schlägt deshalb vor, die Verwaltung der Häuser an das Land, dem der Grund und Boden der Häuser gehöre, zurückzugeben. Die Konferenz ist damit einverstanden.

10. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn macht darauf aufmerksam, daß die Einrichtung des Röntgen-Institutes im Krankenhaus in kürzester Zeit erneuert und ergänzt werden müsse. Die Kosten allein für die Einrichtung, ohne weiter erforderliche bauliche Änderungen, würden über 100 000 DM betragen. Die Konferenz erkennt die Notwendigkeit der Beschaffungen und Änderungen an, ist jedoch der Meinung, daß städtische Mittel zurzeit nicht zur Verfügung gestellt werden können. Die Angelegenheit soll für die Verhandlung über den Krankenhausvertrag vorgemerkt werden.

11. Mit Beziehung auf einen Antrag der KPD wegen der Einstellung von Unterstützungen an Angehörige von Verstorbenen und in Gefängnishaft befindlichen Soldaten teilt Herr Dr. Schwahn mit, daß nach den Bestimmungen einer Landesverordnung eine Rückzahlung von Unterstützungen nicht mehr verlangt werde. Soweit vor Erlaß der Landesverordnung Unterstützungsbeträge zurückgezahlt worden seien, müßten sie den Betreffenden wieder zurückgegeben werden. Die in Betracht kommenden Beträge sollen als Fremdgeld behandelt und demgemäß beim Finanzamt nachträglich angemeldet werden.

12. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn gibt Kenntnis von der Regelung der Kopfgeldzahlung für Angestelltenfamilien des Fürsorgeamts und in seinen untergebrachte Kinder. Die Verhandlungskonferenz ist einstimmig mit Ausnahme des Herrn Beigeordneten Köth der Ansicht, daß das Fürsorgeamt eine durchaus gerechte Regelung getroffen hat.

//

13. Die Bäcker-Innung hat beantragt, sie bei der Vergebung der Lieferung von Backwaren an das Krankenhaus künftig zu berücksichtigen. Die Krankenhausverwaltung hat keine Bedenken, wenn neben dem Konsum-Verein auch einzelne Bäcker an der Lieferung beteiligt werden. Die Angelegenheit soll geprüft, die bestehende Regelung aber für das laufende Rechnungsjahr aufrecht erhalten werden.

14. Herr Dr. Bassen gibt Kenntnis von der Absicht des Generalbaudirektors, auf landeseigenem Gelände an der Wallstraße Wohngebäude mit etwa 140 Wohnungen zu errichten. Er bemerkt dabei, daß das Gelände für den Wohnungsbau vorgesehen sei und daß deshalb ein Einwand nicht erhoben werden könne. Die Konferenz ist der Meinung, daß, wenn keine baupolizeilichen Bedenken zu erheben sind, gegen das Vorhaben städtischerseits ein Einwand nicht erhoben werden kann.

15. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn macht erneut darauf aufmerksam, daß die Theresienstädter Juden nicht noch länger im Krankenhaus untergebracht bleiben könnten. Es sei zweckmäßig, in der Nähe des Krankenhauses ein Gebäude zur anderweiten Unterbringung der Leute zu errichten. Herr Dr. Schwahn wird gebeten, den Raumbedarf für das Gebäude festzustellen und die entsprechenden Angaben der Bauverwaltung zur Ausarbeitung eines Projektes zu machen.

Z.B.
gez.: T r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 42

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 24. August 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Kufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Röth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Die Frage der Entschädigung für Wohnungen, die für die Besatzung bereitgehalten werden müssen, wird erneut besprochen. Bis jetzt ist noch keine Entschädigungszusage gegeben worden. Der Herr Oberbürgermeister will nochmals mit dem Gouverneur über die Angelegenheit sprechen.

2. Herr Dr. Dassen gibt Kenntnis von der Erhöhung der Straßen- und Kanalbaukosten, die aus Anlaß der Errichtung von Holzhäusern in Gonsenheim entstehen. Der Generalbaudirektor hat sich bereit erklärt, die Straßenbaukosten zu bezahlen und die Kanalbaukosten vorbehaltlich der späteren Aufrechnung auf die Kanalbenutzungsgebühren vorzulegen. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Arbeiten vor Bezahlung der Kosten durch den Generalbaudirektor nicht ausgeführt werden sollen. Das gleiche gilt für die Kosten der Herstellung der Versorgungsanlagen durch die Stadtwerke.

3. Herr Bürgermeister Dr. Dassen gibt Kenntnis von den Verhandlungen wegen des Wiederaufbaues der Revisionshalle 4 im Hafen. Danach soll die Firma Hillebrand die Kosten mit rund 100 000 DM bezahlen. Dieser Betrag soll aus der jährlichen Miete von 10 000 DM getilgt werden. Dem Antrag der Firma Hillebrand, nur eine Miete von 9000 DM zu berechnen, soll nicht stattgegeben werden.

4. Die Gemeinde Finthen verlangt den Ersatz einer der riesigen Feuerwehr seinerzeit überlassenen und bei dieser zerstörten Leiter. Die Mittel für die Ersatzleiter sollen bereitgestellt werden.

5. Der Einzelhandelsverband will an verschiedenen Plätzen der Stadt Holzbaracken erstellen, um in diesen Verkaufsläden einzurichten. Herr Dr. Dassen wird gebeten, sich wegen der in Frage kommenden städtischen Plätze umzusehen und dann eine entsprechende Vorlage durch die Liegenschaftsverwaltung der städtischen Deputation zu unterbreiten.

6. Der "Rheindienst" will Holzhäuser am Rheinufer aufstellen für die Zollbehandlung und für Lagerzwecke. Grundsätzliche Bedenken sollen dagegen nicht erhoben werden. Die Errichtung der Hallen auf Kosten der Stadt kommt jedoch vorerst nicht in Frage.

11

7. Das Universitätsbauamt verlangt Bezahlung der Rechnungen für die Ausführung von Bauarbeiten im städtischen Krankenhaus nach dem 2. Juli. Die Konferenz ist einmütig der Meinung, daß die Bezahlung abgelehnt werden muß, da die Stadt die Einstellung der Arbeiten seinerzeit verlangt und ausdrücklich erklärt hat, für die Kosten der Weiterführung der Arbeiten nicht aufzukommen.

In Verbindung damit wird über die Frage der Verpachtung des Krankenhauses gesprochen. Die Angelegenheit soll alsbald dem Stadtrat unterbreitet werden.

8. Das Ersuchen des Generalbaudirektors, ihm einen Kostenanteil für die Entrümmerungsarbeiten für den Monat September 1948 zu überweisen, soll abgelehnt werden, da Mittel hierfür nicht zur Verfügung stehen und eine Verpflichtung für die Stadt nicht besteht.

9. Die Fragen bezüglich des Zweckverbandes sollen in einer Sitzung am 26. August 1948 besprochen werden. Von der Stellungnahme der Stadt, wie sie in den verschiedenen Konferenzen festgelegt worden ist, soll nicht abgewichen werden.

10. Herr Bürgermeister Hufschmidt wird gebeten, die Stadt bei der Eröffnung des Weinmarktes am 11. September 1948 zu vertreten.

11. An einer Tagung in Baden-Baden über Bau-und Kulturfragen, zu der der Herr Oberbürgermeister eingeladen worden ist, soll auch Oberbaurat Jeorg teilnehmen.

12. Herr Beigeordneter Köth weist darauf hin, daß an verschiedenen Stellen in der Stadt gebaut werde. Er empfiehlt, festzustellen, ob diese Bauvorhaben nicht durch die vorgesehenen Fluchtlinien-Änderungen berührt werden. Bei der Besprechung wurde wiederum die Notwendigkeit betont, alsbald die Fluchtlinien für verschiedene Straßen endgültig durch den Stadtrat beschließen zu lassen.

13. Herr Bürgermeister Maurer bringt eine große Anzahl von kleineren Bauvorhaben zur Kenntnis, die insgesamt einen Kostenbetrag von 460 000 DM erfordern. Bei der Besprechung ergibt sich, daß noch eine Reihe anderer wichtiger Bauvorhaben in der Aufstellung fehlt. Wenn diese berücksichtigt werden, dann wird ein Geldbedarf von mindestens 700 000 DM erforderlich. Die Konferenz erkennt die Notwendigkeit der einzelnen Ausführungen grundsätzlich an. Man ist sich jedoch darüber klar, daß nur die allerdringendsten Arbeiten im Rahmen der verfügbaren Mittel ausgeführt werden können. Sobald der zugesagte kurzfristige Kredit von 400 000 DM zur Verfügung steht, sollen die zu Lasten dieses Kredits auszuführenden Arbeiten ausgewählt werden.

14. Herr Bürgermeister Maurer berichtet über die Arbeiten, die an dem Haus am Höfchen ausgeführt werden sollen. Ein Mieter (Dicker) will für den Bau 20 000 DM hergeben, die Kosten für die Bedürfnisanstalt, die wiederhergestellt werden soll, werden mit 22 000 DM veranschlagt. Diese muß die Stadt tragen. Die Konferenz ist grundsätzlich einverstanden, die Ausführung kommt jedoch erst nach Bereitstellung der erforderlichen Mittel in Frage.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 43

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

Über die Verwaltungskonferenz vom 10. August 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Krankenhausvertrag. Der Herr Oberbürgermeister berichtet über eine Besprechung, die mit dem Kultusministerium stattgefunden hat. Dabei sei von Seiten der Regierung darauf hingewiesen worden, daß die Mißhelligkeiten zwischen der Klinikleitung und der städtischen Verwaltung am zweckmäßigsten dadurch beseitigt werden könnten, daß die Stadt das Krankenhaus an die Universität bezw. das Land auf einen längeren Zeitraum verpachte. Die Stadt werde dadurch von der Leistung von Ausgaben für den weiteren Ausbau des Krankenhauses und von Zuschußleistungen für den laufenden Betrieb befreit. Bei der Aussprache spricht sich Herr Beigeordneter Dr. Schwahn gegen die Verpachtung aus. Er ist der Meinung, daß das Krankenhaus auch fernerhin von der Stadt finanziell getragen werden könne. Von Oberfinanzrat Trablé wird der gegenteilige Standpunkt vertreten. Er wies darauf hin, daß die Stadt zurzeit und auch in den nächsten Jahren nicht in der Lage sein werde, zu dem Krankenhaus einen Zuschuß von etwa 500 000 DM jährlich zu leisten und daß sie auch bei den vielseitigen Anforderungen die Kosten für die baulichen Herstellungen nicht übernehmen könne. Als Ergebnis der Aussprache wird Herr Beigeordneter Dr. Schwahn gebeten, seine Ansicht zu der Verpachtungsfrage in einem Exposé niederzulegen. Alsdann soll der Krankenhaus-und der Finanzausschuß über die Angelegenheit gehört werden.

2. Wiederaufbauverband. Der Herr Oberbürgermeister berichtet ferner über den Stand der Angelegenheit. Die Konferenz ist nach wie vor der Ansicht, daß der Zweckverband seine Daseinsberechtigung verloren hat und daß in diesem Sinne weiter verhandelt werden soll.

3. Der Gemeinderat von Mainz-Bischofsheim hat eine von dem Bürgermeister ausgearbeitete Denkschrift über die Lostrennung von Mainz gutgeheißen, von der der Stadtverwaltung eine Abschrift nicht zugegangen ist. Der Landrat in Groß-Gerau soll ersucht werden, die Verwaltung von Mainz-Bischofsheim zu veranlassen, der Stadtverwaltung Mainz eine Denkschrift zu übergeben, damit zu dieser Stellung genommen werden kann.

//

4. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von verschiedenen Plänen, die wegen der Einrichtung von Kinos in Mainz bestehen. Er teilt insbesondere mit, daß die Ufa ihren neu zu erstellenden Vorführungssaal auch für Symphoniekonzerte zur Verfügung stellen will und daß im Frankfurter Hof auch ein Operettentheater eingerichtet werden soll.

5. Die Konferenz ist mit der Übernahme des Feuerschutzes für Amöneburg einverstanden. Amöneburg soll an die städtische Feuerwehrzentrale angeschlossen werden.

6. Wegen der Durchführung der Straßenbahnlinie 9 (Wiesbaden) nach Mainz-Kostheim sollen entsprechende Verhandlungen geführt werden.

7. Die Konferenz ist mit der Ausgabe unpersönlicher Monatsfahrkarten zu 30 DM einverstanden. Die Ausgabe soll jedoch zunächst auf Geschäftsunternehmen beschränkt bleiben.

8. Herr Bürgermeister Hufschmidt weist auf ernste Schwierigkeiten im Schlachthof hin, die dadurch hervorgerufen worden seien, daß die Besatzung die Kühlräume für sich in Anspruch nehme und dadurch für den zivilen Bedarf geeignete Kühlräume nicht mehr verfügbar seien. In sehr naher Zukunft müsse deshalb eine 2. Kühlanlage errichtet werden.

9. Die Frage der Ruhestandsversetzung von Beamten über 65 Jahre wird besprochen. Die Herren Dezernenten werden gebeten, sich um den Ersatz für die ausscheidenden Beamten jetzt schon zu bekümmern.

10. Bezüglich des städtischen Gebäudes am Höfchen soll die Frage der Rentabilität von der Liegenschaftsverwaltung noch geprüft werden.

11. Die Arbeiterwohlfahrt ist an die Stadt mit dem Ersuchen herangetreten, ihr die Baracke auf dem Schloßplatz zu überlassen. Die Konferenz ist grundsätzlich für die Genehmigung dieses Antrages, es ist jedoch notwendig, daß das Versicherungsamt und das Amt für Maschinenwesen anderweitig untergebracht werden. Herr Bürgermeister Maurer wird gebeten, umgehend zu prüfen, ob die Verlegung der beiden Ämter in das Verwaltungsgebäude Ernst-Ludwig-Straße alsbald durchgeführt werden kann.

12. Der Verkehrsverein hat gebeten, ihm den Halleplatz für den Weinmarkt zu dem ermäßigten Pachtsatz von 1000 DM zu überlassen. Die Konferenz ist nach Besprechung der Ansicht, daß es bei dem Pachtpreis von 2500 DM verbleiben soll.

13. Die Angelegenheit Pfleiderer kam wiederum zur Sprache. Herr Dr. Pfleiderer will einen Teil des Gebietes an eine Firma Bäumler untervermieten. Dagegen soll ein Einwand nicht erhoben werden. Die Konferenz ist aber übereinstimmend der Ansicht, daß die Restschuld Pfleiderer beschleunigt eingezogen werden soll, wenn irgend möglich durch Erwerb eines Wohnhauses von Dr. Pfleiderer. Gegebenenfalls soll dann ein neuer Vertrag abgeschlossen werden.

//

14. Herr Regierungsrat Oppenheim weist darauf hin, daß für die Handelsschule 3 weitere Lehrkräfte eingestellt werden müßten. Ein Beschluß wurde in der Sache nicht gefaßt.

15. Herr Beigeordneter Köth gibt bekannt, daß der Brennholzverkauf zurzeit stockt. Da die Händler zur Abnahme größerer Mengen nicht mehr in der Lage seien, habe er einen Platz im Hafen gemietet, um dort Holz zu lagern. Den dadurch entstehenden Ausgaben stünden zurzeit entsprechende Einnahmen nicht gegenüber. Man war allgemein der Meinung, daß bei dem Brennholzgeschäft größtmögliche Vorsicht obwalten muß, damit kein Defizit für die Stadt entsteht.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 27. Juli 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Röth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dansen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Der Herr Oberbürgermeister teilt mit, daß er beabsichtige, den nunmehr für die Zeit vom 21.6.-31.3.1949 in DM aufgestellten Notetat dem Finanzausschuß zur Beratung und dann dem Stadtrat zur Beschlußfassung vorzulegen.

   In Verbindung damit gab der Herr Oberbürgermeister Kenntnis von den im Gange befindlichen Prüfungen in Bezug auf die Aufrechterhaltung des Theater- und Orchesterbetriebes.

2. Bei einer nochmaligen Besprechung der Frage des Zweckverbands war man wieder einmütig der Meinung, daß die Stadt ihre Zugehörigkeit zum Zweckverband aufgeben und die neue Satzung ablehnen soll.

3. Herr Bürgermeister Hufschmidt weist darauf hin, daß nach seinen wiederholten Feststellungen das Amtsgeheimnis von einzelnen Dienststellen, Beamten und Angestellten, nicht gewahrt wird. Es sei dringend notwendig, die Dienststellen erneut auf die Schweigepflicht aufmerksam zu machen, ihnen vor allem auch aufzugeben, von der Stellungnahme von Dienststellen und der Verwaltung Interessenten keinerlei Mitteilung zu machen. Die Konferenz beschließt, die Dienststellen in einem Rundschreiben erneut auf ihre Schweigepflicht aufmerksam zu machen.

4. Vom Krankenhaus werden einige Schreibmaschinen für die Ärzte angefordert. Bevor neue Schreibmaschinen beschafft werden, ist zu prüfen, ob nicht durch die Maßnahmen zur Vereinfachung der Verwaltung Schreibmaschinen frei werden, die dann dem Krankenhaus und anderen Stellen, die sie notwendig brauchen, zur Verfügung gestellt werden können.

5. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn fragt, ob man Stundungsangeboten zurzeit überhaupt nähertreten soll. Die Konferenz ist der Ansicht, daß man derartige Anträge zunächst nicht behandeln, sondern bis zum 1. April 1949 zurückstellen soll.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8.2 - 47

6. Die Transportzentrale der Rheinschiffahrt in Kastel hat ein von ihr gemietetes städtisches Gebäude in Mainz-Kostheim wieder aufgebaut und dafür 56 000 RM Kosten aufgewendet. Der entsprechende DM-Betrag soll der Zentrale durch Verrechnung auf die Miete von der Stadt ersetzt werden.

7. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn berichtet über die ärztliche Betreuung der Schulkinder durch Mainzer Ärzte im Nebenamt. Nach seinem Plan seien 2 Fürsorgerinnen einzustellen. Die gesamten Kosten der schulärztlichen Einrichtung werden mindestens 20 000 DM betragen. Die Konferenz beschließt, die Angelegenheit bei der Beratung des Notetats in Finanzausschuß vorzutragen.

8. Die Polizeidirektion hat erneut beantragt, die Gebühr für die Fahrt der Polizeibeamten auf der Straßenbahn um weitere 2 DM zu ermäßigen. Dieser Antrag soll wiederum abgelehnt werden.

9. Gegen die von der Lagereiberufsgenossenschaft gewünschte Vorauszahlung der Beiträge des Hafens für 1948 wird an sich ein Einwand nicht erhoben. Es soll aber zuvor geprüft werden, ob der Beitrag in der angeforderten Höhe in Ordnung geht.

10. Die Einzelhandelsorganisation will auf geeignetem städtischen Gelände Holzbaracken für Versammlungen aufstellen. Vorgesehen hierfür ist zunächst der Schloßplatz. Grundsätzliche Bedenken dagegen werden nicht geltend gemacht, die Verhandlungen sollen weitergeführt werden.

11. Nach einer Mitteilung des Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn ist der alte Friedhof bei der Kirche in Mainz-Kostheim im Jahre 1933 von der Stadt übernommen worden, ohne daß der Eigentumsübergang im Grundbuch gebucht wurde. Die Kirchengemeinde möchte das Gelände wieder zurück haben. Die Konferenz ist damit einverstanden.

12. Das Baupolizeiamt hat beantragt, die Einstellung eines Statikers zur Prüfung der statischen Berechnungen usw. zu genehmigen. Dem Antrag soll nicht entsprochen werden. Die Prüfungsarbeiten sollen den Privatarchitekten Grebner und Graß gegen Überweisung der nach der Gebührenordnung zu zahlenden Gebühr übertragen werden.

13. Die Firma Hillebrand hat einen Unternehmer an der Hand, der die Revisionshalle 4 im Hafen wieder aufbauen will. Der Unternehmer will das Gelände mit den noch vorhandenen Bauteilen mieten, zu einem späteren Zeitpunkt soll dann das wiederhergestellte Gebäude gegen entsprechende Zahlung an den Hafen zurückgegeben werden. Die Verwaltungskonferenz ist mit dem Vorhaben grundsätzlich einverstanden. Der Herr Hafendezernent wird gebeten, die notwendigen Verhandlungen mit der Firma Hillebrand zu führen und dann die Angelegenheit nochmals vorzutragen.

14. Herr Beigeordneter Köth fragt, ob das Nutzholz, das von der Firma Dombrek erworben werden soll, für städtischen Zwecke reserviert bleiben oder ob es an die Firma Gerster verkauft werden soll. Die Verwaltungskonferenz ist übereinstimmend für einen sofortigen

//

Verkauf des Holzes an die Firma Gerster unter der Bedingung, daß die Firma Gerster das Holz nur an Mainzer Interessenten weiter verkauft und daß sie eine bestimmte Menge für Zwecke der Stadt zu einem zu vereinbarenden Preis bereitstellt.

15. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einem Schreiben des Stadtrats Fröhder, in dem dieser darauf hinweist, daß der Sportplatz am Bruchweg bei der Benutzung als Parkplatz anläßlich des Katholikentages ruiniert wird und deshalb als Sportplatz zunächst nicht weiterbenutzt werden kann. Herr Fröhder bittet deshalb, die Zusicherung der Überlassung des Sportplatzes zurückzuziehen. Bei der Aussprache über dieses Schreiben wird von den Bausachverständigen zugegeben, daß bei dem Befahren des Platzes mit Lastwagen die Sportfläche zweifellos beschädigt wird und daß es deshalb erwünscht sei, einen anderen Platz als Parkplatz auszuwählen. Herr Bürgermeister Dr. Dassen wird gebeten, die Angelegenheit im Einvernehmen mit Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn zu prüfen.

Z.R.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 48

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 20. Juli 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Aufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trabld.

1. Die weitere Behandlung des Bebauungsplanes wird besprochen. Der Plan soll alsbald dem Stadtrat zur Kenntnis und Diskussion vorgelegt werden.

2. Von dem Herrn Oberbürgermeister wird über den Stand der Restrebungen auf Rückgabe der Verwaltung der rechtsrheinischen Stadtteile berichtet.

3. Zu einer längeren Aussprache gab ein von dem Minister für den Wiederaufbau ausgearbeiteter Entwurf einer neuen Satzung für den Zweckverband Anlaß. Die Konferenz ist der Ansicht, daß der Antrag abgelehnt, aber zuvor dem Stadtrat vorgelegt wird. Dabei soll auch die Frage der vollständigen Neuordnung des Wiederaufbaues von Mainz behandelt werden.

4. Die Militärregierung hat nochmals den Wiederaufbau der Zitadellenschule gefordert. Nachdem das Land die Übernahme der Kosten abgelehnt hat und da auch die Stadt über die erforderlichen Mittel nicht verfügt, soll das Ansinnen wiederum abgelehnt, aber gleichzeitig der Landesregierung von der neuen Sachlage Kenntnis gegeben werden.

5. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn gibt Kenntnis von einem Antrag Dücker auf Überlassung des städtischen Geländes an der Ecke der Schusterstraße. Herr Dücker will das zerstörte Gebiet auf seine Kosten wieder aufbauen. Der Vorschlag soll nach seiner finanziellen Auswirkung zunächst näher geprüft werden.

6. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn teilt mit, daß der Generalbaudirektor zurzeit Holzhäuser in Mainz-Gonsenheim errichte, die zum Teil auf Gelände aufgebaut werden sollen, das Herrn Krautkrämer verpachtet ist. Es soll sofort festgestellt werden, ob auf dem Gelände tatsächlich schon gebaut wird, gegebenenfalls soll die sofortige Einstellung der Bauarbeiten bis zur Zustimmung der Stadtverwaltung verlangt werden.

//

7. Bei der Besprechung der Fortsetzung der Bauarbeiten im Krankenhaus kam man übereinstimmend wiederum zu der Ansicht, daß die Bauarbeiten eingestellt werden müssen. Der Herr Oberbürgermeister teilte dabei mit, daß auch der Gouverneur nunmehr mit der Einstellung der Bauarbeiten einverstanden sei.

8. Herr Bürgermeister Dr. Dassen gibt einen neuen Vorschlag zur Befriedigung der Firma Kalkhof bekannt. Die Verwaltung ist der Ansicht, daß die Angelegenheit nach dem Vorschlag des Herrn Dr.Dassen geregelt werden soll, vorausgesetzt, daß die anderen Anlieger keine Bedenken mehr geltend machen.

9. Von Oberfinanzrat Trablé wird darauf hingewiesen, daß Ersparnisse erzielt werden könnten, wenn den auswärts wohnenden Beamten und Angestellten Wohnungen zugeteilt werden, sodaß dann keine Aufwandsentschädigung mehr gezahlt werden muß. Das Wohnungsamt soll angewiesen werden, die in Frage kommenden Beamten und Angestellten bei der Zuteilung von Wohnungen bevorzugt zu behandeln.

10. In der Rentensache Reichardt ist die Verwaltungskonferenz der Ansicht, daß es bei einer Rentenzahlung von 50 DM verbleiben soll.

11. Einem Antrag des Finanzamts auf Verbilligung der Fahrpreise für Beamte des Finanzamts soll nicht stattgegeben werden.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 49

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 13. Juli 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Röth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé.

1. Auswirkung der Währungsreform.

a) Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von den Verhandlungen, die mit der Militärregierung bezw. dem Land wegen der Wiederaufnahme der Bauarbeiten an den zum LA-Programm gehörenden städt. Wohnungen geführt worden sind. Das Land habe einen kurzfristigen Kredit von 400 000 DM, verzinslich zu 3 1/2%, rückzahlbar zum 20. August 1948, für die genannten Wiederaufbauarbeiten mündlich zugesagt, aber noch keinen schriftlichen Bescheid gegeben. Die Arbeiten an den Wohnungen seien wieder aufgenommen worden. Sie erforderten einen Kostenaufwand von etwa 1,8 Millionen DM. Die 400 000 DM reichten zur Bestreitung der Ausgaben für etwa einen Monat. Es werde notwendig sein, rechtzeitig die nötigen Verkehrungen zu treffen, um das kurzfristige Darlehen zurückzuzahlen und weitere Mittel für die Fertigstellung der Wohnungen zu bekommen.

b) Der Herr Oberbürgermeister teilt ferner mit, daß in der Frage der Kosten für die Beseitigung der Trümmer von der Landesregierung der Standpunkt vertreten werde, daß sich das Land an den Kosten künftighin nur dann beteiligen könne, wenn die Stadt 50% der Kosten übernehme. Er habe Herrn Ministerialrat Dr.Dahlgrün erklärt, daß die Stadt nicht in der Lage sei, irgend einen Beitrag zu den Kosten zu leisten. Bei dieser Sachlage werde mit einer endgültigen Einstellung der Entrümmerungsarbeiten gerechnet werden müssen. Sobald die Stadt in der Lage sei, Mittel für die Entrümmerung aufzubringen, werde sie die Arbeiten in kleinem Maßstab selbst durchführen und das Land um die Beteiligung an den Ausgaben der Stadt in der Höhe von mindestens 50% angehen.

c) Die Landesverordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete des Haushalts-und Beamtenrechts vom 30. Juni 1948 wird besprochen. Von dem Herrn Oberbürgermeister wird dabei darauf hingewiesen, daß nunmehr eine klare Regelung über die Wiedereinstellung entlassener Beamten durch die Landesregierung getroffen werden müsse.

//

wenn die Beamten nicht wieder eingestellt werden dürften, aber Anspruch auf Gewährung von Gehalts-oder Ruhegehaltszahlungen behielten, würden Einsparungen für die Stadt nicht erreicht bezw. erhöhte Ausgaben entstehen. Er habe die Landesregierung in Koblenz gebeten, eine endgültige, klare Entscheidung in der Angelegenheit zu treffen.

d) Über die Frage der Auslegung der Bestimmungen des Umstellungsgesetzes bei den Mieten und Pachten wurde erneut eingehend gesprochen. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn hält den Standpunkt des Regierungspräsidenten bezüglich der Pachtbeträge nicht für richtig, für alle Fälle sollte man ihn jedenfalls nicht übernehmen. Die Konferenz ist der Meinung, daß man dringende Fälle im Sinne der Verfügung des Regierungspräsidenten behandeln, gegebenenfalls unter Rechtsvorbehalt, und daß man die von Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn vertretene Ansicht dem Regierungspräsidenten mitteilen und diesen um eine erneute Stellungnahme bitten sollte.

e) Zu einer eingehenden Aussprache gab auch die von der Militärregierung veröffentlichte Verfügung vom 5. Juli 1948 Anlaß, nach der die vor dem 21. Juni 1948 getroffenen Verfügungen über Altgeld, die in Erwartung der Nichtigkeitserklärung der Reichsmarkkassenbestände der Gebietskörperschaften getroffen wurden, aufgehoben werden müssen. Die Verwaltungskonferenz ist der Ansicht, daß die Überweisungen von 2 442 437.23 RM an den Hospizienfonds und von 500 000 RM an die G.m.b.H. für den Kleinwohnungsbau rückgängig gemacht werden müssen, daß dagegen die Anmeldung der von der Stadt verwalteten fremden Gelder (Stiftungs-, Mündelgelder usw.) nicht zu beanstanden ist und daß auch die Übertragung der Verwaltung des Spendefonds für politisch, rassisch und religiös Verfolgte an Herrn Regierungsrat Oppenheim in Ordnung geht und daß in diesen Angelegenheiten nichts zu geschehen hat.

2. Die Frage der Behandlung der Wasserlieferung an den Stadtteil Mainz-Bischofsheim wird erneut besprochen. Die Konferenz ist nach wie vor grundsätzlich der Ansicht, daß es bei der bisherigen Regelung zu verbleiben hat.

3. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn berichtet über die in dem Ausschuß für das Fürsorgewesen behandelte Frage der Fürsorgerichtsätze. Danach ist der Ausschuß übereinstimmend der Meinung, daß an der beschlossenen Erhöhung der Richtsätze ab 1. April 1948 grundsätzlich festgehalten wird, daß aber für die Monate Juli und August die Unterstützungen nach den alten Sätzen ausgezahlt werden sollen. Eine Anrechnung der Zahlungen für die Kopfquoten soll vorerst nicht stattfinden. Der Ausschuß hat sich ferner damit einverstanden erklärt, daß den auswärtigen Fürsorgeverbänden die Unterstützungsausgaben für Mainzer Evakuierte für neue Fälle, für die eine Ersatzpflicht gesetzlich nicht vorgeschrieben ist, nicht mehr ersetzt werden sollen. Der über die Unterstützungssätze des Landes nach den Mainzer Sätzen bezahlte Betrag soll jedoch erstattet werden.

Herr Beigeordneter Dr. Schwahn gab ferner Kenntnis von dem ständigen Zugang der Zahl der Unterstützungsfälle.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 50

4. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn bittet, für dringend notwendige Dachdeckerarbeiten im Altersheim Neumühle einen Kredit von 900 DM zur Verfügung zu stellen. Die Konferenz ist damit einverstanden. Sie beschließt ferner, bei allen Dienststellen für laufende bauliche Unterhaltungsarbeiten 1/4 des in dem Haushaltsplanentwurf 1948 vorgesehenen Kreditbetrags für die Zeit bis zum 1. Oktober 1948 freizugeben. Die Bauverwaltung wird ermächtigt, die hiernach in Frage kommenden einzelnen Kreditbeträge zu überschreiten, wenn und insoweit eine entsprechende Ersparnis in anderen Unterhaltungsfällen erzielt wird.

5. Die Verwaltungskonferenz erklärt sich mit einem Vorschlag des Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn einverstanden, eine Regelung zu treffen, wonach Medikamente für das Krankenhaus künftig nur durch den Apotheker im Einvernehmen mit dem Verwaltungsdirektor bestellt werden dürfen.

6. Die Verwaltungskonferenz steht auf dem Standpunkt, daß die Ausführung von Bauarbeiten aller Art im städtischen Krankenhaus wenn irgend möglich wieder unter der Leitung des Hochbauamts erfolgen soll. Die Bauverwaltung wird gebeten, die Angelegenheit zu prüfen und einen entsprechenden Bericht zu erstatten.

7. Bei den Verhandlungen über die Vermietung von Gebäudeteilen der ehemaligen Feuerwehrschule in Kastel hat eine Firma den Mietpreis beanstandet und verlangt, daß der Mietpreis von der für Mainz-Kastel zuständigen Preisbehörde festgesetzt wird. Das Ansinnen soll abgelehnt und gegebenenfalls von einer Vermietung Abstand genommen werden.

8. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn teilt mit, daß ohne Befragen und jede Kenntnis der Liegenschaftsverwaltung städtisches Gelände zur Erbauung von Holzhäusern in Mainz-Gonsenheim und an der Zeuthener Straße in Anspruch genommen würde. Bei der Besprechung der Angelegenheit kam allgemein zum Ausdruck, daß städtisches Gelände ohne Befragen der Liegenschaftsverwaltung niemand angeboten werden dürfe und daß eine widerrechtliche Inanspruchnahme von Gelände unter allen Umständen verhindert werden müßte. Es wurde ferner wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Stadt die Kosten für den Straßen-und Kanalbau und für die Herstellung der Versorgungsanlagen für die geplanten Holzhausbauten in Mainz-Mombach usw. zurzeit nicht tragen könne und daß deshalb die Ausführung der genannten Arbeiten nur erfolgen dürfe, wenn die Interessenten die Geldmittel für die Arbeiten zur Verfügung stellen.

9. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn gibt Kenntnis von einem Schreiben der Landesregierung, in dem gebeten wird, von der Erhebung einer Miete für das von dem Generalbaudirektor in Anspruch genommene städtische Gelände abzusehen. Die Konferenz lehnt einen Verzicht auf einen Pachtzins ab und ist damit einverstanden, daß die schuldigen Beträge gegebenenfalls auf die von der Stadt an den Zweckverband zu leistenden Zahlungen aufgerechnet werden.

//

10. Herr Beigeordneter Dr. Schwann fragt, ob das für die Notkirche an der Zitadelle vorgesehene Gelände der Evangelischen Kirchengemeinde verpachtet oder verkauft werden soll. Die Konferenz beschließt, das Gelände in erster Linie zum Verkauf anzubieten, wenn das aber nicht angehe, eine Verpachtung auf längere Zeit vorzunehmen.

11. Von Herrn Beigeordneten Dr. Schwann wird Kenntnis gegeben von der Absicht eines Herrn Fenk, eine gewerbliche Niederlassung an der Hechtsheimer Straße vorzunehmen. Er stellt dabei die Frage, ob sich nicht die Ausgliederung von Teilen der Gemarkung Hechtsheim nach Mainz empfehle. Von Herrn Bürgermeister Maurer wird darauf erklärt, daß die Gemeinde eine Ausgliederung abgelehnt habe, im Übrigen habe auch Herr Fenk seine Absicht inzwischen aufgegeben.

12. Von Herrn Beigeordneten Dr. Schwann wird ferner vorgetragen, daß die Bauverwaltung ein Projekt für eine Badeanstalt und Sportplätze am Floßhafen in Kombach ausgearbeitet habe. Das Gelände sei aber seines Wissens als Industriegelände vorgesehen. Es wird festgestellt, daß das Projekt für die Badeanstalt usw. bereits zweimal im Bauausschuß abgelehnt wurde. Die Verwaltung steht auf dem Standpunkt, daß das Gelände für Sportplätze usw. nicht in Frage kommt.

13. Die Angelegenheit Kalkof wird nochmals besprochen. Übereinstimmend kam man dabei zu der Ansicht, daß man der Firma Kalkhof entgegenkommen muß und daß es nunmehr geboten sei, die Angelegenheit beschleunigt zu einem Abschluß zu bringen.

14. Benutzungsgebühr für städtische Säle. Die Konferenz nimmt Kenntnis von einer Gebührenfestsetzung durch die Preisbehörde für Miet- und Pachtsachen und beschließt, die Gebühren künftig nach dieser Festsetzung zu erheben. Dabei wird außerdem bestimmt, daß die Überlassung des der Stadt gehörenden Flügels im Stadtratssaal nur im Einvernehmen mit dem Kulturdezernenten erfolgen darf. Von der Festsetzung der Gebühr für die Benutzung des Flügels der Liedertafel soll dieser Kenntnis gegeben werden.

15. Der Badeanstaltsbesitzer Ohaus will einen Platz am Winterhafen unentgeltlich zur Verfügung gestellt haben. Die Konferenz hat keine Bedenken, Herrn Ohaus den Platz zu überlassen, solange ein anderer Interessent nicht da ist.

16. Auf eine Anfrage der G.m.b.H. für den Kleinwohnungsbau wird festgelegt, daß die G.m.b.H. auch die zerstörten Gebäude der Stadt weiterhin zu verwalten hat.

17. Nach einer Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Dr. Dessau ist das für die Stadt Mainz bestimmte Kartenwerk des Herrn Does beinahe fertiggestellt. Die endgültige Fertigstellung soll einen Kostenaufwand von etwa 300 DM erfordern. Der Auftrag für die endgültige Fertigstellung soll erteilt werden.

18. Das Projekt, im Waldfriedhof in Mainz-Mombach einen provisorischen Leichenaufbewahrungsraum zu errichten, soll zurückgestellt werden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 51

19. Herr Regierungsrat Oppenheim schlägt vor, das Schulgeld beim Konservatorium für Musiklehrer von 60 auf 50 DM zu ermäßigen. Der Vorschlag wird aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt.

20. Die Konferenz ist damit einverstanden, daß für die Herstellung der Rampe am Getreidespeicher ein Kredit von 7500 DM bereitgestellt wird.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 52

Niederschrift

Über die Verwaltungskonferenz vom 6. Juli 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dessen
Oberfinanzrat Trablé.

1. Der Herr Oberbürgermeister berichtet über die Vorgänge im Zweckverband und insbesondere über den Verlauf der gestrigen Verstandssitzung. Bei der Besprechung der Angelegenheit war man übereinstimmend der Ansicht, daß alsbald eine Änderung der Organisation des Zweckverbands und eine Vereinfachung und Einschränkung der Verwaltung und der Aufgaben des Zweckverbands durchgeführt werden muß. Man war ferner der Ansicht, daß im Interesse der Stadt und der Mainzer Wirtschaft im Rahmen des notwendigen Abbaues des Arbeiterpersonals alle Dienstverpflichteten in ihre Heimat entlassen werden und daß möglichst alle Mainzer Unternehmer und Arbeiter in Arbeit verbleiben. Demgemäß soll die alsbaldige Bildung eines Ausschusses betrieben werden, der die Vorschläge für die Umorganisation und die Vereinfachung des Apparates des Wiederaufbauverbandes ausarbeiten soll.

2. Herr Beigeordneter Köth beanstandet die neuerdings von der Finanzverwaltung geforderte Beibehaltung der Schuld der Brennstoffstelle an die Stadt in voller Höhe bezw. deren Umwandlung in DM im Verhältnis 1:1. Die Konferenz hält die Forderung der Finanzverwaltung nicht für begründet, beschließt vielmehr, den Schuldbetrag im Verhältnis 10:1 umzustellen.

Auf die Frage von Oberfinanzrat Trablé, ob Herr Gerth die seitherige Vergütung in voller Höhe auch weiterhin bekommen soll, erwidert der Herr Oberbürgermeister, daß eine Einstellung oder Kürzung der Zahlungen an Herrn Gerth vorerst nicht in Frage kommt.

3. Herr Beigeordneter Köth erhebt Einspruch gegen die Bestellung des Archivars Diepenbach zum Vertreter des Direktors Dr. Ruppel. Er ist der Meinung, daß man ehemaligen Pg. leitende Stellen in der Stadtverwaltung nicht übertragen dürfe. Das sei die Ansicht aller Parteien. Der Herr Oberbürgermeister ist anderer Meinung. Herr Köth will die Angelegenheit im Personalausschuß zur Diskussion stellen.

4. Herr Bürgermeister Maurer teilt mit, daß im Bau 5 des städt. Krankenhauses die Betondecke unbedingt hergestellt werden müsse, da sonst ein großer Krankensaal nicht mehr benutzbar sei. Die Kosten stellten sich auf 11 000 DM. Die Konferenz ist der Meinung, daß bei der Sachlage der Ausführung der Arbeiten zugestimmt werden müsse.

5. Von Herrn Bürgermeister Maurer wird ferner darauf hingewiesen, daß der Aufsichtsrat der G.m.b.H. immer noch nicht gebildet sei, daß aber die Neubildung des Aufsichtsrats nicht länger hinausgeschoben werden könne. Herr Bürgermeister Dr. Dassen als Dezernent der G.m.b.H. wird gebeten, alsbald Vorschläge für die Neubildung des Aufsichtsrats zu machen.

6. Herr Bürgermeister Maurer bittet, den bei dem Hochbauamt beschäftigt gewesenen, aber auf Verlangen der Militärregierung entlassenen Ingenieur Hansen wieder in den Dienst einstellen zu dürfen. Der Herr Oberbürgermeister hat grundsätzliche Bedenken gegen die Wiedereinstellung. Der Fall soll mit anderen Fällen dem Personalausschuß vorgelegt werden.

7. Herr Regierungsrat Oppenheim teilt mit, daß die Gemäldegalerie Bilder zur Restaurierung in Auftrag gegeben habe. Er habe angeordnet, daß keine weiteren Aufträge mehr erteilt werden. Die Restaurierungsarbeiten bei einzelnen Bildern seien jedoch noch nicht beendet und müßten fertiggestellt werden. Dadurch würden noch etwa 2000 DM Kosten entstehen. Die Verwaltungskonferenz stimmt der Fertigstellung der Restaurierungsarbeiten unter der Voraussetzung zu, daß die Kosten über den Betrag von 2000 DM nicht hinausgehen.

8. Von Herrn Regierungsrat Oppenheim wird ferner mitgeteilt, die Stadtbibliothek habe im Laufe des Jahres eine große Anzahl von Bücherbestellungen aufgegeben, die Lieferung hätte aber bisher nicht erfolgen können. In den letzten Tagen seien einige Bücher eingegangen, für die etwas über 300 DM berechnet worden seien. Die Konferenz beschließt, von allen noch nicht ausgeführten Bestellungen zurückzutreten. Herr Regierungsrat Oppenheim wird gebeten, das Erforderliche zu veranlassen.

9. Herr Dr. Dassen fragt, ob die Stadt nunmehr wieder Gelände verkaufen oder ob Gelände nur im Tauschwege abgetreten werden soll. Die Konferenz ist der Ansicht, daß diese Frage von Fall zu Fall geprüft und entschieden werden soll.

10. Ein Herr Does hat auf Veranlassung der Militärregierung ein Kartenwerk von Mainz hergestellt, ein Exemplar ist auch an eine französische Stelle abgegeben worden. Es besteht Interesse, einen Abdruck auch für städtische Zwecke zu bekommen. Der Auftrag für die Herstellung des Abdruckes für die Stadt soll jedoch zurückgestellt werden, da der Abdruck später jederzeit hergestellt werden kann.

11. Oberfinanzrat Trablé gibt Kenntnis von der Forderung der Polizeidirektion, den Preis für die Straßenbahn-Monatskarten der Polizeibeamten von 7.50 DM auf etwa 5.50 DM zu ermäßigen. Die Konferenz beschließt, das Ansinnen abzulehnen und auf der Zahlung eines Preises von 7.50 DM zu bestehen.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 53

12. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn bringt zur Sprache, daß die Stadt anstelle eines Kaufpreises an ein Frl. Reichardt in Heisenau eine monatliche Rente zu zahlen habe. Die Zahlung habe aber nur zu erfolgen, insoweit nach Bestreitung der Hausunkosten der Stadt noch die nötigen Mittel für die Rentenzahlung zur Verfügung stünden. Zurzeit gingen jedoch, da das Haus zerstört ist, keinerlei Einnahmen ein, sodaß eigentlich eine Rentenzahlung nicht zu erfolgen hätte. Trotzdem sei bisher die Rente gezahlt worden. Die Konferenz ist übereinstimmend der Meinung, daß an sich zurzeit keine Zahlungspflicht für die Stadt besteht, es soll aber mit Rücksicht auf die Bedürftigkeit des Frl. Reichardt nach entsprechender Verhandlung mit dieser ein gekürzter Betrag gezahlt werden.

13. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn stellt die Frage, ob Pachtbeträge, die am 1. Oktober für das ganze abgelaufene Jahr fällig seien, in voller Höhe in DM gezahlt worden müßten. Er persönlich sei der Meinung, daß die Zahlung in DM erfolgen müsse. Bei der Besprechung wurden verschiedene Meinungen vertreten. In der Sache soll vorläufig nichts unternommen und entsprechende Ausführungsbestimmungen abgewartet werden.

14. Die Sportgemeinde in Gönsenheim hat gebeten, den Pachtpreis für die Überlassung von Sportgelände auf 500 DM für das Jahr festzulegen. Die Konferenz ist der Meinung, daß eine derartig niedrige Pacht nicht in Frage kommen könne und daß die Forderung eines Pachtsatzes von 8 Pfg/qm (= 2410 DM jährlich) schon ein Entgegenkommen darstelle.

15. In der Sache Vermächtnis Thieser erklärt sich die Verw.-Konferenz mit einer Regelung nach dem Vorschlag der Liegenschaftsverwaltung in deren Bericht vom 28. Juni 1948 einverstanden.

16. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn berichtet über die Angelegenheit Betonwerk Rhenania und schlägt vor, den Kraftwerken für das von ihnen in Anspruch genommene Gelände nachträglich einen Pachtbetrag von 18 000 DM in Rechnung zu stellen.

17. Der Landrat des Landkreises Alzey hat gebeten, ihm für die Unterstützungsausgaben für Mainzer Evakuierte monatliche Zahlungen von 12 000 DM zu gewähren. Das Ansinnen soll abgelehnt werden, da eine gesetzliche Verpflichtung für eine Auszahlung nicht besteht.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 54

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 29. Juni 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwalm
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Maßnahmen aus Anlaß der Währungsreform; hier: Durchführung in Angriff genommener Bauarbeiten. Die Frage, ob und inwieweit Bauarbeiten eingestellt werden müssen, wird wiederum eingehend besprochen. Es wird dabei festgestellt, daß noch keine Geldmittel für Wiederaufbauzwecke zur Verfügung gestellt worden sind und es soll deshalb sofort folgendes Telegramm an das Finanzministerium aufgegeben werden: "Erbitte Entscheidung über Bereitstellung von Geldmitteln zur Fortsetzung städtischer Wiederaufbauarbeiten und für Besatzungskosten."

   Über die nach Aufstellungen der Herren Bürgermeister Dr. Dassen und Maurer unbedingt noch durchzuführenden Bauarbeiten soll am 30. Juni, vormittags 10 Uhr, eine Beratung durch Oberfinanzrat Trablé, die Vertreter der Bauverwaltung und die Stadträte Freitag und Zickwolff stattfinden. Die Höhe der sich nach den Beratungen ergebenden Kosten für fortzusetzende Bauarbeiten soll dann sofort der Landesregierung mit dem nochmaligen Antrag auf Bereitstellung der Geldmittel bekanntgegeben werden. Außerdem soll dem Generalbaudirektor mitgeteilt werden, daß, soweit Arbeiten überhaupt finanziert und durchgeführt werden können, dies unter der Voraussetzung geschieht, daß Mainzer Arbeiter beschäftigt werden.

2. Beschwerden gegen den Generalbaudirektor Inm. Die Beschwerdeschrift der Architektenkammer ist inzwischen an den Staatssekretär Schmitt in Koblenz abgegangen. Von Seiten der Verwaltung soll die Landesregierung ersucht werden, der Bildung eines Ausschusses zuzustimmen, der die Frage der Neuorganisation der Wiederaufbaumaßnahmen prüfen soll.

3. Herr Beigeordneter Köth gibt Kenntnis von Schwierigkeiten bei der Brennholzbeschaffung, die insbesondere dadurch entstanden sind, daß die Eisenbahn keine Waggons zur Verfügung stellt. Es wird für notwendig erachtet, bei der Militärregierung deshalb vorstellig zu werden.

//

4. Wiederaufbau des Bassenheimer Hofes. Nachdem der Eigentümer, die Westbank in Frankfurt a/Main, es abgelehnt hat, die Bauausführung weiter zu finanzieren und auch die Stadt erklärt hat, nicht in Vorlage treten zu können, hat der Generalbaudirektor sich entschlossen, die Arbeiten aus ihm zur Verfügung stehenden Mitteln weiterführen zu lassen. Der Generalbaudirektor fordert auch die Übergabe der Bauleitung an ihn. Herr Bürgermeister Maurer wird gebeten, das Hochbauamt zu veranlassen, alle Unterlagen der Bauleitung sofort an den Generalbaudirektor abzugeben. Zahlungen durch die Stadt für den Bassenheimer Hof werden nicht mehr erfolgen.

5. Leistungen von Betriebsausgaben durch das Tiefbauamt. Das Tiefbauamt hat um Bereitstellung von Mitteln für die Beschaffung von Straßenunterhaltungsmaterial gebeten. Bei der derzeitigen Sachlage können Mittel in der vom Tiefbauamt für den Haushaltsplan 1948 angeforderten Höhe unter keinen Umständen bereitgestellt werden. Dem Tiefbauamt soll mitgeteilt werden, daß es lediglich über 1/4 des für 1948 angeforderten Haushaltskredits für die Zeit ab 1. Juli 1948 bis Schluß des Rechnungsjahres verfügen kann. Eine gleiche Regelung soll für alle Dienststellen demnächst noch getroffen werden.

6. Erhöhung der Unterstützungssätze für Fürsorgeempfänger. Da der Stadtrat die Erhöhung der Richtsätze ab 1. April 1948 vorbehaltlos beschlossen hat, sollen ohne Rücksicht auf die noch ausstehende Entscheidung der Landesregierung die erhöhten Unterstützungssätze ab 1. April 1948 jetzt zur Auszahlung kommen, auch an die Evakuierten. Insoweit den Unterstützungsempfängern durch die Fürsorgekasse Vorschüsse zur Einzahlung für die Kopfquote gewährt worden sind, soll dieser bei den Auszahlungen aufgerechnet werden. In Verbindung damit wird auch die Frage besprochen, ob die Stadt rechtlich verpflichtet ist, den auswärtigen Bezirksfürsorgeverbänden die Unterstützungskosten für Evakuierte zu ersetzen. Eine in Aussicht genommene Regelung dieser Frage durch die Landesregierung steht immer noch aus. Eine alsbaldige Entscheidung soll beschleunigt betrieben werden. Die Konferenz ist der Meinung, daß künftig gegebenenfalls nur noch die Unterstützungsbeträge an andere Fürsorgeverbände ersetzt werden sollen, die über die Sätze dieser Verbände hinausgehen.

7. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn hat die Entwürfe für 2 mit der Schweizer Spende abzuschließende Verträge geprüft und keine Bedenken erhoben. Die Verträge sollen auch jetzt nach der Währungsreform abgeschlossen werden.

8. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn teilt mit, daß für den der Israelitischen Gemeinde zur Verfügung gestellten Raum in der Feldbergschule eine Miete von monatlich 150 DM als angemessen bezeichnet worden sei. Er fragt, ob eine Miete überhaupt erhoben werden soll. Die Konferenz ist der Meinung, daß man zwar die Miete auf 150 DM monatlich festsetzen, aber von dieser Erhebung bis auf weiteres absehen soll.

9. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn teilt ferner mit, daß das Rote Kreuz im städt. Krankenhaus die Räume immer noch nicht freigemacht habe. Da die Räume für Zwecke des Krankenhauses dringend benötigt werden, soll die Räumung nochmals gefordert werden.

//

Z.B.
gez.: T r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 55

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 21. Juni 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

In der heutigen Konferenz wurden die Auswirkungen der Währungsreform auf die Gesamtverwaltung der Stadt und insbesondere auf die Wiederaufbauarbeiten näher besprochen. Man war sich dabei allgemein darüber einig, daß nur bei Durchführung radikaler Sparmaßnahmen der Haushalt der Stadt in Ordnung gehalten werden kann. Da für außerordentliche Ausgaben Geldmittel zurzeit überhaupt nicht und demnächst wahrscheinlich nur in ganz beschränkten Mengen zur Verfügung stehen dürften, wird es nicht nur notwendig sein, alle geplanten neuen Bauvorhaben und Anschaffungen zurückzustellen, sondern auch in Angriff genommene Ausführungen vorzeitig einzustellen. Die Herren Dezernenten werden gebeten, an Hand der ihnen zugehenden Aufstellungen über die bewilligten, aber noch nicht verbrauchten Kredite umgehend zu prüfen, welche Mittel noch aufgewendet werden müssen, wenn die Bauarbeiten alsbald zu einem vorläufigen, vertretbaren Abschluß kommen.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 22. Juni 1948.

Anwesend: alle vorgenannten Herren.

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von dem Stand der Angelegenheit Dertsch. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Wiedereinstellung des Herrn Dertsch in den Dienst der Stadt Mainz nicht erfolgen soll.

//

2. In einem Schreiben an den Herrn Oberbürgermeister beschwert sich der Generalbaudirektor Lan über das Verhalten der städt. Bauverwaltung in der Frage der Errichtung des Hochhauses am Münsterplatz. In Verbindung mit dieser Beschwerde wird auch über die Beschwerde der Architektenschaft gegen Lan gesprochen und es wird festgelegt, daß der Architektenschaft anheim gegeben werden soll, ihre Beschwerden unmittelbar bei den zuständigen Instanzen vorzubringen. Der Herr Oberbürgermeister wird Herrn Lan auf seine Beschwerde eine entsprechende Antwort zugehen lassen. Im übrigen wird die Bauverwaltung ersucht, noch im Laufe dieser Woche in einer Besprechung mit Herrn Lan eine Einigung über die Art der Ausführung des Hochhauses herbeizuführen.

Es wurde auch die Änderung der Satzung des Zweckverbands besprochen, wobei man übereinstimmend der Meinung war, daß die Vertreter der Stadt in einer Vorstandssitzung des Zweckverbands vorschlagen sollten, die Satzung durch einen kleinen Ausschuß, bestehend aus Vertretern des Landes, der Stadt, des Generalbaudirektors und der Architektenschaft überprüfen zu lassen.

3. Der Fürsorgeverein für Körperbeschädigte in Hessen, dem die Stadt Mainz früher angehörte, hat um eine Erklärung wegen des Wiederbeitritts gebeten. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Abgabe der Erklärung zurückgestellt werden soll.

4. Der ehemalige Leiter der städtischen Zahnklinik, Dr. Wagner, erhebt Ansprüche auf Rückgabe von Gegenständen aus der Zahnklinik, die angeblich sein Eigentum seien. Herrn Dr. Wagner sind bereits Gegenstände zurückgegeben worden, es kann aber nicht festgestellt werden, welche weiteren Gegenstände Eigentum des Herrn Dr. Wagner sind.

Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage der Wiedereinrichtung einer Schulzahnklinik und der Anstellung von Schulärzten besprochen. Bezüglich der Schulzahnklinik kam man zu der Ansicht, zu warten, bis entschieden ist, ob die Universität eine Klinik einrichtet, die gegebenenfalls auch die Aufgaben der Schulzahnklinik übernehmen könnte. In der Frage der Anstellung von Schulärzten wird von Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn die Ansicht vertreten, daß die Einstellung hauptamtlicher Schulärzte an sich erwünscht sei, aber zurzeit nicht gut durchgeführt werden könne. Er schlug deshalb vor, wenigstens vorläufig die ärztliche Betreuung der Schulkinder Privatärzten im Nebenamt gegen eine Vergütung von etwa 1 DM pro Kind und Jahr zu übertragen. Die Konferenz ist damit einverstanden und empfiehlt Vorlage an die städtischen Körperschaften.

5. Von Herrn Dr. Pieper wird vorgeschlagen, um unerwünschte Zuzüge nach Mainz einzudämmen, Zuzüge aus Rheinhessen nach Mainz grundsätzlich abzulehnen, und zwar auch dann, wenn kein besonderer Wohnraum beansprucht wird. Die Verwaltungskonferenz ist mit diesem Vorschlag einverstanden, es sollen jedoch Ausnahmen für besondere Fälle zugelassen werden, über die der Dezernent entscheidet.

6. Das Autohaus Reinert will im Winterhafen ein Wohnschiff aufstellen und in diesem eine Wirtschaft betreiben. Gegen die Erteilung der Genehmigung zur Aufstellung des Wohnschiffes wird kein Einwand erhoben.

11.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 56

Bei der Erteilung der Konzession für den Wirtschaftsbetrieb soll Herr Reinert an das zuständige Polizeipräsidium verwiesen werden.

7. Der Beitritt der Stadt Mainz zu dem Verein für Gartenkunst soll nicht erfolgen. grundsätzlich abzulehnen

8. Der dem Herrn DSB erteilte Auftrag zur Herstellung eines Reliefs von Mainz konnte nur teilweise ausgeführt werden. Die Konferenz ist der Meinung, daß die Fortsetzung der Arbeiten vorläufig weiter ausgesetzt bleiben soll.

9. Die Frage, zu welchen Preisen die Karten für Theatervorstellungen bis zu den Ferien verkauft werden sollen, wird von der Konferenz dahin entschieden, daß die bisherigen Preise bestehen bleiben.

Z.B.
ges.: T r a u b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 57

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 8. Juni 1946.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Kurschmidt
Beigeordneter Dr. Schmahm
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trabié
Dr. Pieper.

1. Die Zellstoff-Fabrik Waldhof in Mainz-Kostheim will die teilzerstörten Siedlungsbauten der G.m.b.H. in Mainz-Kostheim auf ihre Kosten unter gewissen Bedingungen wieder aufbauen und das Gelände mit den vorhandenen Bauteilen auf 30 Jahre mietweise überlassen haben. Die Verwaltungskonferenz ist mit dem Vorschlag der Zellstoff-Fabrik grundsätzlich einverstanden. Voraugesetzt wird, daß der Stadt in dem abzuschließenden Mietvertrag das Recht vorbehalten wird, die ordnungsmäßige Instandhaltung der Gebäude zu überwachen und daß die Mieten von den Wohnungsinhabern mindestens in der früheren Höhe erhoben werden. Es soll ferner erstrebt werden, von der Zellstoff-Fabrik einen Mietanteil zu bekommen, der aus der gesamten Mieteinnahme nach Abzug der Steuern, Lasten und Instandsetzungskosten der Stadt bisher verblieben ist.

2. Rückgabe des Anwesens Elsässische Bank an den früheren Eigentümer. Die Rückgabe des Anwesens gegen Zahlung des von der Stadt seinerzeit gezahlten Kaufpreises und der von dieser aufzuwendenden Instandsetzungskosten soll dem Stadtrat zur Beschlußfassung vorgeschlagen werden.

3. Rückgabe des Hauses Frauenlobstr. 5 (Jenny Schott in Zürich). Auch in diesem Falle soll beim Stadtrat beantragt werden, der Rückgabe des Gebietes nach dem Antrag von Frl. Schott zuzustimmen.

4. Beschwerde der Architektenkammer gegen den Generalbaudirektor. Von der Resolution der Architektenkammer wird jedem Mitglied der Verwaltungskonferenz ein Abdruck übergeben. Die Angelegenheit soll in der nächsten Konferenz weiter besprochen werden. In Verbindung damit kam die Absicht der Landesregierung zur Sprache, die Organisation für den Wiederaufbau der Stadt Mainz neu zu regeln.

5. In der Sache Holzbeschaffung durch die Firma Dombert in München, die von Herrn Beigeordneten Köth zur Sprache gebracht wurde, soll Herr Köth alsbald einen schriftlichen Bericht vorlegen.

//

6. Herr Bürgermeister Maurer gibt von der Absicht der Mainzer Aktienbrauerei Kenntnis, auf ihrem Gebiet "Rad" eine größere Versammlungshalle zu errichten. Das Bauvorhaben soll von der Stadtverwaltung gefördert werden. Eine finanzielle Beteiligung der Stadt an dem Unternehmen kommt jedoch nicht in Frage.

7. Bauliche Herstellungen an städtischen Gebäuden. Die für die als vordringlich ausgesuchten städtischen Bauvorhaben erforderlichen Kredite sollen alsbald bei dem Stadtrat befürwortend beantragt werden. Es soll jedoch dem Stadtrat vorgeschlagen werden, zu beschließen, daß mit den Bauausführungen erst begonnen und die
8. Mittel erst in Anspruch genommen werden dürfen, wenn der Oberbürgermeister im Einzelfall zugestimmt hat. Die Verwaltungskonferenz ist übereinstimmend damit einverstanden, daß mit dem Wiederaufbau der städtischen Häuser in Mainz-Weisenau unabhängig von der Bereitstellung der erforderlichen Kredite durch den Stadtrat sofort begonnen wird.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 58

- 2 -

6. Herr Bürgermeister Maurer gibt von der Absicht der Mainzer Aktienbrauerei Kenntnis, auf ihrem Gebiet "Rad" eine größere Versammlungshalle zu errichten. Das Bauvorhaben soll von der Stadtverwaltung gefördert werden. Eine finanzielle Beteiligung der Stadt an dem Unternehmen kommt jedoch nicht in Frage.

7. Bauliche Herstellungen an städtischen Gebäuden. Für die als vordringlich ausgesuchten städtischen Bauvorhaben sollen die Anträge für die erforderlichen Kredite alsbald dem Stadtrat befürwortend vorgelegt werden. Es soll jedoch dem Stadtrat vorgeschlagen werden, zu beschließen, daß mit den Bauausführungen erst begonnen und die Mittel erst in Anspruch genommen werden dürfen, wenn der Oberbürgermeister im Einzelfall zugestimmt hat. Die Verwaltungskonferenz ist übereinstimmend damit einverstanden, daß mit dem Wiederaufbau der städtischen Häuser in Mainz-Weisenau unabhängig von der Bereitstellung der erforderlichen Kredite durch den Stadtrat sofort begonnen wird.

8. Der Landessportausschuß wünscht die Bildung eines besonderen Sportdezernats. Herr Dr. Pieper wird ersucht, das Dezernat zu übernehmen.

9. Das Gutenberg-Museum hat verschiedene Maschinen leihweise abgegeben. Die dafür vereinnahmte Miete von 300 RM pro Monat soll zu Gunsten des Museums vereinnahmt werden.

10. Über die Kosten, die der Stadt Mainz für Straßen- und Kanalbauten und für die Versorgungsleitungen bei der Errichtung von Holzhäusern in Mainz-Gonsenheim entstehen, wird eingehend gesprochen. Nach einer Mitteilung des Herrn Dr. Daesen werden die Stadtwerke mit 149 000 RM -osten belastet, weitere 60 000 RM Ausgaben der Stadtwerke müssen von den Hauseigentümer (dem Land) ersetzt werden. Vor einer endgültigen Stellungnahme in der Angelegenheit sollen die Stadtwerke prüfen, inwieweit die aufzuwendenden Kosten als rentierliche Ausgaben bezeichnet werden können.

11. Für die Ausführung von Straßenteerungsarbeiten sind 2 Angebote eingegangen mit einem Preisunterschied von 3000 RM. Die Verwaltungskonferenz ist damit einverstanden, daß die Arbeiten je zur Hälfte an die beiden Firmen vergeben werden.

12. Herr Dr. Daesen legt einen Plan vor, in dem er das Gelände am Rheinufer bezeichnet, das nach seiner Ansicht unbedenklich für die Erstellung von Unschlaghallen vorgesehen werden kann. Die Verwaltungskonferenz nimmt davon Kenntnis, ohne zu der Frage endgültig Stellung zu nehmen.

13. Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für den Hafenoffizier. Da die Verrechnung der Benutzungsgebühren zu Lasten der Besatzung zunächst nicht möglich ist, soll das Hafenamt die Gebühren zunächst bezahlen.

14. Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten. Die Konferenz ist damit einverstanden, daß eine Schlichtungsstelle errichtet und daß eine Ortssatzung hierüber aufgestellt wird.

//

15. Ein Herr Egli will einen Gebäudeblock in dem ehemaligen Pulvermagazin am Fort Hertenberg mieten, in dem zurzeit asoziale Personen untergebracht sind. Er will dann sehen, wie er die Leute herausbringt. Der Antrag soll abgelehnt werden.

I.B.

gez. Trabli

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 59

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 1. Juni 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Pafnchmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Bessen
Oberfinanzrat Trabli
Dr. Pieper.

1. Der von der Bauverwaltung aufgestellte Bebauungsplan wird näher besprochen. Entsprechend den früheren Beschlüssen der Verwaltungskonferenz soll er nunmehr dem Stadtrat mit dem Antrag vorgelegt werden, folgenden Beschluß zu fassen: "Der Stadtrat nimmt Kenntnis von dem von der Verwaltung vorgelegten Bebauungsplan und den bis jetzt gefaßten Beschlüssen des Bauausschusses. Er hält den Bebauungsplan für eine geeignete Grundlage für die weitere Bearbeitung der Fluchtlinienpläne für die einzelnen Straßen."

Gleichzeitig mit dem Bebauungsplan sollen dem Stadtrat Straßen- und Baufluchtlinien-Pläne zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden und zwar für die Große Bleiche, Ludwigstraße, Langgasse und Gaugasse.

2. Errichtung eines Bürohochhauses am Münsterplatz. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einer Beschwerdeschrift des Generalbaudirektors wegen des Einspruchs der Stadt betreffs der Errichtung des Hochhauses. Die Angelegenheit wird eingehend besprochen mit dem Ergebnis, daß an dem Einspruch festgehalten werden soll. Wie das Hochbauamt inzwischen festgestellt hat, lassen sich beim Wiederaufbau des Großherzoglichen Schlosses und des Zeughauses in diesen beiden Gebäuden 200 Büroräume einrichten. Die Kosten hierfür sind mit etwa 3 Millionen RM veranschlagt, also in derselben Höhe wie die Kosten für die Erbauung des Hochhauses. Nach der Ansicht der Bauverwaltung kann auch damit gerechnet werden, daß der Wiederaufbau der genannten Gebäude in derselben Zeit durchgeführt werden kann, wie die Erbauung des Hochhauses.

3. Rechtsrheinische Stadtteile. Der Herr Oberbürgermeister gibt eine Eingabe des Kostheimer Bürgerausschusses bekannt, nach der nunmehr die Zusammenfassung der 5 rechtsrheinischen Stadtteile zu einer kreisfreien Stadtgemeinde betrieben wird. Die Bildung einer derartigen Körperschaft wird in dem gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für empfehlenswert gehalten. Die Angelegenheit soll in diesem

//

Sinne mit den Beteiligten besprochen werden. Die Bestrebungen der Stadtverwaltung, die Stadtteile baldigst in die Verwaltung der Stadt wieder zurückzubekommen, sollen durch diese Verhandlungen nicht zurückgestellt und irgendwie beeinflußt werden.

4. Herr Bürgermeister Nufschmidt berichtet über Anträge auf Verbesserung des Straßenbahnverkehrs nach Ämöneburg bezw. Wiesbaden. Soweit es technisch und personell möglich ist, soll eine Verbesserung des Verkehrs gefördert werden.

5. Herr Bürgermeister Nufschmidt gibt weiter Kenntnis von dem Antrag eines Herrn Fürst, bei der Herstellung von Brunnenanlagen im Wasserwerk Hof Schönau eingeschaltet zu werden. Dem Antrag soll nicht stattgegeben werden.

6. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn fragt, ob man jetzt schon oder erst nach der Währungsreform mit der Ortskrankenkasse in Verhandlungen wegen der Erhöhung der Krankenhauspflegesätze eintreten soll. Die Verwaltungskonferenz ist der Ansicht, daß es sich empfiehlt, entsprechende Verhandlungen jetzt schon einzuleiten.

7. Der Automobil-Club wünscht die Überlassung von Gelände zur Aufstellung von Tribünen. Die Konferenz ist damit einverstanden, auch mit dem Vorschlag, dafür eine Gebühr von 750 RM zu fordern.

8. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn trägt die Angelegenheit Geländesache Hillebrand/Flekus nochmals vor. Die Stellungnahme der Kostheimer Bevölkerung in dieser Frage ist uneinheitlich. Der Ausschuß ist gegen die Überlassung des Geländes an Hillebrand, während von anderer Seite die Überlassung des Geländes an Hillebrand zur Erstellung eines Gasthauses befürwortet wird. Bei der Besprechung kam es zu keiner einmütigen Entscheidung. Die Angelegenheit soll nunmehr der Geländedeputation und dem Stadtrat zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Z.K.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 60

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 25. Mai 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Nufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Roth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Die Denkschrift betreffs der rechterheinischen Vororte soll nunmehr schnellstens dem Ministerpräsidenten und den Innenministern von Rheinland-Pfalz und Hessen sowie der französischen Militärregierung überreicht werden. Der Regierung in Wiesbaden soll eine weitere Denkschrift zugehen mit der Bitte, diese an die amerikanische Regierung weiterzugeben.

2. Die Frage der Errichtung eines Hochhauses am Münsterplatz wird eingehend besprochen. Die Konferenz nimmt insbesondere Kenntnis von einem Vorschlag des Herrn Bürgermeisters Maurer, dem auch der Bauausschuß zugestimmt hat, gegen die Errichtung eines Hochhauses am Münsterplatz aus städtebaulichen Gründen Einspruch zu erheben und anstelle des Hochhauses die Schloßgebäude für Bürozwecke der Besatzung auszubauen. Herr Bürgermeister Maurer wird Pläne und Kostenanschläge für den Ausbau der Schloßgebäude in der nächsten Verwaltungskonferenz vorlegen. Die Angelegenheit soll dann vor einer am 7. Juli 1948 stattfindenden Zweckverbands-Vorstandssitzung nochmals im Bauausschuß behandelt werden.

3. Kurfürstliches Schloß. Herr Bürgermeister Maurer gibt Kenntnis von einem größeren Bericht des Hochbauamts über Verhandlungen mit dem Generalbaudirektor wegen der Ausführung der Decke im Kurfürstlichen Schloß. In Verbindung damit gibt er noch weitere Beschwerden gegen den Generalbaudirektor bekannt. Nach eingehender Erörterung der einzelnen Punkte wird beschlossen, die Angelegenheit alsbald im Wiederaufbau-Ministerium mit Staatssekretär Schmidt mündlich zu erörtern.

4. Nach einer Mitteilung des Herrn Regierungsrats Oppenheim wünscht die Gemeinde Ingelheim die Überlassung von Bauteilen der Pfalz Karls des Großen, die sich in Besitze des Mainzer Museums befinden. Dem Antrag soll nicht entsprochen werden.

5. Herr Regierungsrat Oppenheim teilt weiter mit, daß der Betriebsrat der Schulen die Dienstanweisung für die Schulhausmeister gekündigt habe. Die Konferenz ist der Ansicht, daß der Betriebsrat nicht berechtigt ist, die Dienstanweisung zu kündigen. Herr Regierungsrat Oppenheim soll die Angelegenheit mit dem Betriebsrat besprechen und regeln.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 61

Herrn Regierungsrat Oppenheim

6. Aus Anlaß eines Mietantrages wird beschlossen, das Vorgelände unterhalb der Kaiserbrücke nur kurzfristig an Interessenten zu überlassen, wobei eine Verpflichtung zur käuflichen Übernahme von Gebäuden nach Erlöschen des Mietvertrages nicht übernommen werden soll.

7. Herr Dr. Dassen teilt mit, daß die Firma Hillebrand auf dem Rheinufergelände zwischen Kaiserbrücke und der Theodorbrücke eine Umschlaghalle errichten will. Er vertritt dabei die Ansicht, daß man die Erstellung von Umschlaghallen auf dem genannten Geländestreifen nicht hindern dürfe. Eine übereinstimmende Meinung in der Frage der Errichtung von Hallen am Rheinufer konnte nicht erzielt werden. Der Firma Hillebrand soll mitgeteilt werden, daß die Angelegenheit geprüft werde und daß sie demnächst Bescheid erhalte. Das Hafendezernat soll alsbald mit dem Hochbauamt alle einschlägigen Fragen besprechen. Alsdann soll die Angelegenheit nochmals besprochen werden.

8. Nach einer Mitteilung des Herrn Dr. Pieper soll mit Rücksicht darauf, daß mit dem Zuzug von Flüchtlingen in das Gebiet der französischen Zone in absehbarer Zeit gerechnet werden muß, in den Stadt- und Landkreisen Flüchtlingsausschüsse gebildet werden. Der Fürsorge- und der Wohnungsdezernent sollen das Erforderliche wegen der Bildung eines Ausschusses für die Stadt Mainz veranlassen.

9. Der Antrag einer Frau Hedderich, in das Mietverhältnis mit dem Restaurateur May einzutreten, wird wiederholt abgelehnt.

10. In der Angelegenheit über Vermietung von Räumen an die Firma Kleider-Wolf wird beschlossen, der Firma entsprechende Räume zu überlassen, sobald solche freigemacht werden können.

11. Die Kommunistische Partei in Mainz-Kretzenheim hat gebeten, ihr die Genehmigung zur Anbringung von Aushängekasten an städtischen Gebäuden zu erteilen. Die Konferenz ist mit der Anbringung von derartigen Kasten durch politische Parteien grundsätzlich einverstanden unter der Voraussetzung, daß keine Verschandelung eintritt.

12. Herr Dr. Schwahn macht kurze Angaben über die Ausführung der Bauarbeiten im Krankenhaus durch das Universitätsbauamt unter Mitwirkung des Architekten Schütz. Über die Stellung des Herrn Schütz der Stadt gegenüber besteht Unklarheit. Das Hochbauamt soll sich darüber äußern, ob Herr Schütz im Angestelltenverhältnis zur Stadt steht oder ob er als freier Architekt gegen Architektenhonorar für die Stadt arbeitet.

13. Von Herrn Dr. Schwahn wird die Angelegenheit der Betonwerke Rheinania zur Sprache gebracht. Danach will die Firma städtisches Gelände auf der Ingelheimer Au pachten, das zur Überlassung an die KWM vorgesehen ist. In der Sache sollen die Kraftwerke nochmals gehört werden. Wenn diese das Gelände in allernächster Zeit nicht benötigen, werden Bedenken gegen eine kurzfristige Verpachtung nicht erhoben.

Z.B.

gez.: T r a u b l é .

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 11. Mai 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Traublé
Dr. Pieper.

1. Die Frage der Wiedereingliederung der rechtsrheinischen Vororte in die Verwaltung der Stadt Mainz war Gegenstand einer längeren Aussprache. Eine von dem Herrn Oberbürgermeister in der Sache nunmehr ausgearbeitete Denkschrift soll möglichst bald den zuständigen Stellen überreicht werden.

2. Wohnungsbauprogramm für 1948. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einem Schreiben des Generalbaudirektors, nach dem der Wiederaufbau von 900 Wohnungen für den zivilen Bedarf von der Militärregierung genehmigt worden ist. Darunter befinden sich 159 Wohnungen in Mainz-Weisenau, deren Wiederherstellung rund 3 Millionen RM kosten soll, die übrigen Gebäude befinden sich in Mainz-Neustadt. Ihre Wiederherstellung würde rund 10 Millionen RM erfordern. Zu den hiernach aufzuwendenden Kosten von rund 13 Millionen RM kämen noch Kosten für die Instandsetzung (Erhaltung) von Wohnungen und Kosten für den Aufbau anderer städt. Gebäude.

Die Verwaltungskonferenz ist sich darüber einig, daß die vorgesehenen Bauausführungen nach den Anregungen und Richtlinien des Generalbaudirektors durchgeführt werden sollten. Ob dies finanziell möglich sein wird, erscheint jedoch fraglich. Wegen der Finanzierungsschwierigkeiten soll zunächst das Weisenauer Programm in Angriff genommen werden. Wegen der Beteiligung des Landes an den Kosten (Ersatz von 75%) soll alsbald mit der Landesregierung verhandelt werden. Die Bauleitung der stadteigenen Gebäude sowohl als auch der Häuser der G.m.b.H. soll das Hochbauamt übernehmen.

3. Bauvorhaben der Bau- und Kunstschule. Die Schule will auf dem Reichsgelände an der Suder- und Turnstraße in Mainz-Kostheim zunächst ein Gebäude mit 4 größeren Sälen usw. errichten. Die Stadt soll die mit rund 110 000 RM veranschlagten Kosten übernehmen. Die Angelegenheit wird zurückgestellt. Es soll zunächst mit der Landesregierung wegen der Kostenfrage und der Überlassung des Baugeländes usw. verhandelt werden.

11

4. Dienststrafverfahren gegen die Stadtassistentin Magnus. Auf Grund der gerichtlichen Bestrafung der Magnus soll das Dienststrafverfahren durchgeführt werden. Unter Berücksichtigung aller einschlägigen Verhältnisse wird die geringste Strafe (Zurückversetzung im Gehalt) vorgeschlagen. Ein gleicher Strafantrag soll gegen den technischen Assistenten Salomon gestellt werden. Eine besondere Untersuchung wird in beiden Fällen nicht für notwendig erachtet, der Antrag soll auf Grund der gerichtlichen Feststellungen gestellt werden.

5. Der mit 50% seines Ruhegehalts aus dem Dienst entlassene Stadtamtmann Boos soll auf seinen Antrag als Angestellter bei der G.m.b.H. für Kleinwohnungsbau wieder eingestellt werden.

6. Für eine größere Anzahl von kleinen Instandsetzungsarbeiten soll ein Gesamtkredit vom Stadtrat angefordert und die Genehmigung für die Bauausführungen beim Generalbaudirektor beantragt werden. Für alle geplanten größeren Bauausführungen soll die Bauverwaltung eine Aufstellung nach der Rangfolge zur Stellungnahme durch die Verwaltung vorlegen. In der Aufstellung soll vermerkt werden, welche Projekte vom Stadtrat bereits genehmigt sind.

   Die Bauverwaltung soll auch die Frage des Wiederaufbaues des Invalidenhauses prüfen und ein entsprechendes Projekt ausarbeiten. Dabei soll näher angegeben werden, welche Kosten als Wiederaufbau- und welche Kosten als Neubaukosten anzusehen sind.

7. Herr Regierungsrat Oppenheim weist darauf hin, daß die Symphoniekonzerte wegen Kohlenmangel von Mitte Dezember bis Mitte März ausfallen müßten und auf die anderen Monate des Jahres verteilt werden sollen.

8. Herr Dr. Dassen gibt Kenntnis von einem Schreiben der Stadt Wiesbaden, in dem gebeten wird, im Falle eines Brandes in Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim die notwendige Brandhilfe von Mainz aus zu leisten. Die Verwaltungskonferenz ist damit einverstanden.

9. Von Herrn Dr. Dassen wird ferner mitgeteilt, daß sich die Straßen- und Kanalbaukosten bei der von dem Generalbaudirektor geplanten Erbauung von Holzhäusern an der Turmstraße in Mainz-Mombach auf 349 000 RM stellen werden, wovon 243 000 RM zu ersetzen sind, sodaß die Stadt mit 116 000 RM endgültig belastet wird.

10. Oberfinanzrat Traplé gibt Kenntnis von einem Erlaß der Landesregierung Rheinland-Pfalz über die Festsetzung der Sachmieten, wobei er betont, daß die von der Stadt für die Säle im Stadthaus erhobene Miete über die festgesetzte nicht hinausgeht.

11. Die Verwaltungskonferenz erklärt sich damit einverstanden, daß an den Ortsgerichtsvorsteher in Mainz die auch früher gezahlte Vergütung von jährlich 1000 RM geleistet wird.

12. Der Stadt ist die Erbschaft eines Friedrich Deubert zugefallen. Aus den Unterlagen ergeben sich weder der genaue Nachlaß noch die Belastungen. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Belastungen höher sind als die Erbmasse. Die Erbschaft soll deshalb ausgeschlagen werden.

13. Die Liegenschaftsverwaltung hat von dem Generalbaudirektor die Zahlung einer Miete für das städtische Gelände, auf dem das Arbeiterlager errichtet worden ist, gefordert. Der Generalbaudirektor hat sich zur Zahlung der Miete bis jetzt nicht bereit erklärt. Die Konferenz ist der Meinung, daß auf der Zahlung bestanden werden soll. In dem abzuschließenden Mietvertrag soll als Vorsitzender des Schiedsgerichts der Landgerichtspräsident bestimmt werden.

14. Das der Rheinwerft von der Stadt zu überlassende Gelände soll nicht verkauft, sondern in Pacht abgegeben werden.

15. Herr Dr. Goldschmidt hat gebeten, ihm ein Baugelände an der Ecke Germanikus- und Augustusstraße zur Aufstellung eines Holzhauses zu überlassen. Die Verwaltungskonferenz befürwortet die Abgabe des Geländes gegen Tausch von gleichwertigem Gelände. Ein Verkauf könnte nur nach der Währungsreform befürwortet werden.

16. Die Konferenz nimmt Kenntnis von einer Klage Meiners gegen die Stadt Mainz wegen der polizeilichen Schließung der Wirtschaft von Meiners. Dem Regierungspräsidenten soll von der Klage Kenntnis gegeben werden mit dem Ersuchen, die Übernahme der Klage durch das Land zu veranlassen.

Z.R.

gez.: T r a p l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 63

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 4. Mai 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Frahlé
Dr. Pieper.

1. Die Frage der Behandlung des neuen Stadtplanes wird nochmals eingehend besprochen. Dabei wird wiederum allseitig zum Ausdruck gebracht, daß die Angelegenheit nicht noch länger hinausgeschoben werden darf. Wie bereits beschlossen, soll der Bebauungsplan zur grundsätzlichen Gutheißung dem Stadtrat vorgelegt, gleichzeitig soll die Aufstellung von Teilbebauungsplänen dem Stadtrat vorgeschlagen werden. Zuvor sollen jedoch die Pläne mit einer Vorlage der Bauverwaltung über die von dem Bauausschuß bisher gefaßten Beschlüsse in der Verwaltungskonferenz besprochen werden. Herr Dr. Dassen wird gebeten, die fertigen Pläne innerhalb von 14 Tagen der Verwaltungskonferenz vorzulegen.

2. Nach einer Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Hufschmidt ist die Linde's Eismaschinenfabrik in Mainz-Kastel in der Lage und bereit, ihren im linksrheinischen Gebiet wohnenden Werkangehörigen Kücheneinrichtungen zu liefern, wenn ihr Freigabescheine für Holz übergeben werden. Die Angelegenheit wird näher besprochen. Herr Beigeordneter Köth will sich bemühen, die Möglichkeit zur Lieferung der Kücheneinrichtungen in das linksrheinische Gebiet zu schaffen.

3. Eine Firma Hartmann will in Gonsenheim ein Fabrikunternehmen für Maschinen errichten und er bittet, die Angelegenheit städtischerseits zu fördern. Die Konferenz ist dafür, daß der Firma Hartmann die nötige Unterstützung gewährt wird.

4. Herr Bürgermeister Hufschmidt teilt mit, daß die Kohlenpreiserhöhung eine Gaspreiserhöhung zur Folge haben wird, der Umfang der Erhöhung stehe jedoch noch nicht fest. Die Stadtwerke würden zunächst auf allen Quittungen durch einen Stempelaufdruck auf die Möglichkeit einer Nachzahlung hinweisen.

5. Die Firma Mutter & Schüssler will von der Stadt 2 Grundstücke von insgesamt 6900 qm überlassen haben. Es handelt sich nach Mitteilung des Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn um das letzte Gelände, das auf der Ingelheimer Au noch frei ist. Die Konferenz ist mit der pachtweisen Überlassung des Geländes grundsätzlich einverstanden, sie empfiehlt jedoch, ein Kündigungsrecht vorzubehalten, insbesondere für den Fall, daß der Betrieb nicht mehr in dem derzeitigen Umfang weitergeführt werden kann.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 64

Herrn Regierungsrat Oppenheim

6. Das Institut für wirtschaftliche Projektionen ersucht um die Überlassung eines Grundstücks in der Nähe der Universität zur Errichtung eines Gebäudes für eine Wohnung und Arbeitsräume. Die Konferenz ist der Ansicht, daß dem Interessenten zunächst aufgegeben werden soll, die Auszugegenehmigung zu erwirken und daß erst dann die Überlassung von Gelände in Frage kommen kann.

7. Die Firma Koop, die Geländeteile der ehemaligen Feuerwehrschule in Mainz-Kastel pachten will, hat erklärt, bei der Verpachtung des Geländes auf nur 5 Jahre den Ersatz der Kosten für die Bauteile fordern zu müssen, die für eine neue Feuerwehrschule noch verwendbar sind. In der Angelegenheit soll zunächst mit der Brandversicherungskammer verhandelt werden.

8. Oberfinanzrat Trablé gibt Kenntnis von einem Schreiben der Bayrischen Hypotheken-und Wechselbank über die Gewährung von Hypothekendarlehen an die Stadt und Private für den Wiederaufbau zerstörter Gebäude.

9. Von Oberfinanzrat Trablé wird ferner mitgeteilt, daß der Kaufpreis für das Bürogebäude Leds der Regierungshauptkasse überwiesen worden ist und daß mit dem Militärbauamt wegen der Pachtung des Grund und Bodens Verhandlungen eingeleitet seien. Es sei nunmehr notwendig, die Militärregierung um Freigabe des Gebäudes, oder, falls die Freigabe nicht erfolge, um Ausstellung eines Requisitionsbefehls für die weitere Überlassung des Gebäudes an die Militärregierung zu ersuchen.

10. Herr Regierungsrat Oppenheim weist darauf hin, daß in der Nr. 6 des Gesetz-und Verordnungsblattes für Rheinland-Pfalz vom 13. März 1948 eine Verordnung über die Mietpreise für Säle veröffentlicht worden sei. Nach den hier festgesetzten Mietsätzen sei die für den Stadtratssaal bisher erhobene Miete nach seiner Ansicht zu hoch. Die Sache soll geprüft werden.

11. Nachdem für die Durchführung der Bauarbeiten in der Neutorschule der Kredit zur Verfügung gestellt worden ist, stellt Herr Bürgermeister Maurer die Frage, welche Räume für die Schule und welche Räume für das Jugendamt hergestellt werden sollen. Bei der Besprechung der Angelegenheit wurde zum Ausdruck gebracht, daß für die Schule zunächst nur die vorderen Räume freigemacht werden könnten. Das Stadtschulamt soll sich aber noch einmal darüber äußern, welche Räume die Schule unbedingt benötigt, damit die nicht benötigten Räume noch weiterhin dem Jugendamt belassen bleiben können.

Z.U.

gez. T r a b l é .

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 27. April 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einer Einladung der Industrie-und Handelskammer zu einer Sitzung des Verkehrsausschusses am 5. Mai 1948. Da er selbst verhindert ist, an der Sitzung teilzunehmen, ersucht er die anderen Herren um ihre Beteiligung.

2. Die Landesregierung in Koblenz hat für alle staatlichen Dienststellen angeordnet, daß ab 1. Mai 1948 die Gehälter und Vergütungen halbmonatlich zur Auszahlung kommen und sie hat den Gemeinden empfohlen, das gleiche zu tun. Nach eingehender Besprechung wird beschlossen, für den Monat Mai die monatlichen Zahlungen beizubehalten und zunächst den Betriebsrat wegen der Zahlungen ab 1. Juni 1948 anzuhören.

3. Bauprogramm des Zweckverbands für 1948. Die Verwaltungskonferenz nimmt Kenntnis von einem Bericht des Generalbaudirektors vom 21. April 1948, in dem dieser sein Bauprogramm für 1948 näher darlegt. Die Konferenz ist der Ansicht, daß für 1948 die Errichtung von Neubauwohnungen wegen der Finanzierungsschwierigkeiten nicht in Frage kommt und daß die Stadt sich deshalb auf den Wiederaufbau zerstörter städtischer Gebäude und von Gebäuden der G.m.b.H. beschränken muß. Insbesondere sollen die Häuser in Mainz-Weisenau schnellstens wieder aufgebaut werden. Die Hochbauverwaltung wird beauftragt, die notwendigen Vorarbeiten für den Wiederaufbau der Wohngebäude und Schulen, soweit noch nicht geschehen, sofort in Angriff zu nehmen und beschleunigt durchzuführen.

Bezüglich der Holzhäuser, die zur Errichtung in Mainz-Gonsenheim (An der Prall und an der Mangin-Kaserne) sowie an der Suder-und Turmstraße in Mainz-Lombach vorgesehen sind, soll alsbald eine Besprechung über die verschiedenen gegen die geplanten Bauten erhobenen Bedenken stattfinden. Die Besprechung soll von Herrn Bürgermeister Maurer veranlaßt werden und es sollen an ihr teilnehmen vor allem die Herren Dr. Dassen, Bürgermeister Alexander, der Oberförster, das Militärbauamt, die Liegenschaftsverwaltung und das Hoch-und Tiefbauamt. Unabhängig davon soll Herr Dr. Dassen alsbald feststellen, wie hoch sich die Kosten für die Kanalisations- und Versorgungsanlagen bei Errichtung der Holzhäuser an den geplanten Stellen stellen werden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 65

4. Nach einer Mitteilung des Herrn Dr. Dassen ist beabsichtigt, einigen Gartenbesitzern, die das Gelände brach liegen lassen, das Benutzungsrecht zu entziehen. Die Konferenz ist der Meinung, daß man die Beteiligten nochmals zur Bebauung ihrer Gärten auffordern sollte unter Androhung der Entziehung im Verweigerungsfalle.

5. Schließung der Weidmannstraße. Herr Dr. Dassen teilt mit, daß sich die Bauämter gegen die aus Anlaß der geplanten Errichtung von Baracken durch das Krankenhaus gegebenenfalls notwendige Schließung der Straße ausgesprochen hätten. Die Konferenz teilt die Bedenken der Bauämter und empfiehlt, die Bauten, wenn irgend möglich, anderswo (Deutschener Straße?) zu errichten.

6. Der Hafenoffizier will die Kosten für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für seine Wohnung von der Stadt übernommen haben. Das Ansinnen soll, da ein ordnungsmäßiger Requisitionsbefehl nicht vorliegt, abgelehnt werden.

7. Herr Dr. Dassen bringt nochmals die Frage der Instandsetzung privater Wohngebäude zur Sprache und er gibt eine Satzung der Stadt Kreusnach bekannt, in der der Stadt das Recht gegeben wird, Instandsetzungen auf Kosten der Privaten zwangsweise durchzuführen. Die Konferenz empfiehlt, eine ähnliche Satzung auch für Mainz zu erlassen.

8. Die Frage der Errichtung einer Feuerwehrschule in Mainz wird in Verbindung mit einem Antrag eines Herrn Koop auf Verpachtung von Teilen des Gebietes der Feuerwehrschule in Mainz-Kastel eingehend besprochen. Dabei wird von Herrn Dr. Dassen die Ansicht vertreten, daß es zweckmäßig sei, von der Verpachtung von Gelände in Mainz-Kastel vorerst abzusehen, damit das Gelände für die Feuerwehrschule freibleibe. Die Konferenz ist der Meinung, daß in allernächster Zeit die Errichtung der Schule wohl nicht in Frage kommt. Sie hat deshalb auch gegen die Vermietung des Geländes an Koop auf zunächst 5 Jahre keine Bedenken zu erheben.

9. In der Geländeverpachtungsangelegenheit Hammer/Steinmetz in Mainz-Kostheim hat der Kostheimer Beirat gegen die Verpachtung an Steinmetz protestiert. Nach Aussprache wird beschlossen, durch entsprechende Teilung des Geländes beide Interessenten zu berücksichtigen.

10. Die Stadt hat das Haus Frauenlobplatz 5 (Stadtapotheke) im Jahre 1940 von einer Frau Jenny Vogel erworben. Das Gebiet steht als ehemaliges jüdisches Eigentum unter Kontrolle. Frau Vogel, die jetzt in Zürich wohnt, hat die Annullierung des Kaufvertrages beantragt, sie ist aber bereit, sich mit der Stadt gütlich zu verständigen. Es soll geprüft werden, ob die Stadt ein Interesse an dem Gebäude besitzt.

11. Ein Otto Rößl ist mit dem Ersuchen an die Stadt herangetreten, ihm ein etwa 5000 qm großes Gelände auf der Ingelheimer Au zu überlassen. Es wird nicht für zweckmäßig erachtet, in Tauschverhandlungen mit Herrn Rößl einzutreten.

12. Herr Dr. Schwahn gibt Kenntnis von dem Stand der Angelegenheit Dr. Pfleiderer.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 20. April 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hafenscheidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Röth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einer SPD-Anfrage wegen der Ernährungslage. Die Anfrage soll im Stadtrat besprochen und es soll die Weiterleitung an den Landtag vorgeschlagen werden.

2. Die Militärregierung hat erneut die Übernahme des gesamten Personals des Büros Lods durch die Stadt angeordnet. Die Konferenz ist der Ansicht, daß das Personal dem Hochbauamt zur Verfügung gestellt werden soll. Das Personalamt soll prüfen, ob die Besoldungssätze in Ordnung gehen und ob gegen die Belassung des Personals im städtischen Dienst keine sonstigen Bedenken bestehen. Das hiernach und aus anderen Gründen für die Stadt nicht verwendbare Personal soll gegebenenfalls gekündigt bekommen.

Zu der Frage der Übernahme des Bürogebäudes Lods durch die Stadt wird darauf hingewiesen, daß die Militärregierung das Gebäude für städtische Zwecke nicht freigeben, es vielmehr selbst für Ausstellungszwecke weiter benutzen will. Dem Erwerb des Gebäudes soll deshalb vorerst nicht nähergetreten werden.

3. Bei einer eingehenden Aussprache über den neuen Bebauungsplan für die Stadt Mainz wurde von dem Herrn Oberbürgermeister auf die Notwendigkeit hingewiesen, umgehend die Aufstellung des Planes zu einem Abschluß zu bringen. Das Ergebnis der Besprechung war: der fertiggestellte Gesamtbebauungsplan soll als Rahmenplan zur grundsätzlichen Beschlußfassung den städtischen Körperschaften in kürzester Frist vorgelegt werden. Gleichzeitig soll über Teilfluchtlinienpläne für die Gebiete, bezüglich der keine Meinungsverschiedenheiten bestehen, eine endgültige Beschlußfassung herbeigeführt werden.

4. Gutachten Professor Schmitthenner. In der Frage, ob und wann Durchschläge des Gutachtens Schmitthenner zur Verteilung kommen sollen, entschied man sich dahin, die Herausgabe des Gutachtens noch zurückzustellen. Der Zeitpunkt soll bestimmt werden, sobald der dem Stadtrat vorzulegende Bebauungsplan vorgelegt werden kann.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 66

5. In Mainz-Kastel befinden sich einige Straßen in sehr schlechtem Zustand. Mit der Stadtverwaltung Wiesbaden soll wegen der Herstellung verhandelt und es soll darauf hingewirkt werden, daß die Arbeiten bald ausgeführt werden. Herr Dr. Bussen wird gebeten, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

6. Die Verwaltungskonferenz nimmt davon Kenntnis, daß das Haus Ludwigstraße 2 (ehem. Elsässische Bank) unter Kontrolle gestellt worden ist.

7. Herr Dr. Bussen legt einen Lageplan über die Erbauung von Holzhäusern durch den Generalbaudirektor an der Suderstraße in Mainz-Hombach vor. Bevor zu den Einzelheiten Stellung genommen werden kann, soll geprüft werden, welche Kosten der Stadt für Kanalisation und Versorgungsanlagen entstehen.

8. Herr Dr. Bussen teilt mit, daß die Eisenbahndirektion den Fußsteig vor dem Empfangsgebäude in Mainz instandsetzen will und zwar auch die Teile, die der Stadt gehören. Die Verwaltungskonferenz ist mit der Ausführung der Arbeiten durch die Eisenbahndirektion einverstanden. Es handelt sich um die Beseitigung von Fliegerschäden.

9. Herr Bürgermeister Maurer gibt Kenntnis von Bauvorhaben des Regierungspräsidiums im Anschluß an das vorhandene Gebäude.

Z.B.

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 6. April 1948, ab 10 Uhr.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Röth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Bussen.

1. Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt ein Schreiben des Herrn Struts über die Kartoffelversorgung der Stadt Mainz bekannt.

2. Oberbürgermeister Dr. Kraus teilt mit, daß die Rudolf Alexander Schroeder-Gesellschaft der Stadt Mainz eine Aufforderung zur Mitgliedschaft übersandt habe. Dem Standpunkt des Oberbürgermeisters, daß in der gegenwärtigen Zeit Beitritte zu derartigen Gesellschaften aus finanziellen Gründen grundsätzlich abzulehnen seien, schloss sich die Verwaltungskonferenz an.

3. Der Anspruch des Direktors Lotz auf Wiedereinstellung bei den Stadtwerken wurde besprochen. Die Angelegenheit soll dem Personalausschuss zur Entscheidung vorgetragen werden.

4. Oberbürgermeister Dr. Kraus berichtet über die Forderung des Bürgermeisters Graf, Bischofsheim, nach welcher der Ort Bischofsheim bei der Belieferung mit Wasser als Großabnehmer behandelt werden soll. Die Verwaltungskonferenz lehnt die Forderung ab. Bürgermeister Hufschmidt übernimmt es, in Verhandlung mit Bürgermeister Graf die Sache zu regeln.

5. Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt ein Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Wiesbaden über die Verwertung der Barackenfundamente in Kostheim bekannt. Der Oberbürgermeister von Wiesbaden wünscht, daß die Barackenfundamente für Unterkünfte von Heimatlosen Verwendung finden sollen. Die Barackenfundamente sind aber schon an andere Interessenten vergeben worden; er bittet, die Verträge rückgängig zu machen. 2 Barackenfundamente sind an die Gewerbetreibenden Hellstadt und Haas verpachtet; 2 weitere Barackenfundamente sind noch frei.
Die Verwaltungskonferenz ist der Ansicht, daß man die freien Fundamente für Unterkünfte für Heimatlose zur Verfügung stellen soll. Die Liegenschaftsverwaltung soll in neue Verhandlungen mit dem Bürgermeister von Kostheim treten, daß die noch freien Barakkenfundamente im Sinne des Oberbürgermeisters von Wiesbaden verwertet werden.

6. Bürgermeister Hufschmidt berichtet, daß die Ortsverwaltungen durch die Zustellung von Postsendungen für andere Behörden überlastet seien. Er fragt, ob die Stadtverwaltung verpflichtet sei, für andere Behörden Postsachen zuzustellen. Dies wurde von der Verwaltungskonferenz verneint. Bürgermeister Hufschmidt wird den in Frage kommenden Behörden mitteilen, daß die Stadtverwaltung nicht in der Lage sei, die Zustellungen durchzuführen, da sie nicht über die notwendigen Arbeitskräfte verfüge.

/ 7.

7. Bürgermeister Hufschmidt berichtet über die Verpachtung des Eckgrundstücks Hochheimerstraße/Steinerner Kreuzweg, für welches Hillenbrand und Flackus in Frage kommen. Hillenbrand wolle eine Wirtschaft mit Saal, Flackus eine Tankstelle einrichten. Dr.Dassen macht darauf aufmerksam, daß, bevor das Eckgrundstück verpachtet werde, geklärt sein müsse, wie die Verkehrsstraßenanlagen in diesem Gebiet ausgebildet werden sollen. Erst wenn die Planung abgeschlossen sei, könne über die Verpachtung entschieden werden.

8. Bürgermeister Hufschmidt berichtet über das Vorhaben des Kleider-Wolff, der in Kastel eine Filiale einrichten will. Der Beirat von Kastel habe sich gegen dieses Vorhaben ausgesprochen. Die Verwaltungskonferenz wünscht, daß das Vorhaben Wolff unterstützt wird.

9. Bürgermeister Hufschmidt und Beigeordneter Röth berichten über eine Grundstücksverpachtung an Viehweg in Kostheim. Die Gebrüder Hammer und ein Herr Steinmetz bemühen sich, dieses Grundstück zu pachten. Die Verwaltungskonferenz ist der Ansicht, daß Steinmetz das erste Anrecht auf diesen Platz habe. Dr.Dassen macht darauf aufmerksam, daß in diesem Gebiet eine Überführung der Eisenbahnlinie im Zuge der Hallgartner Straße geplant sei, und daß für diese Überführung das Grundstück wahrscheinlich benötigt werde. Das Grundstück soll deshalb nur auf Widerruf und mit dem Vorbehalt verpachtet werden, daß es gerämt werden muß, wenn die Überführung zur Ausführung kommt. Die Liegenschaftsverwaltung soll beauftragt werden, die Verpachtung an Steinmetz im Benehmen mit dem Bürgermeister und dem Beirat von Kostheim zu regeln. Den Gebr.Hammer soll ein anderes Grundstück angeboten werden.

10. Bürgermeister Hufschmidt berichtet, daß die Militärregierung bei der Vergebung von Wohnungen ein Prioritätsrecht für die deutschen Beamten franz.Dienststellen gefordert habe. Die Verwaltungskonferenz ist der Ansicht, daß den franz.Dienststellen eine solche Befugnis nicht zustehe. Den Anträgen soll nicht entsprochen werden.

11. Bürgermeister Hufschmidt macht darauf aufmerksam, daß von franz. Mietern in vielen Fällen erheblich mehr Wasser verbraucht werde, als dies allgemein üblich ist. Die Vermieter der Wohnungen weigerten sich, den Mehrverbrauch zu bezahlen. Andererseits könnten auch die Stadtwerke nicht den Verlust tragen. Die Stadtwerke sollen aufgefordert werden, eine Aufstellung über den Wasserverbrauch anzufertigen. Die Kosten des Wassers sollen als indirekte Besatzungskosten bei der Regierung angefordert werden.

12. Beigeordneter Dr.Schwahn gibt Kenntnis von einer Verfügung des Regierungspräsidenten, nach welcher für die Einrichtung von Alters- und Pflegeheimen eine staatl. Unterstützung gewährt werden kann.
Die Baracken im Gonsenheimer Wald bei Schloss Waldhausen wurden von der Verwaltungskonferenz als für ein Altersheim ungeeignet abgelehnt. Dr.Schwahn macht darauf aufmerksam, daß der zuständige Fürsorgeausschuss die Wiederherstellung des alten Invalidenhauses gewünscht habe. Die Verwaltungskonferenz beschliesst, daß ein Plan zum Ausbau des Invalidenhauses mit Angabe der Kosten dem Regierungspräsidenten vorgelegt werden soll. Zur Durchführung der notwendigen Feststellungen sollen die Akten an Bürgermeister Maurer gehen.

/ 13.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 68

13. Dr.Dassen berichtet über 8 Hallen im Gonsenheimer Wald, die die Militärregierung der Stadt Mainz abtreten will. Die Liegenschaftsverwaltung hat festgestellt, daß nicht die Stadt Mainz, sondern die Volkshochschule die Baracken übernehmen soll. Die Baracken sollen als Jugendheim Verwendung finden. Die Verwaltungskonferenz beschliesst, daß dem Militärbauamt mitgeteilt wird, daß nicht die Stadt, sondern die Volkshochschule für die Übernahme der Hallen in Frage kommt. Entsprechend soll die Geschäftsstelle der Volkshochschule, Herr Illy, gebeten werden, daß er sich baldigst mit dem Militärbauamt wegen Übernahme der Baracken ins Benehmen setzt.

14. Die Verwaltungskonferenz beschliesst, daß für die Abgabe eines Platzes an die VVN.zur Errichtung eines Ehrenmals auf dem Mombacher Waldfriedhof ein Vertrag nicht notwendig wird.

15. Dr.Dassen berichtet über die Niederlegung des Brandgiebels zwischen den Häusern Schiessgartenstraße 11 u.13. Die Arbeiten seien mit der notwendigen Sorgfalt durchgeführt worden. Die Schäden an dem Haus Schiessgartenstr.11 hätten sich nicht vermeiden lassen. Der Sportverein 1817 verlangt Schadenersatz und zwar derart, daß die Erdgeschossdecke des Hauses Schiessgartenstr.11 wieder hergestellt wird. Die Verwaltungskonferenz stimmt zu, daß die Entschädigung von der Stadt Mainz übernommen werden soll. Der Sportverein v.1817 soll aufgefordert werden, die Arbeiten selbst auf Rechnung der Stadt Mainz auszuführen.

16. Bürgermeister Maurer berichtet über die Kosten, die für die Instandsetzung von 400 Wohnungen aufzuwenden sind. Er wird die Kostenangaben der Finanzverwaltung zur Verfügung stellen.

17. Bürgermeister Maurer berichtet über seine Anfrage beim Ministerium in Koblenz wegen Erwerb der Grundstücke der 92er-Kaserne.

18. Bürgermeister Maurer gibt den Vorschlag des Hochbauamts für die Aufstellung der Baracken auf dem Grundstück gegenüber dem Krankenhaus bekannt. Die Baracken werden von der Militärregierung für die Unterbringung des franz.Krankenhauspersonals gefordert. Das Hochbauamt will die Baracken längs der Oberen Zahlbacher Straße aufstellen.

Z.B.

gez: Dr. D a s s e n .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 69

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 13. April 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trabié
Dr. Pieper.

1. Es wird festgelegt, daß vor der Anberaumung von Ausschußsitzungen bei Herrn Thesen anzufragen ist, ob bereits andere Sitzungen für den in Aussicht genommenen Sitzungstag vorgesehen sind. Es soll dadurch verhindert werden, daß an einem Tag mehrere Ausschüsse tagen.

2. Wegen des Personals des Büros Loda soll die Militärregierung gebeten werden, dem Personal zu kündigen. Von der Stadtverwaltung sollen alsdann die Leute übernommen werden, die für sie verwendbar sind.

3. Der Herr Oberbürgermeister gibt davon Kenntnis, daß in dem Bauprogramm Ium für 1948 beabsichtigt ist, ganze Baublöcke in der Neustadt wieder aufzubauen, statt an den Wiederaufbau zerstreut liegender Bauten heranzutreten. Vorgesehen sei die Übertragung der Bauausführungen an die Wiederaufbau G.m.b.H., die gegebenenfalls auch die nötigen Verhandlungen mit den beteiligten Grundstückseigentümern zu führen habe. Gegen den Vorschlag des Herrn Oberbürgermeisters, der Wiederaufbau G.m.b.H. auch den Wiederaufbau städtischer, in die Baublöcke fallender Häuser zu übertragen, wurden Bedenken nicht geltend gemacht.

4. Der Beirat von Mainz-Kostheim hat die Instandsetzung der Siedlungsschule beantragt. Der Ausschuß soll durch den Bürgermeister von Mainz-Kostheim bedeutet werden, daß die Ausführung der Arbeiten zurzeit nicht möglich ist.

5. Ein auswärtiges Theaterunternehmen hat sich erboten, die Stadthalle auf seine Kosten wieder aufzubauen. Dem Anerbieten soll nicht nähergetreten werden.

6. Herr Bürgermeister Dr. Dassen gibt Kenntnis von einem Antrag wegen Ausführung des Außenverputzes am Weinlagergebäude und Änderung der Eingangstreppe. Die Konferenz ist mit der Anforderung eines Kredites von 22 000 RM für die Verputzarbeiten einverstanden, lehnt jedoch die Befürwortung einer Kreditbewilligung für die Änderung der Treppe ab.

//

7. Es ist angeregt worden, Teile des SA-Sportplatzes zur Anlegeung von Kleingärten zu verpachten. Die Konferenz ist damit einverstanden, wenn keine wichtigen Bedenken vom Hochbauamt erhoben werden.

8. Der Pächter des Geländes des Wirtschaftsgebäudes im Stadtpark, Mai, will von dem Pachtvertrag zurücktreten und den von ihm errichteten Bau an einen Herrn Hedderich abtreten. Die Verwaltungskonferenz kann sich nach Aussprache mit dem Eintritt des Herrn Hedderich in das Pachtverhältnis nicht einverstanden erklären.

9. Herr Dr. Dassen fragt wiederholt, ob die Stadt sich bereit erklären könne, die Kosten für die Ausführung kleinerer Instandsetzungsarbeiten an privaten Wohngebäuden zu übernehmen oder vorzulegen. Derartige Anträge sollen grundsätzlich abgelehnt, es soll aber bei der Landesregierung in Koblenz angefragt werden, ob das Land bereit ist, hier zu helfen.

10. Die Militärregierung verlangt die Herstellung von 2 Räumen in der Stadtbibliothek für Ausstellungszwecke. Hierfür ist ein Kredit von 10 000 RM angefordert worden. Das Hochbauamt hat, ohne die Kreditbewilligung abzuwarten, bereits mit den Arbeiten begonnen. Die Verwaltungskonferenz beschließt, die Kreditbewilligung bei dem Stadtrat zu befurworten, die Arbeiten sollen aber bis zur Bereitstellung des Kredits eingestellt werden.

11. Die Mainzer Puppenspiele Willi Biondino wollen den Sitzungssaal im Stadthaus für 5 Tage zur Aufführung von Puppenspielen benutzen und sie haben gebeten, die Saalmiete für diese Vorstellungen von 60 auf 50 RM pro Tag herabzusetzen. Die Konferenz beschließt, die Ermäßigung der Miete aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen.

12. Der Leiter des Ernährungsamts hat den Namen seiner Dienststelle in "Kreisernährungsamt Mainz-Stadt" umgeändert, weil in einem Rundschreiben der Landesregierung vom 11. September 1947 von Kreisernährungsämtern im Gegensatz zu den Bezirksernährungsämtern die Rede ist. Herr Diefenbach soll bedeutet werden, daß die Änderung der Bezeichnung städtischer Dienststellen Sache des Oberbürgermeisters ist und daß es bei der bisherigen Bezeichnung des Ernährungsamts zu verbleiben hat.

13. In der Angelegenheit Verpachtung von Gelände in Mainz-Kostheim an Billebrand wird die Entscheidung ausgesetzt. Zunächst sollen die Ortsverwaltung und der Beirat gehört werden.

14. Die "Stagma", Gesellschaft zur Verwertung musikalischer Urheberrechte, will städtisches Gelände an der Göttelmannstraße zur Errichtung eines Bürogebäudes pachten. Eine Einigung in dieser Frage wurde nicht erzielt, die Angelegenheit soll der Geländedeputation und dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden. Vorher soll jedoch mit der Firma eine Klärung darüber herbeigeführt werden, für wieviel Personen die Zuzugsgenehmigung nach Mainz notwendig sein würde.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 70

15. Die Angelegenheit Geländetausch Kalkhof wird wiederum besprochen. Herr Dr. Dassen erklärt sich nach wie vor gegen die von Kalkhof gewünschte Regelung, während die anderen Herren übereinstimmend der Meinung sind, daß man der Firma in jeder Hinsicht entgegenkommen müsse. Herr Dr. Schwahn wird gebeten, einen Bericht über den Tatbestand zu fertigen, in dem auch die Frage der Benutzung des Ufergeländes erörtert wird, Alsdann soll die Angelegenheit in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Hafen-und Geländeausschusses, gegebenenfalls unter Zuziehung des Herrn Kalkhof, behandelt werden.

16. In der Strafsache Vogel wegen Beleidigung des Hilfsfeldschützen Schmitt in Mainz-Bretzenheim ist die Konferenz der Ansicht, daß der Strafantrag zurückgezogen werden und die Sache auf sich beruhen bleiben soll.

17. Bei Besprechung der Pachtsache Jakob Schneider in Mainz-Kostheim wird wiederholt festgelegt, daß die Ortsverwaltungen in allen Fällen, die Angelegenheiten der Vororte betreffen, rechtzeitig zu hören sind. Ferner, daß keine Dienststelle ihre Stellungnahme zu Anträgen Privater den Interessenten bekanntgeben darf. Gegen die Vermietung des Geländes an Schneider bestehen keine Bedenken.

Z.B.

gez.: T r a u b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 71

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 6. April 1948, von 9-10 Uhr.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Röth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé.

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt das Antwortschreiben des Bürgermeisters Graf von Mainz-Bischofsheim auf sein Schreiben wegen der Loslösungsbestrebungen von Mainz-Bischofsheim bekannt, ferner ein Schreiben von einem Herrn Karl Schmidt in Mainz-Bischofsheim, in dem dieser sich für die Rückgliederung der Verwaltung von Bischofsheim ausspricht und die Schuld für die Loslösungsagitation ausschließlich dem Bürgermeister Graf zuschiebt.

2. In der Angelegenheit Büro Rode wird festgestellt, daß Herr Rode seine Tätigkeit eingestellt hat, daß aber wegen der Entlassung des Personals oder dessen Übernahme in den städtischen Dienst bis jetzt noch nichts geschehen ist. Da die Stadt den Personalaufwand bezahlen muß, besteht ein Interesse an der sofortigen Regelung der Angelegenheit. Herr Bürgermeister Maurer wird ersucht, das Erforderliche, gegebenenfalls im Einvernehmen mit dem Personalamt, zu veranlassen.

3. Die Angelegenheit Fr. Pfleiderer wird wiederum besprochen. Dabei wird die Notwendigkeit betont, umgehend mit Pfleiderer wegen der Mietrückstände abzurechnen. Es soll mit der Firma zunächst nochmals verhandelt werden wegen der Übertragung des Eigentums an den Bauten an die Stadt Mainz. Wenn eine gütliche Regelung nicht möglich ist, soll zur Pfändung von Vermögenswerten und Forderungen der Firma Pfleiderer geschritten werden. Auf jeden Fall soll das Pachtverhältnis sofort gekündigt werden.

4. Der Herr Oberbürgermeister teilt mit, daß die Pensionsbezüge der Beamten nunmehr, und zwar rückwirkend ab 1.4.1947, neu geregelt worden seien. Von der entsprechenden Verfügung der Landesregierung habe er offiziell noch keine Kenntnis, das Personalamt habe trotzdem - ohne sein Einverständnis - bereits die Nachzahlung der Beträge veranlaßt, die den Pensionären auf Grund der Neuregelung zustehen.

Im Anschluß daran gibt der Herr Oberbürgermeister von seiner Absicht Kenntnis, nunmehr die Ruhestandsversetzung aller Beamten und Angestellten über 65 Jahre, soweit für sie ein Ersatz nicht unbedingt notwendig ist, sofort herbeizuführen.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 72

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

Über die Verwaltungskonferenz vom 23. März 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Roth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Krablé
Dr. Pieper.

Tagesordnung:

1. Der Herr Oberbürgermeister berichtet eingehend über die Besprechung, die er und Vertreter des Stadtrats gestern mit dem Herrn Gouverneur hatten (Wohnungsbeschlagnahmungen, Theateraufbau, allgemeine Wiederaufbaufragen und die Zuständigkeiten dabei, rechtsrheinische Vororte usw.).

Im Anschluß daran gab der Herr Oberbürgermeister Kenntnis von einem Antwortschreiben des Regierungspräsidenten in Darmstadt wegen der vom Gemeinderat von Bischofsheim beschlossenen Lostrennung von Mainz, ferner von einer Niederschrift des Herrn Bürgermeisters Hufschmidt über eine Besprechung, die dieser mit anderen Herren in Bischofsheim hatte. Schließlich brachte der Herr Oberbürgermeister auch noch ein Schreiben des Bürgermeisters Tanner von Ginsheim zur Kenntnis, in dem über den Verlauf einer Gemeinderatssitzung über die Angelegenheit der Trennung Gustavsburg-Ginsheim berichtet wurde.

2. Der Herr Oberbürgermeister hat aus der Niederschrift über die Beratung des Etats der Bauverwaltung im Bauausschuß den Eindruck gewonnen, daß die Prüfung des Haushaltsplans nicht mit der gebotenen Gründlichkeit erfolgt. Nach der Feststellung des Herrn Oberbürgermeisters sind in den Etat des Hochbauamts 20 000 RM für einen Bodennutzungsplan und wiederum 25 000 RM für Strukturpläne aufgenommen worden. Die Notwendigkeit dieser Ausgaben werde bestritten, von Tiefbauamt werde auch behauptet, daß die Aufstellung des Bodennutzungsplanes, wenn er notwendig wäre, seine Sache sei. Bei der Besprechung der Angelegenheit könnte weder von Herrn Bürgermeister Maurer noch von Herrn Dr. Dassen die dringende Notwendigkeit der beiden Ausgabeposten dargetan werden.

Der Herr Oberbürgermeister machte bei dieser Gelegenheit nähere Ausführungen über die Finanzlage, die nach der Geldreform wahrscheinlich katastrophal sein werde. Auf jeden Fall sei eine äußerste Einschränkung aller Ausgaben zurzeit mehr wie je

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 73

geboten. Es sei Pflicht aller Dezernenten, die von ihren Dienststellen vorgelegten Haushaltspläne genau auf Einsparungsmöglichkeiten jeder Art durchzuprüfen und fortlaufend die Ausgabenwirtschaft der Dienststellen zu überwachen.

3. Der Herr Oberbürgermeister schlägt vor, die Arbeitszeit in den städtischen Dienststellen ab 1. April 1948 wie folgt festzusetzen: von 7.2 - 12.2 und von 13.2 - 17 Uhr, Samstags von 7.2 - 13 Uhr. Ein Einwand wurde hiergegen nicht erhoben.

4. Kreditanforderung für Bauausführungen zu Lasten des außerordentlichen Haushalts. Oberfinanzrat Trablé berichtet, daß vom Hochbauamt Kreditanträge für bauliche Herstellungen in der Gutenbergschule, dem Realgymnasium, der Zitadellenschule, der Goetheschule und der Leibnizschule über insgesamt 1 173 000 RM vorlägen. Er habe die Bauverwaltung gebeten, auch den Kreditbedarf für den Wiederaufbau der Karmeliterschule und für die schon vor längerer Zeit als dringend notwendig anerkannten Herstellungen in den Schulen der Vororte anzugeben. Ferner habe er gebeten, auch für die Kosten für die Wiederherstellung von rund 400 Wohnungen in zerstörten städtischen Gebäuden eine Kreditanforderung vorzulegen, da die Stellungnahme des Finanzausschusses zu der Kreditbewilligung für die Schulen zweifellos von der gleichzeitigen Bereitstellung von Mitteln für die Ausführung von Wohnungen abhängig gemacht werde. Die Bauverwaltung habe ihm aber die gewünschten weiteren Angaben bis jetzt noch nicht geben können. Die Angelegenheit wird eingehend besprochen. Von Herrn Regierungsrat Oppenheim wird erklärt, daß die Herstellung der Zitadellenschule und der Leibnizschule noch zurückgestellt werden könne. Herr Bürgermeister Maurer erklärt, daß die Ausarbeitung des Projektes für den Wiederaufbau der Karmeliterschule und für die Wohnhausherstellungen Zeit erfordere. Die Meinung sämtlicher Herren ging schließlich dahin, daß die alsbaldige Vorlage von entsprechend belegten Kreditanträgen für alle als vordringlich zu bezeichnenden größeren baulichen Herstellungen an Schulen und Wohngebäuden usw. notwendig sei. Nach Eingang der noch ausstehenden Anträge sollen die sämtlichen Anträge in der Verwaltungskonferenz besprochen werden und es soll dann nach Rücksprache mit dem Generalbaudirektor über die Möglichkeit der Durchführung der Arbeiten im Jahre 1948 an die städtischen Körperschaften wegen der Bereitstellung der Kredite herangetreten werden.

5. Herr Bürgermeister Dr. Bussen weist darauf hin, daß noch Bestimmungen über die Durchführung von Geländeumlegungen, Enteignungen usw., die bei der Ausführung von Bebauungsplänen notwendig seien, aus der Zeit der Naziherrschaft Gültigkeit hätten. Die Bestimmungen würden eine Grundlage geben für alle beim Wiederaufbau von Mainz notwendigen Maßnahmen. Voraussetzung für die Anwendung dieser Bestimmungen sei jedoch, daß ein Bebauungsplan festgestellt werde.

6. Wiederaufbau der Mainzer Wirtschaft. Der Herr Oberbürgermeister gibt ein Schreiben des Herrn Stadtrat Zickwolff bekannt, in dem dieser vorschlägt, für die Weiterbehandlung der Angelegenheit einen Ausschuß zu bestellen, der aus seiner Mitte einen Vorsitzenden wählen und der das Recht haben soll, allen städtischen Dienststellen Weisungen usw. zu erteilen. Die Konferenz ist der Meinung,

//

daß zunächst ein Dezernent für die Bearbeitung aller, die Förderung der Mainzer Wirtschaft betreffenden Fragen zu bestellen ist. Als solcher wird Herr Dr. Dassen bestellt. Dieser wird gebeten, nach Prüfung der einschlägigen Fragen, sich über die Notwendigkeit der Bildung eines ihn beratenden Ausschusses zu äußern.

7. Herr Bürgermeister Maurer brachte wiederum die Herstellungsarbeiten im "Römischen Kaiser" zur Sprache. Er schlug dabei vor, sich damit einverstanden zu erklären, daß über der zu erhaltenden Stuckdecke sofort ein einfaches Notdach errichtet wird und das ganze Haus ein endgültiges Dach bekommt. Keine Bedenken. (darnach)

8. Herr Regierungsrat Oppenheim gibt davon Kenntnis, daß das Theater an Gebühren für das Ausleihen von Kleidern an französische Offiziere rund 8000 RM vereinnahmt habe, die es zur Beschaffung von dringend notwendigen, hochherzigen Lampen verwenden wolle. Die Verwaltungskonferenz hat hiergegen keine Bedenken geltend zu machen.

9. Rudolf Schneider und 2 andere Herren wollen von der Stadt Bauplätze zur Erstellung von Holzhäusern überlassen haben. Es handelt sich um 2 Bauplätze an der Goldgrube und an einen Bauplatz an der Martin-Luther-Straße. Die Plätze sollen pachtweise überlassen werden. Das Hochbauamt hat sich bisher gegen die Errichtung von Holzhäusern auf diesem Gelände ausgesprochen, Herr Dr. Dassen befürwortet dennoch die Verpachtung und Zustimmung zur Errichtung der Holzhäuser. Die Verwaltungskonferenz ist ebenfalls der Meinung, daß man die Bedenken gegen die Errichtung der Holzhäuser nicht aufrecht erhalten kann. Das Hochbauamt soll aber nochmals zu dieser Frage Stellung nehmen. Alsdann soll die Angelegenheit dem Bauausschuß vorgelegt werden.

10. Der Eigentümer des Central-Hotels, Seyfried, will eine Hypothekenschuld von 21 250 RM vor Fälligkeit an die Stadt zurückzahlen. Die Konferenz ist der Ansicht, daß kein Anlaß besteht, der vorzeitigen Zurückzahlung der Schuld zuzustimmen.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 74

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

Über die Verwaltungskonferenz vom 16. März 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hafenschmidt
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé.

1. Der Herr Oberbürgermeister teilt mit, daß Verhandlungen schwebten über die Abhaltung eines Weinbaukongresses im Herbst 1948. Vorgesehen als Kongreßort ist Mainz. Es hat sich aber auch Bingen beworben. Man ist allgemein der Meinung, daß, wenn der Kongreß zustande kommt, auch Mainz eingeschaltet werden muß.

2. Die Abtrennungsbestrebungen von Mainz-Bischofsheim gaben wiederum Anlaß zu einer Aussprache. Dabei wurde auch darauf hingewiesen, daß in Gustavsburg neuerdings wieder die Abtrennung von Ginsheim betrieben werde. Heute soll hierwegen eine Gemeinderatssitzung im Beisein eines Vertreters des Regierungspräsidiums Darmstadt in Ginsheim stattfinden. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einem Schreiben, das er in dieser Angelegenheit an Bürgermeister Wanner gerichtet hat.

3. Der Herr Oberbürgermeister gibt ein Schreiben des Bischöflichen Ordinariats bekannt über eine Besprechung, die der Herr Bischof mit dem Militärgouverneur wegen der Übersiedlung der Baden-Badener Militärregierung nach Mainz gehabt hat. Nach diesem Schreiben soll die Übersiedlung in Etappen erfolgen und es sollen möglichst nur Neubauwohnungen für Besatzungszwecke in Anspruch genommen werden.

4. In der Besoldungsfrage Oberbaurat Joerg ist die Verwaltungskonferenz mit dem Herrn Oberbürgermeister der Ansicht, daß keine Möglichkeit besteht, anders zu handeln als die Regierung vorgeschrieben hat.

5. Herr Beigeordneter Köth weist auf die Unsicherheit auf den Straßen durch das Verhalten von ausländischem und deutschem Gesindel hin. Bei der Besprechung der Angelegenheit war man sich darüber klar, daß auf irgend eine Weise besondere Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden müßten. Es soll hierwegen mit der Polizei Rücksprache genommen werden.

6. Herr Bürgermeister Maurer brachte nochmals die Ausführung von Requisitionsarbeiten durch Privatarchitekten zur Sprache. Die Konferenz beschließt nochmals, folgende Regelung zu treffen: alle Requisitionsaufträge für bauliche Arbeiten an städtischem Eigentum werden durch das Hochbauamt erledigt. Mit der Erledigung aller

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 75

Aufträge für Herstellungen in privaten Gebäuden werden Privatarchitekten beauftragt. Der Militärregierung soll hiervon Mitteilung gemacht werden.

7. Das Bauvorhaben Dr. Gockel Gonsenheim wird von Herrn Dr. Dassen nochmals vorgebracht. Herr Dr. Gockel will nunmehr einen provisorischen Bau auf der einen Hälfte des von ihm gewünschten Grundstücks erstellen. Die Konferenz ist damit einverstanden. Die zweite Hälfte des Grundstücks muß aber von Baulichkeiten zunächst frei bleiben.

8. Anbringung von Vorhängen und Teppichen im Stadtrats-Sitzungssaal und Bestuhlung des Saales. Oberfinanzrat Trablé gibt ein Angebot der Firma Richard Herwegh in Wiesbaden für die Ausstattung des Stadtratsaales bekannt. Die Konferenz ist mit der Beschaffung und Anbringung der Vorhänge usw. grundsätzlich einverstanden. Sie wünscht jedoch noch die Vorlegung einer Skizze über die beabsichtigte Bestuhlung. Wegen der Beschaffung der von der Firma Herwegh gewünschten Zellwolle soll alsbald mit der Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen verhandelt werden.

Z.d.A.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift
über die Verwaltungskonferenz vom 9. März 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Kufschmidt
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé.

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von dem Stand der Angelegenheit Atelier Lods.

2. Der Herr Oberbürgermeister gibt weiter bekannt, daß der Gemeinderat von Bischofsheim die Lostrennung von Mainz beschlossen habe. Er habe dem Bürgermeister von Bischofsheim den Standpunkt der Stadtverwaltung in dieser Angelegenheit mitgeteilt.

3. Die Mainzer Verlagsanstalt beabsichtigt, verschiedene Wiederaufbauarbeiten zur Beschaffung von Wohnungen usw. durchzuführen und bittet um Unterstützung beim Generalbaudirektor. Das Bauvorhaben soll in jeder Hinsicht gefördert werden.

4. Oberfinanzrat Trablé gibt bekannt, daß nunmehr Kreditanträge für größere bauliche Herstellungen in der Gutenbergschule, der Schule an der Greiffenklaustraße und der Zitadellenschule vom Hochbauamt gestellt worden seien. Er bittet die Bauverwaltung, auch Projekte für den Wiederaufbau von Wohnungen einzureichen, damit diese mit den Anträgen für die Schulen gemeinsam in den städtischen Körperschaften behandelt werden könnten.

5. Der Lieferer eines Transformators für den Hafen verlangt in seinem Angebot Zahlung in "verlustlosem Geld". Es soll gefragt werden, was damit gemeint sei.

6. Ein amerikanisches Unternehmen im Saargebiet will seine Hamburger Fabrik nach Mainz verlegen und hat wegen Überlassung von geeignetem Gelände angefragt. Die Konferenz ist der Ansicht, daß man der Firma das Gelände von Pfleiderer, wenn es geeignet ist, anbieten sollte.

7. Von Veranstaltern der Mainzer Frühjahrsmesse ist wiederum der Antrag gestellt worden, den Palmsonntag für die Messe freizugeben. Wenn die kirchlichen Stellen damit einverstanden sind, soll von Seiten der Stadt ein Einwand nicht erhoben werden.

8. Herr Dr. Dassen legt einen Plan über die beabsichtigte Erweiterung des Waldfriedhofes vor. Die Angelegenheit wurde besprochen, ohne daß es zu einem Beschluß kam.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 76

9. Der Generalbaudirektor hat die Herstellung eines provisorischen Daches auf dem Römischen Kaiser beantragt. Er ist der Meinung, man solle gleich ein endgültiges Dach herstellen. Da die Herstellung des endgültigen Daches zu lange dauern würde, soll an dem von der Stadt beschlossenen Projekt eines provisorischen Daches festgehalten werden.

10. In der Angelegenheit der Geländeumlegung am Binger Schlag sind wiederum Meinungsverschiedenheiten zwischen den Beteiligten aufgetaucht. Die Verwaltungskonferenz ist der Ansicht, daß man auf der vom Hochbauamt vorgenommenen Verteilung bestehen soll und daß dabei die Interessen des Tiefbauamts und der Gartenverwaltung berücksichtigt werden müssen.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift
über die Verwaltungskonferenz vom 2. März 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

Tagesordnung:

1. Der Herr Oberbürgermeister teilt mit, daß die Reichsbahn Sonderzüge für den Behördenverkehr nach Koblenz eingerichtet habe, die auf Grund besonderer Ausweise benutzt werden dürften. Die Fahrpläne sind sehr günstig gelegt. Mit Rücksicht auf den Reifenmangel und die Schwierigkeiten bei der Ausführung von Reparaturen wird dringend empfohlen, künftig diese Dienstzüge zu benutzen und die Fahrten mit Autos einzuschränken oder einzustellen.

2. Der Herr Oberbürgermeister macht Mitteilungen über verschiedene, die rechtsrheinischen Stadtteile betreffenden Fragen.

3. Herr Regierungsrat Oppenheim weist darauf hin, daß für die Errichtung der Werksküche im Stadthaus Kessel in Anspruch genommen würden, die für die Volksküche notwendig seien. Bei der Besprechung dieser Angelegenheit wird betont, daß die Kessel bisher unbenutzt waren und daß die Einrichtung der Küche im Stadthaus einem dringenden Bedürfnis entspreche. Die beteiligten Stellen sollen eine Regelung der Angelegenheit in der Richtung versuchen, daß beiden Zwecken gedient ist.

4. Herr Bürgermeister Maurer gibt Kenntnis von der Absicht der Militärregierung, technisches Personal des Hochbauamts, das von diesem dringend benötigt werde, für ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen. Es sei möglich, 2 Beamte des Hochbauamts an die Besatzungsstelle für die Ausführung von Requirierungsarbeiten abzugeben. Für die Ausführung von Arbeiten in Privatgebäuden wolle er Privatarchitekten heranziehen. Die Verwaltungskonferenz ist hiermit einverstanden. Die städtischen Beamten sollen die Arbeiten in städtischen Häusern und die Privatarchitekten die Arbeiten in Privatgebäuden übernehmen.

5. Die Universität will in Gonsenheim eine Anzahl Holzhäuser für Professorenwohnungen erstellen und dafür städtisches Waldgelände zur Verfügung gestellt haben. Gegen dieses Vorhaben werden grundsätzliche Bedenken nicht geltend gemacht. Es sollen jedoch zunächst noch nähere Vorschläge über die Abgabe des Geländes und über die die Stadt belastenden Kosten für Straßen-und Kanalbau und für die Versorgungsanlagen gemacht werden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 77

6. Nach einer Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Maurer hat die Militärregierung dem Generalbaudirektor den Auftrag zur Aufnahme des Aufbaues verschiedener Schulen in das Bauprogramm gegeben. Die Bauverwaltung hat dem Generalbaudirektor daraufhin auch die Unterlagen für die verschiedenen Bauvorhaben übersandt. Die Verwaltungskonferenz ist der Ansicht, daß die Verwaltung über alle Einzelheiten, schon wegen der Kreditanforderung, näher informiert werden muß und ersucht um eine entsprechende Vorlage zur nächsten Verwaltungskonferenz.

7. Mit dem erneuten Antrag des Architekten Becker, für den Neubau Gockel in Mainz-Gonsenheim einen Platz von 1000 qm zur Verfügung zu stellen, kann sich die Konferenz nicht einverstanden erklären. Mit Rücksicht auf den Mangel an Baugelände soll sich der Baulustige mit einem kleineren Platz, wie vom Hochbauamt vorgeschlagen, begnügen.

8. Herr Bürgermeister Dr. Dassen trägt vor, daß der Eigentümer des Hauses Mittelgasse 10 in Mainz-Gonsenheim nicht in der Lage sei, sein Haus auf eigene Kosten wieder instandzusetzen. Er fragt, ob die Stadt gegebenenfalls die Kosten (etwa 1500 RM) vorschießen könne. Die Konferenz ist der Meinung, daß die Übernahme der Kosten durch die Stadt nicht in Frage kommen kann.

9. Die Gesellschaft für die Verwertung der Urheberrechte (Strakma) will einen Bauplatz am Stadtpark zur Errichtung von Holzbauten zur Verfügung gestellt haben. Nach Besprechung der Angelegenheit ist die Konferenz der Ansicht, daß das Gesuch abgelehnt werden soll.

10. Das Land hat den Ersatz der Kosten für Aufräumungsarbeiten im Winterhafen abgelehnt. Es soll nunmehr versucht werden, die Kosten nach Abschluß der Arbeiten als Kosten für die Beseitigung von Kriegsschäden ersetzt zu bekommen.

11. Der Kulturbund Mainz hat in einem erneuten Schreiben vom 20. Februar 1948 den völligen Erlaß der angeforderten Vergnügungssteuer in Höhe von 2 119.25 RM beantragt. Der Antrag wird von dem Herrn Oberbürgermeister befürwortet, während die übrigen Herren sich für die Ablehnung erklärten, da dem Kulturbund schon weitestgehend entgegengekommen worden ist.

Z.B.

gez. Trablé

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift
über die Verwaltungskonferenz vom 25. Februar 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Röth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

Tagesordnung:

1. Von Herrn Bürgermeister Maurer wird auf die Notwendigkeit der Herstellung der Marienschule und städtischer Schulen hingewiesen. Ein entsprechender Antrag soll beim Generalbaudirektor gestellt werden. Gleichzeitig müssen aber die Finanzierungsfragen gelöst werden. Für die städtischen Schulprojekte soll deshalb den städtischen Körperschaften alsbald Vorlage wegen der Bereitstellung der Kredite gemacht werden.

2. Krankenhausvertrag. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis über den derzeitigen Stand der Angelegenheit. Danach ist für morgen eine Sitzung mit Vertretern der Universität und der Regierung angesetzt. Bevor eine endgültige Stellungnahme zu dem von Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn ausgearbeiteten neuen Vertragsentwurf abgegeben wird, sollen die städtischen Körperschaften gehört werden.

3. Der Herr Oberbürgermeister gibt weiter Kenntnis von Plänen, in denen die Wohngebiete in Mainz und Mainz-Gonsenheim bezeichnet sind, deren Wohnungen zur Inanspruchnahme durch die Besatzung vorgesehen werden.

4. Der Generalbaudirektor hat um Ermäßigung des Strompreises für das Barackenlager gebeten. Der Antrag soll abgelehnt werden.

5. Errichtung einer Werksküche für die Stadtwerke. Ein von Herrn Bürgermeister Hufschmidt vorgetragener Antrag der Stadtwerke wurde eingehend besprochen. Trotz der grundsätzlichen Bedenken gegen die Errichtung weiterer Werksküchen, die zum Nachteil der Normalverbraucher rationierte Lebensmittel in Anspruch nehmen, soll gegen die Errichtung der Werksküche ein Einwand nicht erhoben werden. Während Herr Bürgermeister Hufschmidt sich auch für den von den Stadtwerken beantragten Zuschuß von gegebenenfalls 10 000 RM pro Monat aussprach, wurde von Herrn Oberfinanzrat Trablé die Gewährung eines Zuschusses zu dem Küchenbetrieb durch die Stadt für untragbar erklärt. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß demnächst auch im Stadthaus eine Küche eingerichtet werden soll, wodurch, wenn auch hier das Essen zu einem Preis von 1 Mk. ausgegeben wird, die Stadt für die beiden Küchen etwa 300 000 RM aufbringen müßte. Die Angelegenheit soll den städtischen Körperschaften zur Entscheidung vorgelegt werden.

11

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 78

6. Herr Bürgermeister Hufschmidt teilt mit, daß in Mainz-Kastel eine Trafostation errichtet werden soll. Das Hochbauamt lehne aber wegen Unzuständigkeit die Bauausführung ab. Die Konferenz ist der Ansicht, daß das Hochbauamt die Ausführung übernehmen muß.

7. Der Hafen benötigt einen Transformator zum Betrieb der elektrischen Kranen, für dessen Beschaffung ein Kredit von 10 000 RM angefordert wird. Die Verwaltungskonferenz ist mit der Auftragsvergebung einverstanden vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung durch die städt. Körperschaften.

8. Architekt Schütz hat namens eines Grundeigentümers eine Änderung der vorgesehenen Geländezusammenlegung am Binger Schlag beantragt. Dem Antrag soll nicht nähergetreten, die Zusammenlegung soll vielmehr nach dem Plan des Tiefbauamts durchgeführt werden.

9. Die Organisation für die Opfer des Faschismusses will in dem Waldfriedhof einen Gedenkstein errichten. Bedenken werden dagegen nicht erhoben.

10. Die Frage der ärztlichen Untersuchung vor Eheschließungen wird besprochen. Es soll geprüft werden, ob die Bestimmungen über die Beibringung des Gesundheitszeugnisses noch gelten bezw. ob die Untersuchung noch notwendig ist.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim.

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 17. Februar 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Kieper.

Tagesordnung:

1. Der Herr Oberbürgermeister teilt mit, daß die Bücherspende der Schweiz nunmehr von der Besatzung an die Stadt übergeben werden soll.

2. Es ist angeregt worden, auch in Mainz eine Ausstellung "Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten" zu veranstalten. Die Verwaltungskonferenz ist grundsätzlich damit einverstanden, bezweifelt jedoch, daß geeignete Räume zur Verfügung gestellt werden können. Der zuständige Dezernent soll sich wegen der Räume umsehen.

3. Herr Regierungsrat Oppenheim ersucht den Herrn Baudezernenten dringend, für die alsbaldige Durchführung notwendiger Instandsetzungsarbeiten im Gebäude des Naturhistorischen Museums Sorge zu tragen. Dabei erinnert er auch nochmals an die Herstellung des Daches über den Garderoberäumen des Stadttheaters.

4. Von Herrn Dr. Dassen wird mitgeteilt, daß beabsichtigt sei, in der Gutenbergwoche in Mainz ein Autorenen zu veranstalten. Die Konferenz kann sich damit nicht einverstanden erklären.

5. Dem von Herrn Dr. Dassen vorgetragenen Antrag der Kolping-Gemeinde wegen pachtweiser Überlassung des Armen Klara-Klosters soll zugestimmt werden. Eine endgültige Zusage und ein Abschluß des Vertrages soll aber erst stattfinden, nachdem die Bebauung genehmigt ist und die Kolping-Gemeinde erklärt, daß sie zur Zahlung des Pachtbetrages von 10 000 RM bereit und in der Lage ist. Die Angelegenheit soll dann den städtischen Körperschaften zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

6. Der Zirkus Belli will nunmehr für sein Zirkusgebäude den Platz vor der Ortskrankenkasse überlassen haben. Bedenken werden nicht erhoben. Die Beschlußfassung durch die Geländedeputation und den Stadtrat wird jedoch für notwendig erachtet.

//

7. Nach einer Mitteilung des Herrn Dr. Dasaen hat der Schlachthof vor längerer Zeit eine Waage an den Hafen abgegeben, die dieser einer französischen Dienststelle überlassen hat. Der Schlachthof fordert nunmehr die Waage zurück. Wer die Waage jetzt besitzt, ist jedoch nicht bekannt. Beide Ämter sollen sich um die Rückgabe der Waage bemühen.

8. Für die Bewachung der Baumaterialien im Hafen wird ein Mann angefordert. Die Konferenz ist der Meinung, daß die Hafenpolizei die Bewachung des Baumaterials mit übernehmen kann.

9. Oberfinanzrat Trablé teilt mit, daß er von allen Dienststellen mit Ausnahme des Schul-und Kulturdezernats die Unterlagen bekommen für den Haushaltsplan bekommen habe. Wenn die erforderlichen Unterlagen ihm nicht zur Verfügung gestellt werden, könne der Haushaltsplan nicht,wie vorgesehen, den städtischen Körperschaften vorgelegt werden. Herr Regierungsrat Oppenheim wird ersucht, umgehend die Unterlagen der Finanzverwaltung zu übergeben.

10. Herr Bürgermeister Hufschmidt weist darauf hin, daß in Mainz-Weisenau kein Saal für Versammlungen usw. zur Verfügung stände. Die Aktienbrauerei wolle das Gasthaus "Rheinaussicht" mit einem großen Saal wieder aufbauen. Er bat dringend, das Bauvorhaben durch die städt. Ämter in jeder Hinsicht zu fördern. Die Konferenz teilt die Ansicht des Herrn Bürgermeisters Hufschmidt und bittet Herrn Bürgermeister Maurer, sich der Sache anzunehmen.

z.d.

gez.: T r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 79

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 12. Februar 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dasaen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

Tagesordnung:

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt die zur Stadtratsitzung am 13.Februar 1948 eingegangenen Anträge und Anfragen der Fraktionen bekannt. Sie wurden im einzelnen besprochen, ohne daß besondere Beschlüsse gefaßt wurden.

2. Sodann wurde nochmals die Frage der Übernahme des Büros Loda durch die Stadt erörtert, wobei übereinstimmend zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Übernahme des Büros Loda nunmehr endgültig abgelehnt werden soll.

3. Wiederaufbau der Stadthalle. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einem Bauprojekt des Architekten Grebner für einen Vorbau an den an den Stadthallegarten angrenzenden Teil der Stadthalle. Die Bauverwaltung wird ersucht, die Angelegenheit in Verbindung mit dem Projekt für den Wiederaufbau der rheinseitigen Teile der Stadthalle weiter zu bearbeiten und ihren Bericht über die beiden Projekte alsbald vorzulegen, damit die Sache im Bauausschuß behandelt werden kann.

4. Herr Bürgermeister Hufschmidt bringt nochmals die Frage der Gewährung von Freifahrten auf der Straßenbahn zur Sprache. Nach kurzer Besprechung wird empfohlen, durch eine Rundfrage bei anderen Straßenbahnverwaltungen festzustellen, wie dort die Frage des Ersatzes der durch Gewährung der Freifahrten entstehenden Einnahmeausfälle geregelt ist.

5. Die Fälle, in denen auf Anordnung der Besatzung Wohnungen beschlagnahmt werden müssen, die beschlagnahmten Wohnungen aber nicht sofort in Anspruch genommen werden und infolgedessen zunächst auch keine Entschädigung gezahlt wird, mehren sich immer mehr. Die Konferenz hält es für dringend notwendig, der Landesregierung von der Sachlage Kenntnis zu geben und die Bezahlung der Mietentschädigung als indirekte Besatzungskosten durch das Land zu fordern.

//

6. Die Besatzungsbehörde hat dem Hafen einen Kran zur käuflichen Erwerbung angeboten. Nach der Absicht des Herrn Dr. Dassen besteht weder für den Hafen noch für eine andere Dienststelle ein Bedürfnis für die Erwerbung des Krans. Das Angebot soll deshalb abgelehnt werden.

7. Nach der Mitteilung des Herrn Dr. Dassen kann eine größere Zahl von Wohnräumen in einem Haus in der Kapuzinerstraße durch bauliche Maßnahmen, die nur geringe Kosten verursachen, bewohnbar gemacht werden. Der Eigentümer ist aber zur Durchführung der Arbeiten nicht bereit. Die Konferenz ist der Meinung, daß man den Eigentümer nochmals zur Ausführung der Arbeiten auffordern und gegebenenfalls im Wege des Polizeibefehls die zwangsweise Durchführung erzwingen sollte.

8. Einer Aufforderung zum Beitritt der Stadt Mainz zu einem Verband von Eisenbahnunternehmen soll nicht entsprochen werden.

9. Der Zirkus Belli, der ursprünglich auf dem Hallenplatz ein festes Zirkusgebäude errichten wollte, beabsichtigt jetzt, das Gebäude auf dem Schloßplatz aufzubauen. Dagegen sind Bedenken wegen der Nähe der Peterskirche erhoben worden. Die Verwaltungskonferenz kann sich diesen Bedenken nicht anschließen und erhebt deshalb keinen Einwand gegen die beabsichtigte Erbauung auf dem Schloßplatz.

10. Herr Dr. Dassen schlägt vor, die Unterhaltung der 2 Lastkraftwagen des Garten- und Friedhofsamts dem städtischen Fuhrpark zu übertragen. Die Konferenz ist damit einverstanden.

11. Der Herr Oberbürgermeister hat die Fassung der Niederschrift Nr. 7 der Verwaltungskonferenz vom 4. Februar 1948 als nicht zutreffend beanstandet. Er stellte ohne Widerspruch der anderen Herren fest, daß die Konferenz sich nicht grundsätzlich ablehnend gegen die Errichtung von Baracken auf dem Stadthausgrundstück ausgesprochen hat.

12. Herr Regierungsrat Oppenheim weist darauf hin, daß das Dach über dem Theatergarderobenraum unbedingt ausgebessert werden müsse. Neuerdings sei wieder Wasser in den Raum eingedrungen und habe die Garderobe zum Teil schwer beschädigt. Das Hochbauamt sei im Bilde, Dachpappe sei auch vorhanden, es geschehe aber nichts. Herr Bürgermeister Maurer wird gebeten, sich der Angelegenheit anzunehmen.

13. Herr Regierungsrat Oppenheim bringt die Zuweisung von Brennstoff und Kartoffeln an die Unterstützungsempfänger zur Sprache. Die Ausgabe von Brennstoff sei jetzt möglich. Die Konferenz ist der Meinung, daß eine zusätzliche Brennstoffzuweisung natürlich nicht in Frage komme, daß vielmehr den Unterstützungsempfängern zur Bezahlung des ihnen auf Grund ihrer Kohlenkarten zustehenden Zentners Brennstoff ein Gutschein vom Fürsorgeamt gegeben werden soll. Voraussetzung für die Aktion sei im Übrigen, daß die Mittel zur Verfügung gestellt seien, was noch festzustellen wäre.

14. Die SPD-Fraktion des Stadtrats hat beantragt, für die Verteilung von Waren durch das Wirtschaftsamt Kommissionen aus je einem Vertreter der Parteien zu bilden. Der Antrag gab Anlaß zu einer längeren Aussprache, bei der die überwiegende Meinung dahin ging, daß zwar gegen die Anhörung von Parteivertretern nichts einzuwenden sei, daß aber die Entscheidung durch die verantwortlichen Bediensteten des Wirtschaftsamts bezw. die Ortsvorsteher erfolgen müsse.

Z.B.
gez.: Trablé

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 80

Niederschrift

Über die Verwaltungskonferenz vom 20. Januar 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

Tagesordnung:

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einem Schreiben des Ministers des Innern, in dem Maßnahmen gegen 2 Angestellte des Wirtschaftsamts gefordert werden und von seinem Antwortbericht.

2. Ein Herr Sauerwein will im Gebiet des Forts Weisenau auf städtischem Gelände ein Behelfsheim errichten und ersucht um Überlassung des Geländes. Nach Besprechung der Angelegenheit beschließt die Konferenz der Errichtung von Behelfsbauten, Baracken usw. auf städtischem Gelände, insbesondere in den Grünanlagen, grundsätzlich nicht zuzustimmen.

3. Über die Angelegenheit Büro Lods wird nochmals gesprochen. Dabei teilt der Herr Oberbürgermeister mit, daß der Ältestenrat der Übernahme des Büros durch die Stadt einmütig ablehnend gegenübersteht. Die Konferenz ist der gleichen Meinung. Wenn Herr Lods sich privat als Architekt in Mainz niederlassen will und Bauaufträgen übernimmt, dann soll ihm dieselbe Unterstützung der Stadtverwaltung zugesagt werden, wie sie allen anderen Architekten usw. gewährt wird.

Herr Lods soll ferner nochmals Gelegenheit zu einer Aussprache vor denselben Kreisen gegeben werden, vor denen er vor kurzem seine Pläne entwickelt hat. Beabsichtigt ist dabei die Stellung von Fragen durch Mainzer Architekten usw. und deren Beantwortung durch Herrn Lods.

Unabhängig von der Sache Lods sollen nunmehr die von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeiteten Entwürfe für den neuen Stadtbauplan zunächst innerhalb der Verwaltung und dann in einer Sitzung des Bauausschusses und Ältestenrats besprochen werden. Für die Besprechung innerhalb der Verwaltung wird der 23. Januar 1948, 9 Uhr vormittags, vorgesehen.

4. Herr Bürgermeister Hufschmidt weist darauf hin, daß die baulichen Herstellungen im Schlacht- und Viehhof unverzüglich in Angriff genommen und durchgeführt werden müssen, wenn nicht wertvolle Maschinen

//

die heute schon notleiden, zu Grunde gehen und Teile des Betriebs des Viehhofes nicht stillgelegt werden sollen. Herr Bürgermeister Maurer wird ersucht, die Angelegenheit sofort näher zu prüfen und alles zu tun, damit die notwendigen Maßnahmen beschleunigt durchgeführt werden können.

5. Oberfinanzrat Trablé berichtet über die Besprechung, die er gestern mit Vertretern der Industrie-und Handelskammer, der Handwerkskammer und Persönlichkeiten aus der hiesigen Wirtschaft gehabt hat. Danach wurde der Vorschlag, einen Zweckverband für den Wiederaufbau und die Förderung der Mainzer Wirtschaft zu gründen, im allgemeinen kühl aufgenommen. Man habe den derzeitigen Zeitpunkt für die Gründung einer derartigen Gemeinschaft auch für ungeeignet gehalten und empfohlen, die Frage bis nach der Geldreform zurückzustellen. Unabhängig davon sollte man aber einen Wirtschaftsausschuß durch den Stadtrat bilden lassen, dem neben Stadträten auch andere Bürger aus den Kreisen der Wirtschaft angehören sollten. In diesem Ausschuß könnte dann über das, was weiter geschehen müsse, näher verhandelt werden.

6. Herr Dr. Pieper weist darauf hin, daß der Angestellte Ludwig beim Tiefbauamt gefährliche Enttrümmerungsarbeiten und Arbeiten zur Beseitigung von Munition usw. auszuführen habe, die einen erhöhten Versicherungsschutz bedingten. Eine zusätzliche Versicherung sei aber bisher nicht möglich gewesen. Er stellte die Frage, ob die Stadt etwa im Falle einer Invalidität usw. infolge eines Unfalles Zuwendungen über die üblichen Unfallrenten zugestehen könne. Die Konferenz ist der Ansicht, daß Herr Dr. Pieper versuchen soll, eine Zusatzversicherung bei irgend einer privaten Gesellschaft durchzuführen. Die Beiträge würden dann von der Stadt übernommen und vom Land wieder ersetzt.

Bei der Besprechung wurde auch darauf hingewiesen, daß Herr Ludwig auch Arbeiten in den Landgemeinden auf Anordnung der Besatzungsbehörde ausführen müsse. Es wird als selbstverständlich bezeichnet, daß die Landgemeinden oder der Landkreis diese Kosten übernehmen müssen, wenn sie nicht vom Land der Stadt ersetzt würden.

7. Herr Dr. Dassen gibt bekannt, daß die Landesregierung (Obere Preisbehörde) die neue Gebührenordnung für den Friedhof in einzelnen Positionen beanstandet habe. Abgesehen von einer Position handele es sich um Gebührensätze, die früher schon ordnungsmäßig genehmigt worden seien. Die Konferenz ist der Meinung, daß die Regierung auf diese Tatsache hingewiesen und um eine Änderung der Verfügung ersucht werden müsse.

8. Herr Dr. Dassen schlägt vor, für das Gelände des Arbeiterlagers des Generalbaudirektors, das der Stadt Mainz gehört, einen Pachtsatz von 30 Pfg. pro qm in Rechnung zu stellen. Das sei der Preis, der allgemein für gewerbliche Unternehmen bezahlt werden müsse. Oberfinanzrat Trablé hält diesen Satz für durchaus angemessen, auf die Erhebung einer Pacht könne die Stadt bei ihrer Finanzlage nicht verzichten. Der Herr Oberbürgermeister befürchtet Schwierigkeiten bei der Anforderung eines Pachtvertrages und empfiehlt, zunächst einmal mit dem Generalbaudirektor über diese Frage mündlich zu verhandeln. Die Konferenz ist damit einverstanden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 81

9. Die internationale evangelische Studenten-Organisation will auf dem Sportplatz am Linsenberg eine von der Schweizer Spende errichtete Baracke überlassen haben. Die Konferenz ist damit einverstanden. Es soll eine kleine Anerkennungsgebühr erhoben werden.

10. Der Hafenoffizier verlangt nunmehr auch die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für seine Wohnung und auch die Zahlung der Wohnungsmiete. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Stadt die Kosten nicht übernehmen kann und daß sie, wie auch die anderen Kosten des Hafenoffiziers, vom Land angefordert werden sollen.

11. Herr Dr. Dassen beabsichtigt, die Betriebsküche im Hafen nicht mehr in eigener Regie zu führen, sondern an einen Privaten zu vermieten. Die Konferenz ist damit einverstanden. Mietzahlung ab 1. April 1948.

12. Ein von Herrn Dr. Dassen vorgetragener Antrag des Deutschen Betonvereins auf Beitritt der Stadt zu diesem Verein soll aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt werden.

13. Von verschiedenen Unternehmern wird die Ausdehnung der Frühjahrsmesse bis einschließlich Palmsonntag beantragt. Dem Antrag soll nicht stattgegeben werden.

14. Am 24. Januar 1948 soll in Koblenz die Neugründung des Roten Kreuzes erfolgen. Herr Bürgermeister Alexander soll ersucht werden, die Stadt dabei zu vertreten.

15. Für den im September 1948 vorgesehenen Katholikentag soll eine Denkschrift ausgearbeitet werden. Zu diesem Zweck wird die leihweise Überlassung eines Bandes des Mainzer Journals durch die Stadtbibliothek gewünscht. Die Konferenz teilt die Ansicht der Bibliotheksleitung, daß der gewünschte Band nicht aus dem Haus gegeben werden soll, daß er aber in den Räumen der Stadtbibliothek eingesehen werden kann.

16. Herr Regierungsrat Oppenheim weist darauf hin, daß in der Zitadellenschule immer noch Türen zu den Aborten fehlen. Herr Bürgermeister Maurer wird ersucht, für alsbaldige Abhilfe zu sorgen.

17. Kurfürstliches Schloß. Die Besatzungsbehörde verlangt, daß außer den Räumen im Erdgeschoß alle übrigen Räume für Zwecke der Besatzung hergerichtet werden sollen. Von der Zustimmung der Stadt wird evtl. die Weiterführung der Arbeiten für die Herstellung des Daches abhängig gemacht. Die Konferenz empfiehlt, mit Herrn Capt. Bernier mündlich zu verhandeln, dabei aber keine endgültigen Zusicherungen zu geben, da, über den weiteren Ausbau des Kurfürstlichen Schlosses und die Bereitstellung der hierzu erforderlichen Mittel, die städtischen Körperschaften noch zu beschließen haben.

18. Herr Bürgermeister Maurer gibt Kenntnis von einem Projekt für eine neue Friedhofshalle, das mit 250 000 RM veranschlagt ist. Die Konferenz ist damit einverstanden, daß das Projekt zunächst einmal den städtischen Körperschaften zur Prüfung vorgelegt wird.

//

19. Die von der Finanzverwaltung gegebene Anregung, die Brennholzbeschaffung und -Verwertung durch den städtischen Haushaltsplan laufen zu lassen, wird nicht für zweckmäßig gehalten, zumal es sich um eine vorübergehende Sache handelt. Das Wirtschaftsamt muß aber ordnungsmäßige, prüfungsfähige Bücher über sein alle Einnahmen und Ausgaben führen. Das Rechnungsprüfungsamt soll entsprechende Vorschläge machen und auch die Buch- und Kassenführung laufend prüfen.

E.S.

gez.: T r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8.2 - 82

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

Über die Verwaltungskonferenz vom 4. Februar 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmit
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Der Herr Oberbürgermeister teilt mit, daß er für den 13. Februar 1948 eine Stadtratsitzung vorgesehen habe, in der er u.a. Mitteilung machen werde über die Wohnungsbeschlagnahmen, das Wohnungsbauprogramm, über den Anschluß der französischen Zone an die Bizone und über die Verhältnisse beim Wirtschaftsamt.

2. Sodann wird über die unhaltbaren Zustände in der Schule an der Greiffenklaustraße gesprochen, wobei man allgemein der Meinung war, daß so rasch wie möglich Abhilfe geschaffen werden müsse.

3. Herr Beigeordneter Köth teilt mit, daß die für die Außenstellen des Wirtschaftsamts benutzten Räume der Polizei in Mainz geräumt werden müßten und daß er deshalb die Außenstellen im Pulverturm unterbringen müsse. Durch einen entsprechenden Umtausch von Räumen sei das möglich. Er wird hierüber noch weitere Vorschläge machen.

4. Eine weitere Aussprache erfolgte dann über die Errichtung von Wohnungen in dem Gebiet der GFZ-Kaserne und über den Wiederaufbau zerstörter städtischer Wohngebäude. Die Konferenz wünscht nochmals eine alsbaldige Vorlage über die beiden Projekte. Unabhängig von der Frage, ob in dem Gebiet der GFZ-Kaserne die vorgesehenen 500 Wohnungen erstellt werden können, sollen die Verhandlungen wegen der Überlassung des Kasernengebietes an die Stadt Mainz weitergeführt werden.

5. Nach einer Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Maurer will die Firma Pfeiffer nunmehr 12 Wohnungen in Gebäuden der G.m.b.H. herstellen, von denen 4 der Stadt überlassen werden sollen. Bedenken hiergegen wurden nicht geltend gemacht.

6. Herr Dr. Dassen brachte die Sache Pfleiderer nochmals zur Sprache, wobei er darauf hinwies, daß die rückständige Miete nunmehr auf 150 000 RM angewachsen sei. Es stehe immer noch nicht fest, ob die Firma Pfleiderer ihren Betrieb wieder aufnehmen könne. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Entscheidung über die Wiederaufnahme des Betriebs umgehend herbeigeführt werden sollte, damit die Kündigung des Mietverhältnisses raschestens durchgeführt werden kann.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 83

Herrn Regierungsrat Oppenheim.

7. Die Bau-und Kunstschule hat wieder Wünsche für weitere Schulsäle; sie will auch Wohnungen für ihr Lehrpersonal zur Verfügung gestellt haben usw. Die Angelegenheit wird eingehend besprochen. Dabei wurde festgelegt, daß der Schreiner Collon seine Räume im Stadthaus umgehend freimachen muß und daß die Abgabe weiterer Räume des Stadthauses an die Schule nicht in Frage kommen kann. Die Konferenz kann sich auch mit der Errichtung von Baracken auf dem Stadthausgrundstück für Zwecke der Schule nicht einverstanden erklären.

8. Die Verwaltungskonferenz ist damit einverstanden, daß die von dem Fürsorgeamt betreuten Umquartierten dieselben Unterstützungssätze erhalten, wie die Unterstützten in Mainz. Im Übrigen soll geprüft werden, inwieweit die Unterstützungsausgaben für Evakuierte noch weiterhin zu Lasten der Stadt zu gehen haben.

9. Der Testamentsvollstrecker des Nachlasses Knauer hat angefragt, ob die Stadt auf ihr Recht auf den Erwerb bestimmter Kunstgegenstände verzichte. Die Konferenz ist für den Verzicht, wenn kein städtisches Interesse für den Erwerb besteht.

10. Herr Dr. Dassen teilte mit, daß um ein verfügbares Hafengelände sich die Firma Albrecht und eine Steinfabrik beworben hätten. Er sei der Meinung, daß man die Firma Albrecht berücksichtigen solle. Die Konferenz ist der gleichen Ansicht.

11. Von Herrn Dr. Dassen wird gefragt, ob man der israelitischen Gemeinde für die Synagoge in der Feldbergschule dieselbe Miete abnehmen soll, wie sie für die Überlassung von Räumen von Kirchen gefordert wird. Die Verwaltungskonferenz ist der Meinung, daß man die Angelegenheit den städtischen Körperschaften zur Entscheidung darüber vorlegen soll, ob übe haupt eine Miete erhoben werden soll.

12. Die Firma Grün & Bilfinger will einen städtischen Platz in Kastel mieten. Als Mietzins wurden 50 Pfg. pro qm gefordert, der Firma ist dieser Satz zu hoch. Es soll bei dem geforderten Mietpreis von 50 Pfg verbleiben.

13. Die von der Militärregierung getroffene Regelung, nach der als Ortsgerichtsvorsteher keine Beamte, insbesondere auch die Ortsvorsteher nicht bestellt werden dürfen, hat zu Mißverständnissen geführt. Es soll nochmals versucht werden, eine der hessischen Gesetzgebung entsprechende Regelung herbeizuführen, die die Bestellung der Bürgermeister als Ortsgerichtsvorsteher vorsieht.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 13. Januar 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Der Herr Oberbürgermeister bringt nochmals den Wunsch der Militärregierung zur Sprache, das Büro Lods auf die Stadt zu übernehmen. Er vertrat dabei die Ansicht, daß nach dem heutigen Vortrag des Herrn Lods in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Bau-und Finanzausschusses beschlossen werden sollte, ob und inwieweit eine Übernahme des Büros Lods für die Stadt in Frage kommt. Als übereinstimmende Meinung der Verwaltungskonferenz wird festgestellt, daß alle Stadtplanungsarbeiten ausschließlich in der Hand der Stadtverwaltung bleiben müssen und daß ein entscheidender Einfluß des Generalbaudirektors nicht in Frage kommen kann.

2. Der Herr Oberbürgermeister gibt ferner Kenntnis davon, daß die Militärregierung, nachdem sie die Beförderung des Herrn Dr. Dassen zum Baudirektor unter Eingruppierung in die Gruppe A I b abgelehnt hat, nunmehr auch die bisher getätigte Gehaltszahlung an Herrn Dr. Dassen nach der genannten Gruppe beanstandet. Der Herr Oberbürgermeister bemerkt dazu, daß er bei der Sachlage die Bezüge des Herrn Dr. Dassen künftig nur nach den ihm früher als Stadtbaurat zustehenden Sätzen anweisen könne.

3. Nach einer Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Hufschmidt hat die Sportgemeinschaft in Mainz-Kostheim gebeten, den auf 4 Pfg. pro qm festgesetzten Pachtpreis für das Sportgelände auf der Mainau zu ermäßigen. Die Verwaltungskonferenz ist der Ansicht, daß der Antrag dem zuständigen Ausschuß zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

4. Herr Dr. Pieper gibt Kenntnis von neuerdings erlassenen Bestimmungen, nach denen alle Bewohner von Mainz, die vor 1939 ihren Wohnsitz außerhalb von Rheinland-Pfalz gehabt haben, festgestellt und besonders registriert werden müßten.

5. Die Kolping-Familie will Teile des Geländes des ehemaligen Reichklarakloster erwerben. Herr Dr. Dassen, der die Angelegenheit zur Sprache brachte, wird ersucht, die Angelegenheit unter Vorlage eines Planes, aus dem die neu vorgesehenen Fluchtlinien für das Gebiet ersichtlich sind, demnächst nochmals vorzutragen.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 84

6. Herr Waldmann hat gebeten, ihm das städt. Hausgrundstück in der Augustastraße, in dem er zurzeit wohnt, gegen gleichwertiges Gelände an der Gaugasse käuflich zu überlassen. Die Konferenz befürwortet diesen Antrag.

7. Neufestsetzung der Fürsorgeunterstützungssätze. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat neuerdings die Gemeinden aufgefordert, Vorschläge zu machen für die Festsetzung neuer, einheitlicher Fürsorgerichtsätze. Die Konferenz ist der Meinung, daß man die Mainzer Sätze an die derzeitigen Richtsätze von Hessen anpassen sollte. Soweit die Sätze von Mainz höher sind als in Hessen, sollen jedoch die Mainzer Sätze bestehen bleiben.

gez.: i.V. Trabl é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift
über die Verwaltungskonferenz vom 6. Januar 1948.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Kufschaidt
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trabl é
Dr. Pieper.

Tagesordnung:

1. Der Herr Oberbürgermeister berichtet kurz über die allgemeine Lage und gibt dabei einen Rückblick über das vergangene Jahr und über die Aussichten und Möglichkeiten im kommenden Jahr. Dabei bezeichnet er als dringend notwendig die Rückgabe der rechtsrheinischen Stadtteile in die Verwaltung der Stadt Mainz, die immer wieder gefordert werden müsse. Neuerdings werde von dem Regierungspräsidium in Wiesbaden die Umbenennung der Stadtteile betrieben. Die Verwaltungskonferenz ist in dieser Frage der Ansicht, daß der Vorschlag des Regierungspräsidenten unbedingt abzulehnen sei und daß die Stadt sich mit einer Namensänderung nicht einverstanden erklären könne.

2. Sodann wurden Wiederaufbaufragen besprochen, wobei wiederum darauf hingewiesen wurde, daß der Bebauungsplan mit größter Beschleunigung fertiggestellt werden müsse. Auch die Militärregierung fordere neuerdings den alsbaldigen Abschluß der Planungsarbeiten. Die Herren Bürgermeister Maurer und Oberbaurat Joerg sollen laufend die Militärregierung über den Stand der Arbeiten unterrichten.

Der Herr Oberbürgermeister teilte ferner mit, daß die Militärregierung kein Interesse mehr an der Aufrechterhaltung des Büros Lods habe und daß sie die Übernahme des Büros durch die Stadt vorschlage. Der Herr General habe ihm erklärt, die Behandlung der Wiederaufbaufragen und -Pläne sei ausschließlich Sache der Stadt Mainz. Von der Zurücknahme der Verfügung der Militärregierung vom 11. Oktober 1946 über die Befugnisse des Büros Lods sei allerdings keine Rede gewesen. Wenn das Büro Lods als französische Dienststelle aufgehoben werde, dann werde damit die Verfügung ohne weiteres gegenstandslos.

Bevor in dieser Frage eine endgültige Erklärung abgegeben wird, soll Herr Lods gebeten werden, seine Pläne und Gedankengänge vor denselben Personenkreis bekanntzugeben, vor dem Professor Schnitthenner über seine Arbeiten berichtet hat. Herr

//

Bürgermeister Maurer wird im Übrigen ersucht, wegen der evtl. Eingliederung des Büros Lous in die städtische Bauverwaltung entsprechende Vorschläge zu machen mit näheren Angaben über die Kosten. Die Sache soll so eilig behandelt werden, daß die Änderungen in dem von dem Stadtrat geforderten, neuen Organisationsplan der Bauverwaltung aufgenommen werden können.

3. Herr Beigeordneter Röth lenkt die Aufmerksamkeit auf die Firstenhäuser an Müllerwäldchen. Die Dächer der Häuser seien schadhaft, sodaß Regenwasser in die Wohnungen eindringe. Von Herrn Bürgermeister Maurer wird dazu bemerkt, daß bei dem derzeitigen Mangel an Dachpappe usw. auch Dachschäden an anderen Häusern nicht beseitigt werden könnten. Sobald die Möglichkeit wieder gegeben sei, solle das Erforderliche veranlaßt werden.

4. Herr Bürgermeister Maurer gibt Kenntnis von dem Stand der Bauarbeiten Fürstenbergerhofschule - Haus Streicher. Dabei teilte er mit, daß die Wiederaufbauarbeiten am Haus Streicher, auch soweit sie nicht durch einen Requisitionsbefehl veranlaßt seien, auf städtische Kosten durchgeführt würden. Es soll umgehend geprüft werden, wer den Auftrag für diese Arbeiten gegeben habe.

5. Nach einer Mitteilung des Herrn Regierungsrats Oppenheim werden die Gemälde in der Gemäldegalerie in Hähnen gelagert, die feucht seien. Es bestehe die Gefahr, daß dadurch Gemälde zugrunde gingen. Die Gemälde müßten deshalb alsbald anderweit untergebracht werden. Die Konferenz ist der Ansicht, daß alsbald alles getan werden müsse, um die Gemälde vor der Vernichtung zu bewahren. Die eingeräumten Bilder könnten vielleicht in städtischen Verwaltungsräumen aufgehängt werden. Im übrigen soll die Bauverwaltung prüfen, wo die übrigen Gemälde hingebracht und gelagert werden können. (Verwaltungsgebäude Fulverturm und Ernst-Ludwigstraße?)

6. Herr Bürgermeister Dr. Dassen weist darauf hin, daß früher ein gedrucktes Straßenverzeichnis vorhanden gewesen sei. Wenn irgend möglich, soll man wieder ein derartiges Verzeichnis aufstellen und drucken lassen. Die Frage soll geprüft werden.

7. Herr Bürgermeister Dr. Dassen teilt ferner mit, daß die Liegenschaftsverwaltung das durch Aufschüttung des Floßhafens gewonnene Gelände verpachte und zwar zu Gunsten der Stadt. Er hält es zwar für richtig, daß die Verpachtung durch die Liegenschaftsverwaltung im Einvernehmen mit dem Hafen erfolge, daß aber die Einnahmen dem Hafen zugute kommen müßten. Die Verwaltungskonferenz ist der gleichen Meinung.

8. Herr Bürgermeister Dr. Dassen gibt davon Kenntnis, daß der Friedhof in Sonnenhein in aller Kürze voll belegt sei. Für die Sonnenheimer Beerdigungen müsse deshalb der Waldfriedhof Nonbach in Anspruch genommen werden. Es sei notwendig, einen Weg nach dem Waldfriedhof durch den Wald herzustellen, der zum Teil in der Gemarkung Rudenheim liege. Der Bürgermeister von Rudenheim habe gegen die Inanspruchnahme des Geländes nichts einzuwenden, wenn die Stadt den Weg auf ihre Kosten herstelle und unterhalte.

//

Bevor in der Sache endgültig Stellung genommen wird, soll die Angelegenheit mit der Ortsverwaltung in Sonnenheim besprochen werden.

9. Die Absicht des Zirkus Belli, auf dem kleinen Platz vor der Stadthalle ein massives Zirkusgebäude zu erreichten, ist nach einer Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Dassen nicht aufgegeben worden. Die Verwaltungskonferenz ist nach wie vor der Meinung, daß das Projekt von der Stadt gefördert werden soll. Über die Angelegenheit sollen jedoch die städtischen Körperschaften unterrichtet werden.

10. Nach einer Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Hufschmidt haben sich die Arbeiter im Hafen geweigert, an einem Sonntag zu arbeiten und dadurch die Entladung von Eisenbahnwaggons unmöglich gemacht. Das Amt für Maschinenwesen habe die Ausführung der Arbeit gefordert, der Betriebsrat habe aber widersprochen. Mit diesem Widerspruch habe sich das Amt für Maschinenwesen abgefunden. Er selbst sei von der Angelegenheit nicht unterrichtet worden. Er habe jetzt erst durch ein Schreiben des Kohlenhändlerverbandes von der Sache Kenntnis erhalten.

Die Verwaltungskonferenz ist der Ansicht, daß die Arbeiter zur Arbeitsleistung an Sonntagen für dringend notwendige Arbeiten verpflichtet seien und daß eine Arbeitsverweigerung künftig nicht mehr geduldet werden könne. Das Amt für Maschinenwesen soll entsprechend angewiesen und es soll ihm aufgegeben werden, bei künftigen Vorkommnissen der genannten Art sofort dem Dezernenten telefonisch Mitteilung zu machen.

Z.B.

ges.: T r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 86

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 23. Dezember 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

1. Über die Denkschrift des Professors Schmitthenner wird kurz gesprochen. Die Gedanken und Anregungen sollen alsbald vom Wiederaufbaudezernat geprüft und bearbeitet werden. Außerdem wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Arbeiten Schmitthenner für die Stadt Mainz nunmehr endgültig abgeschlossen sind und daß Professor Schmitthenner keine Aufträge auf Kosten der Stadt mehr hat.

2. Bei einer kurzen Besprechung der Frage des Wiederaufbaues städtischer Gebäude wurde auch der Wiederaufbau des Stadttheaters besprochen. Die Finanzverwaltung wird beauftragt, einen Bericht über die derzeitige Finanzlage der Stadt zu fertigen. Alsdann soll zu der Frage des Wiederaufbaues des Stadttheaters Stellung genommen werden.

2.

Auch zu dem Projekt für die Erstellung von 500 Neubauwohnungen in dem Gebiet der GFZ-Kaserne soll erst Stellung genommen werden, nachdem von der Bauverwaltung entsprechende Vorschläge für den Wiederaufbau städtischer Wohnhausgebäude ausgearbeitet worden sind. Beide Projekte sollen gegebenenfalls gemeinsam den städt. Körperschaften vorgelegt werden.

3. Bezüglich der Behandlung von Angelegenheiten der rechtsrheinischen Vororte wird erneut festgelegt, daß vorVerhandlungen mit der Stadt Wiesbaden usw. Fühlung mit den örtlichen Ausschüssen genommen werden soll. In den linksrheinischen Stadtteilen soll nichts geschehen ohne vorheriges Benehmen mit den Ortsverwaltungen.

4. Anträge auf bessere Beleuchtung der Stadtteile Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim werden zur Kenntnis genommen. Dabei war man allgemein der Meinung, daß in der Angelegenheit aus den gleichen Gründen, wie sie für Mainz gelten, vorerst nichts geschehen kann.

5. Ausstattung der Feldschützen mit Diensthunden. Die Verwaltungskonferenz ist mit einer entsprechenden Anregung des Herrn Bürgermeisters Hufschmidt einverstanden. Voraussetzung ist jedoch, daß Hunde überhaupt beschafft werden können.

//

6. Herr Bürgermeister Hufschmidt bringt verschiedene Anträge auf kostenlose Benutzung der Straßenbahn zur Kenntnis. Er berichtet auch über die Fälle, in denen jetzt schon die Straßenbahn unentgeltlich benutzt wird. Die Verwaltungskonferenz ist der Ansicht, daß die vorliegenden Anträge abzulehnen sind und daß es überhaupt nicht Sache der Straßenbahn sei, Vergünstigungen zu gewähren, die die Stadtwerke finanziell benachteiligen.

7. Die Telegraphenverwaltung will auf dem Schillerplatz eine Transformatorenstation einrichten. Die Konferenz empfiehlt, hierfür die unterirdische Anlage unter dem ehemaligen Freiheitsdenkmal gegen Zahlung einer Gebühr zur Verfügung zu stellen.

8. Herr Bürgermeister Dr. Dussen teilt mit, daß der Antrag auf Einrichtung eines Strandbades an dem Mombacher Ufer von dem Bauausschuß erneut mit 3 gegen 3 Stimmen abgelehnt worden sei. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Angelegenheit nunmehr nicht mehr weiter verfolgt werden soll.

9. Von Seiten der Wiesbadener Stadtverwaltung wird beabsichtigt, Bäume auf städtischen Grundstücken in Mainz-Kastel zu fällen. Das Vorhaben soll unter allen Umständen verhindert werden. Wenn Bäume gefällt werden können und sollen, dann kann dies nur durch die Stadtverwaltung Mainz als Eigentümerin veranlaßt werden.

10. Die Samenhandlung Kunze will die Erdgeschoßräume ihres Hauses in der Korbgasse für ihre ~~xxxxxxx~~ Geschäftszwecke wieder aufbauen. Wenn das nicht genehmigt werden kann, dann möchte sie auf dem Brand eine Holzbaracke aufstellen. Die Verwaltungskonferenz ist einmütig der Meinung, daß die Errichtung von Baracken auf dem Brand nicht gestattet werden kann, daß dagegen gegen die widerrufliche Genehmigung zum Wiederaufbau des Erdgeschosses des Kunz'schen Hauses in der Korbgasse ein Einwand nicht zu erheben ist.

11. 5 Bauern von Drais haben den Antrag gestellt, ihnen städtisches Gelände für Bauzwecke käuflich zu überlassen. Die Entscheidung auf diesen Antrag wird ausgesetzt. Die Kauflustigen sollen zunächst einmal nachweisen, daß sie die Möglichkeit haben, Bauten auf den gewünschten Grundstücken zu errichten.

12. Die Stadt hat die Möglichkeit, aus dem Klingelschmidt'schen Nachlaß Bücher zu erwerben. Ohne sich jetzt schon für den Erwerb auszusprechen, wünscht die Konferenz zunächst eine Schätzung des Wertes der für den Erwerb in Frage kommenden Bücher. Bevor ein Schätzer einen entsprechenden Auftrag bekommt, soll dieser eine Erklärung über die ihm gegebenenfalls zustehenden Schätzungsgebühren abgeben.

13. Herr Bürgermeister Maurer teilt mit, daß die Firma Reichert bereit sei, der Stadt einen Fordwagen gegen eine monatliche Zahlung von 80 RM mietweise zu überlassen. Eine endgültige Stellungnahme der Konferenz soll nach Vorlage des Mietvertragsentwurfs geschehen.

14. Herr Bürgermeister Maurer gibt Kenntnis von dem nunmehr vorliegenden Projekt über die Bauarbeiten für die Bau-und Kunstschule an der Suderstraße in Mainz-Mombach. Danach sollen sich die Kosten auf insgesamt etwa 261 600 RM belaufen. Die Angelegenheit wird

//

eingehend besprochen. Man war dabei allgemein der Meinung, daß d Stadt dem Bauvorhaben zustimmen sollte, wenn die Arbeiten materi und arbeitskraftmäßig tatsächlich sofort ausgeführt werden könne Es soll jedoch sofort noch geprüft werden, ob die notwendigen Kr dite aus dem außerordentlichen Haushaltsplan bereitgestellt werd können, es soll außerdem gleichzeitig das Land angegangen werden die Kosten zu übernehmen oder der Stadt zu ersetzen.

Z.B.

gez.: T r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 88

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 9. Dezember 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Röth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Piepar.

Tagesordnung:

1. Der Herr Oberbürgermeister teilt mit, daß am 15. Dezember 1947, vormittags 11 Uhr, eine Besichtigung der Brenner'schen Steinfabrik auf der Ingelheimer Au durch den Vorstand des Zweckverbands stattfinden soll und im Anschluß daran nachmittags eine Vorstandssitzung.

   In der Vorstandssitzung soll gefordert werden, daß in das Bauprogramm für das Jahr 1948 auch die Erstellung von 500 Wohnungen für den zivilen Bedarf als vordringlich aufgenommen wird und daß unbedingt auch die Anforderungen über die kleinen städtischen Instandsetzungsarbeiten und möglichst auch ein Teil der vorgesehenen größeren städtischen Bauausführungen in dem Programm berücksichtigt werden.

2. Nach der Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Maurer ist für die Erstellung der 500 Wohnungen im Jahre 1948 das Gebiet der GFZ-Kaserne vorgesehen. Die Konferenz wünscht, daß das Hochbauamt umgehend entsprechende Baupläne ausarbeitet und daß gleichzeitig Verhandlungen mit dem Militärbauamt als der Verwalterin des GFZ.-Kasernengebietes wegen Überlassung des Gebietes und der Bauruinen an die Stadt eingeleitet werden.

3. Der Bauunternehmer Pfeifer hat sich mit der städtischen Forderung, neben den für seine Betriebsangehörigen zu erstellenden Wohnungen etwa die gleiche Anzahl Wohnungen für den allgemeinen Wohnungsbedarf herzustellen, grundsätzlich einverstanden erklärt, er möchte jedoch 2/3 der insgesamt herzustellenden Wohnungen für seine Leute behalten. Die Konferenz ist der Ansicht, daß man von Pfeifer die Erstellung von 12 Wohnungen für seine Gefolgschaftsmitglieder und von 8 Wohnungen für den allgemeinen Wohnungsmarkt verlangen soll.

4. Herr Bürgermeister Hufschmidt trägt eine Eingabe vor, in der ein Erlaß von Wassergeld gefordert wird für einen Wasserverbrauch, der durch Zerstörung der Wasserleitung bei dem Fliegerangriff am 27. Februar 1945 herbeigeführt wurde. Die Stadtwerke sind der Ansicht, daß der Inhaber des Wassermessers den Wasserverbrauch bezahlen muß und daß es ihm zu überlassen ist, den Schaden beim

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 89

Kriegsschädenamt anzumelden. Die Konferenz teilt zwar den Standpunkt der Stadtwerke, schlägt aber vor, mit dem Gesuchsteller einen Vergleich abzuschließen, wobei ihm ein kleiner Nachlaß gewährt werden soll.

5. Die Verwaltungskonferenz beschließt, die städtische Beschaffungsstelle mit sofortiger Wirkung wieder dem Hauptverwaltungsamt anzugliedern.

6. Herr Amtmann Thesen hat gebeten, ihm den Gasherd der Hausmeisterwohnung käuflich zu überlassen. Die Konferenz kann dem Verkauf nicht zustimmen, ist aber mit der Überlassung des Herdes an Herrn Thesen gegen Zahlung einer Miete einverstanden.

7. Nach einer Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Hufschmidt beabsichtigt ein Privatunternehmer, in dem Gebiet der Alicekaserne eine Badeanstalt einzurichten. Es wird um Zuweisung der für den Betrieb erforderlichen Kohlen gebeten. Bei der Besprechung wurde festgestellt, daß bis jetzt noch keiner Badeanstalt in Mainz Kohlen zugewiesen werden konnten. Die Konferenz ist jedoch der Meinung, daß die Zuweisung von Kohlen bei allen in Frage kommenden Stellen (Gesundheitsamt, Regierung in Koblenz usw.) ernstlich betrieben werden soll. Sie hält zunächst die Feststellung für erforderlich, welche öffentlichen und privaten Badeanstalten in Mainz und in den eingemeindeten Stadtteilen betrieben werden könnten, wenn ihnen Brennmaterial zur Verfügung gestellt würde.

8. Herr Beigeordneter Köth regt an, eine Änderung der Sperrstunden für elektrischen Strom herbeizuführen. Die Sperrzeit von 4½ - 8 Uhr abends sei außerordentlich einschneidend für die Privathaushalte, wenn irgend angängig, solle man die Sperre auf andere Tagesstunden verlegen. Die Verwaltungskonferenz teilt zwar die Einwände des Herrn Beigeordneten Köth, bezweifelt aber, ob eine allseitig befriedigende andere Lösung gefunden werden kann. Auf jeden Fall sollen jedoch die Stadtwerke prüfen, ob nicht doch alsbald eine Verbesserung herbeigeführt werden kann.

9. Von Herrn Beigeordneten Köth wird ferner vorgeschlagen, den allgemeinen Ladenschluß am Samstag nachmittag wieder aufzuheben, damit die Personen, die die ganze Woche bis zur Dunkelheit in Arbeit ständen und nur den Samstag nachmittag frei hätten, in der Lage seien, ihre Einkäufe zu tätigen. Die Konferenz ist einmütig der Ansicht des Herrn Köth. Es soll sofort eine Regelung herbeigeführt werden, nach der die Geschäfte auch Samstags nachmittags bis 5 Uhr allgemein geöffnet sind.

10. Herr Beigeordneter Köth regt auch die Beleuchtung der Treppe an der Zerrossenstraße an. Zur Verhütung von Unfällen sei die Beleuchtung dringend notwendig. Die Stadtwerke sollen ersucht werden, die Angelegenheit zu prüfen und wenn möglich Abhilfe zu schaffen.

11. Nach einem gemeinsamen Beschluß des Finanz-und Fürsorgeausschusses soll auch in diesem Jahr die Bevölkerung wieder aufgefordert werden, Geldspenden für die von dem Fürsorgeamt durchzuführende Weihnachtsunterstützung zu leisten. Gegen schriftliche Aufforderung einzelner Bürger zur Leistung von Spenden wurden verschiedentlich Bedenken geltend gemacht, gegen einen allgemeinen Aufruf in der Zeitung wird jedoch kein Einwand erhoben.

Z.R.

gez.: T r a b l é .

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 2. Dezember 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Fieper.

Tagesordnung:

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einem Schreiben des Generalbaudirektors wegen des von dem Bäckermeister Bachmann ausgeführten Gebäudes. Die Sache soll, gegebenenfalls nach Rücksprache mit Herrn Bachmann, dem Stadtrat bekanntgegeben werden.

2. Die Aufstellung des Bebauungsplanes für Mainz und für Kastel war Gegenstand einer eingehenden Besprechung. Dabei wurde von dem Herrn Oberbürgermeister wiederum darauf hingewiesen, daß es nicht angängig sei, die Entwürfe des Hochbauamts als endgültige Bebauungspläne der Stadtverwaltung bekanntzugeben. Das Hochbauamt soll angehalten werden, seine Entwürfe unter Angabe der Gedankengänge baldigst der Verwaltung vorzulegen.

3. Herr Bürgermeister Dr. Dassen berichtet über einen Antrag auf Errichtung eines Strandbades in Mainz-Kombach. Der Antrag hat bereits dem Bauausschuß vorgelegen und ist von diesem abgelehnt worden. Die Angelegenheit wird erneut von Herrn Stadtrat Glückinger in Kombach betrieben. Dieser hat gebeten, die Angelegenheit nochmals im Bauausschuß zu beraten. Die Verwaltungskonferenz schließt sich der Ansicht des Herrn Dr. Dassen, daß der für das Strandbad vorgesehene Platz ungeeignet sei, an, empfiehlt aber, die Angelegenheit unter Zuziehung des Herrn Glückinger im Bauausschuß nochmals zu besprechen.

4. Herr Bürgermeister Hufschmidt berichtet über den immer gefährlicher werdenden Feldschutz. Die Verhältnisse lägen jetzt so, daß kein Feldschutzpersonal zu bekommen sei, daß auch die Landwirte den Selbstschutz eingestellt hätten und daß diese erklärten, ihre Felder nicht mehr zu bestellen, wenn keine Gewähr gegeben werde, daß sie auch selbst ernten könnten. Es wird empfohlen, die Verhältnisse in einem Bericht an die Landesregierung - Minister des Innern - zu schildern und darauf hinzuweisen, daß es unbedingt notwendig sei, die Feldschützen mit Waffen zu versehen.

5. Eine weiter von Herrn Bürgermeister Hufschmidt vorgetragene Angelegenheit wegen des Verfahrens für die Wohnungsvergebungen soll Herr Bürgermeister Hufschmidt mit Herrn Dr. Fieper besprechen und regeln.

gez.: T r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 90

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

Über die Verwaltungskonferenz vom 25. November 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Kufschmidt
Beigeordneter Röth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Bangen
Oberfinanzrat Trabié
Dr. Pieper.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Straßenbahnlinie Kastel-Kostheim. Es ist vorgesehen, am 29. November 1947 nachmittags 3 Uhr eine Probefahrt vorzunehmen. Dabei sollen auch verschiedene, die Vororte betreffenden Fragen besprochen werden. An der Probefahrt soll auch der Ausschuß für die Stadtwerke teilnehmen. Die Eröffnung der Bahn soll dann am 1. Dezember 1947 stattfinden.

2. Das Verhältnis zwischen den Herren Bürgermeister Maurer und Oberbaurat Joerg wird besprochen; eine Änderung soll alsbald herbeigeführt werden. Schon jetzt wird festgelegt, daß Herr Joerg von Sitzungen mit anderen Behörden, an denen er teilnehmen will, zuvor seinem Dezernenten Kenntnis gibt und diesen auch das Ergebnis der Besprechung mitteilt.

Dabei kam auch die Sprache auf den Vortrag Schnitthenner, der gehalten werden soll, bevor Oberbaurat Joerg einen Vortrag hält. Herrn Joerg soll davon Kenntnis gegeben und mitgeteilt werden, daß auch der Ältestenrat wünscht, daß er den vorgesehenen Vortrag im Verkehrsverein zurückstellt.

3. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von den Forderungen der Militärregierung in Koblenz bezüglich des Zweckverbandes für den Wiederaufbau.

4. Der Generalbaudirektor hat der Verwaltung Vorschläge über die Durchführung der Trümmerbeseitigungsarbeiten durch das Tiefbauamt unterbreitet. Die Konferenz ist der Ansicht, daß grundsätzliche Bedenken dagegen nicht geltend zu machen sind.

5. Der Herr Oberbürgermeister gibt ferner Kenntnis von dem neuen Dezernatsverteilungsplan der Militärregierung Rheinhessen.

6. Nach einem Schreiben von Professor Gruber Darmstadt will dieser sich noch weiterhin an den Stadtplanungsarbeiten beteiligen. Herrn Gruber soll darauf erwidert werden, daß vorläufig an ihn kein Auftrag erteilt werden kann, bevor die städtischen Körperschaften einen entsprechenden Beschluß gefaßt haben.

//

7. Die Schweizer Spende hat in dem Gebiet des Kurfürstlichen Schlosses eine Küche eingerichtet. Es soll festgestellt werden, wer die Kosten dafür bezahlt hat.

8. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einem an ihn ergangenes Ersuchen, einen Aufruf zu den Verhandlungen über den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der Herr Oberbürgermeister hat Bedenken, den Aufruf ohne weiteres zu unterzeichnen, da er seine Unterschrift ja nicht als Privatperson, sondern als Oberbürgermeister und Vorsitzender des Städteverbands geben soll. Die Konferenz teilt diese Bedenken und ist mit dem Herrn Oberbürgermeister der Ansicht, daß er die Angelegenheit zunächst mit dem Ältestenrat und mit dem Vorstand des Städteverbands besprechen soll.

9. Die Einrichtung einer zentralen Bibliothek für die gesamte Stadtverwaltung im Stadthaus wird für notwendig erachtet. Der Verwaltungsdirektor wird beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.

10. Herr Bürgermeister Maurer gibt Kenntnis von einem Baugesuch für ein Behelfsheim durch Josef Ohler in Gonsenheim. Der Bau soll auf städt. Gelände errichtet werden. Gegen das Vorhaben soll dann kein Einwand erhoben werden, wenn die Hälfte des Grundstücks völlig unbebaut bleibt. Vor der endgültigen Zustimmung soll die Ortsverwaltung Mainz-Gonsenheim gehört werden.

11. Der Unternehmer Dr. Pfleiderer ist mit seinen Mietzahlungen immer noch im Rückstand. Der Firma soll nunmehr eine Frist für eine endgültige Vereinbarung gesetzt werden.

12. Nach einem Vortrag des Herrn Bürgermeisters Dr. Dassen besteht Unklarheit in der Frage der Wiederinanspruchnahme von Familiengräbern durch die Friedhofsverwaltung. Die Konferenz ist einmütig der Meinung, daß vor Wegnahme der Gräber die Eigentümer in jedem Falle verständigt werden sollen.

gez.: T r a b l é .

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 91

Herrn Oberrechtsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 12.November 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr.Kraus,
Bürgermeister Kufschmidt,
Beigeordneter K ö t h ,
Bürgermeister a.D.Maurer,
Bürgermeister a.D.Dr.Dassen,
Oberrechtsrat Oppenheim,
Oberfinanzrat Trablé,
Dr.Pieper.

---

1) Demontage von Betrieben in der französischen Zone.

In der bekannt gegebenen Liste sind auch die Sauerstoffwerke Mainz aufgeführt. Es soll umgehend festgestellt werden, inwieweit durch die Demontage auch städtische Dienststellen in Mitleidenschaft gezogen werden. Die umgehenden Feststellungen sollen durch Herrn Direktor Vetter und Herrn Baurat Schmidt erfolgen.

2) Der Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einer Verfügung der französischen Militärregierung, wonach das Säuglingsheim und das Jugendheim sofort aus den Schulen zu entfernen und in das ehem. Wandererheim zu verlegen sind.

3) Behelfsbauten an der Ruderstrasse in Mainz-Mombach.

Der Ausbau einiger unfertiger Bauten wurde nochmals besprochen, wobei man sich wiederum mit der Ausführung der Arbeiten und Überlassung von Räumen an die Kunst-u.Gewerbeschule unter der Bedingung einverstanden erklärte, dass mindestens 8 Wohnungen für den allgemeinen Wohnungsbedarf erstellt werden.

Der Herr Baudezernent wird ersucht, alsbald Kostenanschläge vorzulegen, damit die Kredite angefordert werden können.

Die Errichtung von gewerblichen Betrieben neben den für die Schule zu erstellenden Räumen soll nicht zugelassen werden.

4) Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Baustoffbetriebe.

Die Konferenz ist der Ansicht, dass das Hochbauamt in dieser Sache nichts unternehmen, die Angelegenheit vielmehr dem Generalbaudirektor überlassen soll.

5) Herstellung des Römischen Kaisers.

Unter Berücksichtigung der von Direktor Ruppel geschilderten Verhältnisse wird die alsbaldige Herstellung des Gebäudes für notwendig erachtet. Die Baukosten sind vorläufig mit 160 000 RM veranschlagt. Nach Vorlegung von Plänen und eines endgültigen Kostenanschlag soll der erforderliche Kredit beim Stadtrat angefordert werden. Unabhängig davon sollen jedoch die Arbeiten, wenn irgend möglich, sofort in Angriff genommen werden.

6) Im Kurfürstlichen Schloss sind dem Römisch-Germanischen Zentralmuseum 2 Räume überlassen worden die geräumt werden müssen, bis das Dach wieder hergestellt ist. An Professor Dr.Behrens soll eine entsprechende Aufforderung ergehen.

7) Herr Dr.Dassen teilt mit, dass die Stadt verpflichtet sei, einigen Eigenheimfamilien Plätze zur Aufstellung ihrer Wohnwagen anzuweisen. Die Konferenz beauftragte die Liegenschaftsverwaltung mit der Erledigung der Angelegenheit. Die Liegenschaftsverwaltung soll Plätze aussuchen, die möglichst weit vom bewohnten Stadtgebiet entfernt liegen.

8) Der Firma Jckrath u.Drescher ist von dem Hochbauamt mitgeteilt worden, dass es den von der Stadt am Binger Schlag seinerzeit erworbenen Platz nicht bebauen könne; die Firma verlangt deshalb die Zuweisung eines anderen Platzes und wünscht das Gelände, das zur Verpachtung an die Fa.Reichert vorgesehen ist. Dieser Antrag soll abgelehnt werden. Die Bebauung des der Fa.Jckrath u.Drescher gehörigen Geländes soll nicht gehindert werden.

9) <u>Wiederaufbau der Kettelersiedlung.</u>

Die Verwaltungskonferenz nimmt Kenntnis von einer Verfügung der Landesregierung, nach der das Land die Übernahme der Bürgschaft für ein Darlehen an den Kettelerbauverein ablehnt und der Stadt die Übernahme der Bürgschaft überlässt.

Die Konferenz ist der Meinung, dass die Übernahme der Bürgschaft durch die Stadt bei der Sachlage nicht abgelehnt werden kann, dass jedoch daran die Bedingung zu knüpfen ist, dass der Stadt bei der Verwaltung des Kettelerbauvereins ein Mitwirkungsrecht eingeräumt wird und dass der Kettelerbauverein sich verpflichtet, Kriegsschadenzahlungen zur Abdeckung des neuen Hypothekendarlehens zu verwenden.

10) Erhöhung der Miete für Überlassung des kleinen und grossen Saales im Stadthaus.

Mit der vorgeschlagenen Erhöhung ist die Verwaltungskonferenz einverstanden.

11) Ausführung von Instandsetzungsarbeiten im Hause Kaiserstr.31.

Der Eigentümer des Hauses - Hr.Walter - hat wiederholt beantragt, die Kosten für neuerdings ausgeführte Instandsetzungsarbeiten in Höhe von etwa 3000 DM vorlageweise durch die Stadt zu begleichen. Der Antrag soll abgelehnt werden.

12) <u>Strassenbahn Kastel - Kostheim.</u>

Das Strassenbahnamt will den Strassenbahnbetrieb nur bis zum Gemeindehaus Kostheim durchführen, da die Durchführung des Betriebes durch die enge Strasse Rathaus - frühere Endstation - der Strassenbahnverwaltung bei dem ausserordentlich starken Autoverkehr ausserordentlich gefährlich erscheint.

Die Verwaltungskonferenz ist der Meinung, dass der Betrieb bis zur früheren Endstation durchgeführt werden soll,wenn es irgendwie angängig ist, Auf jeden Fall soll einmal ein Versuch gemacht werden.

Zur Beglaubigung:

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 93

Herrn Oberrechtsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 4.November 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr.Kraus,
Bürgermeister Hufschmidt,
Beigeordneter K ö t h ,
Bürgermeister a.D. Maurer,
Bürgermeister a.D. Dr.Dassen,
Oberrechtsrat Oppenheim,
Oberfinanzrat Trablé,
Dr.Pieper.

---

1) Betr.: Römischer Kaiser.

Es liegt ein Bericht des Herrn Direktor Ruppel über den Zustand des Hauses vor. Die Angelegenheit soll geprüft und es soll für Abhilfe gesorgt werden.

- Wiege -

2) Mit der Erhöhung der ~~weiteren~~ Gebühren im Schlachthof gemäss einer Anordnung der Regierung ist die Konferenz einverstanden.

3) Einem Antrag, dem Verband der Badeanstalten als Mitglied beizutreten, soll nicht entsprochen werden.

4) Mit Rücksicht auf verschiedentliche Eingriffe in Wohnungsverfahren wird festgelegt, dass, solange eine Sache schwebt, ein Eingriff von irgend einer Seite - auch Regierungspräsident - nicht zulässig ist. Einmischungen einzelner unzuständiger französischer Stellen sollen auch abgewiesen werden und es soll ein Befehl der Militärregierung in allen Fällen verlangt werden.

5) Bebauungsplan Grosse Bleiche - Ludwigstrasse.

Von dem Entwurf des Bebauungsplans wird Kenntnis genommen. Der Plan soll nunmehr dem Bauausschuß vorgelegt werden, möglichst mit einem Plan über das gesamte Altstadtgebiet, in dem noch ähnliche FluchtlinienÄnderungen kenntlich gemacht sind. Ferner soll geprüft werden, ob die Anlieger an den neuen Strassen nicht doch zu den Kosten des Geländeerwerbs und der Strassenherstellung herangezogen werden können, gegebenenfalls auf Grund eines Sondergesetzes.

6) Nach einer Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Maurer droht der Turm der Goetheschule einzustürzen. Er muss deshalb niedergelegt werden. Die Verwaltungskonferenz nimmt davon Kenntnis.

7) Nach der Mitteilung eines Offiziers der Militärregierung an das Fürsorgeamt soll das SAuglingsheim in der Eisgrubschule bis Ende November aus der Schule entfernt werden. Die Konferenz empfiehlt, eine schriftliche Weisung der Militärregierung zu fordern.

8) Herr Bürgermeister Maurer schlägt vor, für die Instandsetzung städtischer Gebäude, die mit einem Kostenaufwand bis zu 10 000 RM durchgeführt werden können, ein besonderes Materialkontingent von der Regierung in Koblenz und von dem Generalbaudirektor anzufordern.

./.

Für die nach Fertigstellung der im Bau begriffenen grösseren Wiederaufbauarbeiten durchzuführenden neuen Bauvorhaben soll für jeden Fall eine besondere Vorlage für die Genehmigung der Kreditanforderung sowie die rechtzeitige Anmeldung des Materialbedarfs beim Generalbaudirektor erfolgen.

9) Die Baufirma Pfeiffer, die im Hafen grössere Bauarbeiten ausführt hat sich bereit erklärt, in städtischen Wohngebäuden 12 Wohnungen für ihre Arbeiter herzustellen. Sie will den grösseren Teil der benötigten Baumaterialien selbst beschaffen und dadurch die Ausführung der Arbeiten überhaupt ermöglichen. Die Verwaltungskonferenz ist damit einverstanden, wenn die Fa.Pfeiffer sich verpflichtet, unter den gleichen Voraussetzungen noch weitere 8 bis 10 Wohnungen für den allgemeinen Wohnungsbedarf zu erstellen.

10) Aus Anlass der Vermietung von städtischem Gelände an die Firma Reichert (Opel) am Binger Schlag wird die Umlegung von Grundstücken vorgeschlagen. Bedenken gegen den Umlegungsplan bestehen nicht. Die Angelegenheit soll über die Liegenschaftsverwaltung den städtischen Körperschaften zugeleitet werden. Zuvor wird jedoch eine Prüfung der mit dem Eigentümer Dörr zu treffenden Vereinbarungen durch das juristische Dezernat empfohlen.

11) Behelfshäuser an der Türmstrasse in Mainz-Monbach.

Die Bau-und Kunstschule hat wiederum gebeten, ihr Teile der nicht fertiggestellten Bauten zum Ausbau für Zwecke der Schule zu überlassen. Die Schule will gegebenenfalls die Arbeiten, soweit irgend möglich, durch ihre Schüler ausführen lassen.
Die Verwaltungskonferenz ist damit grundsätzlich einverstanden. Die Schule soll jedoch erst wenn ein- ersucht werden, einen Teil der zu erstellenden Räume dem allgemeinen Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen.

Zur Beglaubigung:

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 95

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 28. Oktober 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Bassen
Oberfinanzrat Trablé
Drv Pieper.

1. Ausbau der Mainzer Universität. Aus Anlaß der Besprechung im Stadtrat wegen der übermäßigen Anansprucbnahme von Arbeitskräften und Baumaterialien für die Universität ist angeregt worden, die Universitätsbauten zu besichtigen und die Einzelheiten in einer gemeinsamen Sitzung des Bau-und Finanzausschusses zu besprechen. Die Besichtigung usw. soll in Kürze erfolgen.

2. Die Gesellschaft für elektrische Zugbeleuchtung, die sich in Mainz niederlassen möchte, benötigt einen Lager-und Arbeitsraum von etwa 300 qm und Büroräume von 120 - 150 qm. Sie hat sich an die Stadtverwaltung mit dem Ersuchen gewandt, ihr bei der Beschaffung der Räume behilflich zu sein. Die Aussprache ergab, daß zurzeit Vorschläge nicht gemacht werden können, es soll aber die Möglichkeit, der Firma zu helfen, geprüft werden.

3. Räumung von Schulsälen. Mit Rücksicht auf die von der Militärregierung verlangte Verlegung des Säuglingsheims usw. aus Schulgebäuden soll die Unterbringung dieser Einrichtungen in der Mainz Hebammenlehranstalt geprüft und ernstlich betrieben werden. Es wird vorgeschlagen, die Angelegenheit auch dem Zweckverband zur Beschlußfassung über die Dringlichkeit vorzutragen.

4. Der Automobil-Club will seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Er wünscht den Herrn Oberbürgermeister als Mitglied. Der Herr Oberbürgermeister hat kein persönliches Interesse, der Club soll sich an die einzelnen Persönlichkeiten direkt wenden.

5. Antrag der Betreuungsstelle für politisch, rassisch und religiös Verfolgte auf Gewährung freier Fahrt auf der Straßenbahn. Die Verwaltungskonferenz hat keine Bedenken gegen die Genehmigung des Antrags. Die Kosten darf jedoch nicht die Straßenbahn tragen.

6. Herr Bürgermeister Hufschmidt gibt Kenntnis von der neuesten Bestimmung, wonach Bürgermeister und Beamte nicht zu Ortsgerichtsvorstehern bestellt werden können. Es soll geprüft werden, wer diese Bestimmungen erlassen hat und ob sie zu Recht bestehen.

7. Die Zementwerke Weisenau haben beantragt, die Gebühr für das Wiegen von Zement auf der städtischen Brückenwaage zu ermäßigen. Die Konferenz ist mit der Ermäßigung nach dem Vorschlag II einverstanden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 96

8. Speisschiff Peller. Der Eigentümer der Ladung des Schiffes fordert von der Stadt eine Entschädigung für die aus dem Schiff entladenen Waren. Die Forderung soll abgelehnt werden, der Eigentümer soll seine Forderung als Kriegsschadenforderung anmelden.

9. Für die Räumung des Winterhafens werden Kosten in Höhe von 20 - 30 000 RM entstehen. Bevor in der Sache etwas geschieht, soll die Kostenfrage geprüft werden.

10. Dem Sportverein in Mainz-Kostheim sollen für seinen Sportplatz auf der Maraue ein Pachtsatz von 4 Pfg. pro qm berechnet werden.

11. In der Frage der Wiederinstandsetzung der Schiffsmühle ist die Konferenz der Ansicht, daß die Mühle nicht wieder instandgesetzt werden soll. Die Ruine soll dem Tiefbauamt überlassen werden.

12. Eine Aussprache über das Haus am Dom ergab die Notwendigkeit, die Frage der Verwaltung des Hauses und der Kosten der französischen Buchhandlung einer Prüfung zu unterziehen.

13. Das Hochbauamt hat sich mit seinem Schreiben vom 24. Oktober 1947 an den Vorsitzenden des Bauausschusses gewandt mit dem Antrag, der Bildung einer Kommission zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit von Baustoff-Fabriken zuzustimmen. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Entscheidung dieser Frage Sache der Verwaltung ist und daß den Amtsvorständen mitgeteilt werden soll, daß sie nicht unmittelbar mit dem Bauausschuß zu verkehren haben.

14. Die Frage der Fertigstellung der Holzmann-Bauten in Mainz-Wombach wurde eingehend besprochen. Für die Herstellung von 24 Wohnungen wird ein Kostenbetrag von 124 000 RM entstehen. Die Konferenz ist an sich der Ansicht, daß man die Fertigstellung der Bauten so rasch als möglich durchführen soll. Zuvor sollen jedoch die Eigentumsrechte geprüft werden. Gegen die Überlassung eines Teiles der Bauten an die Bau- und Kunstschule bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Zunächst soll jedoch noch festgestellt werden, ob der Generalbaudirektor die Ausführung der Arbeiten ermöglichen kann.

Herrn Oberstadtdirektor Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 21. Oktober 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter KStR
Bürgermeister a.D. Maurer
Bürgermeister a.D. Dr. Dassen
Oberrechtsrat Oppenheim
Dr. Pieper.

Tagesordnung.

1. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus macht der Verwaltungskonferenz Mitteilung von dem schweren Autounfall, den Herr Beigeordneter Dr. Schwahn zusammen mit Herrn Generalstaatsanwalt Dr. Peller auf einer Dienstfahrt erlitten hat. Durch diesen Umstand ist eine Verteilung der zum Dezernat des Herrn Dr. Schwahn gehörigen Dienstgeschäfte notwendig geworden. Angelegenheiten der Liegenschaftsverwaltung werden von Herrn Bürgermeister Dr. Dassen übernommen, während die Angelegenheiten des Städt. Krankenhauses, Fürsorgesachen usw. von Herrn Oberrechtsrat Oppenheim in Bearbeitung genommen werden, unter Zuweisung des juristischen Dezernats an Herrn Dr. Pieper.

2. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt von der Vorstellung beim neuen Gouverneur Kenntnis und macht gleichzeitig Mitteilung von einem an diesen gerichteten Schreiben, in welchem er die Sorgen, Nöte und Wünsche der Stadtverwaltung zum Ausdruck bringt, unter Hervorhebung der Selbstverantwortung und Selbstverwaltung.

3. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt von dem Programm des Großen Katholikentages Kenntnis, der im nächsten Jahr in Mainz abgehalten werden soll. Dieser Tage wird in den Räumen der Universität durchgeführt werden, wobei etwa 1000 Delegierte sich zu einer Großkundgebung im Hofe der Universität zusammenfinden werden. Die voraussichtliche Dauer des Katholikentages ist auf 3 Tage vorgesehen. Als Zeitpunkt ist der August 1948 in Aussicht genommen.

4. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt Kenntnis von den in Nr. 88 der Allgemeinen Zeitung - Ausgabe Mainz - vom 21. Oktober 1947 gemachten Ausführungen ("Kleine Fehde Wiesbaden-Mainz") betreffs Wohnungsbauten in Kostheim. Ein sachlicher Bericht soll dem Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden übermittelt werden, damit dieser in der dortigen Stadtverordnetenversammlung die Dinge klärt. Eine persönliche Fühlungnahme wird für zweckmäßig gehalten.

5. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus berichtet über ein durch Herrn Dr. Kirnberger (Westwaggon) vorgelegtes Schreiben, wonach die Gesellschaft für elektrische Zugbeleuchtung aus der russischen Zone in die französische Zone hereingenommen werden soll. Die Frage der Unterbringung wäre zu klären. Die Verwaltungskonferenz ist der Meinung, daß der Angelegenheit im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse näher getreten werden soll. Evtl. wäre zu prüfen, ob eine Unterbringung in den Hallen auf dem Großen Sand möglich ist. Herr Dr. Kirnberger soll darum ersucht werden, ein kurzes Programm vorzulegen, aus dem Einzelheiten ersichtlich sind.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 97

6. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt Kenntnis von einem Schreiben des Herrn Generalbaudirektor Imm bezüglich des Sofortbauprogrammes für den zivilen Sektor, wonach jegliche [illegible] Initiative auf dem zivilen Baumarkt auf die Dauer von 1 bis 2 Jahren ausgeschaltet werden soll, um die im Programm des Herrn Generalbaudirektor vorgesehenen Bauvorhaben vorwärtstreiben zu können. Die Verwaltungskonferenz ist der Meinung, daß ein derartiger Beschluß bei dem Stadtrat keinesfalls herbeigeführt werden könne, es sei schlechterdings unmöglich, auf diese Art und Weise jede private Bautätigkeit für die nächste Zeit abzudrosseln, vielmehr sei es dringend erwünscht und erforderlich, daß der privaten Bautätigkeit jede nur irgendwie mögliche Unterstützung zuteil werden müsse. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus schlägt vor, die Angelegenheit in gemeinsamen Besprechungen mit dem Herrn Generalbaudirektor einer Klärung zuzuführen. Herr Bürgermeister Dr. Dassen weist in diesem Zusammenhang noch darauf hin, daß es erforderlich sei, bei der Landesregierung Koblenz Baustoffe für den zivilen Sektor freizubekommen.

7. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt davon Kenntnis, daß der Leiter des Besatzungsamtes, Herr Klosemann, auf Anordnung der Militärregierung spätestens bis zum 1. November 1947 nicht mehr tätig sein dürfe. Herr Klosemann ist zu einer eingehenden Stellungnahme bereits angewiesen worden.

8. Herr Beigeordneter Röth berichtet, daß im Cafe Corso zeitweise Proben des Theaterorchesters durchgeführt werden. Der Vorgenannte ist der Meinung, daß der Vertrag Klee dahin maßgeblich sei, ob diese Proben daselbst durchgeführt werden könnten. Die Angelegenheit soll noch überprüft werden.

9. Herr Bürgermeister Maurer berichtet zu der Angelegenheit hinsichtlich der vorgesehenen Stellungnahme der einzelnen Dezernate zu den dringendsten Bauvorhaben (Wohnungsbau, Kriegsschadenbeseitigung). Diese Stellungnahmen im einzelnen sollen zu einem Sofortprogramm führen, das über den städtischen Bauausschuß an den Vorstand des Zweckverbandes weitergeleitet werden soll.

10. Herr Bürgermeister Maurer berichtet über das Weinlagergebäude im Hafen - Kimpel. Kostenvoranschlag und Pläne sollen dem Bauausschuß in Vorlage gebracht werden. Ebenso gibt Herr Bürgermeister Maurer davon Kenntnis, daß auf die Anfrage der räumlichen Unterbringung der Landesregierung hier in Mainz eine Antwort bis jetzt noch nicht eingegangen ist.

11. Herr Oberregierungsrat Oppenheim berichtet darüber, daß eine neue Verkaufsstelle für Theaterkarten an die Firma Krenz vergeben werden soll. Als Vergütung [illegible] für den Vertrieb dieser Karten sind 5% vorgesehen. Die Verwaltungskonferenz stimmt diesem Antrag zu. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus ersucht noch um Feststellung, ob der angeführte Satz von 5% ortsüblich und angemessen sei. Im weiteren berichtet Herr Regierungsrat Oppenheim über die Lehrmittelfreiheit in Volksschulen. Falls diese gewährt werden, müsse ein Jahresbetrag von 102000 RM zur Verfügung gestellt werden. Das gesamte Material soll Herrn Oberfinanzrat Frahlé (Finanzverwaltung) zur Prüfung vorgelegt werden.

12. Herr Bürgermeister Dr. Dassen berichtet über die Beschädigung einer Feuerschutzleiter, die durch das fahrlässige Hantieren mehrerer Minderjähriger beschädigt worden sei. Die betreffenden Eltern sollen für den entstandenen Schaden verantwortlich gemacht und zu den Kosten herangezogen werden. Sobald die Höhe

//

der Reparaturkosten feststeht.

13. Herr Bürgermeister a.D. Dr. Dassen berichtet, daß 12 bis 16 Mann für die Übernahme von Gartenanlagen (Garten- und Friedhofsamt) benötigt werden. Es soll dem Finanzausschuß davon Mitteilung gemacht werden. Sondermittel dürfen keine in Anspruch genommen werden.

14. Herr Bürgermeister Dr. Dassen berichtet über Inanspruchnahme des Rheinhafens (Rheinufer) durch Beschlagnahme. Die Frage der Entschädigung durch Beschlagnahme soll durch das Besatzungsamt geklärt werden.

15. Herr Dr. Pieper gibt Bericht von der seit längerem anhängigen Wohnungsangelegenheit von Nove, Mainz-Weisenau. Die durch das Städt. Wohnungsamt beabsichtigte vorläufige Umquartierung des Herrn v. Nove sen. soll durchgeführt werden, um die Angelegenheit einer alsbaldigen Bereinigung zuzuführen.

16. Herr Bürgermeister Hufschmidt berichtet darüber, daß die Ortsverwaltung Dienbach von einigen Ziegenhaltern ersucht worden sei, die Haltung eines Ziegenbockes auf Gemeindekosten durchzuführen. Herr Ortsvorsteher Weingärtner soll wegen der diesbezüglichen Kosten um nähere Angaben ersucht werden. Die Verwaltungskonferenz ist der Meinung, daß es nicht angängig sei, solche Kosten ohne weiteres zu gemeindlichen Lasten zu nehmen.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 99

Herrn Oberrechtsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 7.Oktober 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr.Kraus,
Bürgermeister Hufschmidt,
Beigeordneter Dr.Schwahn,
Bürgermeister a.D.Dr.Dassen,
Oberrechtsrat Oppenheim,
Oberfinanzrat Trablé.

Tagesordnung:

1) Die Frage der Benennung von Sachverständigen für Städtebau im Beirat des Zweckverbandes wird besprochen, ohne dass ein Beschluß gefasst wurde.

2) In der Frage der Errichtung von Hochhäusern an der Wallstraße besteht immer noch keine Klarheit über den Träger des Unternehmens, die Finanzierung usw. Die Konferenz hält es für notwendig, hierüber Aufklärung zu schaffen, auch festzustellen, inwieweit die Stadt durch Kosten für die Versorgungsanlage, Kanäle usw.belastet wird.

3) Die vorübergehend betriebene Schiffsverbindung mit Kastel-Kostheim soll mit allen Mitteln wieder herbeigeführt werden.

4) Mit Rücksicht auf die von verschiedenen Seiten beabsichtigte Errichtung von Bauten in der Gemarkung Hechtsheim unmittelbar an der Gemarkungsgrenze Mainz soll der Frage der Ausgemarkung von Teilen der Gemarkung Hechtsheim erneut näher getreten werden. Die vom Tiefbauamt für Vermessungsvorarbeiten angeforderten Kosten von 2000 RM sollen bereitgestellt werden. Es wird empfohlen, die Frage der Ausgemarkung mit Vertretern der Gemeinde Hechtsheim zu besprechen.

5) In dem Hause Gaustrasse 65 sollen einige Wohnungen wegen Baufälligkeit geräumt werden. Die Räumung ist zurzeit aber nicht möglich, da keine Ersatzwohnungen vorhanden sind. Die Konferenz ist der Meinung, dass evtl. Evakuierungen durchgeführt werden müssten.

6) Die Fa.Walter u.Co.hat den Vorschlag gemacht,Trümmer-Baugrundstücke im Tausch gegen unbebautes Gelände abzugeben. Grundsätzliche Bedenken gegen diesen Vorschlag sind nicht zu erheben, vorausgesetzt wird jedoch, in allen derartigen Fällen, dass das Gelände für einen gewerblichen Betrieb unbedingt benötigt und nicht etwa für Spekulationszwecke verwendet werden soll.

7) Es besteht die Absicht, auf die geplanten Garagenbauten im Krankenhaus noch ein Geschoss aufzubauen zur Unterbringung von Bediensteten und zur Schaffung von Speise-und Aufenthaltsräumen. Die Konferenz ist damit grundsätzlich einverstanden. Umgehende Vorlage von Plänen, nach Prüfung der Möglichkeit der Materialbeschaffung, wird erwartet.

Zur Beglaubigung:

Trabl

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 100

Herrn Oberrechtsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 1.Oktober 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr.Kraus,
Bürgermeister Hufschmidt,
Beigeordneter Dr.Schwahn,
Beigeordneter Roth,
Bürgermeister a.D.Maurer,
Bürgermeister a.D.Dr.Dassen,
Oberrechtsrat Oppenheim,
Oberfinanzrat Trabld.

Tagesordnung:

1) **Zweckverbandssitzung am 29.September 1947.**

   Der Oberbürgermeister berichtete kurz über den Verlauf der Sitzung und gibt dabei die neuesten Anforderungen der Besatzungsbehörde für Büro-und Wohnungsbauten in der Kathen-Kaserne bekannt ferner die Forderung der Militärbehörde, die Kosten des Büros Lots auf den Zweckverband zu übernehmen.

2) Die beabsichtigte Reform der Bauverwaltung und des Wiederaufbauamtes wird grundsätzlich - ohne Beschlußfassung - besprochen.

3) Herr Bürgermeister Hufschmidt gibt bekannt, dass auch in Mainz-Weisenau die spinale Kinderlähmung aufgetreten sei und dass die erforderlichen Massnahmen getroffen wurden.

4) Von Herrn Bürgermeister Hufschmidt wird ferner mitgeteilt, daß neuerdings wiederum die Ablieferung des Freibankfleisches gefordert werde. Die Konferenz ist der Ansicht, dass, bevor der Forderung entsprochen wird, bei den anderen Schlachthofverwaltungen angefragt werden sollte, wie die Angelegenheit dort gehandhabt wird.

5) Herr Bürgermeister Dr.Dassen macht nähere Mitteilung über die Einrichtung eines Küchenbetriebes im Hafen.

6) Auf Vortrag des Herrn Regierungsrats Oppenheim erklärt sich die Verwaltungskonferenz mit dem Ankauf von Röbeln von den Erben Claus aus Mitteln der Stiftung einverstanden.

7) Für das geplante Konzert Gieseking sollen 2000 RM beim Theater zur Verfügung gestellt werden.

8) Anläßlich der Umbauarbeiten im Hafen hat sich die Zweckmäßigkeit des Ausbaues von Mieträumen ergeben, die Mehraufwendungen von 30 000 RM erfordern. Der Kredit soll bei den städtischen Körperschaften angefordert werden.

Zur Beglaubigung:

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 101

Herrn
Oberreichsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 2. September 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Bürgermeister a.D. Dr. Dansen
Oberregierungsrat Oppenheim
Dr. Pieper.

Tagesordnung:

1. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus teilt mit, daß sich nach dem ihm zugegangenen Schreiben die jüdische Gemeinde neu gebildet habe. Herr Grünfeld sei Vorsitzender.

2. Der Vorsitzende des Bundes der Kriegsblinden und Körperversehrten ist nach Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Kraus schriftlich um Unterstützung des Bundes an die Stadtverwaltung herangetreten. Da dieser Bund erst im Bestehen begriffen sei, wäre er im Interesse seiner Bundesmitglieder auf eine Beihilfe durch die öffentliche Hand angewiesen. Es soll in Erwägung gezogen werden, diesem Bund eine einmalige Beihilfe in Höhe von 250.-- RM aus dem Dispositionsfonds zu gewähren.

3. Herr Bürgermeister Maurer berichtet über die Wiederherstellung und Verwendung des Kurfürstlichen Schlosses. Erstes Erfordernis sei, daß für das beschädigte Schloß das Dach erstellt werde. Über die künftige Verwendungsmöglichkeit ist die Verwaltungskonferenz einmütig der Auffassung, daß die Räume des Schlosses nach ihrer Wiederherstellung lediglich idealen Zwecken zur Verfügung gestellt werden müßten. Für Bürozwecke komme das Schloß keinesfalls in Frage.

4. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus legt eine Stellungnahme des Herrn Bürgermeisters Dr. Dansen über die Umbenennung von Straßen der Stadt Mainz vor. Als Ergebnis der gegenseitigen Aussprache wurde hervorgehoben, daß eine Feststellung erforderlich sei, auf welchen Namen man sich festlegen wolle. Ferner solle das Tiefbauamt zusammen mit der Stadtbibliothek eine Aufstellung darüber machen, welche Umbenennungen in Betracht zu ziehen seien, insbesondere im einzelnen darzulegen, welche Namen als durch die Zeitverhältnisse umstritten zu gelten hätten. Nach diesen Vorarbeiten soll sich der Kulturausschuß mit der Angelegenheit befassen.

5. Die Personalsache Kröller wird von Herrn Oberbürgermeister Dr. Kraus vorgetragen. Die Verwaltungskonferenz ist einmütig der Auffassung, daß Kröller weiterbeschäftigt werden könne, daß aber eine Versetzung zu erfolgen habe.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 102

6. Ebenso ist die Personalsache **S c h e t t l e r** Gegenstand einer Besprechung. Auch hier wird eine Versetzung vorgeschlagen. Eine Weiterbeschäftigung soll gleichfalls in Erwägung gezogen werden. Ob diese auf die Dauer erfolgen könne, hänge von der weiteren Führung des Wettig ab.

7. Entwurf einer Dienstanweisung für die Stadtwerke wird durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Kraus vorgelegt. Die Verwaltungskonferenz erklärt sich mit Form und Inhalt dieser Dienstanweisung einverstanden, unter Berücksichtigung der von Bürgermeister Hufschmidt und Oberfinanzrat Trabld vorgeschlagenen Abänderungen.

8. Herr Bürgermeister Maurer berichtet über den Antrag **S c h a n z**, der die Geländezuweisung an der Hartenbergstraße in der Nähe des Schlachthofes zum Gegenstand hat. Die Angelegenheit soll einer nochmaligen Überprüfung unterzogen werden.

9. Ebenso berichtet Herr Bürgermeister Maurer über den Antrag der Ruder-Gesellschaft Kastel (Herr Meckwolf) über die Erstellung eines Bohlenbelages. Die vertraglichen Verhältnisse sollen zunächst einer Klärung zugeführt werden, bevor zu dem Antrag Stellung genommen werden kann.

10. Das Bauprogramm für die Instandsetzung der öffentlichen Gebäude wird von Herrn Bürgermeister Maurer vorgetragen. Der Genannte schlägt, um diesem Programm Fortgang geben zu können, die Aufstellung einer Dringlichkeitsliste vor, die eine Trennung nach stadteigenen und anderen Gebäulichkeiten zum Gegenstand hat. Soweit die Stadteigenen Gebäulichkeiten instandzusetzen sind, sollen diese nach Dezernaten unterteilt und jeweils dahin einer Prüfung unterzogen werden, welche Arbeiten als vordringlich anzusehen sind. Eine solche Liste sieht Prioritätsstufen vor. Die einzelnen Dezernate sollen insbesondere im eigenen Interesse in dieser Hinsicht eine Vorprüfung unternehmen. Kleinere Sachen sollen herausgezogen und in kürzester Frist ihrer Erledigung durch Instandsetzung zugeführt werden.

11. Anfragen der Frankfurter Neuen Presse, die Herr Bürgermeister Dr. Dassen zur Kenntnis bringt, sollen der Pressestelle zur Erledigung zugewiesen werden.

12. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn berichtet über den Antrag Ickstadt (Baugelände in der Großen Bleichstraße 27). Die Verwaltungskonferenz stimmt dem Antrag Ickstadt auf Überlassung des vorgenannten Geländes zu gegen Tausch eines Grundstücks in der Löhrgasse 27 und Fürstenbergerhofstraße 15. Die Überlassung soll ohne Herauszahlung erfolgen.

13. Herr Bürgermeister Hufschmidt berichtet über einen Antrag der Pensionäre der Straßenbahn, die um die freie Benutzung der Straßenbahn bitten. Die Angelegenheit soll der Deputation vorgelegt werden.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 103

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 29. August 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Küth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trabié
Dr. Pieper.

Tagesordnung:

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von der Forderung der Militärregierung, Baurat Tinnemeyer sofort aus dem städtischen Dienst zu entlassen. Die Angelegenheit wurde näher besprochen und dabei von Herrn Bürgermeister Maurer mitgeteilt, daß nunmehr bei Oberbaurat Joerg die Absicht bestehe, die Weiterbeschäftigung des Herrn Tinnemeyer dadurch zu ermöglichen, daß dieser in ein Dienstverhältnis zu dem Architekten Schütz übertrete und daß Herr Schütz den Herrn Tinnemeyer mit Arbeiten für das Hochbauamt betraue. Der Herr Oberbürgermeister behält sich eine Prüfung dieser Regelung vo

2. In der Frage der Erhaltung wertvoller Bauteile bei der Entrümmerung bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen Generalbaudirekto Imm und Dr. Ahrens. Herr Imm beklagt sich, daß ihm nicht rechtzeitig die Pläne über die zu erhaltenden Bauteile vorgelegt worden seien. Herr Regierungsrat Oppenheim wird ersucht, die Angelegenhei mit Herrn Dr. Ahrens zu klären.

3. Der Herr Oberbürgermeister teilt mit, daß nunmehr das Telehaus und das Haus Woolworth fertiggestellt seien. Es stehe zurzeit aber noch nicht fest, welche französischen Dienststellen von Baden-Baden und von Koblenz nach Mainz kämen. Wie mitgeteilt worden sei, seien Teile des Woolworth-Gebäudes für die Journalisten-Hochschule vorgesehen. In der Angelegenheit kann städtischerseits zunächst nicht geschehen.

4. Der Herr Oberbürgermeister gibt ferner Kenntnis von den in der letzten Sitzung des Notstandsausschusses gestellten Forderungen an die Militärregierung und bemerkt dazu, der Herr General sei der Ansicht, daß den größeren Städten sofort die benötigten Kartoffelmengen zur Einkellerung überwiesen werden müßten. Bei der Aussprache über diesen Gegenstand war man allgemein der Meinung, daß auch städtischerseits gefordert werden solle, daß schon mit Rücksicht auf die Transportschwierigkeiten und die Frostgefahr im Winter die größeren Städte, insbesondere Mainz, vor den kleineren Städten und Landgemeinden die zur Einkellerung festgesetzte Kartoffelmenge erhalten müßten.

//

5. Von Herrn Bürgermeister Hufschmidt werden verschiedene Wünsche der Straßenbahner, insbesondere wegen der Gewährung von Leistungszulagen, vorgetragen. Während der Herr Oberbürgermeister die Ansicht vertrat, daß die Frage der Gewährung von Leistungszulagen bei der demnächstigen Neuregelung der Löhne zwischen Arbeitgeber-und Arbeitnehmerverband erledigt werden müsse, war Herr Beigeordneter Röth der Meinung, daß die Regelung auf Grund des bestehenden Tarifvertrages möglich sei. Die Angelegenheit soll näher geprüft werden.

6. Eine längere Aussprache fand wegen der Aufnahme des Straßenbahnbetriebs Kastel-Kostheim statt. Die Aufnahme des Betriebs scheitert nach der Mitteilung des Herrn Hufschmidt nur noch an dem Mangel an Personal. Man war übereinstimmend der Meinung, daß sofort alles geschehen müsse, um das Hindernis zu beseitigen, insbesondere soll die Einstellung von weiblichem Personal betrieben werden. Die Bedenken gegen die Beschäftigung von weiblichen Schaffnern könne man dadurch mildern, daß man das weibliche Personal auf weniger stark benützten Strecken beschäftige.

7. Herr Bürgermeister Hufschmidt gibt bekannt, daß Baurat Schmitt von Maschinenamt in Kürze sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der Stadt begehe. Er schlägt vor, Herrn Schmitt bei dieser Gelegenheit zu befördern. Der Herr Oberbürgermeister erklärt dazu, daß wegen der derzeitigen Beförderungssperre dem Antrag jetzt wohl nicht nähergetreten werden könne. Er empfiehlt aber, einen schriftlichen Antrag vorzulegen.

8. Von Herrn Bürgermeister Hufschmidt wird ferner vorgetragen, daß bei der Wiederherstellung der Eisenbahnbrücke 2 Wasserleitungsrohre in diese eingebaut werden müßten, die Kosten würden sich auf etwa 100 000 RM belaufen. Wegen der längeren Lieferfrist sei für die Rohre sei es notwendig, daß der Lieferauftrag umgehend erteilt werde. Die Verwaltungskonferenz ermächtigt die Stadtwerke, die Rohrlieferung vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung durch die städtischen Körperschaften sofort zu vergeben.

9. Die Verwaltungskonferenz erklärt sich auch damit einverstanden, daß die in einem Bericht der Stadtwerke bezeichneten Lieferungen für die Erweiterung der Telefonzentrale alsbald vergeben und die geforderte Anzahlung sofort geleistet wird. Im übrigen soll die Angelegenheit dem Verwaltungsausschuß für die Stadtwerke in seiner nächsten Sitzung unterbreitet werden.

10. Nach einer Mitteilung des Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn soll das Krankenhaus den vertrauensärztlichen Dienst der Krankenversicherungen übernehmen. Eine finanzielle Belastung der Stadt entsteht dadurch nicht, es werden im Gegenteil Einnahmen erzielt. Die Verwaltungskonferenz ist einverstanden.

11. Um die Stelle des Apothekers im Krankenhaus haben sich verschiedene Personen beworben. Einige Bewerber sind politisch unbelastet, werden jedoch von den Krankenhausärzten aus verschiedenen Gründen nicht vorgeschlagen. Zur engeren Auswahl verbleiben 2 Bewerber,

11

die beide belastet sind. Von diesen wird ein Dr. Haberstock in Idar-Oberstein von den Ärzten in Vorschlag gebracht. Er soll kein Beamter, sondern als Angestellter eingestellt werden. Die Verwaltungskonferenz empfiehlt, die Angelegenheit zunächst in dem Verwaltungsausschuß für das Krankenhaus zu behandeln.

12. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn teilt mit, daß Herr Dr. Pfeiffer von der Universitätsklinik geklagt habe, daß während einer Gehirn-Operation plötzlich der Strom abgestellt worden sei, sodaß er die Operation nicht habe durchführen können. Die Angelegenheit sei auch wegen der Haftpflicht außerordentlich ernst, in irgendeiner Form müsse man Abhilfe für die Zukunft schaffen. Von Herrn Bürgermeister Hufschmidt wurde dazu erklärt, daß eine Störung in der Stromlieferung nur ausgeschlossen werden könne, wenn man ein Notaggregat herstelle. Die Herstellung sei an sich durchführbar, koste aber viel Geld. Herr Hufschmidt wird gebeten, die Angelegenheit mit den Stadtwerken zu besprechen, auch darauf hinzuwirken, daß, soweit irgend möglich, das Krankenhaus von einer notwendigen Einstellung der Stromlieferung zuvor telefonisch benachrichtigt werde.

13. Der Kreisstelle für Sanitäts-und Hilfsdienst sind im Krankenhaus einige Räume überlassen worden, für die eine Miete angefordert wurde. Es wird um unentgeltliche Überlassung der Räume gebeten. Die Verwaltungskonferenz ist der Ansicht, daß es der Stadt bei ihrer derzeitigen Finanzlage nicht möglich ist, auf die Einnahme zu verzichten. Die Angelegenheit soll gegebenenfalls dem Finanzausschuß vorgetragen werden.

14. a) Die Universität will im Krankenhaus eine Zahnklinik einrichten, durch die auch die zahnärztliche Betreuung der Schulkinder erfolgen soll. Nach einer Mitteilung des Herrn Dr. Schwahn sind im Krankenhaus Räume dafür nicht vorhanden, die Universität will sich deshalb zunächst mit dem Vincens-Hospital in Verbindung setzen. Die Verwaltungskonferenz nahm davon Kenntnis, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß gegebenenfalls die zahnärztliche Pflege der Schulkinder in dem früheren Umfange gesichert werden müsse.

b) In der Frage der allgemeinen ärztlichen Betreuung der Schulkinder hat Herr Dr. Schwahn die Absicht, die Mainzer Ärzte zur Übernahme der Betreuung im Nebenamt anzugehen.

15. Herr Regierungsrat Oppenheim hat gegen die dem Theater angeforderte Miete für die Räume im Stadthaus in Höhe von 1800 RM Einspruch erhoben. Auf Grund einer Prüfung durch die Preisstelle für Miet- und Pachtsachen soll die Miete nunmehr auf 1200 RM, ohne Licht und Heizung, pro Monat herabgesetzt werden.

16. Eine auswärtige Gesellschaft hat der Stadt angeboten, die Stadthalle wieder aufzubauen und den Betrieb zu übernehmen. Sie verlangt die Überlassung des Gebäudes in dem jetzigen Zustand auf eine Dauer, in der es ihr möglich ist, die Baukosten zu tilgen. An die Stadt will sie lediglich eine Anerkennungsgebühr bezahlen.

Die Verwaltungskonferenz ist damit einverstanden, daß mit der Firma verhandelt wird, dann will sie endgültig Stellung nehmen.

//

17. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn gibt bekannt, daß der Generalbaudirektor Imm die Überlassung von städtischem Gelände an einen bei der Trümmerbeseitigung eingesetzten Privatunternehmer gegen eine Pachtzahlung beanstandet habe. Imm sei der Meinung, daß man der Firma das Gelände kostenlos zur Verfügung stellen müsse. Die Verwaltungskonferenz kann dem Standpunkt des Herrn Imm nicht beitreten, sie ist vielmehr der Ansicht, daß die hier in Frage kommende Firma wie jeder andere Unternehmer einen entsprechenden Pachtbetrag zahlen müsse.

18. Die Angelegenheit der Überlassung von Baugelände an der Karl-Weiser-Straße an verschiedene Bewerber kam erneut zur Sprache. Dabei wurde von Herrn Dr. Schwahn erklärt, daß sich der Bauausschuß mit der Sache beschäftigt, aber einen nicht ganz klaren Beschluß gefaßt habe, insbesondere habe er sich nicht darüber geäußert, ob er mit der Errichtung eines festen Baues einverstanden sei. Bei der Aussprache war man allgemein der Meinung, daß nur eine widerrufliche Verpachtung auf etwa 25 Jahre in Frage kommen könne und daß eine Forderung in Bezug auf die Art der Bauausführung städtischerseits nicht gestellt werden soll. Den beiden Bewerbern Ritz und Beck soll hiernach die Verpachtung unter der Voraussetzung zugesagt werden, daß sie innerhalb einer bestimmten Frist die baupolizeiliche Genehmigung zur Errichtung der Wohnhäuser vorlegen.

19. Herr Dr. Dassen teilt mit, daß politische Parteien Aushängekasten an verschiedenen Gebäuden in der Stadt anbringen wollten, für die sie nach der Gebührenordnung eine Gebühr von 2 - 15 RM zu entrichten hätten. Die Parteien wollten aber nichts bezahlen. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Gebühr nicht erlassen werden soll.

20. Herr Dr. Dassen gibt ferner bekannt, daß das Hochbauamt an verschiedene Hauseigentümer an der Uferstraße die Forderung gestellt habe, ihre Häuser nicht mehr in der früheren Höhe, sondern in einer geringeren Höhe wieder aufzubauen. Die Konferenz ist mit Herrn Dr. Dassen der Ansicht, daß eine Beschränkung der Bauhöhe nur gefordert werden kann, wenn dies in einer Ortsbausatzung vorgeschrieben sei.

21. Herr Dr. Dassen trägt vor, daß von einem Haus in der Langgasse die Außenmauern noch ständen und daß der Eigentümer mit der Niederlegung dieser Mauern nur einverstanden sei, wenn ein Sachverständiger feststelle, daß die Mauern nach 3-4 Jahren für den Wiederaufbau nicht mehr verwendet werden könnten. Als Sachverständiger wird Architekt Schütz gewünscht. Die Konferenz ist damit einverstanden, daß Herr Schütz mit der Abgabe eines Gutachtens auf Kosten der Stadt beauftragt wird.

22. Von Herrn Dr. Dassen wird ferner mitgeteilt, daß die Feuerwehr die Möglichkeit habe, einen Wassertank zu beziehen, der etwa 30 000 RM koste. Die Konferenz ist damit einverstanden, daß städtischerseits bei der Landesregierung in Koblenz, die über die Tanks verfüge, das Interesse der Stadt für einen Tank erklärt wird. Dabei soll aber die endgültige Übernahme eines Tanks von der Bereitstellung der Mittel durch die städtischen Körperschaften vorbehalten werden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 107

23. In der Frage der Beseitigung von Bomben durch Explosion an Ort und Stelle hat die Haftpflichtgemeinschaft die Anerkennung eines Schadensersatzes abgelehnt. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn ist mit der Haftpflichtgemeinschaft der Ansicht, daß eine Haftpflicht der Stadt nicht in Frage komme, wenn alle notwendigen Vorsichtsmaßregeln ergriffen würden. Etwaige Schadensansprüche sollen deshalb abgelehnt und die Antragsteller gegebenenfalls auf den Rechtsweg verwiesen werden.

24. In der Gaustraße stehen 2 Häuser, die nach der Mitteilung des Herrn Dr. Dassen sich in einem Zustand befinden, daß sie zusammenbrechen können. Das eine Haus soll auch keinen Abort besitzen, wodurch Zustände entstanden seien, die nicht bestehen bleiben könnten. Die Konferenz ist der Meinung, daß die Baupolizei die Angelegenheit prüfen, auch wegen der Erstellung von Aborten das Notwendige veranlassen werde. soll.

25. Der Caritasverband hat an die Stadt das Ersuchen gerichtet, ihm Räume in der Kunsthalle für eine Ausstellung zu überlassen. Die Verwaltungskonferenz kann der Überlassung der gesamten Räume nicht zustimmen, hat aber keine Bedenken, wenn der 1. Stock dem Verband überlassen wird.

26. Über die Instandsetzung des alten israelitischen Friedhofs an der Mombacherstraße fand eine Aussprache statt, wobei die Herstellung der Umzäunung als dringend notwendig bezeichnet wurde. Bevor in der Sache ein Beschluß gefaßt wird, soll festgestellt werden, welche Kosten entstehen. Herr Bürgermeister Hufschmidt schlägt vor, auch den israelitischen Friedhof in Weisenau alsbald wieder instand zusetzen.

27. Eine Firma, die bei der Erstellung des Verwaltungsgebäudes im Hafen eingesetzt ist, beschäftigt eine größere Anzahl von Arbeitern, die in der Gegend von Limburg wohnen und täglich mit einem Omnibus bezw. Lastkraftwagen nach und von Mainz befördert werden. Der Unternehmer verlangt die Übernahme der Beförderungskosten durch die Stadt. Die Konferenz erklärt sich bei der Sachlage mit der Übernahme der Kosten einverstanden.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 108

Herrn Regierungsrat Oppenheimer

Niederschrift

Über die Verwaltungskonferenz vom 26. August 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Röth
Bürgermeister a.D. Maurer
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trabld
Dr. Pieper.

Tagesordnung:

1. Instandsetzung der Barackenbauten am Viehweg in Mainz-Kostheim. Unter Anerkennung der Notwendigkeit und Dringlichkeit der Instandsetzung der Barackenbauten soll beim Stadtrat beantragt werden, einen Kredit von 70 000 RM bei U.A. 920 des außerordentlichen Haushalts 1947 zu Lasten der vorgesehenen Verstärkungsmittel zur Verfügung zu stellen. Damit die Arbeiten rechtzeitig fertiggestellt werden können, erklärt sich die Konferenz mit der sofortigen Inangriffnahme einverstanden.

2. Errichtung eines Kinder- und Säuglingsheims. Bei einer kurzen Besprechung über die Freimachung von Schulräumen kam auch die Errichtung eines Kinder- und Säuglingsheims erneut zur Sprache. Nach einer Mitteilung des Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn könnte das Heim im Gebiete des Garnisonlazaretts oder in Anschluß an die Zitadellenschule errichtet werden. Die Arbeiten im Garnisonlazarett würde das Militärbauamt mit Unterstützung der Génie ausführen. Wenn die Génie zustimmt, wäre das Militärbauamt auch bereit, die Ausführung der Bauarbeiten an der Zitadellenschule zu übernehmen. Sobald endgültig feststeht, ob das eine oder andere Projekt durchgeführt werden kann, soll ein mit Kostenanschlägen und Plänen belegter, entsprechender Antrag den städtischen Körperschaften vorgelegt werden.

3. Herr Bürgermeister Dr. Dassen trägt vor, daß die Köln-Düsseldorfer Gesellschaft ab 1948 den Dampferverkehr Koblenz-Mainz aufnehmen wolle. Die frühere Mainzer Anlegestelle komme jedoch nicht mehr in Frage. Es sei vorgesehen, unterhalb der vorläufigen Straßenbrücke eine Anlegestelle einzurichten. Die Verwaltungskonferenz ist mit der Überlassung des für die neue Anlegestelle notwendigen Geländes grundsätzlich einverstanden. Die Gesellschaft muß jedoch die Anlage auf ihre Kosten errichten, der Pachtvertrag müßte auf Widerruf abgeschlossen werden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 109

4. Herr Bürgermeister Maurer brachte den Antrag des Herrn Reichert-Ingelheim auf Überlassung von Gelände für die Opel-Autozentrale an der Saarstraße nochmals zur Sprache. Die Konferenz ist der Meinung, daß man das Vorhaben unterstützen müsse, sie wünscht jedoch vor endgültiger Stellungnahme die Feststellung, wie das gewünschte Gelände, das zurzeit zum Teil anderweit verpachtet ist, freigemacht werden kann.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 110

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 30. Juli 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

Tagesordnung.

1. Die Wohnungsverhältnisse im städtischen Krankenhaus kommen nochmals zur Sprache. Dabei war man übereinstimmend der Meinung, daß die Professoren Dr. Deusch und Dr. Brandt ihre Wohnungen angehend freigeben müßten, gegebenenfalls soll mit Zwang vorgegangen werden. Von Herrn Dr. Pieper wurde bemerkt, daß die Räumung bereits morgen oder übermorgen durchgeführt würde.

2. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus berichtet über die von der Militärregierung verlangte Behandlung von Personalangelegenheiten. Er gibt dabei Kenntnis von einem Schreiben, das er kürzlich an die Regierung gerichtet habe. Die Konferenz ist mit dem Vorgehen des Herrn Oberbürgermeisters in allen Teilen einverstanden.

3. Vortrag Dr. Bieroth über Feststellung der Kriegsschäden und Finanzierung des Wiederaufbaues von Schadgebäuden. An dem am 1. August 1947 stattfindenden Vortrag, zu dem der Schutzverband Mainzer Hauseigentümer eingeladen hat, soll Oberfinanzrat Trablé teilnehmen.

4. Der evangelische Jugendbund St. Michael will 2 Vertreter zu einem Welt-Kindfindentreffen in Frankreich entsenden und er hat gebeten, ihm zu den Kosten einen Zuschuß aus städtischen Mitteln zu gewähren. Der Antrag soll abgelehnt werden, da Etatmittel dafür nicht zur Verfügung stehen.

5. Konflikt innerhalb der Leitung der Stadtwerke. Die Angelegenheit wird eingehend besprochen, insbesondere werden ein Bericht der Treuhändergesellschaft, die zurzeit die Geschäftsführung der Stadtwerke prüft und verschiedene Beschwerden gegen den kaufmännischen Werkleiter bekanntgegeben. Die Konferenz ist mit dem Herrn Oberbürgermeister der Ansicht, daß eine umgehende Änderung der bestehenden Verhältnisse herbeigeführt werden muß. Die Angelegenheit soll in einer auf den 5. August 1947 anzuberaumenden Sitzung des Verwaltungsausschusses der Stadtwerke vorgetragen werden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 111

6. Herr Bürgermeister Hufschmidt gibt verschiedene Wünsche bezüglich der Vororte bekannt. Es wird empfohlen, die einzelnen Wünsche zunächst den zuständigen Dezernenten zur Stellungnahme zu unterbreiten.

7. Nach einem Vortrag des Herrn Bürgermeisters Hufschmidt ist eine an sich noch gebrauchsfähige Pumpe im Schlachthof verhanden, die nicht mehr benötigt und deren Verkauf deshalb vom Maschinenamt vorgeschlagen wird. Die Konferenz ist nach Besprechung der Angelegenheit der Ansicht, daß ein Verkauf der Pumpe nur in Frage kommen kann, wenn dafür ein entsprechender Gegenwert geleistet wird. Es wird empfohlen, die Pumpe zum Verkauf auszuschreiben und dann mit den Interessenten wegen des Entgeltes zu verhandeln. Alsdann nochmalige Beratung in der Konferenz.

8. Herr Klee will seinen Kaffeebetrieb im Theater an einen Herrn Duill abtreten. Nach dem Mietvertrag darf er keinen Unterpächter bestellen. Er möchte auch keinen Unterpächter annehmen, vielmehr die Zustimmung der Stadt haben, daß Herr Duill in den bestehenden Vertrag eintritt. Die Verwaltungskonferenz ist für die Ablehnung des Antrages des Herrn Klee, gegen die Übertragung des Betriebs an einen Unterpächter für die Dauer der Vertragszeit würde sie aber einen Einwand nicht erheben.

9. Der Generalbaudirektor will Behelfsheime in verschiedenen Stadtgebieten errichten. Bevor zu der Angelegenheit Stellung genommen wird, soll sich zunächst das Hochbauamt darüber Äußern.

10. Der Firma Schillings sind in verschiedenen Stadtteilen Plätze zur Errichtung von Wasserhäuschen pachtweise überlassen worden. Ein Teil dieser Häuschen wurde bei Kriegshandlungen zerstört. Die Firma ersucht nunmehr, den Pachtvertrag bezw, das Recht zur Errichtung der Häuschen bestehen zu lassen, auch wenn sie die Häuschen nicht alsbald wieder erstellt. Dem Ersuchen der Firma Schillings soll entsprochen werden, anstelle der Pacht muß sie eine entsprechende Anerkennungsgebühr bis zur Erstellung der Häuschen bezahlen.

11. Unterbringung des Gesundheitsdienstes. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn teilt mit, daß der Gesundheitsdienst in den Gebäuden des Wehrbezirkskommandos an sich untergebracht werden könne. Fraglich sei jedoch, ob die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten überhaupt ausgeführt werden können. Die Konferenz beauftragt das Hochbauamt, in der Frage der Wiederaufbaumöglichkeit alsbald mit dem Generalbaudirektor mündlich zu verhandeln und dabei die Dringlichkeit der Sache zu betonen.

12. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn gibt Kenntnis von dem Stand des Streiten wegen der Beschlagnahme des Inhaltes des Rheinschiffes "Pollar" im März 1945. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Forderung der Eigentümer abzulehnen ist.

13. In der Beschlagnahmesache Brodbecker, die ebenfalls von Herrn Beigeordneten Dr. Schwann vorgetragen wird, soll die Entscheidung des Regierungspräsidenten abgewartet werden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 112

14. Das Steueramt besitzt einen Radio-Apparat, der der Stadt gehört und den der Leiter des Steueramts, Herr Walther, in Eigentum erwerben möchte. Die Verwaltungskonferenz kann dem Verkauf nicht zustimmen. Über den Apparat soll die Hauptverwaltung verfügen.

15. Herr Bürgermeister Maurer berichtet über die Wiederherstellung des Daches des Kurfürstlichen Schlosses. Das Dach des Flügels an der Rheinallee erfordere einen Kostenaufwand von etwa 330 000 RM, statt der ursprünglich mit 250 000 RM veranschlagten Kosten. Ein Kredit soll erst angefordert werden, sobald die Ausführung der Arbeiten überhaupt möglich erscheint.

16. Die Frage, inwieweit das Hochbauamt, das grundsätzlich für die Ausführung aller städtischen Bauvorhaben verantwortlich sein soll, berechtigt ist, einen Teil der Planungs- und Bauleitungsarbeiten Privatfirmen zu übertragen, wird besprochen. Die Verwaltungskonferenz erachtet es als selbstverständlich, daß in erster Linie das Hochbauamt alle Arbeiten selbst übernehmen, daß es aber berechtigt sein soll, gegebenenfalls die Arbeiten ganz oder zum Teil Privatfirmen in Auftrag zu geben. Die vorherige Zustimmung der städtischen Körperschaften ist aber im Einzelfall einzuholen.

17. Die Konferenz hat keine Bedenken, wenn die Raumdruckerei Vervielfältigungsarbeiten für das Ernährungsamt Abt. A gegen Berechnung ausführt. Das Ernährungsamt Abteilung A muß aber Papier und Wachsbogen zur Verfügung stellen.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 113

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 22. Juli 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D.Maurer
Oberfinanzrat Trabld
Dr. Pieper (von Punkt 8 ab).

Tagesordnung:

1. Es fand zunächst eine Aussprache statt über die Stadtratsitzung am 25. Juli 1947, insbesondere über die Etatberatung. Nach einer Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters soll in der Sitzung auch die Frage der rechtsrheinischen Vororte angeschnitten werden. Es sei auch ein Antrag der CDU über Maßnahmen zur Förderung von Handel, Gewerbe usw. zu erwarten.

2. Der Herr Oberbürgermeister kam nochmals auf die Frage der Bestellung eines Städtebauers in den Beirat des Wiederaufbauverbandes zu sprechen. Nachdem Professor Schmitthenner endgültig abgesagt, soll nunmehr mit Professor Gruber-Darmstadt Fühlung genommen werden.

3. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einer Resolution der Mainzer Architektenschaft und von der Stellungnahme des Generalbaudirektors zu dieser Resolution. Es wird empfohlen, die einschlägigen Fragen durch die zuständigen Dezernenten zu überprüfen und die Angelegenheit sodann dem Bauausschuß zur Beratung vorzulegen.

4. Zu einer weiteren Aussprache gab die Behandlung der Frage der Instandsetzung der Hauptschule für das Jugendheim durch das Hochbauamt Anlaß. Man war allgemein der Meinung, daß Herr Baurat Zinnemayer, statt zu berichten, man möge bei dem Generalbaudirektor wegen der Bereitstellung von Material und Arbeitskräften vorstellig werden, die erforderlichen Schritte selbst hätte unternehmen müssen. Das Hochbauamt soll nunmehr aufgefordert werden, sofort bei dem Generalbaudirektor entsprechend vorstellig zu werden und die Sache mit allen Mitteln zu einem befriedigenden Abschluß bringen.

5. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von der Absicht, die Landwirtschaftsschule in Hechtsheim unterzubringen. Die Durchführung dieser Absicht mache jedoch Instandsetzungsarbeiten an dem dafür vorgesehenen Gebäude notwendig. Dafür seien bestimmte Materialien und Arbeitskräfte erforderlich. Wenn die Schule nicht in Hechtsheim untergebracht werden könne, dann soll sie in dem ehemaligen Amtsgerichtsgebäude in Nieder-Olm Aufnahme finden. Bezüg-

//

lich des Ersuchens der Schule, bei dem Generalbaudirektor die Bereitstellung von Material und Arbeitskräften zu beantragen, soll der Schule empfohlen werden, sich unmittelbar an den Generalbaudirektor zu wenden.

6. Der Herr Oberbürgermeister gibt weiter Kenntnis von einer Eingabe eines Herrn Baumgarten in Ingelheim, in der dieser vorschlägt, in der Nähe von Wackernheim durch die Stadt ein Kalkwerk zu errichten. Die Konferenz ist der Meinung, daß die Errichtung eines Kalkwerks an sich erwünscht sei, daß die Stadt aber für die Durchführung des Projektes nicht in Frage komme. Der Vorschlag soll deshalb an den Generalbaudirektor weitergegeben werden.

7. Einem Antrag auf Ermäßigung des Wasserpreises für Lieferungen an die Schöfferhofbrauerei soll nicht nähergetreten werden.

8. Herr Bürgermeister Hufschmidt berichtet über die Schwierigkeiten bei der Erteilung der Wohnungs-und Zuzugsgenehmigungen und über die uneinheitliche Handhabung der Fragen. Die Angelegenheit wurde besprochen. Man war sich dabei darüber klar, daß eine individuelle Behandlung der Einzelfälle nicht zu umgehen sei.

9. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn trägt vor, daß infolge der räumlichen Verlegung der Ortspolizei die Feldrügesachen von dieser nicht mehr bearbeitet werden könnten. Sein Vorschlag geht dahin, die Feldrügeangelegenheiten dem Feldschutzdezernenten und die Bearbeitung Herrn Wensel zu übertragen, gegebenenfalls mit Hilfe des bei der Ortspolizei freiwerdenden Büroangestellten. Die Konferenz ist mit dem Vorschlag des Herrn Dr. Schwahn einverstanden.

10. Nach einer Mitteilung des Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn hat die Staatsanwaltschaft die Personalakten des Herrn Altmann angefordert. Diesem Ersuchen soll nicht entsprochen werden, da eine Verpflichtung für die Vorlegung der Akten nicht besteht. Der von der Stadtverwaltung seinerseit gestellte Strafantrag wegen Beleidigung des Herrn Altmann soll zurückgenommen werden.

11. In der Angelegenheit: Überlassung von Gelände in der Gemarkung Nechtsheim an Lorebächer hat das Hochbauamt zugestimmt, daß gewerbliche Anlagen auf dem von Lorebächer gewünschten Gelände errichtet werden können.

12. In der Beschlagnahmesache Bredbecker sollen die Akten dem Regierungspräsidenten zur grundsätzlichen Entscheidung vorgelegt werden.

13. In der Angelegenheit "Unfall Welcheofer, Kaiser-Wilhelm-Ring 29", die besprochen wurde, sollen die Akten der Baupolizei erhoben werden.

14. Herr Bürgermeister Maurer machte nähere Angaben über die bisher für die Bevölkerung bezugsfertig hergestellten Wohnungen. Er wies dabei darauf hin, daß das Wohnungsamt durch Übersendung von 9 Listen über die bezugsfertige Herstellung von Wohnungen rechtzeitig unterrichtet werden sei.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 115

15. Zu dem in der letzten Finanzausschuß-Sitzung behandelten Antrag des Hochbauamts auf Kreditbewilligung für die Übertragung von Planungsarbeiten an ein privates Institut teilt Herr Bürgermeister Maurer mit, daß die Bedenken des Tiefbauamts inzwischen beseitigt worden seien, sodaß der Durchführung der Angelegenheit nichts mehr entgegenstehe.

16. Von Herrn Bürgermeister Maurer wurde ein Antrag des Hochbauamts zur Kenntnis gebracht, wonach in einer öffentlichen Bekanntmachung darauf hingewiesen werden soll, daß neue Baugesuche für einige Wochen nicht entgegengenommen würden, damit zunächst einmal die vorliegenden Gesuche bearbeitet werden können. Die Verwaltungskonferenz ist der Ansicht, daß man von einer öffentlichen Bekanntmachung absehen und daß man bei Eingang neuer Baugesuche den Gesuchstellern mitteilen soll, daß ihre Anträge aus den angegebenen Gründen erst nach Ablauf einer bestimmten Zeit bearbeitet werden könnten.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 116

Kopie Reg. Rat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz am 16. Juli 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Küth
Bürgermeister a.D. Maurer
Oberbaurat Dr. Dessen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

---

1. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt Kenntnis von einem Schreiben der Mainzer Architektenschaft, wonach diese allgemein auf die Schwierigkeiten der Materialbeschaffung hinweist, demzufolge der Termin für das L.A.-Programm nicht eingehalten werden könne. Nach diesem Schreiben wird ferner durch die Architektenschaft der Dachaufbau des Telehauses beanstandet, da dieser Aufbau nicht den herkömmlichen Regeln der Baukunst entspreche. Es wurde festgelegt, daß die Architektenschaft in wichtigen Bauangelegenheiten von Fall zu Fall durch den Bauausschuß verständigt und zu dessen Sitzungen herangezogen werden soll.

2. Nach Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters will der Jrus-Verlag in Stuttgart eine Zeitschrift "Trümmerräumung und Aufbau" herausgeben. Das diesbezügliche Antragsschreiben des Verlags soll an das Wiederaufbauministerium weitergeleitet werden.

3. Die Stagma (staatlich anerkannte Gesellschaft für die Verwertung musikalischer Urheberrechte in Mannheim) hat ein Schreiben nach hier gerichtet, welches den Antrag auf Zuteilung von Geschäftsräumen zum Gegenstand hat. Mit Rücksicht auf die allgemeine Wohnraumlage im Stadtgebiet und den erheblichen Mangel an Geschäfts- und Betriebsräumen überhaupt soll der Antrag abgelehnt werden.

4. Die Unterbringung des Ernährungsamts Abt. A und B ist Anlaß einer eingehenden Aussprache. Es wird dargelegt, daß der Leiter dieses Amtes, Herr Diefenbach, ein großes Interesse daran hat, die beiden Ämter räumlich hier zusammen zu haben. Räumlich wird eine Zusammenlegung befürwortet mit der Maßgabe, daß hinsichtlich der Ernährung des Landkreises eine Verantwortung nicht übernommen werden könne. Man ist deshalb einmütig der Meinung, daß aus rein wirtschaftlichen Gründen die Abteilung A und B zusammengelegt wird, ohne daß an der Zuständigkeit eine Änderung eintritt. Herr Oberfinanzrat Trablé soll die Räume der Kleinwohnungsbau-G.m.b.H. hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der Unterbringung des Ernährungsamts in diesen Räumen prüfen.

5. Der Fall Thesen wird besprochen.

6. Fall Ritz -Karl-Weiser-Straße.
Die Liegenschaftsverwaltung soll die Verpachtung des Geländes an der Karl-Weiser-Straße vorbereiten. Gleichzeitig wird festgestellt, daß der Leiter des Hochbauamts in solchen Fragen, wie in

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 117

vorliegenden Falle seine Meinung äußern kann. Für die Entscheidung bleibt jeweils der Bauausschuß zuständig.

7. Herr Bürgermeister a.D. Maurer berichtet über das Kurfürstliche Schloß, in welchem das Dach neu erstellt werden muß. Es haben diesserhalb Besprechungen mit dem Generalbaudirektor stattgefunden. Der Kostenvoranschlag für die Wiedererstellung des Daches beläuft sich auf 225000 RM, die für die endgültige Ausführung in Frage kommen, während für das Notdach ein Betrag von 10000 RM angesetzt ist. Der letztgenannte Betrag ist in den 225000 RM enthalten. Der an die M.A.N. gegebene Auftrag soll zurückgenommen werden, weil die Eisenkonstruktion infolge Materialmangels nicht durchführbar ist. Ein neuer Kreditantrag wird vorgelegt werden.

8. Herr Bürgermeister a.D. Maurer berichtet über das Gelände auf der Zitadelle. Dieses Gelände soll der Landesregierung als Regierungsviertel in Vorschlag gebracht werden. In einem diesbezüglichen Schreiben soll um Mitteilung gebeten werden, ob die Landesregierung an diesem Gelände Interesse hat, damit umgehend ein Bauprogramm aufgestellt werden kann, zumal die Stadt Mainz als Landeshauptstadt vorgesehen und mit der Verlegung des Sitzes der Regierung nach Mainz dem Vernehmen nach gerechnet werden muß.

9. Es wird ferner von Herrn Bürgermeister Maurer über den Fall Ickstadt berichtet, hinsichtlich des Geländes an der Zitadelle, auf dem Ickstadt ein Privatbau errichten möchte. Herr Bürgermeister Maurer ist der Auffassung, daß dem Gesuch des Ickstadt nicht stattgegeben werden könne, da im Falle der Errichtung eines solchen privaten Bauwerks auf dem vorbesagten Gelände die städtebauliche Planung eine Einschränkung und Durchkreuzung erfahren müsse. Der Fall Ickstedt soll einer alsbaldigen Klärung zugeführt werden, da damit gerechnet werden muß, daß die französische Militärregierung die Vergebung eines geeigneten Bauplatzes an Ickstadt mit Interesse verfolgt. Gleichzeitig sollen Angaben über jedes freie noch nicht verpflichtete Grundstück vorgelegt werden.

10. Herr Bürgermeister a.D. Dr. Dassen berichtet darüber, daß nach Angaben der Firma Bauer & Eckert ein Bebauungsplan für die Untere-Zahlbacher-Straße vorliegen soll.

11. Für die Erstellung von Stadtplänen soll der Katasterzeichner Döss eingesetzt werden. Die Kosten für dessen Tätigkeit sollen vereinbart werden.

12. Nachdem nach Mitteilung des Herrn Dr. Dassen die bisherige Betriebsleiterin der Küche im Hafen, Frau Frenk, ausgeschieden ist, soll die Wirtschaft verpachtet werden.

13. Für die Arbeiter im Hafen sollen durch Möbelbeschaffung 200 Stühle und 100 Spinde bereitgestellt werden.

14. Durch Herrn Dr. Dassen wird die Frage aufgeworfen, wer die Verantwortung für Unfälle bei Sicherungsarbeiten trägt. Falls in einzelnen Fällen die durch Sicherungsarbeiten bedingten Gefahrenquellen alsbald nicht beseitigt werden können, muß, da ein Notstand vorliegt, auf Zwangsumquartierungen zurückgegriffen werden. Falls die Betreffenden einer solchen Aufforderung zur Umquartierung nicht Folge leisten und sie in den gefährdeten Räumen weiterhin verbleiben, geschieht dies auf eigene Gefahr der Zurückgebliebenen.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 118

15. Hinsichtlich der Leitung des Bezpolizeiamts wird festgelegt, daß für diese Stelle nur ein akademisch Vorgebildeter in Frage kommt.

16. Der Zirkus Fischer hat einen Antrag auf Überlassung geeigneten Geländes für die Errichtung eines zoologischen Gartens vorgelegt. Der Antrag verfällt der Ablehnung, da diesbezügliches Gelände im Stadtgebiet für die vorgenannten Zwecke nicht vorhanden ist.

17. Herr Bürgermeister Hufschmidt berichtet über Personalschwierigkeiten beim Standesamt. Nach eingehender Aussprache ist die Verwaltungskonferenz der Ansicht, daß die einengenden Bestimmungen für den Standesbeamten Kellmann aufgehoben werden.

18. Desweiteren berichtet Herr Bürgermeister Hufschmidt über die Verhältnisse in den Stadtwerken. Demnach bestehen seit längerem gewisse Spannungen und Mißhelligkeiten zwischen Herrn Henkel und Herrn Vetter, die im Interesse des Betriebes einer alsbaldigen Bereinigung zugeführt werden müssen. Nach Vorschlag des Herrn Bürgermeisters Hufschmidt soll die Betriebssatzung geändert und gegebenenfalls ein neuer Leiter für die Stadtwerke bestellt werden. Die Stelle soll zu gegebener Zeit ausgeschrieben werden.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 119

Herrn Regierungsrat Oppenheim.

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 8. Juli 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Bürgermeister a.D. Maurer
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trabld
Dr. Pieper.

Tagesordnung:

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von dem Ausfall des Vortrags Schmitthenner infolge des Verbots der Militärregierung.

2. Er berichtet sodann über die Vorstandssitzung des Zweckverbandes vom 7. Juli 1947. Danach hat die Stadt auf Grund des in der Sitzung festgestellten Haushaltsplans als 17%igen Anteil an den ungedeckten Ausgaben des ordentlichen Haushalts einen Beitrag für 1947 von 527 850 RM zu leisten. In der Vorstandssitzung hat Herr Imm Klage über das Fehlen eines neuen Stadtplanes geführt, was die Durchführung seiner Aufgaben hemme. Der Herr Oberbürgermeister berichtet ferner, daß er eine Mitteilung des Herrn Imm, wonach Herr Oberbaurat Joerg erklärt haben soll, der Bauausschuß habe der Errichtung der Hochhäuser zugestimmt, als unzutreffend bezeichnet habe.

   Wegen des neuen Stadtplanes wird Herr Bürgermeister Maurer ersucht, sich für eine beschleunigte Durchführung der Stadtplanungsarbeiten einzusetzen und so schnell als irgend möglich einen Plan vorzulegen, in dem die aus Gründen der Denkmalspflege zu erhaltenden Bauten eingezeichnet sind. Herr Oberbaurat Joerg soll bei der Planaufstellung sich mit Herrn Professor Ahrens benehmen.

3. Das bisher von der Militärregierung benutzte Gebäude in der Breidenbacherstraße ist den Gewerkschaften und der Volkshochschule überlassen worden. Die Einweihung des Gewerkschaftshauses soll am nächsten Freitag erfolgen. Herr Bürgermeister Hufschmidt wird ersucht, die Stadt dabei zu vertreten.

4. Am 8., 9. und 10. Juli 1947 findet in Mainz eine große Jugendtagung statt, an der auch ausländische Persönlichkeiten teilnehmen. Die Vertretung der Stadt wird durch den Herrn Oberbürgermeister noch näher geregelt.

//

5. Der Bauunternehmer Müller hat sich nach einem Vortrag des Herrn Bürgermeister Dr. Dassen wegen noch nicht zur Auszahlung gekommener Rechnungen beschwert. Herr Bürgermeister Maurer wird ersucht, die Sache nachzuprüfen.

6. In der Sache Schließung des Feldwegs "Am Mühlrech" hat sich der Ortsvorsteher von Gonsenheim gegen die Schließung ausgesprochen. Er hat empfohlen, das Verbot des Betretens der Feldwege von einer bestimmten Abendstunde ab nochmals zu veröffentlichen.

7. Herr Dr. Dassen bittet, das Baugesuch der "Ahenus" als eilig zu bearbeiten. Herr Bürgermeister Maurer wird sich um die Sache bekümmern.

8. Herr Dr. Dassen berichtet über die Notwendigkeit der Herstellung eines Gerätehauses mit Steigturm für die freiwillige Feuerwehr in Gonsenheim. Kostenaufwand 10 000 RM. Die Sache soll an die Finanzverwaltung weitergegeben und mit anderen Kreditanforderungen demnächst behandelt werden.

9. Die Leiterin der Frauenarbeitsschule hat über den Wunsch von etwa 90 Schülerinnen auf Einführung von französischem Sprachunterricht in der Schule berichtet. Die Verwaltungskonferenz hat keine Bedenken gegen die Einführung des Unterrichts, wenn die Kosten des Lehrpersonals restlos aus Gebühren der Teilnehmer aufgebracht werden.

10. Nach einem Vortrag des Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn wird von 4 Interessenten (Lorsbacher, Pfennig, Glaser und Küpper & Co.) städtisches Gelände zum Teil gegen Tausch, zum Teil durch Pachtung gewünscht. In Frage kommt Gelände an der Hechtsheimer Straße, in der Gemarkung Hechtsheim. Die Konferenz hat zwar keine grundsätzlichen Bedenken, wünscht jedoch, daß zunächst das Hochbauamt im Einvernehmen mit dem Tiefbauamt umgehend Stellung in der Sache nimmt. Das Hochbauamt soll auch mit der Gemeinde Hechtsheim verhandeln wegen der Herstellung der Straßen und Kanäle.

11. Ein Vertreter von Opel möchte am Binger Schlag, gegenüber von Gans, Gelände erwerben zur Errichtung einer Auto-Zentrale. Herr Bürgermeister Maurer hat Bedenken gegen die Errichtung eines Gebäudes an der gewünschten Stelle. Die Verwaltungskonferenz ist jedoch der Ansicht, daß man dem Wunsche, wenn irgend möglich, entsprechen sollte. Auf jeden Fall soll die Sache ernstlich geprüft werden.

12. Der Verkauf von Gelände an die Rheinwerft zum Preise von 6 RM/qm ist von der Militärregierung beanstandet worden. Der Verkaufspreis wird zu nieder gehalten. Die Konferenz ist der Ansicht, daß man von der Rheinwerft nunmehr einen Preis von 12 RM/qm anfordern solle

13. Die Firma Bernhard Fischer hat den Mietpreis von 1.50 RM/qm für das von ihr gepachtete Gelände auf der Ingelheimer Au als viel zu hoch beanstandet und einen Preis von 0.50 RM als angemessen bezeichnet. Die Konferenz kann einer Ermäßigung des Preises nicht zustimmen. Sie empfiehlt, dass an dem Preis von 1.50 RM unbedingt festzuhalten.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 121

14. Mit der Verpachtung des Sportgeländes auf der Kaurau an die Sportgemeinde in Mains-Kostheim auf 20 Jahre gegen eine Miete von 2000 DM ist die Verwaltungskonferenz einverstanden.

15. Der Erlaß von Strafverfügungen für Vergehen gegen Versorgungsvorschriften, der bisher durch die Ortspolizei erfolgte, soll auf Wunsch von Herrn Diefenbach an das Ernährungsamt übergehen. Die Strafverfügungen sollen aber von dem juristischen Dezernat unterzeichnet werden. Wer die Sachen bearbeitet, soll noch näher geprüft werden.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 122

Herrn Regierungsrat Oppenheim.

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 1. Juli 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dussen
Oberfinanzrat Trabld
Dr. Pieper.

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von dem Stand der Herstellungsarbeiten im Bahnhofs-Hotel (Klee). Schon jetzt seien 22 Betten verfügbar, eine Anzahl davon werde für Zwecke der Stadtverwaltung von Herrn Klee bereitgehalten. Das Erdgeschoß des Hauses enthälte auch ein Konferenzzimmer, das gegebenenfalls ebenfalls der Stadtverwaltung zur Verfügung stehe.

2. Der Herr Oberbürgermeister bat Herrn Bürgermeister Maurer, sich des Baugesuches Lokstadt anzunehmen, damit die Angelegenheit endlich zu einem Abschluß komme. Auf jeden Fall müsse die Planungsabteilung des Hochbauamts sich umgehend zu der Sache äußern.

3. Im Hinblick auf die für den 7. Juli 1947 vorgesehene Vorstandssitzung des Zweckverbandes werden verschiedene Fragen besprochen.

   a) Da General Jacobsen die Berufung des Professors Schmitthenner in den Beirat nach wie vor beanstandet, soll von der Stadtverwaltung eine andere Persönlichkeit in Vorschlag gebracht werden. Es soll nunmehr versucht werden, mit Professor Gruber in Darmstadt wegen dessen Eintritt in den Beirat zu verhandeln. Für den 7. Juli 1947 erscheint die Sache noch nicht sprechreif.

   b) Dem von dem Generalbaudirektor vorgelegten allgemeinen Bauprogramm kann zugestimmt werden unter der Voraussetzung, daß die einzelnen Bauausführungen erst in Angriff genommen werden dürfen, wenn sie zuvor von dem Vorstand genehmigt worden sind und wenn die Finanzierung gesichert ist.

   c) Wegen der Errichtung von Serien-Plattenhäusern in Mainz-Weisenau soll gefordert werden, daß das Büro Imm sich vor dem Baubeginn mit der Stadt wegen der Kosten der Straßen und Kanäle sowie Versorgungsanlagen in Verbindung setzt.

   d) In der Frage der Errichtung von Hochhäusern besteht Übereinstimmung darüber, daß die Stadt als Träger der Bauvorhaben nicht in Frage kommen kann. Es soll darauf hingewiesen werden, daß vor dem eigentlichen Baubeginn ein Bebauungsplan und besondere, ortsstatuarische Bestimmungen durch die Stadtverwaltung aufgestellt

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 123

werden müssen. Insoweit städtisches Gelände für die Errichtung der Hochhäuser in Anspruch genommen wird, muß auch über die Bedingungen für die Überlassung des Geländes eine entsprechende Regelung vor dem Baubeginn getroffen werden.

4. Im Anschluß hieran wurde über die Ausführung der Bauten im städtischen Krankenhaus durch das Universitäts-Baubüro gesprochen. Das Hochbauamt, dem die obere Bauleitung obliegt, soll unter allen Umständen darüber wachen, daß keine Arbeiten in Angriff genommen und ausgeführt werden, die nicht von den städtischen Körperschaften genehmigt und für die die erforderlichen Kredite nicht bereitgestellt sind.

5. Neuerdings werden des öfteren von Vereinen Zuwendungen an die Stadt für den Wiederaufbau gemacht. Diese Beträge sollen einem besonderen Konto zugeführt werden, über das der Herr Oberbürgermeister sich das Verfügungsrecht vorbehält.

6. Herr Beigeordneter Roth macht darauf aufmerksam, daß immer noch Straßennamen beständen, die durch neue Namen ersetzt werden müssen. Die Angelegenheit soll von Herrn Bürgermeister Dr. Bussan geprüft werden.

7. Herr Regierungsrat Oppenheim beanstandet die Höhe der Belastung der Mainzer Presse mit Schuldendienst. Die Finanzverwaltung wird ersucht, die Angelegenheit zu prüfen.

Herr Regierungsrat Oppenheim klagt über die Schwierigkeiten, die bei der Annahme von Schauspielern von der Militärregierung gemacht würden. Die hiesige Militärregierung verlange die Einholung ihrer Zustimmung vor Abschluß des Engagements. Dadurch werden die Verhandlungen hinausgezögert, jedenfalls sei die an sich gebotene schnelle Entscheidung der Stadtverwaltung nicht möglich. Er bittet zu prüfen, ob es tatsächlich notwendig ist, die Zustimmung der Militärregierung einzuholen, auch nachdem die Genehmigung der deutschen Regierung vorliege.

8. Herr Regierungsrat Oppenheim gibt bekannt, daß ein junger Mann namens Debold einmal unter seinem Namen und dann mehreremale unter einem falschen Namen Bücher aus der Stadtbibliothek entliehen habe. In den unter falschem Namen entliehenen Büchern hat Debold die Merkmale der Bibliothek beseitigt. Er habe zweifellos die Bücher nicht zurückgeben wollen. Zufällig sei Debold als der Entleiher ermittelt worden, sodaß er zur Herausgabe der Bücher habe angehalten werden können. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Sache der Kriminalpolizei übergeben werden soll. Es sollen aber auch Vorkehrungen getroffen werden, die die Entnahme von Büchern aus der Stadtbibliothek ohne ausreichende Legitimation nicht ermöglichen.

9. Von Herrn Regierungsrat Oppenheim wird ferner mitgeteilt, daß am 9. und 10. Juli 1947 in Mainz eine Jugend-Tagung stattfinden solle mit der Beteiligung auch von zahlreichen auswärtigen Personen. Veranstaltet werde diese Tagung von dem Kulturbund der Volkshochschule. Man erwarte von der Stadt einen Kostenbeitrag und eine Begrüßung bei der Eröffnung der Tagung durch den Herrn Oberbürgermeiste

//

Von dem Herrn Oberbürgermeister wird dazu erklärt, daß ihm von der Angelegenheit nichts bekannt sei und daß die Veranstalter zuerst einmal einen entsprechenden Antrag mit einem näheren Programm bei ihm einreichen sollten.

10. Nach einer Mitteilung des Herrn Dr. Dassen ist der einige Tage betriebene Schiffsverkehr nach Biebrich plötzlich wieder eingestellt worden, angeblich auf Veranlassung der deutschen Strompolizei. Der Sache soll nachgegangen und es soll die alsbaldige Wiederaufnahme des Betriebs versucht werden.

11. Der dem Hafen von einer französischen Firma angesonnene Verkauf eines Gleisengens an eine andere Privatfirma soll abgelehnt werden.

12. Von Grundstückseigentümern in Mainz-Gonsenheim ist die Schließung des Feldwegs "Am Mühlrech" in der Gemarkung Gonsenheim gefordert worden. Durch die Schließung des Wegs soll die Diebstahlsgefahr eingeschränkt werden. Die Konferenz ist der Ansicht, daß eine Notwendigkeit zur Schließung des Weges nicht besteht, daß auch eine Kontrolle des Verbots kaum durchgeführt werden könne. Sie empfiehlt aber, zunächst einmal die Ortsverwaltung Mainz-Gonsenheim zu der Sache zu hören.

13. Herr Dr. Pieper bringt folgenden Fall zur Sprache: In Bretzenheim hat ein Friseur einen Herren-Salon mit Zustimmung des Ortsvorstehers eingerichtet. Nachträglich hat er dann ein an diesen Raum angrenzendes Zimmer als Damen-Salon hergerichtet und mit den erforderlichen Einrichtungen versehen. Der Ortsvorsteher in Bretzenheim verlangt nunmehr die Bereitstellung des zweiten Raumes für Wohnzwecke. Nach den bestehenden Bestimmungen kann an sich die Verwendung eines seitherigen Wohnraumes für gewerbliche Zwecke zugelassen werden, wenn u.a. der Betreffende einen Ersatzwohnraum zur Verfügung stellt oder einen Geldbetrag leistet, aus dem Ersatzwohnraum hergestellt werden können. Herr Dr. Pieper ist der Meinung, man solle die Genehmigung in dem vorliegenden Fall unter der Bedingung der Zahlung eines bestimmten Geldbetrages erteilen und den Geldbetrag für die Bewohnbarmachung von zurzeit nicht für Wohnzwecke benutzten Raum verwenden. Herr Bürgermeister Mufschmidt hält diese Regelung für bedenklich. Als Ergebnis der Besprechung der Angelegenheit wurde festgelegt, daß man die Benutzung des Raumes als Damen-Salon zunächst dulden und verlangen solle, daß der Friseur innerhalb von 6 Monaten einen Ersatzwohnraum zur Verfügung stellt.

14. Herr Bürgermeister Mufschmidt trägt vor, daß einem Blinden in Mainz-Weisenau ein Klavier überlassen worden sei, das einem Anderen gehöre. Der Eigentümer verlange nunmehr für die Benutzung des Klaviers eine Miete von 8 DM monatlich, die der Blinde aber nicht bezahlen könne. Die Konferenz ist der Ansicht, daß es dem Eigentümer des Klaviers überlassen werden müsse, seine Forderung auf dem Klagewag geltend zu machen.

15. Von Herrn Bürgermeister Mufschmidt wird außerdem auf die Notwendigkeit von größeren Wiederherstellungsarbeiten im Schlachthof hingewiesen. Die Konferenz nimmt davon Kenntnis, ohne zu der Sache Stellung zu nehmen. Zunächst soll das Hochbauamt Pläne ausarbeiten und die Kosten feststellen.

//

16. Die Stadtwerke benötigen nach der Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Hufschmidt ein kleines Gelände auf einer dem Fuhr- und Reinigungsamt gehörenden Platz in Mainz-Kastel. Die Konferenz empfiehlt eine entsprechende Regelung durch die beiden Dienststellen. Bedenken gegen die Überlassung des Geländes bestehen nicht.

17. Herr Bürgermeister Hufschmidt bringt dann noch einen Verpachtungsantrag bezüglich des Gutenberg-Bades zur Kenntnis und bemerkt dazu, daß kein Anlaß bestehe, das Bad zu verpachten. Sobald die Stadtwerke Kohlen oder Koks bekämen, könnten sie den Betrieb selbst durchführen. Die Konferenz ist damit einverstanden, daß eine Verpachtung des Bades unterbleibt.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 126

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift
Über die Verwaltungskonferenz vom 24.Juni 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dussen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

Tagesordnung:

1. Herr Dr. Schwahn berichtet über eine Besprechung, die in der Sache Masek beim Regierungspräsidium stattgefunden hat.

2. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus teilt mit, daß General Jacobsen nicht wünsche, daß Professor Schmitthenner offiziell in den Beirat des Zweckverbandes als Mitglied aufgenommen werde, daß er aber nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Herr Schmitthenner von dem Oberbürgermeister als Gutachter herangezogen wird.

   Der Herr Oberbürgermeister gibt ferner bekannt, daß Oberbaurat Joerg gegen einen von dem Herrn General genehmigten Vortrag des Professors Schmitthenner Einspruch erhoben und gebeten habe, den Vortrag zurückzustellen, bis er sich in den einschlägigen Fragen eingearbeitet habe. Die Verwaltungskonferenz ist nach Besprechung der Angelegenheit der Ansicht, daß man unbeachtet des Einspruchs des Herrn Joerg dem Herrn Professor Schmitthenner Gelegenheit geben soll, seine Ansichten über die Stadtplanung vor dem Bauausschuß und den Fraktionen des Stadtrats vorzutragen. Den Fraktionen soll anheimgestellt werden, ihre Mitglieder zu dem Vortrag einzuladen.

3. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn gibt bekannt, daß nunmehr von den Bewerbern um Gelände an der Weisenauer Straße/Michelsberg die Herren Beck, Acker und Ritz berücksichtigt werden können. Herr Ritz soll sich wegen seines Bauvorhabens jedoch zunächst mit dem Hochbauamt in Verbindung setzen.

4. Das Bauprojekt Paffer soll zunächst von der Planungsabteilung des Hochbauamts nach der Richtung geprüft werden, ob etwa städtebauliche Bedenken bestehen.

5. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn bringt die Bereitstellung von Wohnräumen für die im Krankenhaus tätigen Ärzte zur Sprache. Ein Hindernis für die Unterbringung der Ärzte bestehe auch darin, daß die

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 127

Herren Professor Deusch und Brandt ihre Wohnungen immer noch nicht geräumt hätten. Die Konferenz ist der Ansicht, daß Ärzte, die nicht mehr im Krankenhaus tätig sind, ihre Wohnungen unter allen Umständen alsbald räumen müssen und daß ihnen ein kurzfristiger Räumungstermin gesetzt werden muß. Gegebenenfalls soll die Zwangsräumung betrieben werden.

6. Das Amtsblatt des Oberbürgermeisters soll künftig auch den Stadtrats mitgliedern zugestellt werden.

7. In der Angelegenheit des Durchgangsswegs durch die Kleingartenanlage an der Ebert-Siedlung ist der Vorschlag gemacht worden, den Weg zu schließen. Die Konferenz kann diesem Antrag nicht zustimmen. Sie ist der Ansicht, daß der Weg für die Allgemeinheit freibleiben muß.

8. Der Herr Oberbürgermeister gibt der Konferenz Kenntnis von der Absicht, das Gebäude der Militärregierung an der Breidenbacherstraße den Gewerkschaften, der Volkshochschule und der Presse-Akademie zu überlassen.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 128

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 17. Juni 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Piepor.

Tagesordnung.

1. Die Frage der Errichtung von Hochhäusern in dem Gebiet an der Wallstraße wird näher besprochen. Die Konferenz war sich darüber einig, daß die Stadt als Träger des Unternehmens nicht in Frage kommen kann. Im Zweckverbandsvorstand soll darauf hingewiesen und das Hochbauamt soll bedeutet werden, daß zu Lasten der Stadt keinerlei Arbeitsvergebungen erfolgen dürfen, bevor die städtischen Körperschaften zugestimmt und die notwendigen Mittel bereitgestellt haben.

2. Die französische Militärregierung verlangt die Freimachung verschiedener Schulhäuser für Zwecke der Schule bis zum 15. Juli 1947. Die Angelegenheit wurde besprochen und dabei zum Ausdruck gebracht, daß die in erster Linie in Frage kommende Feldbergschule solange nicht geräumt werden könne, als entsprechende Ersatzräume nicht zur Verfügung ständen. Die einzelnen Dezernenten sollen sich zu der Angelegenheit noch äußern.

3. Herr Professor Dr. Ruppel hat auf die Notwendigkeit hingewiesen, einen Stellvertreter für ihn zu bestellen. Die Konferenz beschließt, die Vertretung bis auf weiteres Frl. Darapski zu übertragen.

4. Herr Regierungsrat Oppenheim beklagt sich über die Anforderung einer nach seiner Ansicht nicht angemessenen Miete für die vom Theater in Anspruch genommenen Räume im Stadthaus. Die Angelegenheit soll nachgeprüft werden.

5. Herr Bürgermeister Dr. Dassen gibt Kenntnis von dem Projekt über die Erbauung eines Kanals vom Rhein zum Mittelmeer. Die Konferenz ist übereinstimmend der Ansicht, daß es nicht Aufgabe der Stadt Mainz sein könne, sich an der Durchführung des Vorhabens zu beteiligen. Die Personen, die die Durchführung des Projektes betreiben, sollen sich an die Landesregierung in Koblenz wenden.

//

6. Herr Dr. Dassen teilt mit, daß das Militärbauamt nunmehr nähere Angaben über die Verwendung des Gebietes der Zitadelle durch die Stadt wünsche. Die Verwaltungskonferenz ist nach wie vor der Ansicht, daß eine Inanspruchnahme des Geländes durch das Militärbauamt nicht in Frage kommen kann, da das Gelände Eigentum der Stadt ist.

7. Herr Dr. Dassen bringt ferner die Frage der Übernahme der Kosten des Hafenoffiziers auf die Stadt zur Sprache. Es wird empfohlen, der Landesregierung eine entsprechende Vorlage zu machen und die Übernahme der Kosten durch das Land zu betreiben.

8. Herr Dr. Pieper berichtet über die Notwendigkeit, die verwaltungsmäßigen Belange des Dezernats für Wohnungsangelegenheiten in der Zusammenarbeit mit dem städt. Wohnungsamt und den Außenstellen auf eine einheitliche Grundlage zu bringen. Er vertrat die Auffassung, daß von der Bildung von Wohnungsunterausschüssen im Stadtgebiet aus Zweckmäßigkeitsgründen abgesehen werden müßte.

Im weiteren legte er dar, daß insbesondere die Außenstellen künftig darauf angehalten werden müßten, regelmäßig dem Dezernat über das städt. Wohnungsamt Bericht über ihre Tätigkeit nach Anweisung der diesseits beabsichtigten Rundverfügungen vorlegen müssen. Die angeschnittenen Fragen sollen einer weiteren Klärung zugeführt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus wies noch darauf hin, daß es direkte Aufgabe des Dezernats sei, die auf die verschiedenen Landorte umquartierte Mainzer Bevölkerung in eine unmittelbare Betreuung zu nehmen und dahin zu überwachen, welche Unterkünfte diesen Umquartierten zur Verfügung stehen.

9. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn berichtet in Sachen Römheld (Sicherungshypothek). Die Sache soll Herrn Oberfinanzrat Trable zur Prüfung vorgelegt werden.

Hinsichtlich des Pachtvertrags mit der Peters-Au soll sich die Geländedeputation mit der Angelegenheit befassen. Herr Dr. Dassen soll sich diesserhalb mit den Betreffenden in Verbindung setzen.

10. Herr Dr. Dassen berichtet ferner über die Herrichtung des Weges in der Ebert-Siedlung. Die Sache soll dem Verwaltungsausschuß für Gärten und Friedhöfe vorgetragen werden.

11. Ferner berichtet Herr Dr. Dassen über den Tausch Jettner (Mühle), sowie die Werftangelegenheit. Die französische Militärregierung hat Einwendungen gegen die Preisberechnungen (Liebhaberpreis) erhoben.

12. Bürgermeister Hufschmidt berichtet über die Anschaffung von Telefonschränken. Ferner bittet er um Klärung, wie sich die Ortsverwaltung Weisenau im Falle des Antrages auf Genehmigung zum Musizieren (Wandergewerbe) zu verhalten habe. In diesen Fällen wird die Ortspolizeibehörde als zuständig erklärt.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 130

13. Herr Bürgermeister Hufschmidt berichtet ferner, daß das Zollamt hinsichtlich der Tabakanpflanzungen entsprechende Formulare zur Ausfüllung durch die Ortsverwaltung zugesandt habe. Dieses Ansinnen soll aus Material-und Personalmangel abgelehnt werden. Ebenso haben die Landesfinanzämter Formulare zur Erstellung der Totenlisten (Ausfüllen für Erbschaftssteuer) zugesandt. Auch diese Anträge sollen abgelehnt werden, die Landesfinanzämter sollen künftig solche Vordrucke selbst beschaffen, da diesseits auch für diese Fälle entsprechendes Material nicht vorhanden ist, ebenso auch Personalmangel besteht.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 131

Herrn Regierungsrat Oppenheim.

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 10. Juni 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé
Dr. Pieper.

Tagesordnung:

1. In der Sache Masck soll nunmehr mit dem Amt für kontrolliertes Vermögen verhandelt werden.

2. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einer neuerlichen Schwierigkeit, die sich bei der Durchführung des Bauprogramms für den Wiederaufbau dadurch ergeben hat, daß der Generalbaudirektor eine größere Anzahl Arbeiter und Materialien für Bauarbeiten der Universität abgeben muß.

3. Über die nunmehr von dem Zweckverband zu erledigenden Aufgaben fand eine Aussprache statt. Man war sich allgemein darüber einig, daß der Geschäftsführer Vorschläge für die Aufbringung der Verwaltungskosten durch Gebühren und Abgaben machen muß, ferner, daß darauf bestanden werden soll, daß vor der Vergebung von Arbeiten genaue Kostenanschläge vorgelegt werden und auch der Nachweis der Sicherung der Finanzierung erbracht wird. Außerdem soll der Vorstand darauf bestehen, daß über die Dringlichkeit der einzelnen Bauvorhaben von ihm entschieden wird.

4. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von der Beanstandung der Betätigung des Bibliothekars Presser in den Räumen der Stadtbibliothek durch die Militärregierung. Der Militärregierung soll ein aufklärender Bericht erstattet werden.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 132

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 7. Juni 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Oberbaurat Dr. Dusen
Oberfinanzrat Trabld
Dr. Pieper.

Tagesordnung:

1. Der Herr Oberbürgermeister bringt einen Bericht über die beabsichtigte Einführung der 5 Tage-Woche zur Kenntnis. Einwände wurden von keiner Seite erhoben.

2. Zweckverband für den Wiederaufbau von Mainz. Der Herr Oberbürgermeister berichtet sodann über die gestrige erste Vorstandssitzung des Zweckverbandes, in der sich der Vorstand konstituierte. Er teilte insbesondere mit, daß er bei der Aussprache über die Bildung des Beirats angeregt habe, Herrn Professor Schmitthenner zum Sachverständigen für Städtebau zu bestellen und daß von dieser Bestellung sein Vorschlag über den von der Stadt Mainz zu bestimmenden Bausachverständigen abhänge. Ein endgültiger Beschluß über die Bildung des Beirats werde in der nächsten Vorstandssitzung gefaßt werden. Es sei auf Grund der gestrigen Erklärungen der Regierungsvertreter zu erwarten, daß Herr Schmitthenner in den Beirat komme. Wenn das der Fall sein werde, werde er Herrn Oberbaurat Joerg als städtischen Bausachverständigen benennen.

   Die Verwaltungskonferenz ist mit der Absicht des Herrn Oberbürgermeisters einverstanden, ebenso mit dem Vorschlag des Herrn Oberbürgermeisters, Herrn Bürgermeister Maurer und andere Herren der Verwaltung je nach Bedarf zu den Vorstandssitzungen zuzuziehen.

3. Die Verwaltungskonferenz nimmt Kenntnis von einer Einladung zu der Gründungsversammlung einer Gewerkschaft der Kulturschaffenden.

4. Über einen von dem Herrn Oberbürgermeister vorgetragenen Entwurf einer Dienstanordnung über die Zuständigkeit des Wohnungsamts und der Ortsverwaltungen in Wohnungsangelegenheiten fand eine längere Aussprache statt, bei der Herr Bürgermeister Hufschmidt Bedenken vorbrachte. Die Akten in der Angelegenheit sollen zunächst Herrn Bürgermeister Hufschmidt zur schriftlichen Stellungnahme zugehen.

5. Die Polizei in Mainz-Bretzenheim beansprucht einen weiteren Raum in dem Verwaltungsgebäude der Ortsverwaltung. Gegen die Überlassung des Raumes bestehen keine Bedenken, wenn und solange die Polizei die von Ortsvorsteher Quetsch vorgeschlagene Regelung beachtet. Die Kosten

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 133

der vorgesehenen baulichen Herstellungen sollen zu Lasten der Stadt gehen, der Polizei soll aber eine der Verzinsung und Tilgung der Kosten entsprechende höhere Miete abverlangt werden.

6. Nach einer Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Dr. Dassen verlangt das Militärbauamt die Übergabe des Zitadellengebietes in ihre Verwaltung. Es wird festgestellt, daß das Gebiet Eigentum der Stadt ist und daß keinerlei Anlaß besteht, das Gebiet dem Militärbauamt zu überlassen.

7. Bei dem kürzlichen Unwetter ist das Dach des Kurfürstlichen Schlosses fast völlig zerstört worden. Die Erneuerungskosten werden auf 15 000 M geschätzt. Bei der Besprechung der Angelegenheit wurde zum Ausdruck gebracht, daß man, wenn irgend möglich, nunmehr ein endgültiges Dach herstellen solle. Für ein Dach in Eisenkonstruktion soll angeblich früher ein Kredit bewilligt worden sein. Es soll festgestellt werden, ob das richtig ist und ob der Kredit noch zur Verfügung steht.

8. Die Polizei wird in Kürze ihre Diensträume im Stadthaus mit Ausnahme der Räume des Einwohnermeldeamts freigeben. Auch die Räume der Ortspolizei verbleiben weiterhin im Stadthaus. Die Hauptverwaltung wird beauftragt, im Einvernehmen mit Oberfinanzrat Trabié sofort einen neuen Belegungsplan für die freiwerdenden Räume aufzustellen. Dabei soll auch die Angliederung der Preisstelle für Miet- und Pachtsachen an das Tiefbauamt beachtet und geprüft werden, ob die durch Verlegung der Preisstelle in das Stadthaus freiwerdenden Räume dem Amt für Maschinenwesen und dem Versicherungsamt zur Verfügung gestellt werden können. Die derzeitigen Amtsräume dieser Stellen sollen bei dem Unwetter stark gelitten haben.

9. Von Herrn Bürgermeister Dr. Dassen wird die Frage der Verwaltung des Israelitischen Friedhofes zur Sprache gebracht. Herr Dr. Dassen schlägt vor, die Verwaltung und Unterhaltung des Israelitischen Friedhofes der Israelitischen Gemeinde zu überlassen und der Israelitischen Gemeinde einen festen Beitrag zu ihren Kosten aus städt. Mitteln zu gewähren. Die Verwaltungskonferenz ist damit einverstanden und ersucht Herrn Dr. Dassen, in diesem Sinne mit der israelitischen Gemeinde zu verhandeln.

10. Die Verwaltungskonferenz ist mit der Überlassung einer Dienstwohnung an den Friedhofsverwalter Schuchmann aus den üblichen Bedingungen einverstanden.

11. Von der französischen Schulverwaltung werden neuerdings weitere Teile der Fürstenhofschule beansprucht. Auch Räume in den angrenzenden Privatgebäuden werden für Zwecke der Besatzung in Anspruch genommen und von der Stadt gefordert. Die Angelegenheit soll näher geprüft und es soll vor allem versucht werden, einen Requisitionsauftrag für die notwendigen baulichen Herstellungen und für die Überlassung der Räume zu erhalten.

12. Herr Dr. Pieper teilt mit, daß vor einiger Zeit beabsichtigt gewesen sei, das technische Personal des Hochbauamts, das für Installationsarbeiten zu Lasten des Besatzungsamts in Anspruch genommen wurde, an das Besatzungsamt abzugeben. Die Verwaltungskonferenz ist der Ansicht,

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 134

daß dieser Absicht nicht nähergetreten werden soll. Das Personal soll beim Hochbauamt verbleiben, da es dort vielseitiger verwendet werden kann.

13. In der Selbstgesacha Kalkhof-Gasolin berichtet Herr Dr. Schwahn, daß die Gasolin bereit sei, aus ihrem Betrieb herauszugehen und dafür ein Grundstück in der Gassnerallee in Anspruch zu nehmen. Der Hafendezernent trägt verschiedene Bedenken vor, u.a. auch wegen der Kläranlage. Die Frage der Verpachtung wäre zu erwägen und zwar käme eine solche nur für kurze Zeit in Betracht. Neben diesen Bedenken sollen alle übrigen sonstigen Vorfragen einer Klärung zugeführt werden.

14. Herr Dr. Schwahn berichtet ferner über die Absicht der Firma Fischer, Gelände zu erwerben (20jähriger Mietvertrag). Herr Dr. Dassen erhebt Einwendungen. Es müsse in den Vertrag insbesondere eine Sicherungsklausel eingefügt werden, daß gegen die Stadt Mainz keine Ansprüche daraus hergeleitet werden könnten, wenn ein Abrutschen des Dammes erfolgt.

15. Herr Dr. Schwahn legt einen Vertragsentwurf mit Jean Frisch vor. Herr Dr. Dassen will die in dem Vertragsentwurf vorgesehene Miete höher veranschlagt wissen, da der Vermieter im vorliegenden Falle erhebliche Transportkosten spare. Nach Erläuterung näherer Einzelheiten des Vertrags ist die Verwaltungskonferenz mit diesem einverstanden.

16. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn berichtet über die Anmeldepflicht von Grundbesitz, der im hessischen Gebiet liegt. Es wird keine Anmeldung für notwendig erachtet, da der Sitz der städtischen Verwaltung in Mainz liegt.

17. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn berichtet ferner über das ehemalige BdJ-Heim in Mainz-Kostheim. Die Stadt will dieses Heim an die Stadt Wiesbaden vermieten, die mit dem Recht der Untervermietung ausgestattet werden soll. Die Verwaltungskonferenz ist damit einverstanden.

18. Von Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn wird sodann von dem Stand der Verhandlungen wegen Vermietung des Gebietes der Feuerwehrschule in Mainz-Kastel an eine Chemikalienhandlung Kenntnis gegeben. Dennoch will das hessische Ministerium über die Einzelheiten des Vertrages unterrichtet werden. Der Vertrag, der die Vermietung des Anwesens und des angrenzenden Geländes, das als Gartenland benutzt werden soll, behandelt, wird besprochen. Dabei erhebt Herr Dr. Dassen Einwendungen gegen die Überlassung des Geländes als Gartenland. Die Verwaltungskonferenz kann sich diesen Bedenken nicht anschließen, da die Ausnutzung des Geländes zur Sicherung der menschlichen Ernährung zurzeit nicht gehindert werden dürfe. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn will den Vertrag nunmehr dem Herrn Innenminister zur Genehmigung vorlegen.

19. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn gibt sodann Kenntnis über den Stand der Verpachtung des Grundstücks an der Karl-Weiser-Straße und berichtet ferner über 2 anhängige Prozeßverfahren (insbesondere Sache Danner).

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 135

20. Herr Bürgermeister Hufschmidt berichtet über die Besprechung mit dem Militärbauamt wegen des Strombezugs Alice-Kaserne und CVJ-Kaserne.

21. Der Verein der Handharmonikaspieler (Kohler) will demnächst auf dem Schillerplatz ein Konzert veranstalten. Der Verein ersucht um Sammelerlaubnis. Von Herrn Bürgermeister Hufschmidt werden hiergegen Bedenken geltend gemacht. Die Konferenz ist der Ansicht, daß man den Gesuchsteller anheim geben soll, die Frage der Sammelerlaubnis zuvor bei der französischen Militärregierung zu klären. An sich sollen Bedenken gegen die Spielerlaubnis nicht erhoben werden.

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 136

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 20. Mai 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé.

Tagesordnung:

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von den Anregungen, die Oberbaurat Joerg in seinem Einführungsvortrag über die Ausarbeitung des Stadtplanes gegeben hat. Demnach sollen die Planungsarbeiten in Gemeinschaft mit den staatlichen und Militär-Bauämtern, dem Finanzamt, der Architektenschaft, der Eisenbahn, den kirchlichen Behörden, der Industrie-und Handelskammer, der Handwerkskammer, den Gewerkschaften, der Wasserstraßenverwaltung usw. je nach Bedürfnis durchgeführt werden. Das Hochbauamt soll die Arbeitsgemeinschaft bilden und die einzelnen Glieder je nach Bedarf zu den Arbeiten heranziehen. Ein engeres Zusammenarbeiten soll auch mit dem Zweckverband geschehen. Für eine regionale Planung soll außerdem eine Verbindung mit den anderen Städten des Rhein-Main-Gebietes herbeigeführt werden. Auch hier soll das Hochbauamt die Einzelheiten mit den Städten regeln. Engere Beziehungen sollen insbesondere mit Wiesbaden gepflogen werden. Eine weitere Anregung betrifft das Zusammenarbeiten des Hochbauamts mit dem Soziographischen Institut in Frankfurt, das insbesondere Material über die Zusammensetzung der Bevölkerung beschaffen kann.

2. Von Oberfinanzrat Trablé wird auf eine Anregung aus industriellen Kreisen über die Gründung einer "Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft" hingewiesen. Die Anregung erscheint sehr beachtlich. Voraussetzung für ihre Verwirklichung wird sein, daß das Land die finanziellen Leistungen der einzelnen Gemeinschaftsglieder als steuerfreie Ausgaben anerkannt. Die Gründung könnte in der Form eines Zweckverbands vollzogen werden.

   Die Verwaltungskonferenz ist mit der Anregung einverstanden. Oberfinanzrat Trablé soll zunächst versuchen, die Steuerfreiheit der Leistungen der Beteiligten zu erreichen.

3. Der Herr Oberbürgermeister gibt bekannt, daß er die Frage der Arbeitszeitkürzung mit dem Notstandsausschuß des Stadtrats gestern besprochen habe und daß man grundsätzlich mit der vorübergehenden Festlegung einer 5 Tage-Woche für Bürobetriebe einverstanden sei.

//

Fest stehe jedoch, daß bei der Straßenbahn und dem Krankenhaus die Maßnahmen nicht durchgeführt werden können. Nach eingehender Besprechung der Angelegenheit kam man zu dem Ergebnis, daß man vor einer endgültigen Entscheidung nochmals mit den Gewerkschaften, dem Regierungspräsidenten, dem Arbeitsamt und der Handwerkskammer verhandeln müsse.

4. Der Baufirma Betzel ist nach einer Mitteilung des Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn seinerzeit zugestanden worden, Gelände auf dem Freiherr vom Stein-Platz für die Aufbewahrung von Baugeräten und Werkzeugen ohne eine Pachtzahlung zu benutzen. Da die städtischen Bauvorhaben, für die die Firma Betzel den Lagerraum vorgesehen hatte, nicht zur Ausführung kommen, besteht für die Stadt kein Anlaß mehr, der Firma das Gelände unentgeltlich weiter zu belassen. Der Firma Betzel soll deshalb der übliche Pachtbetrag für das Gelände angefordert werden.

5. Nach einer Mitteilung der Landesregierung hat diese einen Zuschuß zum Stadttheater und Orchester für 1947 nur in Höhe von 50 000 RM in Aussicht gestellt. Die Konferenz ist der Ansicht, daß das Land seinen Standpunkt unmöglich aufrecht erhalten kann, daß aber bei der Sachlage mit einer Beteiligung des Landes an den Kosten in der bisherigen Höhe wohl nicht zu rechnen sei. Sie hält es für notwendig, daß einmal weiter mit dem Land verhandelt wird wegen Erhöhung des Zuschusses und daß unabhängig davon die Herabsetzung der Ausgaben durch Maßnahmen aller Art ernstlich geprüft werden müsse. Vor allem soll alsbald eine Aufstellung über die bei Einstellung eines Teiles der Aufgaben zwangsläufig weiter zu leistenden Ausgaben gefertigt werden.

6. Pensionsversorgung der Angestellten bei der Stadtverwaltung Mainz. Der Herr Oberbürgermeister hat den Angestellten, die vor dem 1. April 1938 in den städtischen Dienst eingetreten sind und nicht zur Zusatzversorgungskasse angemeldet wurden, die Einstellung von Beitragsleistungen an die Stadt ab 1. April 1947 zugestanden. Die Gewerkschaften haben nun weiter beantragt, ihnen die in der Zeit vom 1. Mai 1940 bis 31. März 1947 einbehaltenen anteilmäßigen Beiträge zurückzuzahlen. In Frage kommen rund 160 Angestellte und ein Ausgabenbetrag von rund 70 000 RM. Bei der Besprechung der Angelegenheit wurde festgestellt, daß ein Rechtsanspruch auf Zurückzahlung der Beiträge an die Angestellten nicht besteht. Die Konferenz ist deshalb der Meinung, daß bei der Finanzlage der Stadt dem Antrag der Gewerkschaften nicht nähergetreten werden kann. Die Angelegenheit soll dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden.

7. Erwerb des Anwesens Schillerplatz 5. Oberfinanzrat Trablé teilt mit, daß Herr Maack eine schriftliche Zustimmung zu einer zuletzt vereinbarten Regelung, die bis zum 19. Mai nachmittags hätte abgegeben werden sollen, bis jetzt nicht gegeben hat. Die Verwaltungskonferenz ist bei der Sachlage der Meinung, daß der Ankauf des Anwesens in der von Herrn Maack gewünschten Form nunmehr endgültig abgelehnt und auf das städtische Erwerbsangebot vom 10. Mai 1947 zurückgegangen werden soll. In diesem Sinne soll die Angelegenheit in der heutigen Sitzung des Finanzausschusses vertreten werden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 138

8. Nach einer Mitteilung des Herrn Dr. Dassen macht die Landesregierung die Genehmigung von Bauvorhaben, soweit sie nicht von der Militärregierung angeordnet sind, von ihrer Zustimmung abhängig. Herr Dr.Dassen wird ersucht, die besonderen Verhältnisse in Mainz der Landesregierung zu schildern und darauf hinzuweisen, daß die Durchführung der Bestimmung für Mainz nicht möglich ist.

Herrn Regierungsrat Oppenheim

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 139

Niederschrift

Über die Verwaltungskonferenz vom 13. Mai 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Röth
Regierungsrat Oppenheim
Dr. Pieper
Oberfinanzrat Trable.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.

a) Der Herr Oberbürgermeister teilt mit, daß ihm vor einigen Tagen die von dem Ministerpräsident Dr. Boden unterzeichnete Zweckverbandssatzung durch den Regierungspräsidenten mit der Aufforderung übermittelt worden sei, die Satzung nun ebenfalls zu unterzeichnen. Nach der Unterzeichnung soll die Satzung in der "Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht und beim Regierungspräsidenten offengelegt werden. In die endgültige Satzung seien zwar wesentliche Abänderungsvorschläge des Stadtrats nicht aufgenommen worden, die Ablehnung der Unterzeichnung der Satzung durch ihn sei aber nach Lage der Sache nicht möglich. Er habe trotzdem gestern nochmals den Ältestenrat einberufen und ihm von dem Sachstand Kenntnis gegeben. Dieser habe seinen Standpunkt, daß er nunmehr unterzeichnen müsse, geteilt.

b) Der Herr Oberbürgermeister gibt ferner Kenntnis von einer Mitteilung des Generals Jacobsen über die von der Militärregierung festgesetzten Termine für die Fertigstellung der Büro-und Wohngebäude.

c) Der Herr Oberbürgermeister ging sodann auf die Frage der außerordentlich verminderten Arbeitsleistungen näher ein, wobei er als Hauptursache die schlechten Ernährungsverhältnisse bezeichnete. In einer gestrigen Versammlung in einer Halle der Straßenbahn habe der Minister Feller die Frage eingehend behandelt und auch er habe seine Meinung ausgesprochen. Da an eine Besserung der Ernährungsverhältnisse in nächster Zeit und damit auch an eine Stärkung der Arbeitskräfte nicht zu denken sei, solle man die Kürzung der Arbeitszeit erwägen. Dies auch mit Rücksicht darauf, daß zahlreiche Arbeiter jetzt schon eigenmächtig zeitweise von der Arbeit fernblieben, um sich zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen. Bei einer Kürzung der Arbeitszeit, die vielleicht durch Einführung einer 5Tage-Woche herbeigeführt werden könne, müßte auf Einhaltung der festgesetzten Arbeitszeiten bestanden werden, die Arbeiter hätten ja dann auch die Möglichkeit, in der freien Zeit ihre persönlichen Geschäfte zu erledigen. Der Absicht, die Arbeitszeit nach dem Vorschlag des Herrn Oberbürgermeisters zu kürzen, wird allgemein zugestimmt. Es wird jedoch empfohlen, den ausfallenden Arbeitstag nicht auf einen bestimmten Tage für alle Betriebe zu legen. Die Angelegenheit soll zunächst mit den Gewerkschaften und anderen beteiligten Kreisen besprochen werden.

d) Im Anschluß an die in der letzten Verwaltungskonferenz bekanntgegebene Absicht, dem Leiter des Wohnungsamts Altmann einen Verweis zu erteilen, gibt der Herr Oberbürgermeister von zwei, gegen Altmann erlassenen, Strafverfügungen Kenntnis. Die eine, auf einen Verweis lautende Verfügung bezieht sich auf das unkorrekte Verhalten Altmanns in der Angelegenheit der für die Besatzung beschlagnahmten Wohnungen, in einer zweiten Strafverfügung, die über 500 RM Geldstrafe lautet, wird Altmann wegen wissentlich unwahrer Angaben dem Deserneten und der Kriminalpolizei gegenüber bestraft.

2. Herr Regierungsrat Oppenheim berichtet über den Antrag des Pfarrers von Sr. Stephan auf Gewährung eines Beitrages zu den Kosten der Wiederherstellung des Stephansturmes durch die Stadt. Nach Besprechung der Angelegenheit erklärt sich die Konferenz mit der Befürwortung eines Beitrages von 15 000 RM beim Stadtrat einverstanden.

3. Aus Anlaß eines von Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn bekanntgegebenen Gesuches um Überlassung des Turnsaales der Pestalozzischule in Mainz-Mombach zu einer Veranstaltung mit Tanz, erklärt die Verwaltungskonferenz, daß gegen Überlassung von Schulräumen zu Tanzveranstaltungen in den Fällen, in denen andere geeignete Räume nicht zur Verfügung stehen, grundsätzliche Bedenken nicht erhoben werden sollen. Den Vereinen soll jedoch in jedem Fall aufgegeben werden, die Reinigungsarbeiten nach den Weisungen der Schulhausmeister selbst auszuführen. Daneben soll eine über die übliche Benutzungsgebühr hinausgehende Gebühr erhoben werden. Die auf weiteres behält sich die Konferenz jedoch die Zustimmung für jeden einzelnen Fall vor.

4. Von Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn wird vorgeschlagen, wieder eine Kommission für die Verwaltung des Hospizienfonds zu bilden. Die Verwaltungskonferenz ist einverstanden. Die Kommission soll aus 7 Mitgliedern bestehen.

5. Von Herrn Oberfinanzrat Trabl wird ein Vorschlag des Hauptverwaltungsamts über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Sitzungssäle im Stadthaus vorgetragen. Nach diesem Vorschlag sollen die früher bereits auf 20 RM für den kleinen Sitzungssaal und auf 40 RM für den großen Sitzungssaal festgesetzten Gebühren künftig in jedem Fall schon bei der Zurverfügungstellung des Saales gefordert werden, nicht erst alle Vierteljahr. Die Konferenz ist damit einverstanden. Gebührenfrei sollen die Räume aber auch dem Altertumsverein überlassen werden, weitere Ausnahmen außer den in der Vorlage der Hauptverwaltung angegebenen Fällen, behält sich die Verwaltungskonferenz vor.

6. Geländetausch Ittner. Nach einer Mitteilung des Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn hat der Müller Ittner nunmehr anstelle von Ackerland in Mainz-Ginsheim zwei Grundstücke in Mainz zum Tausch gegen das von ihm gewünschte Friedhofsgelände angeboten. Die Verwaltungskonferenz stimmt der Annahme dieses Angebots zu.

7. Einer der Bewerber um das städtische Baugrundstück an der Karl-Kaiser-Straße, Herr Peffer, möchte nunmehr auf dem Festungsgelände am Drususwall ein Holzhaus ausführen, das später einmal in den Besitz der Stadt übergehen soll. Er hat sich außerdem bereit erklärt, der Stadt weitere

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 141

Holzhäuser zu liefern. Wenn seinem Antrag stattgegeben wird, will Paffer auf das Gelände an der Karl-Weiser-Straße verzichten. Bei der Ansprache wird bezweifelt, ob Herr Paffer überhaupt die Möglichkeit hat, das Holzhaus für sich und evtl. weitere Häuser für die Stadt zu beschaffen. Die Verwaltungskonferenz empfiehlt Vorsicht in der weiteren Behandlung der Angelegenheit.

8. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn gibt von einer Forderung der Firma Holzmann aus Anlaß der Errichtung von Behelfsbauten an der Suder- und Turnerstraße in Mainz-Mombach Kenntnis. Die Verwaltungskonferenz billigt den von der Liegenschaftsverwaltung entworfenen Antwortbescheid an die Firma Holzmann. Sie erklärt sich auch damit einverstanden, daß die Verwaltung der Häuser von der G.m.b.H. zur Errichtung von Kleinwohnungen in der Stadt Mainz übernommen wird.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 142

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

Über die Verwaltungskonferenz vom 5. Mai 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Regierungsrat Oppenheim
Dr. Pieper
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberfinanzrat Trablé.

Tagesordnung:

1. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus berichtet über die Beschlagnahme von Wohnungen in Privatgebäuden, die zurzeit im Rahmen des 600 Wohnungsprogramms aufgebaut werden. Danach hat das Wohnungsamt auf Veranlassung des Capt. Fournier am 22. April 1947 zahlreichen Hauseigentümern und Mietern mitgeteilt, daß die Wohnungen mit Ausnahme der dem Hauseigentümer zugestandenen Wohnung nicht bezogen werden dürften und daß bereits erteilte Wohnungsanweisungen zurückgezogen werden. Herr General Jacobsen hat das Vorgehen des Wohnungsamts beanstandet und vor allem bemängelt, daß nicht bereits am 19. März, als die Listen über die für die Militärregierung vorgesehenen Wohnungen vorgelegt wurden, den Hauseigentümern und Mietern mitgeteilt worden sei, daß über diese Wohnungen nicht verfügt werden darf. Infolgedessen seien zwischen dem 19. März und 22. April einige Wohnungen bezogen worden. Der Herr General verlangt nunmehr die Bestrafung des Herrn Altmann.

   Die Konferenz ist der Meinung, daß das Wohnungsamt vor Herausgabe des Schreibens vom 22. April dem Herrn Oberbürgermeister von der Sachlage hätte Mitteilung machen und dessen Zustimmung einholen müssen. Die Bestrafung des Herrn Altmann mit einem Verweis ist nach der Ansicht der Konferenz nicht zu umgehen.

2. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt Kenntnis von einem Artikel im "Berner Bund" über den Wiederaufbau von Mainz, der einige Übertreibungen und die zweifellos nicht zutreffende Behauptung enthält, der Bischof von Mainz sei ein Gegner der Wiederaufbauaktion.

3. Bereitstellung von städtischen Räumen für Zwecke der Volkshochschule.
   Die Konferenz ist damit einverstanden, daß von der Volkshochschule Zahlungen für die überlassenen städtischen Räume nicht gefordert werden. Die an sich zu berechnenden Beträge für Miete, Reinigung, Beleuchtung usw. sollen jedoch den betreffenden Kapiteln zu Lasten einer Haushaltsstelle "Volkshochschule" erstattet werden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 143

4. Nach einer Mitteilung des Herrn Regierungsrats Oppenheim feiert der Altertumsverein demnächst sein 100jähriges Jubiläum. Bei dieser Fier soll auch das städtische Orchester mitwirken. Der Verein will außerdem die für die Feier nötigen Räume kostenlos zur Verfügung gestellt haben. Die Konferenz ist sowohl mit der kostenlosen Überlassung der Räume als auch mit der unentgeltlichen Mitwirkung des Orchesters bei der Veranstaltung einverstanden.

5. Organisation der Bauverwaltung. Der Herr Oberbürgermeister bringt nochmals die Frage der Heranziehung des Herrn Professors Schmitthenner zu Planungsarbeiten zur Sprache. Herr Schmitthenner will seine Arbeiten beschleunigt zum Abschluß bringen und dann der städtischen Verwaltung mit einer Kostenabrechnung vorlegen. Ob Herm Schmitthennor noch weiternin Aufträge erteilt werden sollen, bleibt einer späteren Entscheidung vorbehalten.

Der Herr Oberbürgermeister gibt weiter Kenntnis von der Forderung einer Sondervergütung für besondere Aufwendungen durch Herrn Oberbaurat Joerg. Die Konferenz ist damit einverstanden, daß ein entsprechender Betrag bei der Haushaltsstelle "Hochbauamt" vorgesehen wird, über den Herr Joerg verfügen kann. Er soll jedoch über die Verwendung der Gelder Abrechnungen vorlegen.

Weiter teilt der Herr Oberbürgermeister mit, daß Herr Joerg sich demnächst in einem kleinen Kreis einführen möchte, wobei er sich über seine Absichten näher auslassen will. Bedenken hiergegen werden nicht geltend gemacht. Zu dem Einführungsvortrag sollen außer den Herren der Verwaltung die Mitglieder des Bauausschusses, die Fraktionsführer, die Vorstände der Handwerkskammer, die Vertreter der Kirchen und Gewerkschaften, der Eisenbahndirektion, des Regierungspräsidenten, der Militärregierung und der Generalbeauftragte für den Wiederaufbau von Mainz und Herr Lods eingeladen werden.

6. Verpachtung von Gelände auf der Petersau an die seitherigen Pächter Schupp und Rummel. Gegen den von Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn ausgearbeiteten Pachtvertrag, der bis 1972 laufen und in dem außer dem früher gewünschten Gelände noch weiteres Gelände einbezogen werden soll, wurden Bedenken nicht geltend gemacht.

7. Herr Waldmann hat den Antrag gestellt, ihm ein städtisches Haus zu Wohn-und Geschäftszwecken zu überlassen. Eine Entscheidung auf diesen Antrag soll erst getroffen werden, wenn feststeht, daß die zurzeit anderweit vermieteten Räume freigemacht werden können.

8. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn gibt davon Kenntnis, daß die Ladenbesitzer den Wunsch haben, die Verkaufszeiten so zu ändern, daß die Läden am Samstag nachmittag ganz geschlossen bleiben. Die Konferenz kann sich zunächst nicht dazu entschließen, dem Wunsche zu entsprechen, sie empfiehlt, mit den Interessenten zu verhandeln.

9. Vermächtnis Thiemer, Mainz-Gonsenheim. Herr Thiemer hat gebeten, sein Wohnhaus, das nach seinem Ableben in das Eigentum der Stadt Mainz übergehen soll, jetzt schon in die Verwaltung der Stadt zu übernehmen. Die Konferenz ist hiermit einverstanden. Die Verwaltung soll durch die Liegenschaftsverwaltung geschehen.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 144

10. Schiedsstelle für Kleingarten-Streitigkeiten. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist der Oberbürgermeister untere Verwaltungsbehörde zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten in Kleingartenangelegenheiten. Die hiernach dem Oberbürgermeister zustehenden Aufgaben soll Herr Dr. Dassen übernehmen.

11. Erwerbung des Hauses Schillerplatz 5. Herr Trablé gibt Kenntnis von weiteren Forderungen des Herrn Hasek. Die Konferenz ist der Meinung, daß diese Bedingungen nicht angenommen werden sollen, es soll weiter verhandelt und gegebenenfalls der Landesstelle für beschlagnahmtes Vermögen von dem Fall Kenntnis gegeben werden.

12. Nach einer Mitteilung des Herrn Dr. Dassen ist der Stadt ein Kran von der MAN angeboten worden. Der Kran wird an sich dringend benötigt. Der geforderte Kaufpreis von 70 000 RM ist angemessen. Die Firma verlangt Annahme-Erklärung bis zum 8. Mai 1947. Die Konferenz ermächtigt Herrn Dr. Dassen, das Angebot anzunehmen und die Genehmigung der städtischen Körperschaften nachträglich herbeizuführen.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 145

Herrn Regierungsrat Oppenheim -

Niederschrift

Über die Verwaltungskonferenz vom 29. April 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Ruf schmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Bassen
Oberfinanzrat Trabié.

Tagesordnung:

1. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von dem Ausscheiden des Herrn Dr. Boerckel aus dem Dienst der Stadt Mainz infolge seiner Bestellung zum Regierungsvizepräsident. Das Dezernat des Herrn Dr. Boerckel soll Herr Dr. Schwahn vorerst mitübernehmen, mit der Erledigung der Dezernatsarbeiten Herr Dr. Pieper (als Hilfsdezernent) beauftragt werden.

2. Über die Organisation der Bauverwaltung fand eine eingehende Aussprache statt. Danach hat Herr Bürgermeister Maurer infolge Krankheit seine Tätigkeit zunächst einstellen müssen. Herr Oberbaurat Joerg hat die Leitung des Hochbauamts übernommen, unter seiner Leitung sollen künftig auch alle Planungsarbeiten erledigt werden. Herr Oberbaurat Petsold scheidet endgültig aus dem Dienst der Stadt Mainz aus. Herr Professor Schmitthenner soll ersucht werden, seine bisher ausgeführten Arbeiten alsbald abzuliefern, dann soll mit ihm abgerechnet werden, neue Aufträge soll er nicht mehr erhalten.

3. Herr Regierungsrat Oppenheim berichtet über die Persönlichkeit und das Wirken des früheren Oberbürgermeisters Dr. Oechsner. Hiernach hat Dr. Oechsner sich als Beigeordneter und Oberbürgermeister von Mainz große Verdienste für die Stadt Mainz erworben, sodaß eine Ehrung durch Benennung einer größeren Straße nach Dr. Oechsner angebracht erscheint. Herr Dr. Bassen soll wegen der Straßenbenennung entsprechende Vorschläge machen.

4. Schweizer Bücherspende. Die Schweiz hat der Mainzer Stadtbibliothek die Überlassung von 2000 Büchern als Spende zugesagt. Die Bücher sollten nach den Ausführungen des Herrn Regierungsrats Oppenheim in Konstanz abgeholt werden, sie wurden jedoch nach Baden-Baden gesandt und werden zurzeit dort ausgestellt. Herr Regierungsrat Oppenheim wird gebeten, dafür zu sorgen, daß die Bücher nach Beendigung der Ausstellung nach Mainz gebracht werden.

5. Herr Dr. Bassen weist darauf hin, daß in verschiedenen Fällen Außenmauern von noch erhaltenen Gebäuden feucht seien und nicht austrocknen könnten, weil auf dem Nachbargrundstück größere Schuttmassen an den Außenmauern lagerten. Von dem Eigentümer des Nachbargrundstücks könne man die Beseitigung der Schuttmassen nicht ver-

//

langen, da diese zu Gunsten der Stadt Mainz beschlagnahmt seien. In einem Falle sei deswegen ein Schadensanspruch an die Stadt gestellt worden.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß Schadensansprüche in den genannten Fällen von der Stadt abgelehnt werden sollen. Gegebenenfalls müsse das Land den Schaden übernehmen. Es wird empfohlen, in diesem Sinne an das Land heranzutreten.

6. Herr Dr. Dassen legt einen Stadtplan von Alt-Mainz vor, in dem verschiedene Zonen für die Festlegung des Grundstückspreise gebildet sind. Die Konferenz ist mit der vorgeschlagenen Preisfestlegung einverstanden. Die Angelegenheit soll dem Bau-und Finanzausschuß und dem Stadtrat zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Die Aufstellung eines Planes mit den Grundstückspreisfestlegungen für die übrigen Gebiete soll ebenfalls bearbeitet und dann auch den städtischen Körperschaften zur Genehmigung unterbreitet werden.

7. Herr Dr. Dassen teilt mit, daß das Tiefbauamt dem Harxheimer Weingut vor einigen Jahren ein Pferd leihweise überlassen habe, das jetzt für den städt. Fuhrpark dringend benötigt werde. Der Pächter des Weingutes, Herr Steeg, weigere sich aber, das Pferd herauszugeben, da er ohne ein Pferd seinen Betrieb nicht führen und ein Ersatzpferd zurzeit nicht beschaffen könne. Die Konferenz beschließt, Herrn Steeg das Pferd solange zu belassen, bis ihm die Beschaffung eines Ersatzpferdes möglich ist. Im übrigen soll das Tiefbauamt versuchen, ein anderes Pferd für Zwecke des Fuhrparks sobald als irgend möglich zu beschaffen.

8. Nach einer Mitteilung des Herrn Dr. Dassen ist ein kleiner Teil des Winterhafens von den Amerikanern zugeschüttet worden. Das Tiefbauamt möchte nun gerne auch den übrigen Teil mit dem in der Altstadt lagernden Schutt zuschütten. Die Konferenz kann dem beabsichtigten Vorgehen des Tiefbauamts nicht zustimmen, da die Wasserfläche als Winterhafen nach wie vor dringend benötigt wird.

9. Erwerbung des Anwesens Schillerplatz 5 durch die Stadt Mainz. Oberfinanzrat Trable berichtet über die mit dem Eigentümer des Anwesens geführten Verhandlungen. Er schlägt vor, das Angebot Maack (Verkauf gegen lebenslängliche Renten und Überlassung von Räumen an Maack und seine Ehefrau) dem Finanzausschuß und dem Stadtrat zur Beschlußfassung vorzulegen und Herrn Maack sofort in einem notariellen Akt an sein Angebot zu binden. Die Konferenz ist mit der Beurkundung eines Festhaltungsaktes einverstanden, ohne jetzt schon zu den einzelnen Kaufbedingungen endgültig Stellung zu nehmen.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 147

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 22. April 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Regierungsrat Oppenheim
Bürgermeister Maurer
Oberbaurat Dr. Hassen
Oberfinanzrat Trabié.

Tagesordnung:

1. Überlassung eines Teiles des Hallenplatzes an den Zirkus Belli zur Erstellung eines Holzzirkus-Gebäudes. Die Verwaltungskonferenz ist mit der Überlassung des von dem Zirkus Belli gewünschten Geländes einverstanden und empfiehlt, zunächst die Genehmigung der Militärregierung einzuholen und sodann den Vertragsentwurf vorzulegen.

   Bei dieser Gelegenheit wird von Oberfinanzrat Trabié angeregt, zu prüfen, ob man nicht einige Teile der Stadthalle für irgendwelche Zwecke alsbald benutzbar machen kann.

2. Der Herr Oberbürgermeister teilt mit, daß ihm von Herrn Ministerialrat Walther von einem neuesten Entwurf für die Zweckverbandssatzung Kenntnis gegeben worden sei, der einige unwesentliche, von dem Stadtrat vorgeschlagene Änderungen enthalte. Man müsse jetzt die Antwort von Koblenz abwarten. Ein Grund zur Ablehnung bestehe nicht. Nochmalige Vorlage an den Stadtrat wird von der Konferenz nicht für notwendig erachtet.

3. Der Herr Oberbürgermeister gibt ferner Kenntnis von der Absicht der Militärregierung, eine eigene Telefonzentrale einzurichten und zu diesem Zweck gegebenenfalls die städtische Zentrale zu beschlagnahmen. In einem Bericht der Stadtwerke seien verschiedene Vorschläge für eine den Interessen der Stadt und der Mainzer Bürgerschaft gerecht werdende Lösung gemacht worden.

   Die Verwaltungskonferenz nimmt davon Kenntnis. Die Stadtwerke sollen versuchen, die für die städtischen Behörden und die Wirtschaft beste Lösung zu erreichen. Sie sollen außerdem sobald als möglich eine Übersicht über die Kosten der Änderungen, über die Wirtschaftlichkeit und über die von der Besatzung zu erstattenden Beträge vorlegen.

4. Belieferung der Kasernengrundstücke mit elektrischem Strom. Die Angelegenheit wird eingehend besprochen. Herr Bürgermeister Hufschmidt wird ersucht, selbst mit dem Militärbauamt zu verhandeln und in einer Betriebskonferenz eine alsbaldige Klärung der einzelnen Fragen herbeizuführen.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 148

5. Herr Bürgermeister Nufschmidt bringt nochmals die Forderung der Regierung auf Ablieferung des Freibankfleisches zur Sprache. Die Verwaltungskonferenz ist der Ansicht, daß auf das Ansinnen zunächst nicht eingegangen werden soll. Die Schlachthofverwaltung soll aber feststellen, wie die Angelegenheit in anderen Städten, insbesondere in Koblenz, gehandhabt wird.

6. Die Firma Hacky fordert von der Stadt den Ersatz von Schäden, die ihr angeblich dadurch entstehen, daß Wasser aus beschädigten Wasserleitungsrohren in ihre Keller eindringt. Die Verwaltungskonferenz empfiehlt, die Forderung abzulehnen und zu untersuchen, ob es sich überhaupt um Wasser aus der städtischen Wasserleitung handelt.

7. Nach einer Verfügung der Regierung sollen die Hauseigentümer angehalten werden, die Kosten für bauliche Herstellungen, die auf Veranlassung der Besatzung durch die Stadt ausgeführt werden mußten, zu übernehmen bezw. dem Besatzungsamt zu ersetzen. Gegebenenfalls sollen die Aufwendungen auf die Mietentschädigung angerechnet werden. Es wird darüber geklagt, daß das Hochbauamt dem Besatzungsamt die erforderlichen Unterlagen nicht liefere. Das Hochbauamt soll angehalten werden, umgehend festzustellen, mit welchen Kostenbeträgen die Hauseigentümer zu belasten sind.

8. In einer Eingabe von Kleingärtnern wird die Bereitstellung von städtischem Gelände an der Mechtsheimer Straße für die Errichtung von Dauerkleingärten angeregt. Bevor auf den Antrag näher eingegangen wird, soll festgestellt werden, ob die Errichtung von Dauerkleingärten an der angegebenen Stelle nach einem Bebauungsplan überhaupt in Frage kommen kann.

9. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn trägt vor, daß für ein städtisches Baugrundstück am Michelsberg verschiedene Liebhaber aufgetreten seien, u.a. ein Herr Ritz und der Möbelhändler Beck. Ein Verkauf komme nicht in Frage. Da verschiedene Liebhaber ein Entgegenkommen seitens der Stadt verdienten, sei die Frage, wem man den Platz überlassen solle, nicht so einfach zu lösen. Die Konferenz ist nach Besprechung der Angelegenheit der Meinung, daß man zunächst einmal den Bewerbern nahelegen solle, festzustellen, ob sie überhaupt die Baugenehmigung für die geplanten Bauvorhaben bekommen können. Gegebenenfalls soll auch vor Abschluß eines Vertrages die Genehmigung der Militärregierung eingeholt werden.

10. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einem Schreiben der kommunistischen Partei, in dem schwere Vorwürfe gegen das Mitglied der Wohnungskommission in Mainz-Bretzenheim, Herrn Mischo, erhoben werden. Die Ortsverwaltung Mainz-Bretzenheim hat sich zu der Angelegenheit eingehend geäußert. Nach der Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters kann von einem groben Verstoß durch Herrn Mischo keine Rede sein, sodaß auch kein Anlaß besteht, in der Angelegenheit etwas zu unternehmen. Die Verwaltungskonferenz ist der gleichen Meinung.

11. Eine Chemikalien-Großhandlung in Wiesbaden hat gebeten, ihr das Gelände der Feuerwehrschule in Mainz-Kastel käuflich oder mietweise zu überlassen. Bevor dem Antrag nähergetreten wird, soll die Ortsverwaltung Mainz-Kastel gehört werden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 149

12. Die Verwaltungskonferenz ist damit einverstanden, daß einem Antrage des Müllers Ittner in Mainz-Ginsheim, ihm das Gelände des alten Friedhofs gegen entsprechende Ackergrundstücke zu überlassen, stattgegeben wird.

13. Die Liegenschaftsverwaltung will mit dem Kunststeinunternehmer Dr. Pfleiderer vereinbaren, daß die Mietschuld der Firma an die Stadt Mainz bis zum 31. Dezember 1948 gestundet wird und daß von da ab ratenweise Zahlung erfolgt. Die Verwaltungskonferenz ist damit einverstanden, daß eine Vereinbarung in diesem Sinne getroffen wird, dann soll die Angelegenheit der zuständigen Kommission vorgetragen werden.

14. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von der Entwicklung der Beschwerdesache Schmahl bezüglich der Errichtung von Fensteröffnungen in dem Woolworth-Gebäude. Von der Sachlage soll nunmehr dem Finanzamt und auch der Landesregierung in Koblenz Kenntnis gegeben werden.

15. Herr Regierungsrat Oppenheim teilt mit, daß der Vertrag mit dem Frankfurter Hof nunmehr gelöst worden sei. Der von der Kasinogesellschaft geforderten Zahlung von 15 000 RM wird nicht zugestimmt. Darüber soll ein Schiedsgericht entscheiden.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 150

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 27. März 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberrechtsrat Dr. Boerckel
Finanzdirektor Trablé.

Tagesordnung:

1. Wiederaufbauaktion. Der Herr Oberbürgermeister berichtet eingehend über den Stand der Angelegenheit, insbesondere über die in den letzten Tagen mit dem Regierungspräsident in Mainz und dem Finanzminister Dr. Hubérer geführten Verhandlungen. Nach Eingang des mit der Regierung vereinbarten Entwurfs einer Zweckverbandssatzung soll dem Stadtrat eine Vorlage wegen des Beitritts der Stadt Mainz zu dem Zweckverband gemacht werden.

2. Rechtsrheinische Stadtteile. Der Herr Oberbürgermeister gibt Kenntnis von den Bemerkungen der Herren Dr. Boerckel und Oppenheim zu der Niederschrift des Finanzdirektors Trablé über die rechtsrheinischen Stadtteile. Von den anderen Herren wurden Bemerkungen oder Einwände nicht erhoben.

   Nach Besprechung der Angelegenheit kam man übereinstimmend zu der Ansicht, daß nunmehr auf Grund der vorliegenden Unterlagen raschmöglichst eine Denkschrift ausgearbeitet werden soll. Diese Denkschrift soll dann nach Besprechung mit dem Ältestenrat und Vorortvertretern dem Stadtrat vorgelegt und nach Beschlußfassung durch den Stadtrat dem Kontrollrat und anderen beteiligten Stellen überreicht werden.

3. Herr Bürgermeister Dr. Dassen gibt Kenntnis von dem Beschluß des Ausschusses für Gärten und Friedhöfe, nach dem dieser sich mit der Zusammenlegung des Gartenamts und der Friedhofverwaltung einverstanden erklärt hat. Die Leitung der Abteilung Gartenbau soll Herr Schuchardt vertretungsweise mitübernehmen, die Frage der endgültigen Besetzung der Stelle des Leiters des zusammengelegten Betriebs bis zum Abschluß des Entnazifizierungsverfahrens bezüglich des Herrn Bitterling zurückgestellt werden.

4. Bedachung des Maschinenhauses im Schlachthof. Nach einem von Herrn Bürgermeister Hufschmidt vorgetragenen Bericht des Maschinenamts ist die Bedachung des Maschinenhauses im Schlachthof dringend notwendig. Herr Bürgermeister Hufschmidt wird ersucht, die Vorlage

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 151

eines entsprechend begründeten Antrags auf Bereitstellung des erforderlichen Kredits zu veranlassen.

5. Schaffung von Sportgelände auf der Mauau. Herr Bürgermeister Mufschmidt gibt eine ihm zugegangene Eingabe wegen Bereitstellung von Sportgelände auf der Mauau bekannt und erklärt dabei, daß man dem Antrag, wenn irgend möglich, entsprechen sollte. Die Konferenz empfiehlt, die Eingabe dem Dezernenten für die Liegenschaftsverwaltung zur Stellungnahme zugehen zu lassen.

6. Unterstützung von Jugendpflegeeinrichtungen. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn trägt vor, daß von der Regierung die Angabe der von der Stadt für Zwecke der Jugendpflege im Rj. 1946 verausgabten und für 1947 vorgesehenen Ausgaben verlangt werde. Aus diesem Anlaß habe er die Verhältnisse geprüft und sei dabei zu der Ansicht gekommen, daß man in den Haushaltsplan des Jugendamts bei verschiedenen Positionen noch Beträge von insgesamt 8000 RM einstellen müsse. Die Verwaltungskonferenz ist damit einverstanden.

7. Konzertveranstaltungen. Herr Finanzdirektor Trablé weist darauf hin, daß von dem mit hohen Ausgaben belasteten städtischen Orchester für die große Masse der Bevölkerung so gut wie nichts geboten werde. Man soll auch die Frage prüfen, ob es nicht möglich sei, in den Mainzer Vororten kleine Theateraufführungen zu veranstalten. Es sei beschämend, wenn man lese, daß das Theater von Ingelheim in Mainz-Gonsenheim Theatervorstellungen gebe. Die Angelegenheit wurde besprochen, wobei man allgemein der Ansicht war, daß das Orchester möglichst bald und laufend volkstümliche Konzerte im Freien und in Sälen, auch in den Vororten, veranstalten müsse. Dabei sollen volkstümliche Symphoniekonzerte nicht vergessen werden.

8. Bauarbeiterkontrolle bei städtischen Aufbauten. Von Herrn Finanzdirektor Trablé wird ferner auf die völlig unzureichenden Arbeitsleistungen der Maurer an den Aufbauten an der Oberen Zahlbacher Straße aufmerksam gemacht. Wer an den Aufbauten vorbeigehe, halte sich über die Faulenzerei auf. Es fehle anscheinend an einer Kontrolle sowohl durch den Unternehmer, als auch durch das Hochbauamt. Herr Bürgermeister Maurer wird gebeten, nach dem Rechten zu sehen.

9. Trennungsvergütung für fremde Arbeiter. Herr Bürgermeister Dr. Mansen gibt Kenntnis von einem Schreiben des Generalbauftragten für den Wiederaufbau, in dem dieser ersucht, eine über den derzeitigen Tarif hinausgehende Trennungsentschädigung für die an städtischen Bauten beschäftigten fremden Arbeiter zu bezahlen. Nach Besprechung der Angelegenheit kam die Konferenz zu der Ansicht, daß es nicht angängig sei, höhere Vergütungssätze als sie in den Tarifen jeweils vorgeschrieben sind, zu gewähren.

10. Wiederherstellung des "Römischen Kaisers". Nach einem von Herrn Bürgermeister Maurer vorgetragenen Bericht des Denkmalpflegers ist es im Interesse der Erhaltung der Stuckdecken usw. dringend notwendig, das Haus alsbald wieder zu bedachen. Die Verwaltungskonferenz erkennt die Notwendigkeit der Arbeiten an und empfiehlt, mit dem in dem Bericht des Denkmalpflegers genannten Architekten Koch zu verhandeln und die Kosten usw. festzustellen.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 152

11. Einrichtung von Nebenstellen des Wirtschaftsamts in den Vororten.
Herr Beigeordneter Köth spricht über die im Neuen Mainzer Anzeiger gegebene Anregung, in den Vororten Nebenstellen des Wirtschaftsamts einzurichten, durch die Vordrucke sowohl als auch Bezugsscheine ausgegeben werden könnten. Ohne Personalvermehrung ließen sich diese Einrichtungen allerdings nicht schaffen. Bei der Besprechung der Angelegenheit wurde angeregt, zu prüfen, ob die in den Vororten zu erledigenden Aufgaben des Wirtschaftsamts nicht von den Ausgabestellen des Ernährungsamts miterledigt werden können. Die Leiter des Wirtschaftsamts und des Ernährungsamts sollen zunächst zu dieser Frage Stellung nehmen.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 153

Herrn Regierungsrat Oppenheim

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 18. März 1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberrechtsrat Dr. Boerckel
Finanzdirektor Trabld.
Oberbaurat P. Hafner

Tagesordnung:

1. Bildung eines Ausschusses beim Wirtschaftsamt. Einem entsprechenden Ersuchen des Regierungspräsidenten soll entsprochen werden.

2. Rückführung der Verwaltung der rechterheinischen Stadtteile. Der Herr Oberbürgermeister berichtet eingehend über die Entwicklung der einschlägigen Verhältnisse und über den heutigen Zustand. Er ist der Meinung, daß aus zwingenden Gründen alsbald etwas getan werden müsse, um die Stadtteile wieder unter die Verwaltung der Gesamtstadt zu bringen.

   Die Verwaltungskonferenz teilt die Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters und ist damit einverstanden, daß eine Denkschrift, in der die Gründe für die Beseitigung des jetzigen Zustandes näher dargelegt sind, dem Kontrollrat und anderen militärischen und deutschen Stellen raschestens zugeleitet werden soll.

3. Herr Beigeordneter Köth gibt Kenntnis von der Absicht, im Waldfriedhof geeignete Bäume zu fällen, um Holz zur Herstellung von Särgen zu gewinnen. Ein Einwand wird dagegen nicht erhoben.

4. Herr Bürgermeister Maurer teilt mit, daß das Büro Lods die Herstellung von verschiedenen größeren Modellen verlange. Die Konferenz nimmt davon Kenntnis und ist der Meinung, daß die Forderung nicht abgelehnt werden kann.

5. Nach einer Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Maurer ist das Projekt der Errichtung eines Kinos auf dem städtischen Grundstück Ballplatz 9 aufgegeben worden, und zwar auf Einspruch des Büros Lods.

6. Hochschule für Journalistik. Herr Bürgermeister Maurer gibt ferner davon Kenntnis, daß das Gebäude der Frauenlobschule für die Errichtung der Hochschule vorerst nicht in Frage kommt.

7. Bei einer Aussprache über das Gelände der Zitadelle war man allgemein der Ansicht, daß das Gelände in erster Linie für die Errichtung von Gebäuden für die Landesregierung vorgesehen werden

//

soll. Herr Bürgermeister Maurer wird ersucht, alsbald feststellen zu lassen: den Flächeninhalt des gesamten Geländes, welche Gebäude in dem Gebiet jetzt noch vorhanden sind, in welchem Zustand diese sich befinden und wie sie für die Zwecke der Landesregierung evtl. ausgebaut und welche Neubauten erstellt werden können, sowie wie hoch sich die Kosten der Aufbauten und Neubauten schätzungsweise stellen werden. Falls kein geeignetes Personals des Hochbauamts für diese Arbeiten, insbesondere auch für die zeichnerischen Arbeiten, freigemacht werden kann, wird Herr Bürgermeister Maurer ermächtigt, für die Arbeiten Privatarchitekten heranzuziehen.

Die Sache soll als eilig behandelt werden, damit die Stadtverwaltung in der Lage ist, mit geeigneten Vorschlägen für die Unterbringung der Landesregierung an diese heranzutreten. Anderen Projekten über die Verwendung von Gebäuden und Geländeflächen der Zitadelle soll, solange die Frage der Bereitstellung des Geländes für die Zwecke der Landesregierung nicht entschieden ist, nicht nähergetreten werden.

8. Sportplatz an der Unteren Zahlbacher Straße. Herr Bürgermeister Dr. Dassen gibt bekannt, daß die Gartenbaudeputation der Überlassung des Sportplatzes an den Sportverein 05 nicht zugestimmt habe, weil sie durch den großen Lärm bei den Fußballwettkämpfen eine Ruhestörung der Krankenhausinsassen befürchtet. Die Verwaltungskonferenz kann diese Bedenken nicht teilen. Die Angelegenheit soll dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden.

9. Nach einer Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Dassen ist der städt. Fuhrpark wegen Mangel an Betriebsstoff zurzeit nicht in der Lage, die Müll- und Latrinenabfuhr durchzuführen. Es ist beabsichtigt, die Abfuhr Mombacher Landwirten zu übertragen. Die dadurch für etwa 5 Wochen entstehenden Kosten belaufen sich auf etwa 8000 RM. Die Verwaltungskonferenz erkennt die Notwendigkeit der getroffenen Regelung an. Der erforderliche Kredit von 8000 RM wird zu Lasten des Ergänzungsstocks bereitgestellt.

10. Stromlieferung in das Gebiet der 117er Kaserne. Die Stromabgabe wird, wie Herr Bürgermeister Hufschmidt berichtet, durch Hauptzähler festgestellt, eine Verbrauchsfeststellung der zahlreichen, in den Kasernengebäuden untergebrachten Familien ist, da besondere Zähler fehlen und zurzeit nicht gesetzt werden können, nicht möglich. Das Militärbauamt, das die Gebäude verwaltet und von den Stadtwerken als zahlungspflichtiger Stromabnehmer angesehen wird, hat sich bisher geweigert, die Strombezugskosten zu bezahlen. Bei der Besprechung der Angelegenheit wurde eine übereinstimmende Ansicht darüber, wer zahlungspflichtig ist, insbesondere auch ob von den einzelnen Bewohnern Pauschalbeträge unmittelbar durch die Stadtwerke eingezogen werden sollen, nicht erzielt. Die Verwaltungskonferenz wünscht, daß vor einer endgültigen Entscheidung in dieser Frage die Stadtwerke zunächst nähere Angaben über den monatlichen Stromverbrauch, über die Zahl der Strom beziehenden Familien und die Zahl der Familienangehörigen machen sollen. Event. soll auch eine zeitweise Ausschaltung der Stromabgabe erwogen werden.

Die von Herrn Bürgermeister Hufschmidt weiter aufgeworfene Frage, wer die Kosten für die Instandsetzung von Innenleitungen zu tragen hat, wird einmütig dahin beantwortet, daß diese Kosten selbstverständlich vom Militärbauamt übernommen werden müssen.

//

11. Grundsteuerausschlagsätze. Herr Finanzdirektor Trablé berichtet nochmals über den Antrag auf Festsetzung der Grundsteuerausschlagsätze für 1947. Er schlägt vor, für die Stadtteile Mainz-Weisenau, Mainz-Bretzenheim und Mainz-Gonsenheim die Grundsteuerausschlagsätze 10% niederer wie für die übrigen Stadtteile festzusetzen, da die genannten Stadtteile nicht die Vorteile der Straßenreinigung und Kanalunterhaltung genössen, wie die anderen Stadtteile. Während Herr Bürgermeister Hufschmidt erklärte, gegen jede Erhöhung der 1946er Sätze für die Vororte Einspruch erheben zu müssen, äußerten sich die übrigen Mitglieder der Konferenz zu dem Vorschlage des Herrn Finanzdirektors Trablé zustimmend.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 158

N i e d e r s c h r i f t

über die Verwaltungskonferenz vom 11.3.1947

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus.
Beigeordneter Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Finanzdirektor Trable
Verwaltungsdirektor Fuchs
Oberstleutnant de Bourchol

Tagesordnung

1. Öchsnerstraße. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Die Schwester des früheren Oberbürgermeister Dr. Öchsner bittet darum, eine Strasse in Mainz mit Öchsnerstraße zu bezeichnen. Das Kulturdezernat soll die Lebensdaten und die Verdienste von Dr. Öchsner feststellen; das Tiefbauamt soll dann einen Vorschlag über die Benennung einer Strasse als Öchsnerstraße machen.

2. Planunterlagen für den Wiederaufbau. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Nach einer Verfügung des Regierungspräsidenten sind Pläne für den Wiederaufbau der Stadt zu fertigen und an die Regierung einzusenden. Die Bearbeitung übernimmt das Dezernat Maurer.

3. Fall Diefenbach. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Der Leiter des Ernährungsamtes Diefenbach hat Herrn Bachmann Innungsobermeister der Bäcker und Stadtratsmitglied wegen einer sachlichen Meinungsverschiedenheit in Gegenwart von Zeugen mit Polizeigewalt aus seinem Zimmer entfernen lassen. Der Herr Oberbürgermeister trägt den Fall mit allen Einzelheiten vor und beabsichtigt, ihn im Ältestenrat zu besprechen. Das Landesernährungsamt ist davon in Kenntnis gesetzt.

4. Journal officiel. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Das amtliche Mitteilungsblatt der französischen Militärregierung wird in soviel Exemplaren bestellt, dass jeder Dezernent und die wichtigsten Dienststellen ein Stück erhalten (15 Stück).

5. Leitung des Hochbauamtes. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Der seitherige Leiter Petzold wird von der Militärregierung weder an der Spitze des Hochbauamtes noch bei der Planungsabteilung des Wiederaufbauamtes gewünscht. Auch Baurat Delp vom Militärbauamt ist nicht genehm. Im Vordergrund steht jetzt für diese Stelle der Stadtbaumeister von Baden-Baden, Richard Jörg, der Parteigenosse war. Da durch das Fehlen des Leiters des Hochbauamtes der Fortgang der Geschäfte ausserordentlich gehemmt ist, soll die Frage dem Ältestenrat und dem Personalausschuß vorgelegt werden.

11

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 157

6. Einbau eines Kinos in das Haus Ballplatz 8. Bürgermeister Maurer.
Die Frage ist dem Bauausschuß vorzulegen.

7. Ausbau des Hauses Dagobertstraße 2 für Daimler-Benz. Bgm. Maurer.
Die Genehmigung zum Ausbau soll nachträglich unter denselben Bedingungen, wie dies ursprünglich vorgesehen war, ohne zeitliche Begrenzung ausgesprochen werden.

8. Wiederaufbau der kath. Kirche in Kastel. Regierungsrat Oppenheim.
Bei dem Wiederaufbau soll das dahin gehörige Bild aus der Galerie überlassen werden.

9. Entwendung von Bäumen in den Anlagen. Oberbaurat Dr. Dasson.
Die Polizei soll verständigt werden.

10. Unterschriftsbefugnis. Verwaltungsdirektor Fuchs.
Junge städtische Bedienstete sollen keine Unterschriftsbefugnis erhalten.

11. Fall Hamann. Beigeordneter Dr. Schwahn.
Die Angelegenheit ist durch Verhandlungen mit den Parteien erledigt worden.

12. Zustände in der Alicekaserne. Beigeordneter Dr. Schwahn.
Das Militärbauamt übernimmt die Beseitigung der baulichen und gesundheitlichen Schäden; es verfügt zu diesem Zweck über einen Kredit von 125 000.- RM.

13. Gesundheitsdienst. Beigeordneter Dr. Schwahn.
Der Zustand des Gebäudes in der Heringsbrunnengasse ist schlecht und ermangelt der Wasserleitung. Das Hochbauamt wird beauftragt, alles zu tun, um den Gesundheitsdienst arbeitsfähig zu halten.

14. Büroeinrichtung in der Ortsverwaltung Mz.-Weisenau. Bgd. Hufschmidt.
Da in der Ortsverwaltung Mz.-Weisenau z.Zt. keine eigenen, sondern nur beschlagnahmte Möbel stehen, soll der Ortsvorsteher ein Verzeichnis der benötigten Büroeinrichtungsgegenstände dem Verwaltungsdirektor vorlegen.

Mainz, den 14. März 1947
Der Oberbürgermeister:

Dr. K r a u s

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 158

Kreis Regierungsrat Oppenheim

N i e d e r s c h r i f t

Über die Verwaltungskonferenz am 4.3.1947

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Beigeordneter Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Kuth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dossen
Oberrechtsrat Dr. Boerckel
Finanzdirektor Trebis
Verwaltungsdirektor Fuchs

Tagesordnung

1. Besprechung von Berichten im "Mainzer Anzeiger". Obgm.Dr. Kraus.

Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt den Inhaltverschiedener Berichte im Mainzer Anzeiger über die Beratung des neuen Entnazifizierungsgesetztes im zuständigen Ausschuß des Landtags, über die Wiederherstellung des Landkreises Oppenheim, über die sanitären Zustände in der Alicekaserne bekannt. Was zur Behebung der dringlichsten Notstände in der Alicekaserne geschehen kann, muss sofort und ohne bürokratische Hemmungen geschehen. Beigeordneter Dr. Schwahn übernimmt es, einen brauchbaren und zuverlässigen Beamten des Fürsorgeamtes zu bestimmen, der verantwortlich zusammen mit dem Militärbauamt das Notwendige veranlasst.

2. Journalistenhochschule. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

Eine Eingabe der Journalistenhochschule wird besprochen und Herrn Regierungsrat Oppenheim zur weiteren Bearbeitung überwiesen. Die Verwaltungskonferenz ist sich darüber einig, dass der Wohnungsbau vordringlich ist und für alle anderen Bauvorhaben in den nächsten Monaten möglichst zurückgestellt werden müssen.

3. Fall Hamann. Beigeordneter Dr. Schwahn.

Der Lebensmittelhändler Hamann hat vom Ernährungsamt, ohne dass er die Erlaubnis zum Verkauf von Fischen hat, eine Zuteilung von Fischen erhalten. Die Vertretung des Einzelhandels hat hiergegen Einspruch erhoben. Herr Dr. Schwahn wird gebeten, die Angelegenheit durch unmittelbare Verhandlungen zwischen den Interessenten zu regeln.

4. Kosten für eine Ausstellung im Französischen Haus. Dr. Boerckel.

Die Stadt übernimmt die tatsächlichen Ausgaben im Betrag von 471,62 RM.

5. Kosten der Instandsetzung beschlagnahmeter Häuser. Dr. Boerckel.

Das Wiederaufbauamt teilt dem Besatzungsamt die Kosten der Instandsetzung der Häuser mit. Das Besatzungsamt nimmt die Verteilung auf Stadt und Privateigentümer vor.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 159

6. Jugendausschuß. Beigeordneter Dr. Schwehn.

Ein Gesetz zur Bildung von Jugendausschüssen ist in Vorbereitung. Entsprechend dem vorliegenden Antrag soll ein vorläufiger Jugendausschuß für die Stadt Mainz gebildet werden. Dr. Schwehn wird das Weitere veranlassen. Das Kaffee Hauptwache am Dom, das jetzt zurückgegeben wird, soll als Haus der Jugend vorgesehen werden.

7. Wiederaufbaufragen. Finanzdirektor Tgahle.

a) Die Eisenbahn- und Posthäuser in der Oberen Zahlbacher-Straße werden in das Wiederaufbauprogramm aufgenommen.

b) Frl. Wagner, Eigentümerin des Hauses Taunusstraße 23, das mit 2o ooo.- RM wiederhergestellt werden und zwei weitere Wohnungen zur Verfügung stellen kann, will das Haus an die Stadt abgeben, wenn ihr eine freie Wohnung und eine Monatsrente von 15o.- RM bis an ihr Lebensende zugestanden werden. Die Frage soll geprüft werden.

8. Geburtstagsgabe. Verwaltungsdirektor Fuchs.

Den Drillingen des früheren Stefanstürmers wird zu ihrem 75. Geburtstag eine Gabe von 15o.- RM und 6 Fläschchen Wein zugebilligt.

9. Entnazifizierung. Verwaltungsdirektor Fuchs.

Ein Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Ludwigshafen an die französische Militärregierung wird zur Kenntnis gebracht.

1o. Sportplatz am Zahlbacher Hang. Oberbaurat Dr. Dasseh.

Der Sportverein o5 will den Sportplatz am Zahlbacher Hang pachten. Die Verwaltungskonferenz ist grundsätzlich mit dem Antrag einverstanden, die Einzelheiten des Pachtvertrags, insbesondere das Mitbenutzungsrecht durch Schulen, sollen geprüft werden.

Mainz, den 6. März 1947

N i e d e r s c h r i f t

über die Verwaltungskonferenz am 25. Februar 1947

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Bürgermeister Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwehn
Beigeordneter Küth
Bürgermeister Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Baggen
Oberrechtsrat Dr. Boerckel
Finanzdirektor Treble
Verwaltungsdirektor Fuchs

Tagesordnung

1. Geschäftsgang. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Bei der Festsetzung von Ausschußsitzungen sind Beginn und Tagesordnung dem Oberbürgermeister rechtzeitig mitzuteilen, damit Überschneidungen und Gleichzeitigkeiten vermieden werden. Nach der Sitzung sind diejenigen Akten, die dem Stadtrat zur Beschlußfassung vorzulegen sind, mit dem Beschluß des Ausschusses an den Verwaltungsdirektor weiterzuleiten.

2. Vergebung der Sitzungsräume im Stadthaus. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Für die Vergebung sämtlicher Sitzungsräume im Stadthaus ist der Verwaltungsdirektor zuständig. Bei Musikveranstaltungen hat er sich vorher mit dem Kulturdezernent ins Benehmen zu setzen.

3. Dienst der Kraftfahrer. Verwaltungsdirektor Fuchs.

   Um den Dienst der Kraftfahrer beaufsichtigen zu können, werden die Dezernenten gebeten, die Benutzung eines Wagens dem Verwaltungsdirektor abzuzeigen. Der Bereitschaftsdienst der Kraftfahrer bezieht sich auf die Freizeit am Mittag und am Abend. Vor Weggang am Abend hat der Kraftfahrer, der den Bereitschaftsdienst hat, bei dem Verwaltungsdirektor anzufragen, ob er innden Abendstunden noch benötigt wird.

4. Verkehr mit der französischen Militärbehörde. Obgm. Dr. Kraus.

   General Jacobsen hat mitgeteilt, dass die einzige französische Dienststelle, mit der deutsche Dienststellen zu verkehren haben, die Militärregierung am Fischtorplatz ist. Jeder Schriftwechsel von und an andere französische Dienststellen hat durch die Militärregierung am Fischtorplatz zu laufen.

5. Zirkus Belli. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Die Entscheidung über die Vermietung der Stadthalle an Zirkus Belli muss zurückgestellt werden, weil französische Pläne wegen Radio-Station und Rundfunkhaus schweben, für die gegebenenfalls die Stadthalle benötigt wird. Anderes Gelände kann nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Frage muß daher offen bleiben.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 161

6. Aufbau des Bahnhofshotels. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

Die Stadt wird den neuen Mieter Klee bei dem Aufbau unterstützen. Das Hotel hat für Gäste der Stadtverwaltung bestimmte Räume freizuhalten.

7. 600-Wohnungs-Programm. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

Generalbaudirektor Imm hat, um sein Bauprogramm fristgerecht erledigen zu können, verschiedene Vorschläge wegen Vermietung der zum Wiederaufbau kommenden Häuser, Zuzugsgenehmigungen für Hausbesitzer usw. gemacht. Der Wohnungsdezernent wird diese Anträge prüfen und soweit angängig, entscheidende Berichte an die Regierung in Koblenz machen.

8. Reichsleistungsgesetz. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

Eine Änderung des Reichsleistungsgesetzes, die sich nur auf die Festsetzung der Bedarfsstellen erstreckt, erscheint nicht zweckmässig. Es wird für richtig erachtet, ein neues Leistungspflichtgesetz zu schaffen, in dem als Bedarfsstellen die Verwaltungsstellen des Staates, der Regierungsbezirke, der Kreise und der Städte mit Rechtsicherung für beide Teile verankert sind. Der Regierung soll ein entsprechender Antrag unterbreitet werden.

9. Badeanstalt Ohaus. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

Die Konferenz hält die finanzielle Unterstützung für wünschenswert und ist grundsätzlich mit den vorgelegten Plänen und Vorschlägen einverstanden. Alle Dienststellen werden angewiesen, dem Projekt jede mögliche Förderung zuteil werden zu lassen. Auch bei der Finanzierung wird die Stadtverwaltung mithelfen, gegebenenfalls durch eine befristete Bürgschaft, deren Einzelheiten in einem besonderen Bürgschaftsvertrag festgelegt werden.

10. Freigabescheine für Bauvorhaben. Bürgermeister Maurer.

Der Generalbaudirektor legt Vorschläge wegen Durchführung der baupolizeilichen Genehmigung und Ausstellung von Freigabescheinen vor. Die Konferenz ist sich darüber einig, wenn den Anträgen Imm, so wie sie jetzt gestellt sind, stattgegeben wird, der Oberbürgermeister bald ausgeschaltet ist und der Generalbaudirektor allein darüber bestimmt, was und wo und wie in Mainz gebaut wird. Es muß verlangt werden, dass über die Dringlichkeit der Bauvorhaben der Generalbaudirektor im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister entscheidet und dass im Falle der Ablehnung eines Freigabescheines das Beschwerderecht an den Herrn Oberbürgermeister gewährleistet ist.

11. Bürogelände im Zollhafengebiet. Bürgermeister Maurer.

Für die Errichtung von 83 Büros ist ein Kredit von 900 000.- RM erforderlich. Die Zustimmung des Finanz- und Bauausschusses ist einzuholen.

12. 600-Wohnungs-Programm. Bürgermeister Maurer.

Für die Errichtung von 3 Häusern der GmbH für den Kleinwohnungsbau wird ein Kredit von 150 000.- RM, desgleichen ein solcher in gleicher Höhe für 3 Häuser in Kastel (Cohowitzstraße) gutzuheißen. Ein Beschluß des Finanzausschusses ist herbeizuführen.

13. Wiedereinführung der Schulvorstände. Regierungsrat Oppenheim.

Für die Volksschule und für jede Berufsschule soll ein Schulvorstand errichtet werden, der sich nach den schulgesetzlichen Bestimmungen von 1921 zusammensetzt.

14. Wiederherrichtung einer Dunkelkammer im Altertumsmuseum und in der Stadtbibliothek. Regierungsrat Oppenheim.

Der erforderliche Kredit von 1 300 - 1 500 RM und 30 Flaschen Wein wird gutgeheißen.

15. Gebäude "Frankfurter Hof". Regierungsrat Oppenheim.

Der Mietvertrag soll gelöst werden.

16. Beheizung der Stadtbibliothek. Regierungsrat Oppenheim.

Die Militärregierung hat mitgeteilt, dass es nicht angängig sei, die Stadtbibliothek wegen Kohlenmangel geschlossen zu halten. Die Stadt habe die Pflicht, die Bibliothek zu heizen.

17. Lagerhäuser Stenz. Oberbaurat Dr. Dassen.

Die Firma Stenz hat, trotzdem es ihr im Mietvertrag verboten ist, Untermieter auf 3 Jahre aufgenommen. Die Konferenz beschließt, die Untervermietung nachträglich für ein Jahr zu genehmigen.

18. Jüdischer Friedhof. Oberbaurat Dr. Dassen.

Der jüdische Friedhif wurde seither vom Reich verwaltet. Die jüdische Gemeinde soll die Verwaltung wieder übernehmen, hat aber kaum Einnahmen. Zur Deckung der Unterhaltungskosten wird die Stadt einen Zuschuß übernehmen.

19. Firma Ffleiderer. Beigeordneter Dr. Schwahn.

Die Schulden der Firma bei der Stadt sind gewechaen. Eine Auskunft über die Güte ihrer Produkte ist ausgeblieben. Es soll bei Generalbaudirektor Imm angefragt werden, ob Ffleiderer bei dem Wiederaufbau eingeschaltet werden kann. Nach dem Eingang der Antwort wird die Entscheidung getroffen.

20. Neubau Weidmann in Kastel. Beigeordneter Dr. Schwahn.

Es sind Schwierigkeiten entstanden, da alle Stellen in Mainz-Kastel, u.a. auch die Ortsverwaltung und die Baupolizei sich für Weidmann einsetzen. Es soll zunächst im Benehmen mit der Bauverwaltung Wiesbaden festgestellt werden, ob der neue Bau stehen bleiben kann. Gegebenenfalls ist dann mit Weidmann ein Pachtvertrag abzuschließen.

21. Gelände auf der Petersaue. Beigeordneter Dr. Schwahn.

Die Deputation für Geländeverkehr hat beschlossen, das von Rummel pachtweise benutzte Gelände nicht zu verkaufen. Rummel soll bei der Wiedererrichtung seiner Wirtschaftsgebäude von der Stadt finanziell unterstützt werden; ein neuer Pachtvertrag ist mit ihm abzuschließen.

22. Haus Willenberg Ecke Ludwig- und Fuststraße. Beigeordn. Dr. Schwahn.

Der Uhrwarenhändler Willenberg hat beantragt, zum Aufbau seines Hauses anderes Gelände auszutauschen. Die Geländeverkehrsdeputation hat den Antrag abgelehnt, weil der Platz vor dem Theater zwischen Fust- und Schöfferstraße freibleiben soll. Die Konferenz ist der Auffassung, die Sache solange zurückzustellen, bis der Bebauungsplan des Theaterplatzes endgültig feststeht.

Mz., den 27.2.1947

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 163

Herrn Regierungsrat Oppenheim

N i e d e r s c h r i f t

über die Verwaltungskonferenz am 11.2.1947

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Beigeordneter Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Bürgermeister Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Finanzdirektor Frahle
Verwaltungsdirektor Fuchs

Tagesordnung:

1) Transportwesen. Oberbürgermeister Dr. Kraus.
Minister Peller von Koblenz wird die Ratra in Kaiseralautern für den Transport der Brennholzversorgung einschaltet. Die Einzelheiten der Durchführung werden durch Herrn Beigeordneten Küth und mit Herrn Gert bearbeitet und erledigt.
Entnazifizierung. Oberbürgermeister Dr. Kraus.
2) Es besteht Aussicht auf eine Verordnung, wodurch das Entnazifizierungsverfahren auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wird, dabei werden die Rechtsgarantien des Spruchverfahrens übernommen, ein öffentlicher Ankläger ist vorgesehen und der Angeschuldigte wird gehört. Entlassungen ohne Pension sollen nur bei Hauptschuldigen eintreten, im Übrigen sollen Kürzungen und Gehaltskürzungen auf eine bestimmte vorher festgesetzte Zeit begrenzt werden. Der Anordnungsentwurf entspricht den Forderungen der Städtekonferenz.

3) Wiederaufbau. Oberbürgermeister Dr. Kraus.
Der Oberbürgermeister berichtet über die Besprechung mit Minister Peller über den Stand der Organisation (Zweckverband) und die Finanzierung. Der gegenwärtige Zustand ist unhaltbar, weil Neustadt seit Beginn November keine Zahlungen mehr leistet und Koblenz bis jetzt nichts von sich hören lässt. Minister Peller hat versprochen, dass er die Dinge in Koblenz zur Sprache bringen und in kürzester Frist eine Besprechung der Sachbearbeiter der beteiligten Ministerien herbeiführen will.

4) Kettelersiedlung. Oberbürgermeister Dr. Kraus.
Der Aufbau der Kettelersiedlung wird in das 600-Wohnungsprogramm aufgenommen.

5) Gebühr für die Benutzung von Schulsälen. Oberbürgermeister Dr. Kraus.
Die Jugendverbände benutzen die Schulräume zu Heimabenden ohne Vergütung. Für Veranstaltungen wird eine Gebühr von 5.- RM erhoben.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 164

6) Fall Alois Weidmann in Kastel. OberbÜrgermeister Dr. Kraus.

Weidmann hat in Kastel auf einem stÄdtischen Grundstück ohne Genehmigung der Baupolizei entgegen dem Standpunkt des Tiefbauamtes dagegen unter BefÜrwortung des Hochbauamtes ein Wohnhaus errichtet. Die Stadt soll das Haus Übernehmen, dem Weidmann kÜndigen und von ihr bestimmte Personen hineinsetzen. Herr Dr. Schwahn wird die Sache weiter bearbeiten.

7) Verteilung der RÄume im Stadthaus. OberbÜrgermeister Dr. Kraus.

Im 1. Stock des Stadthauses wird Raum 2 für den Vorstand des statistischen Amtes und Herrn Beigeordneten Hufschmidt, die RÄume 4 - 7 (6 RÄume) sind für das ErnÄhrungsamt bestimmt. Der Raum der Graphikerklasse im 3. Stock kann nicht an das Tiefbauamt abgegeben werden. Die Bereitstellung von RÄumen für die Abrechnungsstelle des Strassenverkehrs wird abgelehnt.

8) Treppe im Lauternschen Haus. BÜrgermeister Maurer.

Für die Sicherung der Treppe im Lauternschen Haus soll ein Kredit von 4 5oo.- RM bereitgestellt werden. Der Bauausschuß ist mit der Sache zu befassen.

9) Bahnhofshotel. BÜrgermeister Maurer.

Das Hochbauamt hat festgestellt, dass der Aufbau des Hauses für 5o Betten möglich ist. Herr Klee hat sich deswegen mit der EigentÜmerin in Verbindung gesetzt.

1o) Journalistenschule. BÜrgermeister Maurer.

Der Plan der Errichtung einer Journalistenschule im Hause der Frauenlobschule ist mit entsprechender BegrÜndung der Stadtverwaltung vorzulegen.

11) Beschäftigung von Privatarchitekten. BÜrgermeister Maurer.

Gegen die Einschaltung von Privatarchitekten bei den Arbeiten des Baden-Badener Sonderprogramms bestehen keine Bedenken.

12) HafengebÜhren. Oberbaurat Dr. Dassen.

Rheinfahrzeuge zahlen bei Aufsuchen eines Hafens bei Eingang im ganzen Rheingebiet eine einmalige GebÜhr: Der Hafenkommandant hat angeordnet, dass die GebÜhr jedes Mal zu zahlen und um 5o % zu erhÖhen ist. Die Aufsichtsbehörde ist von diesem Vorgehen zu verstÄndigen.

13) Friedhof. Oberbaurat Dr. Dassen.

Der Hauptfriedhof ist Überbelegt. Um die Weiterbenutzung für die Zukunft zu ermÖglichen, soll der Friedhof zur HÄlfte geschlossen werden. Ferner ist die Erweiterung des Mombacher Waldfriedhofs für die Vororte Sonnenheim und Mombach und die Neuanlage eines Friedhofs an der Hechtsheimer Straße für die Vororte Bretzenheim und Weisenau vorgesehen. Die Angelegenheit ist der Friedhofsdeputation vorzulegen.

14) Papierverbrauch. Verwaltungsdirektor Fuchs.

Angesichts der katastrophalen Lage bei der Papierversorgung und der Besorgung wegen erlassenen Anordnungen ist bei der Beschaffungsstelle eine Kontrolle eingerichtet worden, durch die der monatliche Verbrauch jeder Dienststelle an Papier genau Überwacht und auf das zustehende MaÖ beschrÄnkt wird.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 165

15) Untersuchungsgebühr. Verwaltungsdirektor Fuchs.

Die Untersuchung von Beamten und Angestellten bei ihrer Einstellung wird in Zukunft von den Universitätskliniken ausgeführt. Die Professoren verzichten dabei auf das Honorar. Die Gebühr von 3,6o RM für jeden Fall wird von der Stadtkasse übernommen.

16) Wohlfahrtswesen. Beigeordneter Dr. Schwahn.

Der Wohlfahrtsminister von Rohlens hat anläßlich seines Besuchs bei dem Regierungspräsident mitgeteilt, daß 8 ooo Flüchtlinge aus Dänemark und dem Osten in Rheinhessen untergebracht werden sollen. Die Städte Mainz und Worms bleiben befreit. Es soll jedoch vorher die Zahl der bereits vorhandenen Flüchtlinge festgestellt werden.

17) Straßenbahn. Beigeordneter Hufschmidt.

~~Der Oberbürgermeister berichtet~~

Die Militärbehörde verlangt für die auf ihren Büros beschäftigten Angestellten rund 1 5oo Karten zur freien Benutzung der Straßenbahn. Dies würde für die Stadt einen monatlichen Ausfall von 3o ooo.- RM bedeuten. Die Angelegenheit soll unverzüglich an die Aufsichtsbehörde berichtet werden.

Mainz, den 13. Februar 1947

N i e d e r s c h r i f t

Über die Verwaltungskonferenz vom 4.2.1947

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Beigeordneter Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberrechtsrat Dr. Boerckel
Oberbaurat Fritzen
Finanzdirektor Trable
Verwaltungsdirektor Fuchs.

Tagesordnung:

1. Straßenbahn. Beigeordneter Hufschmidt.

   Für den Bau der Strassenbahn Kastel-Kostheim werden 55 000.- RM und für den Wiederaufbau der Omnibuslinie 44 000.- RM im Wirtschaftsplan der Stadtwerke bereitgestellt.

2. Straßenbahn. Beigeordneter Hufschmidt.

   Die Polizei bezahlte bisher, solange sie Gemeindepolizei war, für die Benutzung der Strassenbahn pro Kopf 3.- RM. Nachdem sie verstaatlicht worden ist, soll wieder wie früher ein Betrag von 7,5o RM bezahlt werden. Die Stadtverwaltung wird entsprechenden Antrag beim Regierungspräsidium stellen.

3. Gut Schuck-Rommel auf der Petersaue. Beigeordneter Dr. Schwahn.

   Der beabsichtigte Bauvertrag kann nicht abgeschlossen werden, da die Militärregierung die Zustimmung zum Vorkaufsrecht verweigert hat. Die Gutspächter sind, weil die Wohn- und Betriebsverhältnisse völlig unhaltbar sind und ihnen Arbeit und Kosten für einen Wiederaufbau nicht zugemutet werden können, an die Stadtverwaltung wegen Tausch gegen ein Grundstück in Amönoburg herangetreten. Der Gegenstand soll zunächst in der Geländedeputation beraten werden.

4. Vermietung von Hafengelände an die Firma Krayer. Dr. Schwahn.

   Die Firma Krayer, die mit einem Kapital von 6oo ooo.- RM arbeitet, hat den Nachweis für den Besitz des Stahldrahts erbracht. Die Firma ist mit 2 statt mit 3 Zufahrten zum Gelände zufrieden. Der Vertrag ist mit größter Vorsicht aufzustellen, vor allem sind Sicherungen einzubauen, damit die Garantie gegeben ist, dass das Grundstück innerhalb einer bestimmten Frist auch tatsächlich mit dem darauf zu erstellenden Gewerbebetrieb nur Wiederaufbauzwecken der Stadt Mainz dient.

5. Badeanstalt in Kz.-Weisenau. Beigeordneter Dr. Schwahn.

   Die Anstalt soll Koks für ihren Betrieb nur erhalten, wenn sie sich einer Fachschaft anschließt. Ein derartiger Verband besteht nicht. Der Dezernent, Beigeordneter Köth wird gebeten, die Sache zu erledigen

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 167

6. Kleidergeld der Schwestern des städtischen Krankenhauses. Dr. Schwahn.

Das Kleidergeld wird wieder wie früher auf den Betrag von 400.- RM festgesetzt.

7. Benutzung von Schulräumen. Beigeordneter Dr. Schwahn.

Die Kirchen St. Josef und St. Bonifax haben die Erlaubnis, den Turnsaal der Feldbergschule für gottesdienstliche Zwecke zu benutzen. Die Schule fordert den Saal zurück; die Kirche ist mit einer Mitbenutzung des Saales durch die Schule nicht einverstanden. Die Konferenz ist der Ansicht, dass die gemeinsame Benutzung möglich gemacht werden muß. Es ist mit den Beteiligten zu verhandeln und die beiderseitigen Rechte sind in einer entsprechenden Abmachung festzulegen.

8. Hilfe für die Betreuungsstelle. Beigeordneter Dr. Schwahn.

Aus dem Spendenstock der Betreuungsstelle sollen 5 000.- RM zur Beschaffung von Lebensmitteln usw. zur Verfügung gestellt werden.

9. Unterstützung der Witwe des früheren Beigeordneten Leaff. Dr. Schwahn.

Die Betreuungsstelle will Frau Leaff als Opfer des Faschismus unterstützen. Die Verwaltungskonferenz hat dagegen grundsätzlich Bedenken. Es soll geprüft werden, ob aus dem Dispositionsfond des Oberbürgermeisters geholfen werden kann.

1o. Zweckverband der Krankenhäuser. Beigeordneter Dr. Schwahn.

Die Stadt wird dem Zweckverband der Krankenhäuser beitreten, um bei der Beschaffung von Bedarfsgegenständen Erleichterung und Vorteile zu genießen.

11. Haushaltsplan. Finanzdirektor Trahle.

Die Dezernenten werden gebeten, für die baldige Behandlung des Haushaltsplanes in den Deputationen besorgt zu sein.

12. Wohnungsinstandsetzungsprogramm. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

Eine Aufstellung der städtischen Grundstücke, die in dem 1000-Wohnungsprogramm und dem 500-Wohnungsprogramm enthalten sind, wird der Konferenz vorgelegt. Der entsprechende Kreditantrag wird laut Aufstellung der Finanzverwaltung dem Finanzausschuß und dem Stadtrat zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet. Bei dieser Gelegenheit teilt der Oberbürgermeister der Konferenz mit, dass das Bauprogramm für 1947 insgesamt Aufwendungen in Höhe von 45 ~~000~~ Millionen vorsieht, darunter sind etwa 15 Millionen aus Staatsmitteln anzufordern.

13. Beschaffung von Stahlschränken. Verwaltungsdirektor Fuchs.

Der Bedarf wird festgestellt, dann erfolgt die Beschaffung.

14. Bahnhofshotel. Bürgermeister Maurer.

Die Kosten für die Wiederherstellung des Gebäudes in bescheidenem Rahmen sind festzustellen. Hierauf ist über die Aufbringung der Kosten zu beraten.

15. Bebauung des Taubertsberges. Bürgermeister Maurer.

Die Stadt (Wiederaufbauamt) soll den von Generalbaudirektor Imm bzw. Herrn Lodz entworfenen Bebauungsplan des Taubertsberges prüfen.

16. Rückgabe beschlagnahmter Möbel. Beigeordneter Köth.

Die seiner Zeit vom Wirtschaftsamt beschlagnahmten Möbel sind möglichst auf dem Wege des Vergleichs an die Eigentümer zurückzugeben.

17. Gebühr für die Untersuchung bei der Einstellung von Beamten. Köth.

Die Frage wird geprüft.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 168

Herrn Regierungsrat Oppenheim

N i e d e r s c h r i f t

über die Verwaltungskonferenz am 21.1.1947

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Beigeordneter Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberrechtsrat Dr. Boerckel
Finanzdirektor Trable
Verwaltungsdirektor Fuchs

Tagesordnung

1. Besprechung der Ernährungslage. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Herr Oberbürgermeister berichtet über eine Sitzung am 20.1.47 im hiesigen Regierungsgebäude, in der der Minister für Landwirtschaft und Ernährung in Koblenz die Ernährungslage schilderte. Die Verhältnisse sind in Bezug auf die Versorgung mit Kartoffeln und Brot äusserst gespannt. Mit Brot und Mehl kann vielleicht durch Einfuhr aus dem Ausland geholfen werden. Schwieriger ist die Kartoffelversorgung. Man hofft jedoch durch Koblenz bis zum Frühjahr noch den 5. Ztr. wenigstens für die grossen Städte hereinzubekommen.

2. Antrag der Einheitsgewerkschaft auf Lohnerhöhung. Dr. Kraus.

   Der Antrag ist sachlich durchaus verständlich. Ich beabsichtige den Ältestenrat damit zu befassen und die Angelegenheit dem Stadtrat vorzulegen. Formrechtlich kann jedoch der Stadtrat diese Lohnerhöhung rechtswirksam nicht beschliessen, da der Lohnstopp durch keinen Ratsbeschluß und Regierungsverordnung festgelegt ist. Falls der Stadtrat dem Antrag zustimmt, muss die Genehmigung der deutschen und französischen Dienststellen erwirkt werden. Finanziell würde der Antrag eine Belastung des städtischen Etats von monatlich 50 000.- RM bedeuten und müssen sich die Fraktionen über die Deckung dieser Mehrausgaben schlüssig werden.

3. Benzinzuteilung. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Die Benzinzuteilung betrage nur etwa 1/3 der Menge des vorigen Monats.

4. Förderung des Baues von Gasthäusern. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Die Stadt Mainz ist infolge des Mangels an Gasthäusern und Tagesbokalen gegenüber anderen Städten wie Wiesbaden, Stuttgart, Herford u.s. im Nachteil. Durch gemeinsame Bemühungen der Stadtverwaltung und der Industrie- und Handelskammer soll bei dem Stadtkommandanten versucht werden, beschlagnahmte Gasthäuser, die vom Militär nicht dringend benötigt würden, freizubekommen.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 169

5. Ketteler-Bauverein. Oberbürgermeister Dr. Kraus.

Bei der Ausführung des Baus von 600 Wohnungen bis Ende Juni 1947 sollen die Gebäude der Ketteler-Siedlung unter Wahrung der Eigentumsrechte mit in den Plan einbezogen werden.

6. Schuttlagerung auf der Maarsue. Bürgermeister Maurer.

Die Konferenz ist damit einverstanden, dass der Schutt von Kastel auf der Maarsue zur Auffüllung alter Festungsgräben verwendet wird. Die Kosten im Betrag von 700 000.- RM werden vorerst von Wiesbaden aufgebracht, sollen aber für den Fall der Wiedervereinigung von Kastel mit Mainz zurückerstattet werden.

7. Gebühr für die Untersuchung von Angestellten. Beigeordneter Köth.

Herr Köth teilt mit, dass die Angestellten der Stadt Mainz bei ihrem Eintritt in den Dienst sich einer Untersuchung bei den staatlichen Gesundheitsamt unterziehen und dafür eine Gebühr von 10.- RM bezahlen müssten, während früher diese Untersuchung bei dem städtischen Krankenhaus kostenlos erfolgte. Die Angelegenheit wird geprüft.

8. Miete für Schreibmaschinen. Finanzdirektor Trable.

Für die Miete von Schreibmaschinen Privater wird eine feste Miete nicht bestimmt: es soll jedoch nicht über einen Monatsbetrag von 20.- RM hinausgegangen werden.

9. Vergütung für die Diebstähle aus einer Schiffsladung. Beigeordneter Dr. Schwahn.

Die Ladung eines Schiffes, das infolge der Kriegsereignisse im März 1945 bei Weisenau strandete, bestehend aus wertvollen Werkzeugen, wurde beschlagnahmt. Die Eigentümer, 3 Firmen aus Krefeld und Neuß, melden einen Schaden von mehr als 100 000.- RM an und fordern Vergütung von der Stadt. Die Forderung wird abgelehnt.

10. Beschaffung von Obus-Wagen. Beigeordneter Hufschmidt.

Die Konferenz billigt die Anschaffung von 10 Obus-Wagen zum Preise von 560 000.- RM. Die Verkehrslinien werden erweitert.

11. Strassenbahn Kastel-Kostheim. Beigeordneter Hufschmidt.

Die Stadt Mainz übernimmt die Kosten für die Wiederinbetriebnahme der Strassenbahnlinie Kastel-Kostheim. Alle Einzelheiten, wie Gestellung von Wagen durch Wiesbaden, Aufbewahrung der Wagen, tägliche Abrechnung, sollen mit Wiesbaden verhandelt werden.

Mainz, den 25. Januar 1947

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 170

Herrn Regierungsrat Oppenheim

12.

Niederschrift

über die Verwaltungskonferenz vom 14.1.1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus,
Beigeordneter Hufschmidt,
Beigeordneter Dr. Schwahn,
Beigeordneter Köth,
Bürgermeister a.D. Maurer,
Oberbaurat Dr. Dassen,
Regierungsrat Oppenheim,
Oberrechtsrat Dr. Boerckel,
Finanzdirektor Trablé.

Tagesordnung.

1. Vertretung der Dezernenten bei kürzerer oder längerer Abwesenheit.
Die Vertretung der Herren Dezernenten wird wie folgt festgelegt:
a) Ständiger Vertreter des Herrn Oberbürgermeisters:
Herr Bürgermeister Hufschmidt und bei dessen Verhinderung
Herr Beigeordneter Dr. Schwahn.
b) Vertreter des Herrn Bürgermeisters Hufschmidt
in Angelegenheiten seines Dezernats: Finanzdirektor Trablé.
c) Vertreter des Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn:
in Rechtsangelegenheiten und Angelegenheiten der Ortspolizei:
Herr Oberrechtsrat Dr. Boerckel,
in Angelegenheiten der Liegenschaftsverwaltung:
Herr Dr. Dassen,
in Angelegenheiten des Fürsorge-und Jugendamts, des Krankenhauses und des Gesundheitsdienstes:
Herr Regierungsrat Oppenheim.
d) Vertreter des Herrn Beigeordneten Köth:
Herr Beigeordneter Dr. Schwahn.
e) Vertreter des Herrn Bürgermeisters Maurer:
Herr Bürgermeister Dr. Dassen.
f) Vertreter des Herrn Bürgermeisters Dr. Dassen:
Herr Bürgermeister Maurer.
g) Vertreter des Herrn Regierungsrats Oppenheim:
Herr Beigeordneter Dr. Schwahn.

Für Herrn Finanzdirektor Trablé wird ein Vertreter vorläufig nicht bestimmt; die Erledigung der diesem überwiesenen Aufgaben übernimmt bei Verhinderung Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus.

2. Wiederaufbau von Mainz. Über diese Angelegenheit fand eine eingehende Aussprache statt. Insbesondere wurde auch die Einschaltung der Wiederaufbau G.m.b.H. in die Wiederaufbauaktion besprochen und dabei von dem Herrn Oberbürgermeister darauf hingewiesen, daß eine Unterstützung

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 171

der Wiederaufbau G.m.b.H. durch die städtischen Bauinstanzen unbedingt stattfinden und daß ein harmonisches Zusammenarbeiten zwischen G.m.b.H. und den Bauämtern gefordert werden müsse.

3. Benutzung der Einrichtungen in Wohnungen Abwesender durch die jetzigen Bewohner. Bei der Aussprache über diese Angelegenheit wurde darauf hingewiesen, daß nach einer angeblich von der Oberen Preisbehörde getroffenen Festlegung die Personen, die ihnen nicht gehörige Wohnungseinrichtungen benutzen, dafür eine Vergütung von 1% des Wertes der Gegenstände pro Monat entrichten sollen. Über die Angemessenheit dieses Satzes wurden Zweifel geäußert. Man war allgemein der Meinung, daß die Gebührenfrage baldigst geklärt werden müsse. Über die weitere Frage, ob die Behörden berechtigt sind, Wohnungseinrichtungen den Eigentümern zu entziehen und anderen Personen zu überlassen und in welcher Form die Herausgabe von überlassenen Wohnungseinrichtungen an die Eigentümer gefordert werden kann, soll mit der Regierung verhandelt werden. Da es sich hier nicht um eine rein örtliche Angelegenheit handelt, wird eine allgemeine Regelung durch die Landesregierung für notwendig erachtet.

4. Zulassung von Gewerbebetrieben. Auf eine Anfrage des Herrn Beigeordneten Köth wird von Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn erklärt, daß für die Zulassung von Einzelhandelsgeschäften der Oberbürgermeister (Ortspolizei) und für die Zulassung von Handwerksbetrieben die Handwerkskammer zuständig sei.

Aus Anlaß des zur Sprache gebrachten Zulassungsgesuches des Fischhändlers Hamann wird ausdrücklich festgelegt, daß für die nach den gesetzlichen Bestimmungen von dem Oberbürgermeister zu erteilende Genehmigung für den Betrieb von Einzelhandelsgeschäften lediglich die Ortspolizei bezw. deren Dezernent zuständig ist, nicht etwa das Ernährungsamt.

5. Unbezahlte Handwerkerrechnungen. Nach einer Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Maurer sollen beim Besatzungsamt noch mindestens 300 anweisungsfertige Rechnungen unerledigt vorliegen, die angeblich wegen Mangel an Personal bisher noch nicht angewiesen worden sind. Bemängelt wurde ferner, daß auch das neu eingeführte Verfahren für die raschere Anweisung von Rechnungsbeträgen durch das Besatzungsamt nicht voll befriedige, weil in vielen Fällen Duplikatrechnungen nicht vorlägen und deren Anfertigung wieder Zeit und unnötige Arbeit erfordere. Finanzdirektor Trablé wird beauftragt, zu veranlassen, daß die unerledigten Rechnungen vom Besatzungsamt so schnell wie irgend möglich zur Anweisung kommen. Er soll außerdem prüfen, wie die Neuregelung bezüglich der vorläufigen Zahlungen in befriedigender Weise geändert werden kann.

6. Das Grab des ehemaligen Reichstagsabgeordneten und Reichsministers Dr. David. Die Sozialdemokratische Partei hat beantragt, das Grab Dr. Davids in dauernde Unterhaltung der Stadt Mainz zu übernehmen. Die Konferenz ist damit einverstanden, zumal besondere, nennenswerte Kosten dadurch nicht entstehen.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 172

7. Fluchtlinienplan für die Wassergasse in Mainz-Weisenau. Herr Dr. Dassen weist auf die Dringlichkeit der Feststellung der Fluchtlinie hin. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Aufstellung von Fluchtlinienplänen für einzelne Straßen im Bedarfsfalle, soweit irgend möglich, auch vor der Neuaufstellung der Fluchtlinienpläne für ganze Stadtteile erfolgen soll, damit der Wiederaufbau von einzelnen, zerstörten Gebäuden nicht unnötigerweise hinausgezögert wird.

8. Benutzung von eigenen Schreibmaschinen durch städtische Bedienstete. Finanzdirektor Trablé weist darauf hin, daß verschiedene Beamten und Angestellte ihre eigenen Schreibmaschinen im Dienst benutzen oder diese der Stadtverwaltung zur Benutzung überlassen hätten und daß sie dafür eine Gebühr erhielten, die recht unterschiedlich und zum Teil viel zu hoch bemessen sei. Finanzdirektor Trablé wird beauftragt, die einzelnen Fälle festzustellen. Dann soll eine generelle Regelung der Gebührenhöhe erfolgen.

9. Vermietung von Hafengelände an die Firma Krayer. Die Verwaltungskonferenz ist nach Vortrag des Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn mit der Vermietung des von Herrn Krayer gewünschten Hafengeländes unter der Voraussetzung einverstanden, daß der Nachweis erbracht wird, daß der für die Herstellung von Kunststeinen notwendige Draht tatsächlich greifbar ist und daß überhaupt eine Gewähr für die Errichtung und den Betrieb der Steinfabrik gegeben ist. In dem Mietvertrag soll auf jeden Fall festgelegt werden, daß die Vermietung hinfällig wird, wenn das Gelände nicht in einer bestimmten Zeit dem angegebenen Zweck entsprechend ausgenutzt wird. Mit Rücksicht auf einen von Herrn Dr. Dassen vorgebrachten Einwand, wonach der Firma 3 Zufahrten zu dem Gelände nicht zugestanden werden können, wird auch empfohlen, über diesen Punkt eine entsprechende Regelung in dem Mietvertrag zu treffen.

10. Behandlung von Geländevermietungsanträgen. Bei der Besprechung des Vermietungsantrages Krayer wurde von Herrn Dr. Dassen auch darauf hingewiesen, daß Vermietungsanträge von verschiedenen Dienststellen schleppend behandelt würden und daß auch den Antragstellern von unzuständigen Dienststellen Hoffnungen für Überlassung von Gelände gemacht würden, die letzten Endes nicht erfüllt werden könnten. Die Verwaltungskonferenz beschließt, den bei der Behandlung von Vermietungsgesuchen mitwirkenden städtischen Dienststellen die beschleunigte Stellungnahme zur Pflicht zu machen und sie darauf hinzuweisen, daß für die Bescheidung der Gesuchsteller lediglich der für die Vermietung zuständige Dezernent in Frage kommt.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 173

F. Reg. Bez. Oppenheim

(11.)

Niederschrift

Über die Verwaltungskonferenz vom 7.1.1947.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus,
Beigeordneter Hufschmidt,
Beigeordneter Dr. Schwahn,
Beigeordneter Köth,
Bürgermeister a.D. Maurer,
Oberbaurat Dr. Dassen,
Regierungsrat Oppenheim,
Oberrechtsrat Dr. Boerckel,
Finanzdirektor Trablé.

Tagesordnung.

1. Rechtsrheinische Vororte. Der Herr Oberbürgermeister hält es für dringend notwendig, alsbald eine Denkschrift über die rechtsrheinischen Stadtteile auszuarbeiten, um jederzeit Material für die Bestrebungen auf Zurückgabe der Stadtteile in die Verwaltung der Stadt Mainz zur Verfügung zu haben. Herr Professor Dr. Napp-Zinn von der Mainzer Universität soll gebeten werden, eine derartige Denkschrift auszuarbeiten.

2. Finanzlage. Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt Kenntnis von der derzeitigen Finanzlage, wobei er insbesondere darauf hinweist, daß von Neustadt fällige Zahlungen nicht mehr eingingen und andererseits von Koblenz bis jetzt noch keine Zahlungen geleistet worden seien.

3. Versorgung des städtischen Krankenhauses mit Kohlen. Von Herrn Beigeordneten Dr. Schwahn wird darauf hingewiesen, daß das Krankenhaus nur noch für einige Tagen mit Kohlen versorgt sei. Wenn nicht umgehend Kohlen angeliefert würden, dann könne der Krankenhausbetrieb nicht aufrecht erhalten werden. Der Herr Oberbürgermeister erklärt dazu, daß Herr Petzel vom Wirtschaftsamt heute in Koblenz sei, wobei er auch die beschleunigte und ausreichende Belieferung des städtischen Krankenhauses betreiben werde. Bevor weitere Schritte in der Sache unternommen werden könnten, müsse man den Bericht des Herrn Petzel abwarten.

4. Straßenbahnlinie Kastel-Kostheim. Herr Bürgermeister Hufschmidt gibt von einem Bericht der Stadtwerke vom 7.Januar Kenntnis, nach dem die Stadtwerke Wiesbaden auf die Aufnahme des Straßenbahnbetriebs von Kastel nach Kostheim drängen. Die Stadtwerke Wiesbaden

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 174

sind bereit, der Stadt hierfür leihweise Straßenbahnwagen zur Verfügung zu stellen. Herr Küpper hält den Betrieb für nicht rentabel. Nach der Ansicht des Herrn Bürgermeisters Hufschmidt muß der Betrieb aber aufgenommen werden, auch wenn er keinen Gewinn abwirft.

Die Verwaltungskonferenz teilt die Ansicht des Herrn Bürgermeisters Hufschmidt, der gebeten wird, das Erforderliche für die alsbaldige Aufnahme des Betriebs zu veranlassen.

5. Freibankfleisch. Nach einer Verordnung der Regierung in Neustadt soll das im Schlachthof anfallende Freibankfleisch an eine Firma in Grünstadt zur Wurstverarbeitung abgeliefert, also nicht mehr in Mainz verkauft werden. Die Konferenz ist der Ansicht, daß, da die Regierung in Neustadt für Rheinhessen nicht mehr zuständig ist, die Anordnung nicht befolgt zu werden braucht.

6. Wohnverhältnisse in den Kasernen. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn berichtet eingehend über die menschenunwürdigen Wohnverhältnisse in den Kasernen und den Gebäuden des Wehrmeldeamts. Er gibt dabei auch Kenntnis von einem Schreiben des Regierungspräsidenten, nach dem Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände getroffen werden und insbesondere eine Trennung der Wohnungen der Dirnen von den übrigen Wohnungen erfolgen soll. Die Konferenz ersucht Herrn Rechtsrat Dr. Boerckel, zu prüfen, inwieweit das Wohnungsamt Abhilfe schaffen kann. Im übrigen ist die Konferenz der Ansicht, daß die Polizei wegen der Unterbringung der Dirnen etwas tun müsse und daß die Arbeiten zur Herstellung der Neutorschule für Zwecke eines Kinderheims beschleunigt durchgeführt werden müssen, damit die Möglichkeit gegeben wird, Kinder aus den Kasernenwohnungen dort unterzubringen und vor der völligen Verwahrlosung zu bewahren.

7. Wohnungssache Holz. Herr Oberrechtsrat Dr. Boerckel gibt einen Bericht des Wohnungsamts bekannt, nach dem Frau Holz es verstanden hat, sich dreimal der Evakuierung zu entziehen. Herr Stadtrat Baumann hat sich in die Sache eingeschaltet und verlangt, daß von einer Evakuierung der Frau Holz abgesehen wird, andernfalls werde die kommunistische Partei ihre Mitarbeit in den Evakuierungsfragen einstellen. Von dem Herrn Oberbürgermeister wird dazu erklärt, daß das Verlangen des Herrn Baumann unter allen Umständen zurückgewiesen werden müsse. Die Sache müsse objektiv geprüft und behandelt werden. Er ersucht Herrn Dr. Boerckel, die Angelegenheit dem neu gebildeten Ausschuß in seiner ersten Sitzung vorzutragen.

8. Straßenbahnbetrieb. Herr Dr. Dassen weist darauf hin, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen vor Eröffnung oder Wiedereröffnung von Straßenbahn-und Omnibuslinien die Pläne offengelegt werden müßten, was bisher versäumt worden sei. Ein Beschluß wird in der Sache nicht gefaßt.

9. Trümmerbeschlagnahmung. Nachdem durch eine Verordnung des Regierungspräsidenten die Beschlagnahmung der Bautrümmer von privaten Grundstücken zu Gunsten der Stadt ausgesprochen worden ist, wird zur Bearbeitung aller damit zusammenhängenden Fragen das städt. Tiefbauamt bestimmt unter dem Dezernat des Herrn Dr. Dassen. Die Bearbeitung durch das Tiefbauamt soll möglichst im Einvernehmen mit dem Baubüro Imm geschehen.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 175

10. Bearbeitung der Personalsachen des Zentralmuseums. Dem Wunsche des Zentralmuseums, seine Personalsachen durch das städtische Personalamt zu bearbeiten, soll entsprochen werden.

11. Feststellung der Schäden an zerstörten Gebäuden. Die Konferenz ist mit der Übertragung der Schadensfeststellungen an eine Privatfirma und mit der Bereitstellung des dafür erforderlichen Kredits einverstanden. Der Ersatz der Kosten durch das Land soll beantragt werden.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 176

Herrn Regierungsrat Oppenheim

10.

N i e d e r s c h r i f t

Über die Verwaltungskonferenz am 10.12.1946

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Beigeordneter Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Hufschmidt
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberrechtsrat Dr. Boerckel
Finanzdirektor Treble
Verwaltungsdirektor Fuchs.

Tagesordnung

1. Bauausschuß. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.
   Für Montag, den 16.12.1946, 15 Uhr wird eine Sitzung bestimmt.

2. Hochbauamt, Fall Breitwieser. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.
   Der Oberbauleiter Breitwieser ist, nachdem er zwei Monate von der Militärbehörde verhaftet war, freigelassen worden. Nach Anordnung des General Jacobsen soll er nicht mehr bei dem Hochbauamt beschäftigt werden. Breitwieser fordert, da er in keiner Weise belastet sei, die Wiederverwendung an seinem früheren Platz, andernfalls suche er eine Stelle in der Privatindustrie.

3. Hochbauamt, Organisation. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.
   Die Organisation des Hochbauamtes kommt nicht zum Ziel, da weder Herr Petzold, noch Herr Delp von der Militärregierung genehmigt werden. Um die Sache vorwärts zu bringen, soll die ganze Frage dem Bauausschuß,unterbreitet und ausserdem der Regierung in Koblenz durch einen umfassenden Bericht Kenntnis gegeben werden.

4. Zusammenlegung von Garten- und Friedhofsverwaltung. Bericht: Dr.Kraus.
   Die Verwaltungskonferenz ist grundsätzlich mit der Zusammenlegung einverstanden mit der Maßgabe, daß die Leitung einem Gartenbautechniker übertragen wird. Der Stadtrat wird darüber beschließen.

5. Instandsetzung der Wohnbaracken in Kostheim. Bericht: Bürgermeister Maurer.
   Der Berichterstatter hat bei der Regierung in Wiesbaden vorgesprochen. In Kürze wird mit den Arbeiten begonnen werden.

6. Organisation der städtischen Bauämter. Bericht: Bürgermeister Maurer.
   Die Militärregierung verlangt einen Plan über den Aufbau der städt. Bauämter. Der Auflage soll durch einen Bericht, nicht durch Aufstellung eines Planes nachgekommen werden. Wegen des Berichts wird sich Bürgermeister Maurer mit dem Herrn Oberbürgermeister in Verbindung setzen.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 177

7. Bezahlung der Rechnungen des Besatzungsamtes. Bericht: Bürgermeister Maurer.

Das Besatzungsamt hat die Rechnungen, sobald sie vom Hochbauamt geprüft sind, zur Auszahlung anzuweisen, damit die Handwerker auf dem schnellsten Wege zu ihrem Geld kommen.

8. Beachtung baupolizeilicher Vorschriften. Bericht: Bürgermeister Maurer.

An dem Wollworthgebäude werden auf Anordnung der französischen Behörde Änderungen vorgenommen (Fenster in Brandmauern), die von der Baupolizei nicht genehmigt sind. Der Bauherr ist darauf hinzuweisen, dass er sich die Befreiung von der baupolizeilichen Vorschrift bei der Baupolizei zu erwirken hat.

9. Erpachtung von Gelände für die Errichtung von Behelfsheimen. Bericht: Bürgermeister Maurer.

Die Verwaltungskonferenz ist mit der Erpachtung von Gelände der Ziegelei Richard zur Errichtung von 500 Behelfsheimen einverstanden. Vorlage an den Stadtrat ist erforderlich.

10. Vertrag der Stadt mit der Firma Hoch-Tief betr. Trümmerbeseitigung. Bericht: Dr. Dassen.

Von der Gesamtsumme von 2,4 Millionen soll vorerst ein Betrag von 250 000.- RM zur Verfügung gestellt werden.

11. Schuhwerk und Kleider für die Friedhofsarbeiter. Bericht: Dr. Dassen.

Es soll versucht werden, die erforderlichen Bekleidungsstücke durch das Wirtschaftsamt zu beschaffen.

12. Schlechtwetterregelung. Bericht: Dr. Dassen.

Bei schlechtem Wetter ist ein Taglohn von 60 % des Normallohnes gesetzlich festgelegt. Diese Regelung soll auch für die Wiederaufbauarbeiter durchgeführt werden.

13. Verpachtung von Gelände an Herrn Piczek. Bericht: Dr. Schwahn.

Herr Piczeek soll der Stadtverwaltung angeben, welchen Teil des Geländes des Artilleriedepots ihm die Militärverwaltung zuteilt; erst dann kann die Stadt die Pachtverhandlungen durchführen.

14. Verpachtung von Gelände an die Firma Krayer.

Die Stadt nimmt erst dann die Verhandlungen wegen der Verpachtung von Gelände zur Errichtung einer Zementplattenfabrik auf, wenn die Firma Krayer eine Bescheinigung der französischen Behörde über die Notwendigkeit des Unternehmens beigebracht hat.

15. Stromeinsparung. Bericht: Beigeordneter Mufschmidt.

Die Maßnahmen für die Überwachung des Stromverbrauchs sollen durch die Polizei durchgeführt werden.

16. Denkmal für die bei dem Einsturz der Holztorschule verunglückten Kinder. Bericht: Dr. Dassen.

Die Verwaltungskonferenz billigt den Vorschlag der Friedhofsverwaltung, wonach das Denkmal nach den Plänen der Firma Grünewald errichtet werden soll. Die Kosten übernimmt die Stadt.

Mainz, den 11. Dezember 1946

StAMZ, NL Oppenheim / 8.2 - 178

N i e d e r s c h r i f t

über die Verwaltungskonferenz vom 3.12.1946

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Beigeordnter Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberrechtsrat Dr. Boerekel
Finanzdirektor Trable
Verwaltungsdirektor Fuchs

Tagesordnung

1. Behandlung der Anträge Danz im Stadtrat. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Die Anträge, die teils ungesetzlich, teils unsachlich sind, werden bekanntgegeben. Wegen der Behandlung im Stadtrat soll der Ältestenrat befragt werden.

2. Feldpolizei. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Die Feldpolizei wird dem Dezernat der Landwirtschaft zugeteilt.

3. Besoldung der Bürgermeister und Beigeordneten. Bericht: Ob. Dr. Kraus.

   Nach den neuen Bestimmungen haben die Bürgermeister und Beigeordneten ihre Ämter ehrenamtlich zu versehen. Den betreffenden Beamten ist deshalb eine Aufwandsentschädigung zu gewähren, die ihrem stellenplanmässigen Gehalt gleichkommt. Für die Beigeordneten, die nicht Mitglieder des Stadtrats sind, tritt eine besondere Regelung ein. Der Stadtrat wird über diese Frage zu entscheiden haben.

4. Mitarbeit des Kulturdezernats bei dem Wiederaufbau. Bericht: Dr. Kraus.

   In Zukunft soll das Kulturdezernat in Fragen, die in das Gebiet der Denkmalspflege einschlagen, zugezogen werden.

5. Denkschrift Delp über den Wiederaufbau. Bericht: Ob. Dr. Kraus.

   Der Oberbürgermeister gibt Kenntnis von einer Denkschrift des Baurats Delp, die in ihrer nüchternen Abfassung sich wohltuend von der des Herrn Lods unterscheidet und die besonders bei dem Wiederaufbau der Neustadt auf die Verwendung der im Boden vorhandenen Werte (Gas-, Wasser-, Stromleitungen) nachdrücklich hinweist.

6. Personal bei dem Hochbauamt. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Nach Äusserungen von General Jacobsen soll Petzold nicht mehr bei dem Hochbauamt, auch nicht bei der Planungsstelle verwendet werden. Auch Baurat Delp ist nicht genehm. Ein Herr Jörg von Baden-Baden bewirbt sich um den Posten bei dem Hochbauamt, wird aber zunächst von dem Untersuchungsausschuß abgelehnt. Fürden Wiederaufbau soll Prof. Schmitthenner eingesetzt werden, der vor allem den Generalbebauungsplan aufstellen soll. Der Stadtrat soll seine Bezüge regeln; gedacht ist an einen Kredit von 5o ooo.- RM, über den S. verfügen kann und abzurechnen hat.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 179

7. Erhebung von Gebühren. Bericht: Beigeordneter Hufschmidt.

Für die Ausstellung der Zuzugsgenehigung soll einheitlich in Mainz und den Vororten eine Gebühr von o,4o RM erhoben werden.

8. Beschaffung von Strassenbahnwagen. Bericht: Beigeordneter Hufschmidt.

Die Beschaffung von 5 Strassenbahnwagen wird gutgeheißen.

9. Fall Pioneck. Bericht: Beigeordneter Dr. Schwahn.

Bei der Vermietung eines Teils des Artilleriedepots an P. soll das Militärbauamt selbst entscheiden. Der Verkauf eines Hauses in der Drususstraße an P. kommt nicht in Frage.

10. Schnakenbekämpfung. Bericht: Beigeordneter Dr. Schwahn.

Der Gesundheitsdienst soll die Schnakenbekämpfung wieder aufnehmen und die erforderlichen Bekämpfungsmittel bei der Militärbehörde beantragen.

11. Beitrag an die Wohnstättengenossenschaft. Bericht: Dr. Schwahn.

Der vor 1937 an den Kindergarten der Wohnstättengenossenschaft gewährte Zuschuß von 600.- RM soll wieder gezahlt werden und zwar zu Lasten des Ergänzungsstocks.

12. Zuständigkeit des Regierungspräsidenten in Wohnungsfragen. Bericht: D Boerckel.

Der Oberbürgermeister ist der Auffassung, dass für die Erteilung der Zuzugsgenehmigung das Wohnungsamt erste und letzte Instanz ist. Der Fall Hirsch, wobei der Regierungspräsident die Zuweisung einer Wohnung anordnet, soll durchgefochten werden.

13. Requisitionen. Bericht: Oberrechtsrat Dr. Boerckel.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Beschlagnahme von Möbeln und Wäschestückenmunmöglich werde, weil bei Parteigenossen beschlagnahmefähige Gegenstände, wie sie verlangt wurden, nicht mehr vorhanden seien. Ehe man die Requisitionen auf Nichtparteigenossen ausdehnt, soll versucht werden, die Anforderungen in der seitherigen Weise zu erfüllen. Die Militärbehörde wird verständigt.

14. Sonntagsruhe. Bericht: Verwaltungsdirektor Fuchs.

Von der strengen Durchführung der Sonntagsruhe soll abgesehen werden.

15. Amtsblatt für die innere Verwaltung. Bericht: Verw.-Dir. Fuchs.

Die Frage, an Stelle der zahlreichen Rundschreiben des Oberbürgermeisters aus Gründen der Papiererspernis ein Amtsblatt für die innere Verwaltung erscheinen lasse, soll geprüft werden.

16. Planungskosten für die Eisenbahnbrücke. Bericht: Oberbaurat Dr. Dassen.

Die MAN fordert für die Berechnung der Mehrkosten der Etagenbrücke 1 5oo.- RM. Der Betrag wird gutgeheißen und bei dem Wiederaufbauamt verrechnet.

17. Grundstückstausch. Bericht: Oberbaurat Dr. Dassen.

Das Kloster der Göttlichen Vorsehung bietet der Stadt sein Grundstück in der Raimundistraße an und bittet um Ersatz. Das Tiefbauamt schlägt dafür ein Grundstück an der Luthersiedlung (Gemarkung Hechtsheim) vor. Die Frage bedarf noch der Prüfung.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 180

18. Feststellung der baulichen Kriegsschäden. Bericht: Dr. Dessen.

Das Hochbauamt hat zur Feststellung der baulichen Kriegsschäden Fragebogen herausgegeben und beantragt dafür einen Kredit von 25 000.- RM. Da von dem Kriegsschädenamt zu dem gleichen Zweck Erhebungen angestellt werden, sollen zur Vermeidung unnötiger Ausgaben die beiden Ämter in dieser Frage zusammenarbeiten.

19. Abgabe von Behelfsheimen auf städtischem Boden. Bericht: Dr. Dessen.

Die G.m.b.H. für den Kleinwohnungsbau empfiehlt den Verkauf der Heime. Die Verwaltungskonferenz hält es für richtig, sowohl die Grundstücke als auch die Behelfsheime zu verpachten und dabei die Mieter mit den Unterhaltungskosten zu belasten.

Mainz, den 5. December 1946

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 181

Herrn Regierungsrat Oppenheim

(8)

N i e d e r s c h r i f t

über die Verwaltungskonferenz vom 27.11.1946

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Beigeordneter Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Göth
Bürgermeister a.D. Maurer
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberrechtsrat Dr. Boerckel
Finanzdirektor Trahls
Verwaltungsdirektor Fuchs
Entschuldigt: Regierungsrat Oppenheim

Tagesordnung

1. Verwaltungskonferenz. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Von der nächsten Woche ab findet die Verwaltungskonferenz nicht am Montag, sondern am Dienstag statt. (Erstmalig am 3.12.1946).

2. Stadtratssitzung. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Die nächste Stadtratssitzung wird für Freitag, den 6.12.1946 vorgesehen.

3. Besprechung. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Am 26.11.1946, 15 Uhr wird Präsidialdirektor Gräfe von Koblenz zu einer Besprechung Mainzer Fragen hier anwesend sein.

4. Universität. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Der Oberbürgermeister berichtet über die Vorgänge an der Universität am 23.11.1946. (Verhaftung von Oberbaurat Uther und Hausarrest von Rektor Schmid.)

5. Wiederaufbauorganisation. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Der Oberbürgermeister berichtet über den Stand der Verhandlungen. Nachdem man sich über die Frage der Organisation der Oberbauleitung und die Finanzierung der Bauvorhaben in einer Besprechung bei General Jacobsen geeinigt hatte, sind nachträglich Einsprüche insbesondere über die Fassung des § 5 des Vertrages erhoben worden. Der Oberbürgermeister ist entschlossen, unter diesen Umständen den Auftrag als Bauherr zurückzugeben.

6. Erwerb von Gelände. Bericht: Beigeordneter Dr. Schwahn.

   Die Firma Miele hat einen neuen Vorschlag unterbreitet, wonach sich die Stadt zur Hälfte am Erwerb des Geländes beteiligen soll. Dr. Schwahn bemängelt, dass das Verhältnis über die Verteilung der Aufbaukosten nicht geklärt ist. Die Stadt hat nur dann ein Interesse am Erwerb, wenn sie in den Vollbesitz des Geländes kommt,

11

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 182

weil nur in diesem Fall die Wiederaufbaukosten vom Staat ersetzt werden. Die Regierung in Koblenz soll für die Sache interessiert werden. (Unterbringung des Landtages.)

7. Beitrag an das Heim in Edenkoben. Bericht: Beigeordneter Dr. Schwahn.

Die Stadt gibt an das Heim in Edenkoben, das von der Betreuungsstelle empfohlene Personen aufnimmt, einen einmaligen Betrag von 1 000.- RM.

8. Beitrag für die Strafgefangenenbetreuung. Bericht: Dr. Schwahn.

Die Stadt tritt dem Verein für die Betreuung der Strafgefangenen mit einem Jahresbeitrag von 60.- RM bei. Für das laufende Jahr übernimmt der Dispositionsstock des Oberbürgermeisters den Betrag, im nächsten Jahre ist die Summe in den Haushalt vorzusehen.

9. Ehrung von Beamten. Bericht: Direktor Treble.

Zur Ehrung von Beamten sollen in Zukunft keine Beträge mehr ausgeworfen werden.

10. Stadthalle. Bericht: Beigeordneter Dr. Schwahn.

Herr Klee will 2 Räume der Stadthalle selbst instand setzen und die Firma Zirkus Belli will über den Raum des großen Saales eine Holzhalle aufstellen. Die Stadt ist grundsätzlich damit einverstanden. Die beiden Interessenten sollen aufgefordert werden, sich die Genehmigung des Baubüros Imm zu verschaffen.

11. Beschaffung von Decken. Bericht: Beigeordneter Dr. Schwahn.

Für das städtische Personal sollen 1000 Decken beschafft werden.

12. Gebühr für Zuzugsgenehmigung. Bericht: Oberrechtsrat Dr. Boerckel.

Die Ortsverwaltungen erheben in unterschiedlicher Weise eine Gebühr für die Erteilung der Zuzugsgenehmigung; das Wohnungsamt in der Stadt erhebt keine Gebühr. Herr Treble wird gebeten, die Gebührenordnung zu überprüfen und in der nächsten Konferenz zu berichten. Jedenfalls soll die Gebühr in Stadt und Vororten einheitlich sein.

13. Bezahlung der Arbeiten auf Grund von Requisitionsbefehlen.

Bericht: Oberrechtsrat Dr. Boerckel.

Die Rechnungen der Handwerker für Arbeiten auf Grund von Requisitionsbefehlen müssen bezahlt werden, sobald sie als gültig (reconne valable) anerkannt sind. Ob sie bei der späteren Überprüfung durch die Militärbehörde als Reparationsleistungen anerkannt werden oder nicht, ist dabei ohne Belang.

14. Wohnungen für das Personal des Aufbaus der Universität.

Bericht: Bürgermeister a.D. Maurer.

Die Beschaffung von Wohnungen für das genannte Personal ist Sache der Universität, nicht des Wohnungsamtes.

15. Werkstätte für die Glaserinnung. Bericht: Bürgermeister a.D. Maurer.

Die Glaserinnung beantragt die Überlassung der Reithalle der Goldenen Roßkaserne auf der mittleren Bleiche für eine Werkstätte. Grundsätzlich ist man damit einverstanden. Es soll jedoch vorher die Frage der Finanzierung des Antrages und die Frage der Verwendung des Platzes als späteres Stadthaus geprüft werden.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 183

Herrn Regierungsrat Oppenheim

(7.)

N i e d e r s c h r i f t

Über die Verwaltungskonferenz vom 19.11.1946

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Beigeordneter Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Regierungsrat Oppenheim
Oberrechtsrat Dr. Boerckel
Oberbaurat Dr. Dassen
Finanzdirektor Trable
Verwaltungsdirektor Fuchs

Entschuldigt: Beigeordneter Köth
Bürgermeister Maurer

Tagesordnung

1. Bericht über Besuch in Koblenz. Bericht: Finanzdirektor Trable.

   Als wesentliches Ergebnis der Aussprache bei dem Oberregierungspräsidium ist, obwohl noch vieles ungeklärt ist, die Zusage zu verbuchen, dass Koblenz für 1946 den Lastenausgleich wie mit Neustadt vereinbart, übernehmen will. Die Organisation der Behörden für den Wiederaufbau ist vollendet; für die Mainzer Belange wird ein besonderer Rahmen geschaffen werden müssen.

2. Wiederaufbau. Leitung des Hochbauamtes. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Die Frage der Organisation bei dem Wiederaufbau und dem Hochbauamt ist vollständig verfahren, weil weder der ursprüngliche Plan, wonach an Stelle von Petzold Baurat Delp treten soll, noch die Auffassung des Ältestenrates, wonach Bürgermeister Maurer und Baurat Tinnemeyer Wiederaufbauamt und Hochbauamt übernehmen sollen, durchgeführt werden können. Einerseits ist Tinnemeyer infolge seiner politischen Belastung inzwischen entlassen worden, andererseits ist eine neue Stelle gebildet worden, (Büro Lods) die starke Aufsichts- und Anweisungsbefugnisse gegen die städtische Bauverwaltung haben soll. Durch eine Besprechung mit General Jacobsen soll versucht werden, eine Klärung herbeizuführen.

3. Paßstelle. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Mit dem Übergang der Polizei an den Staat war auch der Übergang der Paßstelle angeordnet worden. Die Stadt hat hiergegen bei dem Oberregierungspräsidium Einspruch erhoben, weil es sich bei der Tätigkeit der Paßstelle nur um die Ausstellung von Passierscheinen und nicht von Pässen handelt. Die Militärbehörde (Sûreté) hat nun kurzer Hand die Paßstelle der Polizei zugewiesen.

4. Weinmarkt. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Das Ergebnis der Weinmarktlotterie soll die Grundlage für einen Wiederaufbaustock bilden, aus dem Ausgaben allgemeiner Art (Pläne, Gutachten usw.) bestritten werden.

//

5. Bau der Eisenbahnbrücke. Bericht: Oberbaurat Dr. Dassen.

Prof. Hartter, der von dem Büro Lods mit der Herstellung eines Planes für den Neubau der Eisenbahnbrücke beauftragt ist, fragt an, ob die Stadt Mainz an der Gestaltung der Eisenbahnbrücke ein Interesse hat. Die Stadtverwaltung kann hierzu keine Stellung nehmen, solange nicht die Kosten der Brücke als Eisenbahnbrücke allein und der Eisenbahnbrücke mit der Straßenbahnbrücke zusammen bekannt sind. Es soll festgestellt werden, welche Planungskosten entstehen.

6. Städt. Konzerte. Bericht: Regierungsrat Oppenheim.

Die städtischen Konzerte sollen auch im Mainzer Anzeiger bekanntgegeben werden.

7. Beschlagnahme von Möbel durch das Wohnungsamt. Bericht: Oberrechtsrat Dr. Boerckel.

Auf Anfrage hat das Oberregierungspräsidium erklärt, dass das Wohnungsamt nicht befugt ist, Möbel nach dem Reichsleistungsgesetz zu beschlagnehmen.

8. Wohnraumgesetz. Bericht: Oberrechtsrat Dr. Boerckel.

Nach dem Wohnraumgesetz ist für die Zuweisung von Wohnraum nur der Oberbürgermeister zuständig. Der Regierungspräsident ist Beschwerdeinstanz.

9. Geschäftsordnung für den Stadtrat.

§ 3 ist zu streichen, da der Inhalt bereits in § 9 enthalten ist.

10. Pfleidererwerke. Bericht: Oberbaurat Dr. Dassen.

Die Mietschuld der Pfleidererwerke ist auf 73 000.- RM angewachsen. Zwangsvollstreckung sollvorerst nicht durchgeführt werden. Herr Dr. Dassen wird gebeten, bei der Lehr- und Fachschule für Baumaterialprüfung in Koblenz oder bei der technischen Hochschule in Darmstadt ein Gutachten einzuholen, das die Frage entscheidet, ob die Firma Pfleiderer für den Wiederaufbau verwendet werden soll.

11. Gelände Miele an der Saarstraße. Bericht: Oberrechtsrat Dr. Schwahn.

Frau Miele will das Gelände nur abgeben, wenn die Stadt Miteigentümerin wird. Von dieser Form des Erwerbs soll abgesehen werden, weil dann der Stadt die Aufbaukosten nicht ersetzt werden und die Miete für das Gelände, das als Unterkunft für das Fürsorgeamt gedacht ist, viel zu teuer würde. Frau Miele soll nochmals angegangen werden, das Gelände der Stadt ganz zu überlassen.

12. Bestellung von Omnibuswagen. Bericht: Beigeordneter Hufschmidt.

Die Bestellung von 6 Omnibuswagen für das Straßenbahnamt im Werte von 280 000.- RM wird gutgeheißen. Vorlage an die Verwaltungsdeputation, den Finanzausschuß und den Stadtrat ist erforderlich.

13. Adreßbuch. Bericht: Verwaltungsdirektor Fuchs.

Die Firma Krach ist gehalten, die Gebühr von 200.- RM für die Benutzung der Kartei des Steueramtes zu bezahlen. Die Firma Flecknor in Wiesbaden soll für die Herausgabe eines Mainzer Adressbuches das auch die rechtsrheinischen Vororte enthält, jede Unterstützung erhalten.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 185

14. Architektengebühren. Bericht: Finanzdirektor Treble.
Die Gebühren für Architekten, über deren Höhe geklagt wird, sollen durch die obere Preisbehörde überprüft werden.

Mainz, den 21. November 1945

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 186

Herrn Regierungsrat Oppenheim

(6.)

N i e d e r s c h r i f t

über die Verwaltungskonferenz vom 11. November 1946

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Beigeordneter Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.D. Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberrechtsrat Dr, Boerckel
Finanzdirektor Trable
Verwaltungsdirektor Fuchs.

Tagesordnung

1. Finanzwesen. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.
   Die Finanzverwaltung Rheinhessens ist am 1.11.1946 nach Koblenz übergegangen; ein Verbleiben bei Neustadt bis zum Ende des Rechnungsjahres ist nicht möglich. Wegen dieser Frage und der Frage des Wiederaufbaues hat Oberbürgermeister Dr. Kraus mit dem Oberpräsidenten Dr. Boden bereits Fühlung genommen und die vordringlichsten Punkte besprochen.

2. Krankenhaus. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.
   Nach Anordnung der Militärregierung können die Professoren Deusch und Brand am Krankenhaus nicht bleiben. Es soll vorsorglich die Kündigung ausgesprochen werden.

3. Bildung von Verwaltungsausschüssen. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus
   Der Antrag auf Bildung je eines Verwaltungsausschusses für

   - Hafen und Lagerhaus,
   - Landwirtschaft,
   - Schlacht- und Viehhof,
   - Garten- und Friedhofswesen einschl. Schrebergärten

   wird gutgeheißen.

4. Mietpreisbildung für gewerblich genutztes Gelände. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.
   Es soll bei den gesetzlichen Rahmensätzen belassen werden; im Einzelfall gelten besondere Festsetzungen.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 187

5. Wohnungsbaufinanzierung. Bericht: Bürgermeister Maurer.

a) Privatbauten können aus öffentlichen Mitteln nicht finanziert werden.

b) Es ist fraglich, ob 2 Verfügungen vom Oberregierungspräsidium Koblenz betr. die Beschlagnahme von Gebäudetrümmern in Kraft getreten sind. Der Paragraph 5 bedeute für die Stadt eine kostspielige Verpflichtung.

6. Benutzung der Mainzer Nachrichten. Bericht: Dr. Dassen.

Da die Mainzer Nachrichten auf dem Land nicht überall gelesen werden, soll die Strassenverkehrsstelle bei wichtigen Bekanntmachungen die Genehmigung zur Veröffentlichung im Mainzer Anzeiger einholen.

7. Hilfsarbeiter für die Kabelverstärkung. Bericht: Dr. Dassen.

Der Berichterstatterbführt Klage darüber, dass das Arbeitsamt für die dringlichen Arbeiten der Kabelverstärkung keine Arbeiter freigebe, solange bei städtischen Dienststellen noch Handwerker tätig sind.

8. Kosten bei Mehrverbrauch von Strom. Bericht: Beigeordneter Köth.

Der Berichterstatter hält die Strafen für den Mehrverbrauch von Strom zu hoch. Da die betreffenden Vorschriften vom Kontrollrat erlassen sind, will die Militärregierung von den Strafen Kenntnis haben. Zu beanstandende Fälle sollen einzeln geprüft werden.

9. Ausweis für Stadtratsmitglieder. Bericht: Beigeordneter Köth.

Für die Stadtratsmitglieder sollen Ausweise hergestellt werden.

10. Brennstoffversorgung. Bericht: Beigeordneter Köth.

Es soll versucht werden, einen Angestellten zu gewinnen, vielleicht aus dem Kreise der städtischen Beamten, der die schwierigen Fragen der Brennstoffversorgung bearbeitet.

11. Wärmehallen. Bericht: Beigeordneter Dr. Schwahn.

Für die Wärmehallen in der Goetheschule sollen Holzreste beschafft werden.

12. Schlacht- und Viehhof. Bericht: Beigeordneter Hufschmidt.

Der Wiederaufbau des Maschinenhauses und die Instandsetzung der Kompressoranlage sollen sofort in Angriff genommen werden. Die Kosten 56 ooo RM und 95 ooo RM gehen zu Lasten von Kriegsschäden.

Herrn Regierungsrat Oppenheim

N i e d e r s c h r i f t

über die Verwaltungskonferenz vom 4. November 1946

Anwesend:

Oberbürgermeister Dr. Kraus
Beigeordneter Hufschmidt
Beigeordneter Köth
Beigeordneter Dr. Schwahn
Regierungsrat Oppenheim
Oberrechtsrat Dr. Boerckel
Oberbaurat Dr. Dassen
Finanzdirektor Trabke
Verwaltungsdirektor Fuchs
entschuldigt: Bürgermeister Maurer.

Tagesordnung.

1. Büchersammlung für die Kriegsgefangenen in Frankreich. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Der Berichterstatter gibt den Erlass des Oberregierungspräsidiums bekannt. Es wird zum Ausdruck gebracht, dass der Erlass reichlich spät kommt, um die Sammlung erfolgreich durchzuführen. Herr Regierungsrat Oppenheim wird gebeten, das Erforderliche zu veranlassen.

2. Gebäudeangelegenheiten. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   a) Die Firma Krayer in Oppenheim plant, auf der Ingelheimer Aue eine Kunststeinfabrik zu errichten. Da ein dringendes Bedürfnis nicht besteht, soll Herr Oberbaurat Dr. Dassen die Frage prüfen.

   b) Die Verhältnisse des Städtischen Gutes auf der Petersaue (Pächter Hans Rummel) bedürfen der Klärung. Ein Verkauf des Geländes ist nicht erwünscht. Herr Beigeordneter Dr. Schwahn soll prüfen, ob die Angelegenheit durch Abschluss eines längeren Pachtvertrags unter Zusicherung des Vorkaufsrechts und Gewährung einer Beihilfe für den Wiederaufbau der Wirtschaftsgebäude geregelt werden kann.

3. Verwendung der Stadthalle. Bericht: Beigeordneter Dr. Schwahn.

   Es liegen nun 3 Anträge auf die Überlassung von Räumen der Stadthalle vor: von Frau Dörr, vom Konsortium Dörr-Klee, vom Zirkus Belli. Die Angelegenheit wird zurückgestellt, bis Herr Bürgermeister Maurer gehört ist.

4. Sühnesachen. Bericht: Beigeordneter Köth.

   Das Büro Köth wird demnächst eingerichtet. Die Sühnesachen der Vororte sollen bei den Ortsverwaltungen behandelt werden.

5. Entschädigung für Evakuierte. Bericht: Oberrechtsrat Dr. Boerckel.

   Das Oberregierungspräsidiums erkennt die Beträge, die den Evakuierten durch die Anfahrtskosten nach Mainz und durch Verdienstausfall entstehen, nicht als Besatzungsleistungen an. Die Stadt ersetzt ihren Angestellten und Beamten, die auf dem Lande wohnen, das Fahrgeld. Zur Prüfung und weiteren Verfolgung der Frage sollen die Industrie= und Handelskammer sowie die Gewerkschaften benachrichtigt werden.

6. Wahlen zur Landesversammlung. Bericht: Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Der Oberbürgermeister teilt die Verfügung des Oberregierungspräsidiums mit, wonach die den 4 Wahlkörpern angehörenden Personen, die die Landesversammlung zu wählen haben, sich am 17.11.1946 nach Neustadt bezw. nach Koblenz zu begeben haben, um dort ihre Stimme abzugeben.

7. Veröffentlichung von Bekanntmachungen in den Mainzer Nachrichten. Bericht: Verwaltungsdirektor Fuchs.

   Die Verfügung des Oberbürgermeisters, wonach, abgesehen von dringlichen Fällen, die Mainzer Nachrichten für die Aufnahme von Bekanntmachungen zu verwenden sind, mues beachtet werden.

8. Beschlagnahme und Verwertung von Gebäudetrümmern. Bericht: Oberbaurat Dr. Dassen.

Da eine grundlegende Anordnung in der Sache vom Oberregierungs-
präsidium bis jetzt nicht zu erlangen war, soll nach dem Vorgehen
anderer Städte vom Oberbürgermeister eine entsprechende Verfügung
für Mainz erlassen werden.

Mainz, den 4. November 1946

gez. Dr. Kraus

Oberbürgermeister.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 189

Zum Regierungsrat Oppenheim

N i e d e r s c h r i f t

über die Verwaltungskonferenz vom 29. Okt. 1946

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Beigeordneter Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Bürgermeister Maurer
Oberrechtsrat Dr. Boerckel
Oberbaurat Dr. Dassen
Regierungsrat Oppenheim
Finanzdirektor Treble
Verwaltungsdirektor Fuchs
entschuldigt: Beigeordneter Köth.

Tagesordnung

1. Organisation der Stadtverwaltung. Bericht Oberbürgermeister Dr. Kraus

   Oberbürgermeister Dr. Kraus berichtet über den Stand der Frage, ob die Oberbürgermeister und die gewählten Beigeordneten ihre Ämter im Hauptberufe oder als ehrenamtlich tätige Personen ausüben, und verbreitet sich eingehend über die Frage der Besoldung. Der Vorschlag des Berichterstatters, der auf die Anerkennung der genannten Personen als im Hauptamt beruflich tätige Beamte hinzielt, wird anerkannt. Der Oberbürgermeister wird eine Vorlage an den Stadtrat ausarbeiten und sie vorher der Verwaltungskonferenz vorlegen.

2. Brennstoffversorgung. Bericht Oberbürgermeister Dr. Kraus.

   Die Zusage auf Gewährung von 5 bzw. 7 bzw. 9 Ztr. Brennholz für die Städte Mainz, Worms und Ludwigshafen sei vom Oberregierungspräsidium zurückgezogen worden. Die Menge soll um 1 - 2 Ztr. gekürzt werden.

3. Krankenhaus - Universität. Bericht Beigeordneter Dr. Schwahn.

   Der Rektor der Universität beantragt die Übergabe der einzelnen Abteilungen, damit die berufenen Klinikvorsteher ihr Amt am 15. November 1946 antreten können. Die Konferenz ist der Meinung, daß zunächst festgestellt werden müsse, wer von den jetzigen Abteilungsvorständen auszuscheiden habe. Ferner soll der Rektor der Universität gebeten werden, die Namen der berufenen Professoren mitzuteilen.

4. Wohnungsbauprogramm. Bericht Bürgermeister Maurer.

   Es wird berichtet, dass von den 1 000 im Jahre 1946 fertigzustellenden Wohnungen erst 215 beziehbar seien. Die Leistungen der Arbeiter seien minimal. Unternehmer und Bauleiter kümmerten sich nicht genügend um den Fortgang der Arbeiten. Die Militärbehörde droht, für 1947 kein Material zu gewähren, falls das Programm 1946 nicht bis zum Jahresschluß erledigt werde.

//

Bürgermeister Maurer klagt darüber, dass von den Büros Imm und Lodz fortwährend Pläne und Entwürfe angefordert würden, die noch nicht durchgearbeitet seien. Der Oberbürgermeister ordnet an, dass ohne seine Genehmigung Pläne nicht mehr herausgegeben werden dürfen.

5. Evakuierungen im Krankenhaus. Bericht Dr. Boerckel.

   Die Evakuierung der Privatleute im Krankenhaus ist durchzuführen.

6. Ankauf von Baracken. Bericht Regierungsrat Oppenheim.

   Es wird der Ankauf von 5 Schulbaracken des Militärbauamtes zum Preise von 9o ooo RM vorgeschlagen. Vorlage an den Stadtrat ist erforderlich.

7. Verbilligung von Theaterkarten für die Gewerkschaften. Bericht Regierungsrat Oppenheim.

   Da hierfür ein Sonderkredit bewilligt werden muß, ist Vorlage an den Stadtrat erforderlich.

8. Baugesuche aktivistischer Nazisten. Bericht Dr. Dassen.

   Es handelt sich um einen Fall in Mz.-Bretzenheim. Nach einer Verfügung vom Oberregierungspräsidium sollen derartige Gesuche nicht berücksichtigt werden. Die Konferenz ist der Meinung, dass das Gesuch zu genehmigen sei, weil dadurch neue Wohnungen entstehen.

9. Friedhofsgebühren. Bericht Dr. Dassen.

   Der Berichterstatter beantragt eine Erhöhung der Friedhofsgebühren. Vorlage an den Stadtrat ist erforderlich.

1o. Verschiedenes. Bericht Verwaltungsdirektor Fuchs.

   a) Wegen der Ausstattung und Einrichtung des großen Sitzungssaales sind die Herren Baurat Tinnemeyer, Architekt Schreiner und Intendant Dollinger zu hören.

   b) Bei der Vermietung von Räumen im Stadthaus ist von Gesuchstellern, die ein öffentliches Interesse vertreten (Fraktionen, Gewerkschaften, Untersuchungsausschuß, Rotes-Kreuz u.a.) eine Miete nicht zu erheben.

   c) Der Berichterstatter gibt Kenntnis von den sehr hohen Anforderungen von Büromöbeln für die Büros Imm, Maurer und der Beigeordneten Hufschmidt und Köth.

StAMZ, NL Oppenheim / 8.2 - 191

Herrn Regierungsrat Oppenheim

(3.)

N i e d e r s c h r i f t

Über die Verwaltungskonferenz vom 21. Oktober 1946.

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Beigeordneter Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Regierungsrat Oppenheim
Bürgermeister a.D. Meurer
Oberbaurat Dr. Dassen
Oberrechtsrat Dr. Boerckel
Finanzdirektor Treble
Verwaltungsdirektor Fuchs

Tagesordnung

1. Oberbürgermeister Dr. Kraus berichtet zum Wiederaufbau, daß auf Grund von Verhandlungen der Baustoffgroßhandel die erforderlichen Baustoffe bezieht, lagert und bezahlt. Bei dem Baustoffgroßhandel liegt also für den gesamten Baustoffverkehr beim Wiederaufbau die volle Verantwortung.

2. Oberbürgermeister Dr. Kraus berichtet über den Stand der Sache bzw. der Verhaftung des Oberbauleiters Breitwieser und die Veränderungen im Personal des Hochbauamtes (Petzold, Delp).

3. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters wird die Arbeitszeit der städt. Dienststellen ab 28.1o.1946 wie folgt festgesetzt:

Montag bis Freitag von	8	- 12 1/2	Uhr
	13 1/2	- 17	Uhr
Samstags von	8	- 13	Uhr

Ab 2. Dezember 1946 beginnt die Arbeitszeit um 8 1/2 Uhr.

4. Oberbürgermeister Dr. Kraus teilt mit, dass er die Beratung der Geschäftsordnungen für den Stadtrat und die Ausschüsse auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 25.1o.1946 gesetzt habe. Die beiden Geschäftsordnungen seien den Fraktionsvertretern bekannt gegeben worden. Der Inhalt der Geschäftsordnung für die Ausschüsse wird mitgeteilt.

5. Beigeordneter Dr. Schwahn gibt bekannt, daß die Nachforschungen wegen der Auslagerung der Gegenstände der Schulzahnklinik zu einem nennenswerten Ergebnis nicht geführt hätten. Trotzdem ist der Oberbürgermeister auf Grund privater Mitteilungen der Meinung, dass an den Orten, wo sich angeblich die Gegenstände befinden sollen, nochmals persönliche Nachforschungen angestellt werden sollen.

   Bei der Gelegenheit wird die Frage aufgeworfen, die frühere Einrichtung der Schulärzte und besonders der Schulzahnärzte wieder ins Leben zu rufen. Das Staatliche Gesundheitsamt könne sich mit diesen Sachen nicht befassen. Als Schulzahnarzt soll der bereits

//

früher auf diesem Gebiet hier tätige Dr. Marquardt vorgesehen werden. Wegen der Einrichtung der Schulzahnklinik wird empfohlen, Verhandlungen mit der Universität aufzunehmen.

6. Beigeordneter Dr. Schwahn berichtet, dass für die Vermietung der rheinseitigen Räume der Stadthalle sich zwei Liebhaber gemeldet hätten. Da die Frage des Aufbaues der Stadthalle noch nicht geklärt ist, sollen die Akten dem Wiederaufbauamt zugeleitet und der Vertrag offen gelassen werden.

7. Oberrechtsrat Dr. Boerckel gibt wegen der Zuteilung einer Wohnung Kenntnis von einem Fall, der die Klärung der Frage dringend erheischt, wer in Wohnungssachen verantwortliche Beschluß- und Aufsichtsinstanz ist.

   Dem Oberregierungspräsidium solle entsprechende Vorlage gemacht werden.

8. Bürgermeister Maurer berichtet, dass die Firma Ruthof in der Ronnstr. und der Friedensstraße in Kastel 36 Wohnungen auf städtischem Gebiet errichten will. Das Kapital von 250 000.- RM, das sie zur Verfügung stellen will, soll durch Hypotheken auf die Häuser gesichert werden. Nun ruht auf den früheren, jetzt zerstörten Häusern eine Hypothek des Reiches in Höhe von 492 000.- RM. Bürgermeister Maurer und Finanzdirektor Trahle werden prüfen, wie die Schwierigkeiten überwunden werden können. Grundsätzlich steht man der Sache wohlwollend gegenüber.

9. Bürgermeister Maurer teilt mit, dass die Firma Bfenner den Preis für zu überlassendes Gelände im Hafengebiet zu hoch halte; infolgedessen würde der Wiederaufbau gehemmt. Die Aussprache führt zu dem Ergebnis dass die Liegenschaftsverwaltung beauftragt werden soll, den Verkaufswert des städtischen Geländes überhaupt zu überprüfen und entsprechende Vorschläge zu machen.

Mainz, den 22. Oktober 1946

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 193

Kreis Regierungsrat Oppenheim

(2.)

N i e d e r s c h r i f t

über die Verwaltungskonferenz am 14.1o.1946

Anwesend: Oberbürgermeister **Dr. Kraus**
Beigeordneter Hufschmidt
Beigeordneter Dr. Schwahn
Beigeordneter Köth
Bürgermeister a.d.Maurer
Regierungsrat Oppenheim
Oberrechtsrat Dr. Boerckel
Finanzdirektor Trable
Oberbaurat Fritzen
Verwaltungsdirektor Fuchs

Tagesordnung

1. Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt Kenntnis von der Verfügung des Oberregierungspräsidiums, wodurch die Polizei mit Wirkung vom 1.1o.1946 den Lsndesbehörden unterstellt wird. Bei der Stadtverwaltung bleibt nur die Ortspolizei.

2. Oberbürgermeister Dr. Kraus berichtet über die Verhandlungen zwischen Stadt und Universität wegen der Errichtung des Vertrages der das Verhältnis der beiden Partner hinsichtlich der Benutzung des Städtischen Krankenhauses zu einander regelt. Die Forderungen der Stadt sind im Wesentlichen anerkannt worden.

3. Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt Mitteilung über den Stand der Verhandlungen wegen der Bildung eines Zweckverbandes als zentrales Organ für den Wiederaufbau der Stadt. Auf Grund von Besprechungen hat die Französische Militärregierung (General Jacobsen) den Oberbürgermeister provisorisch zum Bauherrn für alle Bauten im Gebiet von Mainz ernannt. Dnch ist der Oberbürgermeister für die Ordnung und insbesondere für die Finanzierung der Arbeiten dem französischen Finanzoffizier in Neustadt verantwortlich, nach dessen ausdrücklicher Weisung nur der Wiederaufbau öffentlicher Gebäude finanziert werden darf. Die mit dem Wiederaufbau beschäftigten Offiziere und Beamten stören sich an diesen Festlegungen nicht und fordern Arbeiten an, für deren Ausführung der Oberbürgermeister die Verantwortung nicht übernehmen kann. Durch Vorstellungen bei General Jacobsen und bei den zuständigen Stellen in Neustadt soll versucht werden, eine Klärung herbeizuführen.

4. Beigeordneter Dr. Schwahn berichtet über die von dem französischen Schuloffizier geforderte Verlegung des Säuglingsheimes aus der Eisgrubschule. Eine Unterbringung des Heimes im Krankenhaus ist räumlich nicht möglich, obwohl sachliche Gründe für die Angliederung an die Kinderklinik sprechen. Die Frage soll durch Verhandlungen mit der Universität geklärt werden.

//

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 194

5. Beigeordneter Dr. Schwahn gibt Kenntnis von der Tatsache, daß die Verwendung von Möbeln, die das Wirtschaftsamt beschlagnahmt hatte, in mehreren Fällen zu einem Rechtsstreit geführt habe. Da die beschlagnahmten Möbel nur mangelhaft in Listen festgehalten worden seien, könne der jetzige Unterbringungsort vieler Möbel nicht festgestellt werden. Die Stadt habe sich bis jetzt auf den Standpunkt gestellt, daß sie in keinem Falle einen Auftrag zur Unterbringung von Möbeln gegeben habe.

6. Bürgermeister Maurer berichtet, dass die französische Militärbehörde der Westdeutschen Kaufhof A.G. die Baugenehmigung für die Wiederinstandsetzung des Hauses Große Bleiche 16 erteilt habe. Der Plan für den Neubau sieht in den beiden Brandgiebeln eine Reihe von Fenstern vor, eine Maßnahme, die den deutschen Baupolizeivorschriften widerspricht und deshalb geeignet ist, Rechtsstreitigkeiten seitens der Nachbarn hervorzurufen. Zunächst soll in der Sache nichts geschehen.

7. Oberbaurat Fritzen berichtet, daß eine Firma Gottron in Mainz-Mombach in ~~Bein~~ Haus eine Heizungsanlage einbauen wolle. Der Firmeninhaber sei Amtswalter der N.S.H.Go. gewesen. Es werfe sich die Frage auf, ob das Baugesuch zu genehmigen sei. Die Konferenz empfiehlt die Bewilligung bis zum Zeitpunkt der Entnazifizierung zurückzustellen.

Mainz, den 15. Oktober 1946

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 195

(1.)

N i e d e r s c h r i f t

Über die Verwaltungskonferenz vom 30. September 1946

Anwesend: Oberbürgermeister Dr. Kraus
Beigeordneter Hufschmidt,
Beigeordneter Köth,
Bürgermeister a.D. Maurer,
Stadtbaurat Dr. Dassen,
Regierungsrat Oppenheim,
Oberrechtsrat Dr. Boerckel,
Finanzdirektor Treble,
Verwaltungsdirektor Fuchs;
entschuldigt: Oberrechtsrat Dr. Schwahn (Neustadt)

Tagesordnung

1. Oberbürgermeister Dr. Kraus skizziert kurz die Aufgaben der Verwaltungskonferenz, die jeden Montag um 9 Uhr stattfinden wird. Die Dezernenten sollen nur grundsätzlich wichtige Fragen ihres Arbeitsgebietes zur Besprechung vortragen.

2. Grundlagen für die Gemeindeverwaltung. Oberbürgermeister Dr. Kraus weist darauf hin, daß gesetzliche Grundlagen für die Verwaltung der Gemeinde, so wie die neuen politischen Verhältnisse sie erfordern, nicht vorhanden sind. Die Militärbehörde hat deshalb zu bestimmen, ob die deutsche Gemeindeordnung von 1935 oder die Hessische Gemeindeordnung von 1931, insoweit einzelne Teile nicht aufgehoben sind, ihre Gültigkeit behalten sollen. Ein entsprechender Bericht liegt bereits Herrn General Jacobsen vor.

   Eine Geschäftsordnung für die Sitzungen des Stadtrates ist bereits ausgearbeitet worden.

   Ein Vorschlag über die Verteilung der Dezernate wird an die Anwesenden ausgegeben. Diese werden um baldige Äusserung zu dem Plan gebeten.

3. Haushaltsplan. Oberbürgermeister Dr. Kraus teilt mit, dass der Haushaltsplan 1946 ausgeglichen ist. Die Anwesenden erhalten eine Drucksache, die die erforderlichen Erläuterungen gibt.

4. Krankenhaus und Universität. Oberbürgermeister Dr. Kraus gibt Kenntnis von einem von der Universität ausgearbeiteten Vertrag über das Verhältnis von Krankenhaus und Universität. Die wichtigsten Positionen werden besprochen. Der Dezernent wird einen neuen Entwurf ausarbeiten.

5. Wohnungsamt. Oberbürgermeister Dr. Kraus teilt mit, daß, nachdem das Haus "Zum Judeneck" nach Verhandlungen mit der Schöfferhof-Brauerei dem Wohnungsamt zugewiesen worden ist und das Erdgeschoß eine Gaststätte aufnehme, die Postverwaltung an die Stadt mit dem Ersuchen herangetreten sei, ihr die Räume des Erdgeschosses zwecks

//

Einrichtung einer Poststelle zu überlassen. Dem Antrag kann nicht mehr entsprochen werden. Jedoch soll versucht werden, den Raum im Hause Ecke Neutor- und Dagobertstraße, den sie früher benutzte, für die Post freizumachen.

6. Vergütung der Kosten für die Beseitigung von Kriegsschäden. Finanzdirektor Treble teilt mit, daß nach Angabe des Oberregierungspräsidiums die Kosten für die Beseitigung von Kriegsschäden nur vergütet würden, wenn es sich um öffentliche Gebäude handele, nicht aber bei Privatgebäuden.

7. Ersatz der Mehrausgaben für Fahrtauslagen und Verdienstausfall seitens der Evakuierten. Oberrechtsrat Dr. Boerckel teilt mit, daß das Oberregierungspräsidium die Übernahme dieser Mehrausgaben ablehne, weil es sich um mittelbare Auswirkungen handele.

8. Behandlung der Baugesuche. Bürgermeister Maurer berichtet, daß sich bei der Behandlung der Baugesuche beiden französischen Dienststellen Zustände herausgebildet hätten, die unhaltbar seien, indem diese Dienststellen Entscheidungen träfen, die den Interessen der Gesuchsteller und auch der Stadtverwaltung zuwiderliefen. Oberbürgermeister Dr. Kraus wird Herrn General Jacobsen Bericht erstatten.

9. Behelfsheime. Stadtbaurat Dr. Dassen teilt mit, dass die Liegenschaftsverwaltung den Verkauf der Behelfsheime erstrebe, die mit Reichsmitteln erbaut seien, aber auf städtischem Boden stünden. Oberrechtsrat Dr. Boerckel weist darauf hin, daß ein Verkauf nicht in Frage kommen könne, weil die Gebäude fest mit dem Boden verbunden seien. Es kommt nur eine Verpachtung in Frage.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 197

Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz

Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz — Fernruf: Nr. 10–14

Herrn
Regierungsrat Oppenheim

M a i n z

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Aktenzeichen	Mainz, den
			25. 9. 1946

Bei Antwort bitte angeben

Betreff: **Verwaltungskonferenz.**

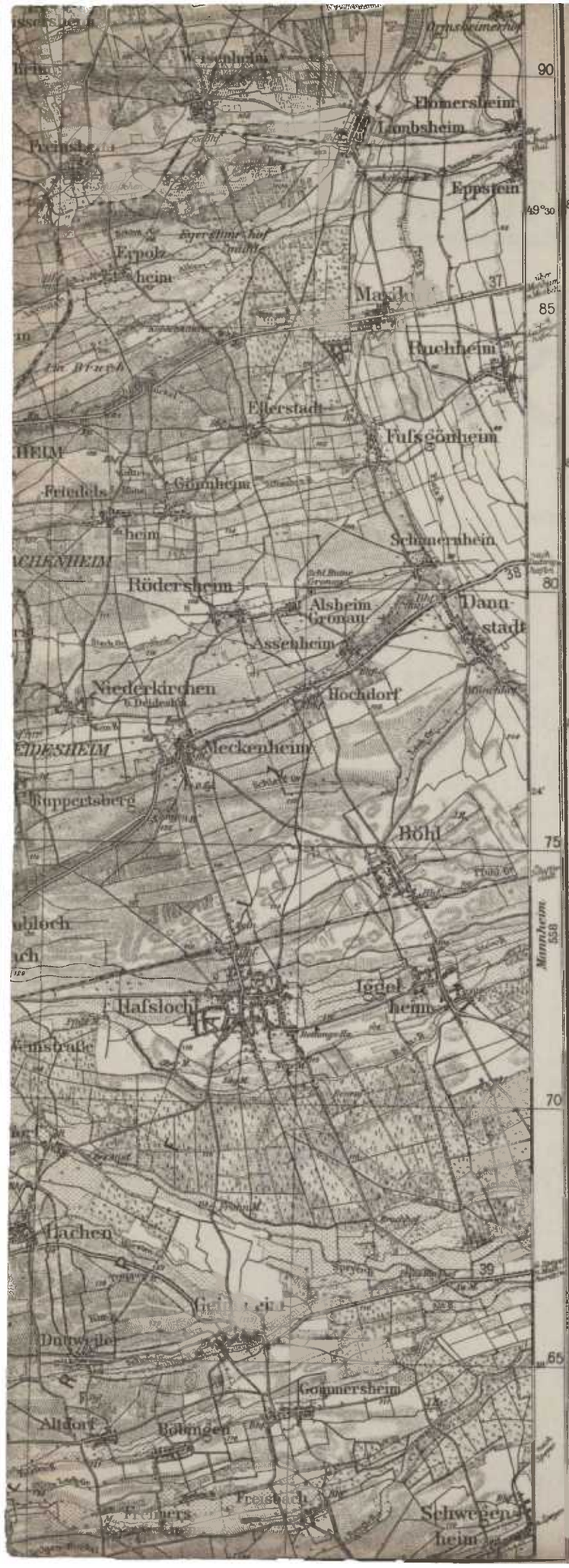
Laut Anordnung des Herrn Oberbürgermeisters findet jeden Montag um 9 Uhr die Verwaltungskonferenz mit den Beigeordneten und Dezernenten im Amtszimmer des Oberbürgermeisters statt. Indem ich Ihnen hiervon Kenntnis gebe, bitte ich Sie, diesen Termin wahrzunehmen.

Im Auftrag:

A. 5. 4. 46. 20000.

StAMZ, NL Oppenheim / 8,2 - 198

Anschluß: Großblatt 131.

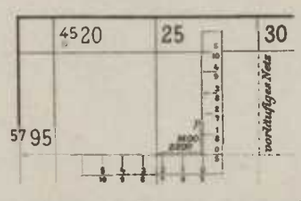


D.W. Dammwärter
Dom. Dämme
E.F. Eisenbahnfähre
Fbr. Fabrik
Pav. Pavillon
P.F. Personenfähre
Röm. Niederl. R.N. Römische Niederlassung
Whs. Wirtshaus
Zgl. Ziegelei

Rückwärts liegende Zahlen im Meere geben Tiefen in Metern an.

Die Böschungen werden in Bergstrichen von 1°-5° nach Müfflingschem über 5° nach Lehmannschem System dargestellt. Im Hochgebirge kommen außerdem Höhenlinien in Stufen von 100 m zur Anwendung.
In der Buntausgabe geben die Höhenlinien Stufen von 50 m an.
Die Zahlen geben die Höhen über Normal-Null in Metern an.

Planzeiger:



Zum Ablesen ist die waagerechte Teilung so an eine waagerechte Gitterlinie zu legen, daß die senkrechte Teilung den zu bezeichnenden Kartenpunkt berührt. Dann ist an der waagerechten Teilung bei der nächsten linken senkrechten Gitterlinie der „Rechts"-Wert und an der senkrechten Teilung der „Hoch"-Wert abzulesen. Der Rechtswert ist stets zuerst zu nennen. Die Punktangabe erfolgt in Metern. Nicht ablesbare Werte sind bis zur Angabe des vollen Meters durch Nullen zu ersetzen.

Beispiel: Punkt p liegt in Metern:

„Rechts" $^{45}_{0}25000 + 2200 = {}^{45}_{0}27200$ = kurz: 27200

„Hoch" $^{57}_{0}95000 + 1400 = {}^{57}_{0}96400$ = kurz: 96400

○ Kennziffer des Meridianstreifens.

Die Seitenlängen der Quadrate des Gitters betragen 5 km.
Das Netz mit gerissenen Linien gilt nur als Meldegitter.